DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 5 Mai 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bonn:

Die Stahlwerker sind erst der Anfang

Nach Rückzug der USA wollen die Sowjets ein gesundes Europa

Österreich:

Freundelwirtschaft mit Betrügern

US-Dollar:

Ausverkauf der USA

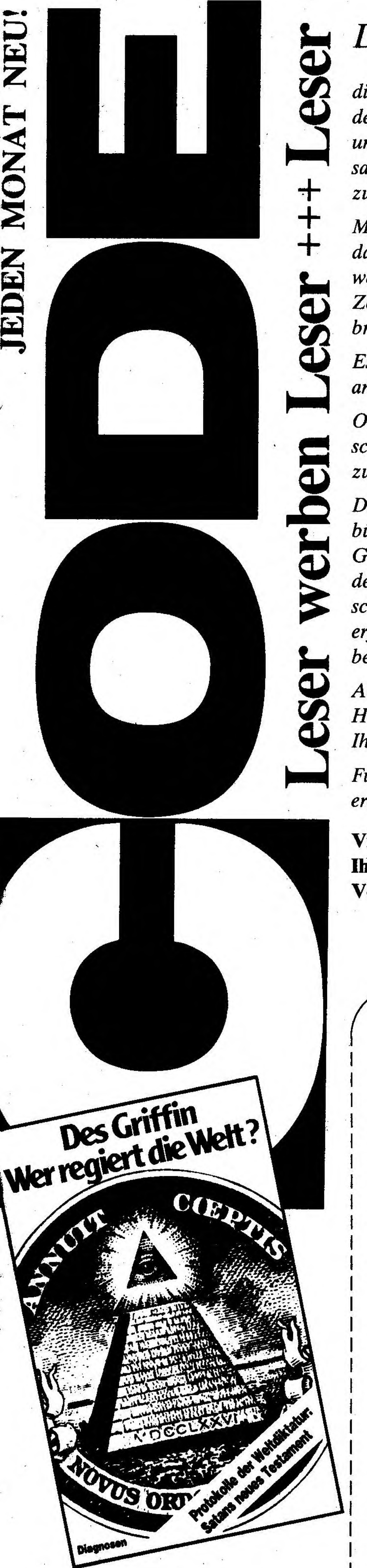
Zionismus:

Besuch bei Rabbi Meir Kahane



England:

Kommt eines Tages ein Schwuler als König auf den Thron?



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

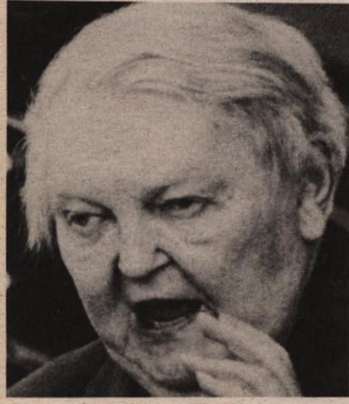
Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

CODE

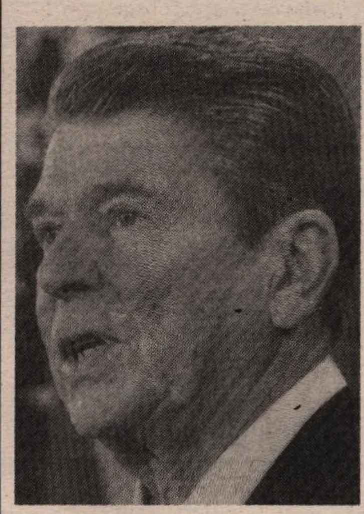
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Ludwig Erhard warnte bereits vor einer falschen Kohle-Politik. Der Ölpreis sei kein reiner Marktpreis, sondern sehr stark der Strategie der größeren Mächte unterlegen.

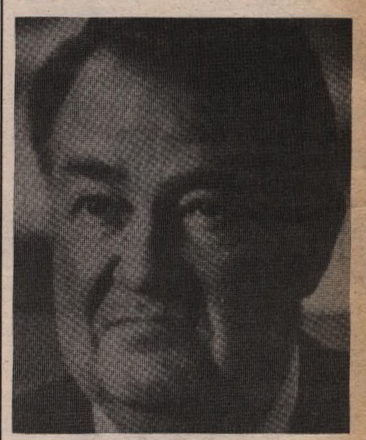
Finanzen



Die Bilanz der Reagan-Regierung: Ein immenses Handelsdefizit, Rückgang bei den Investitionen und ein bankrotter Staatshaushalt.

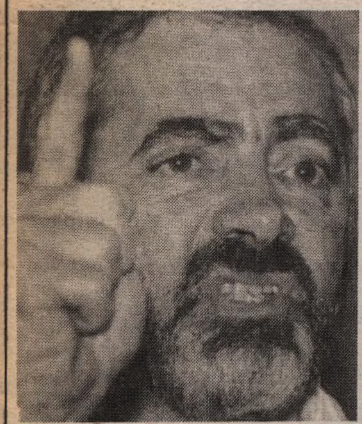
Europa

Supermächte



US-Justizminister Edwin Meese ist in eine weitere von den Israelis inszenierte Intrige verstrickt.

Nr. 5 Mai 1988



Rabbi Meir Kahane, Mitglied der Knesset, verfügt über eine seltsame Mischung aus Witz, Stärke und Offenheit.



Zbigniew Brzezinski fordert politische Taten, da die Camp-David-Periode vorbei ist.

Bonn

Die Stahlwerker sind erst der Anfang

Werner Symanek

Der Bonner Bundestag kann noch nicht einmal über Leben oder Tod einer Krähe entscheiden. 1987 wurde die Bundesregierung gezwungen, eine »EG-Vogelschutzrichtlinie« in nationales Recht umzusetzen, nach der Rabenvögel unter besonderem Schutz stehen, weil sie in Italien beziehungsweise Schottland selten sind. Obwohl die Krähen für die deutschen Bauern zunehmend eine Plage werden, mußte Bonn sich beugen. Die deutsche Volksvertretung hat das Recht aufgegeben zu bestimmen, was bei uns als »Wurst« und was als »Bier« bezeichnet werden darf. Ab 1992 verliert Bonn das Recht, den Import strahlenkonservierter Lebensmittel zu verhindern. Wie will man da den Stahlwerkern helfen? Auch die deutschen Stahlwerke – die besten in Europa – sind ein Opfer der EG-Hörigkeit.

An Rhein und Ruhr sind in diesen Wochen und Monaten ganze Städte in Aufruhr. Die Stahlwerker kämpfen um ihre Existenz. Im Dezember 1987 besetzten sie Rheinbrücken und Autobahnabfahrten, sie stürmten die ehrwürdige Villa Hügel in Essen und das dort für die Krupp-Aufsichtsratssitzung vorbereitete kalte Büfett.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber im gleichen Boot

Der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler mußte in Rheinhausen per Eisenbahn vor die Werkstore gefahren werden, weil der Straßenverkehr von einer um ihr tägliches Brot bangenden Bevölkerung blockiert wurde.

Die Bergleute des Steinkohlenbergbaus gingen auf die Straße, und die Gewerkschaftsführer warnten »besorgt«, es fehle nur noch ein Funke zu einem Flächenbrand, der ihnen »aus der Hand laufen« könnte.

Die mittelständische Industrie, die Geschäftsleute, der Handel, die Handwerker, die Angestellten der Städte und des öffentlichen Dienstes bis hin zur Polizei solidarisierten sich. Es ging und geht nicht mehr um den sowieso im Grundsatz falsch und längst antiquierten Kampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Im Gegenteil, sie demonstrieren gemeinsam, weil sie erkannt haben, daß sie im gleichen Boot sitzen. Im Fernsehen hieß es dann auch: »In der Not sind alle gemeinsam in Rheinhausen zusammengerückt.«

Die Gewerkschaftsführer und Politiker erkennen es erschreckt. Ihre Angst ist berechtigt, daß ihnen die Führung entgleitet mit dem Protest gegen eine unbegreifliche Politik, die die alten, verkrusteten und seit jeher falschen Fronten des Klassenkampfes sprengt, den sie für ihre Existenzberechtigung brauchen.

Zerstörung jedes Gemeinschaftsbewußtseins

»Niemand könne den Stahlwerken und anderen erklären, daß bei uns die leistungsstarken Stahlwerke geschlossen werden, während Werke mit veralteter Technik und staatlichen Subventionen anderswo in Europa erhalten bleiben.« Mit solchen Sprüchen biederte sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bei den hilf- und ratlosen Menschen an.

Wir können den Stahlwerkern und anderen diesen Irrwitz sehr wohl erklären, Herr Ministerpräsident. Ihre SPD, Herr Rau, hat uns mit all den anderen Parteien in trauter Gemeinsamkeit an die Europäische Gemeinschaft (EG) verkauft. CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam haben unsere Volkswirtschaft über das »Ruhr-Statut«, die »Montan-Union« und die »EWG« an die sogenannte Europäische Gemeinschaft ausgeliefert. Und nun, wo die von den volksverpflichteten Deutschen lange Jahre vorhergesagten unausbleiblichen Folgen einer unverantwortlichen Politik sichtbar werden, behauptet Herr Rau, niemand könne das erklären!

Nach vielen Jahren des bewußten Auseinanderdividierens, der geplanten Zerstörung jedes Gemeinschaftsbewußtseins, nach vielen Jahren der Förderung, Pflege und Ausnutzung sogenannter »pluralistischer Gegensätze« in der Bevölkerung, gegeneinander ausgespielt zum Wohl der Parteien und zum Schaden des Volkes,



Das Sterben im Bergbau und die Proteste dagegen begannen bereits zur Zeit der Adenauer-Regierung.

werden die Bonner Parteien in den nächsten Monaten und Jahren zunehmend zum Offenbarungseid gezwungen werden.

Nach Paragraph 30 des EG-Vertrages hat Bonn sich verpflichtet, bis 1992 sämtliche Grenzen für den »gemeinsamen Binnenmarkt« der EG-Länder zu öffnen. Schon jetzt kommt es Schlag auf Schlag: Weder die Wähler noch Regierungen in Bonn, ob »links« oder »rechts«, haben noch das Recht zu entscheiden, ob ein Getränk als »Bier« bezeichnet werden darf oder nicht. Weder die Wähler noch eine Regierung in Bonn haben das Recht zu bestimmen, was als »Wurst« bezeichnet werden darf und was nicht.

Weder die Wähler noch irgendeine Bundes- oder Landesregierung haben das Recht zu entscheiden, welcher Stadt oder Region finanzielle Strukturhilfe gegeben wird. Weder die Wähler noch die »Volksvertretung« haben das Recht festzulegen, welche Gifte und Strahlungswerte in den Lebensmitteln erlaubt oder verboten werden.

Dummheit oder Lüge

Diese Aufzählung von Beispielen ließe sich seitenweise fortsetzen: Nach EG-Recht ist es dem Landwirt oder Geflügelbauern von nebenan, der auf dem Wochenmarkt frische Eier verkauft, nunmehr sogar verboten, ein Lege-Datum auf die Eier zu stempeln.

Die Hoheitsrechte, sowohl über solche »Kleinigkeiten« als auch über die Steuerung der gesamten Volkswirtschaft zu entscheiden, haben die Bonner Parteien samt und sonders an die EG abgetreten. So ist es verständlich, daß immer mehr bisher völlig unpolitische Deutsche den Beteuerungen der Politiker gegenüber mißtrauisch werden, die einerseits im Fernsehen und bei Massenveranstaltungen lauthals den Erhalt der Arbeitsplätze fordern, andererseits aber im Rahmen ihrer EG-Beschlüsse daran mitwirken, daß diese Arbeitsplätze vernichtet werden.

Wie zum Beispiel soll der Arbeitsplatz eines gut bezahlten, sozial abgesicherten Facharbeiters in der westdeutschen Schuhindustrie erhalten bleiben, wenn durch Kinderarbeit in einem armseligen Dorf in Italien gefertigte Schuhe im gemeinsamen Binnenmarkt bei uns zu halben Preisen angeboten werden?

In der Bundesrepublik zahlen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam allein für die soziale Absicherung mehr, als in manchen anderen Ländern die ganze Produktion kostet. Das ist gut so, und keiner will es ändern. Dieses »soziale Netz« haben die Deutschen durch ihre vierzigjährige Aufbauleistung und Produktivität geschaffen.

So kann es nur Dummheit oder bewußte Lüge sein, wenn »rechte« oder »linke« Politiker und Gewerkschaftler von einer »Europäischen Union« schwärmen und in Bonn und Brüssel Beschlüsse über einen »gemeinsamen Binnenmarkt« fassen, auf der anderen Seite aber die deutschen Arbeiter auffordern, mit ihnen zusammen gegen Stillegungspläne von Unternehmen zu protestieren.

Ebenso widersinnig ist es, die Unternehmen zu beschwören, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn man gleichzeitig die Grenzen für Billigprodukte öffnet, die unter Bedingungen produziert werden, die man hier als Ausbeutung und Menschenschinderei, als »sozialen Rückschritt« empört bekämpfen würde.

Patentrezepte führen in eine Sackgasse

Vom täglichen Irrsinn des EG-Agrarmarktes wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht erst sprechen.

Viele Jahre ist vor dieser Entwicklung gewarnt worden. Lange vergeblich, weil die Zeit offenbar noch nicht reif war. Die Deutschen müssen die Folgen einer verkehrten Politik erst am eigenen Leib spüren, ehe sie wach werden.

Die Bonner Parteien werden aber nach wie vor versuchen, von den Ursachen abzulenken. Sie beschimpfen sich gegenseitig in niederträchtigster Form, schieben sich gegenseitig die Schuld zu und verkünden Patentrezepte »schneller Hilfe«, die allesamt noch tiefer in die Sackgasse führen. □

Deutschland

Chancen für eine Neutralität

Wolfgang Stach

»Wer wird Selbstmord begehen, um die Deutschen zu verteidigen?« Weder die Franzosen noch Briten oder Amerikaner würden eine atomare Garantie für die Bundesrepublik so weit ausdehnen wollen, »daß sie auf das Risiko der Selbstauslöschung zugehen«. Diese Worte stammen nicht von irgendwem, von irgendeinem kleinen Provinzpolitiker, sondern von Fred Ikle, seines Zeichens Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium. Und er ist kein Einzelgänger, ganz im Gegenteil. Die 25. internationale Wehrkundetagung, die im Februar in München stattfand, zeigte, daß Deutschland sich verteidigungspolitisch immer mehr alleine überlassen bleibt.

Selbst Bundeskanzler Helmut Kohl sah sich veranlaßt, vor einer Regionalisierung des Kriegsrisikos auf Europa zu warnen, wie es sich aus den amerikanischen Strategie-Überlegungen zur »abgestuften Abschrekkung«, aber auch aus britischen Gedankenspielen ergebe. Und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger hat Berichten zufolge auf der gleichen Tagung die Amerikaner in »schneidendem Ton« vor einer Umrüstung von weiter reichenden Atomwaffen auf taktische Systeme mit einer Reichweite von 0 bis 500 Kilometer gewarnt, da sich damit das Schlachtfeld im Kriegsfall auf Deutschland begrenzen würde.

Wo bleibt der Aufschrei der Öffentlichkeit?

Wer aber nun geglaubt hatte, die deutschen Vertreter auf dieser Tagung würden als Konsequenz dessen die Forderung nach einer eigenständigen allumfassenden deutschen Verteidigungsmöglichkeit stellen, sah sich – wie auch nicht anders zu erwarten war und ist – getäuscht. Helmut Kohl sagte sogar, die Westbindung, und das kann ja nur heißen, die Westbindung unter den derzeitigen Gegebenheiten, sei »Teil der Staatsräson« und »unwiderruflich«.

In den Medien wurde über die Überlegungen unserer derzeitigen Bündnispartner nur am Rande berichtet. Nur wenige Zeilen in den jeweiligen Berichten gingen auf diese Punkte ein, die für Deutschland, für das gesamte Deutschland, und nicht nur für die Bundesrepublik, von existenzieller Wichtigkeit sind. Sollten diese Überlegungen nämlich offizielle Politik unserer »Schutzmächte« werden, dann bedeutet dies nichts anderes, als daß Deutschland im Kriegsfalle sich selbst, seiner im Vergleich zum Warschauer Pakt konventionell lächerlichen Verteidigung überlassen werden soll. Der »atomare Schutzschild« würde nicht mehr bestehen.

Wo blieb der Aufschrei der Öffentlichkeit? Wo blieb der massive Protest gegen unsere Regierungspolitiker, die nur mit Worten, aber nicht mit Taten auf diese Überlegungen reagieren? Denn seien wir doch einmal ehrlich: Kann man es den anderen Staaten wirklich vorwerfen, daß sie das Risiko einer eigenen atomaren Vernichtung nicht eingehen wollen, nur um einem anderen Land, in diesem Fall Deutschland, beiseite zu stehen? Nein, das kann man nicht!

Wie könnte ein Friedensplan aussehen?

Doch führt dies zwingend dazu, daß Deutschland selbst in der Lage sein muß, sich gegen alle Arten eines möglichen Angriffs ausreichend zu verteidigen. Dies

Chancen für eine Neutralität

schließt eine eigene atomare Bewaffnung ein. Und diese eigenständige Verteidigungsmöglichkeit läßt sich am einfachsten mit einem neutralen wiedervereinigten Deutschland durchführen.

Bei vielen linken und vor allem ausländischen Politikern und Politik-Interessierten wird diese Forderung einen Proteststurm auslösen: Ein so großes Deutschland, das wirtschaftlich mit Abstand die stärkste Nation Europas wäre, und dann auch noch mit eigenen Atomwaffen – niemals! Doch das sollte uns nicht abhalten lassen, diese Forderung trotzdem offensiv zu vertreten, denn bei genauer Betrachtung bietet sie die größtmögliche Garantie für eine noch recht lange Aufrechterhaltung des Friedens.

Doch selbst wenn dem nicht so wäre, kein anderer Staat kann uns vorschreiben, wie wir uns verteidigen sollen. Selbst der vom einstigen extrem linken Saulus zum nunmehr geläuterten Paulus gewandelte französische Philosoph André Glucksmann hat in seinem von national-denkenden Deutschen sicherlich nicht in allen Punkten zustimmenden Buch »Die Macht der Dummheit« in der Einleitung geschrieben:
»Und was die Notwendigkeit betrifft, die Deutschen mit sich selbst zu versöhnen, so hätte er (Reagan) es denen überlassen (sollen), darüber zu reden, für die diese Notwendigkeit keine Selbstverständlichkeit ist: den Vertriebenen zum Beispiel und ganz allgemein den jetzigen Verbündeten, denen es keinesfalls mißfällt, wenn die Bundesrepublik ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg ist... Setzen gleiche Pflichten nicht gleiche Rechte voraus? Vor allem für jede Demokratie das Recht, ihre Freiheit zu verteidigen, und sei es mit dem Leben, und sei es atomar? Der Bürger der Bundesrepublik hat zu entscheiden, nicht wir an seiner Stelle.«

Wie könnte also ein Friedensplan mit einem wiedervereinigten neutralen Deutschland, das über eigene Atomwaffen verfügt, aussehen: Deutschland bekommt seine gesamten annektierten Ostgebiete zurück und Polen seinen von der Sowjetunion 1939 einverleibten Ostteil – wobei Polen Teil des Warschauer Paktes bleiben kann. Der gesamte Raum zwischen der jetzigen Demarkationslinie zur DDR und der dann neuen Westgrenze der UdSSR wird kriegswaffenfreie Zone, wobei es Deutschen und Polen zugestanden wird, ihre Hauptstädte Berlin und Warschau mit Panzer- und Flugzeugverbänden sowie Flugabwehraketen zu schützen.

Kein anderer als die Deutschen entscheiden

Alle fremden Streitkräfte verlassen das Territorium Deutschland. Gleichzeitig baut Deutschland eine Armee auf, die zu Teilen aus Berufssoldaten und zu Teilen aus Wehrpflichtigen besteht. Rüstungsobergrenzen, die auf dem tiefstmöglichen aber verteidigungsnotwendigen Niveau liegen sollen, werden mit der UdSSR ausgehandelt. Gleichzeitig werden sowohl mit dem Warschauer Pakt als auch mit der NATO Nichtangriffspakte sowie gegenseitige Unterstützungsgarantien bei einer Kriegserklärung eines der Militärbündnisse an einen der Vertragspartner abgeschlossen.

Das deutsche Atomwaffen-Arsenal muß dabei aus Kurzstrekken- und Mittelstreckenraketen bestehen; ein Verzicht auf die letztgenannten darf auf keinen Fall ausgehandelt werden. Durch die sowjetischen Interkontinentalraketen bleibe Deutschland dann nämlich noch immer ständig bedroht, während die deutschen Kurzstreckenraketen aufgrund der ausgedehnten kriegswaffenfreien Zone keine Bedrohung der sowjetischen Machtzentren darstellten.

Auch die oftmals geschmähte Neutronenwaffe müßte ein wichtiger Faktor der deutschen Verteidigungspolitik werden, da aufgrund der geographischen Besonderheiten Deutschlands, das kaum über ausgedehnte freie Landschaftsflächen verfügt und daher stets größere Städte und damit viele Menschen in der Nähe sind, die Schwelle für einen Atomkrieg hoch gehalten werden muß, auf der anderen Seite aber die Neutronenwaffe eine hervorragende Abwehrwaffe gegen die Panzerübermacht der UdSSR darstellt.

Während Atomwaffen große Gebiete für Wochen verseuchen würden, kann die Neutronenwaffe gezielt auf ein kleines Gebiet angewendet werden. Die von ihr ausgehende Verseuchung wäre so gering, daß die Landstriche bereits nach wenigen Stunden wieder betreten werden könnten.

Auch ein anderer wichtiger Faktor muß dabei berücksichtigt werden: Deutschland, speziell die jetzige Bundesrepublik, verfügt über erschreckend wenig unterirdische Atomschutzräume. Diese sind aber extrem teuer, unter anderem auch deswegen, weil ein Großteil der Menschen nach einem Atomwaffenangriff nicht durch die tödliche Strahlung, sondern durch die extreme, im Zentrum Millionen Grad heiße Hitze- und Luftdruckwelle sowie durch die in sich zusammenstürzenden Gebäude getötet wird. Von daher müssen derartige Schutzräume aus meterdicken Mauern bestehen.

Warum ein neutrales Deutschland?

Anders dagegen bei der Neutronenwaffe. Laut Samuel T. Cohen, dem Erfinder dieser Waffe, genügt lediglich ein Aufwand von etwa 100 Dollar pro Person, um den Keller strahlensicher zu machen. Durch den Einsatz der Neutronenwaffe könnte die Zahl der Opfer gegenüber einer atomaren Explosion um etwa 80 bis 90 Prozent gesenkt werden, so Cohen weiter.

Die Neutronenwaffe ist daher nicht, wie Egon Bahr es behauptet, eine »Perversion des Denkens«, sondern ganz im Gegenteil eine rein defensive Waffenart, die gerade in der jetzigen Zeit der atomaren Abrüstung verstärkte Beachtung finden sollte, da sie durch ihre Wirkung die Gefahr eines konventionellen Krieges verhindert und im Fall eines Falles die Zahl der Opfer deutlich senken würde.

Alles in allem versteht sich von selbst, daß bei den dann zu führenden Abrüstungsverhandlungen der NATO, des Warschauer Paktes und Deutschlands die Abschaffung der Atomwaffen bei einem entsprechenden konventionellen Gleichgewicht, das natürlich ebenfalls auf so niedrigem Stand wie nur möglich liegen sollte, im Vordergrund stehen muß.

Dies alles können natürlich nur erste große Kernpunkte der Überlegungen für ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland sein; die Einzelheiten bedürfen sicherlich vieler langwieriger Verhandlungen. Auch müßten nicht minder wichtige Dinge, wie Verfassung des neuen Deutschlands, Regierungs- und Staatsform vorher erst geklärt werden.

Viele werden jetzt vielleicht den Einwand wagen: »Warum ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland? Warum nicht eigene Atomwaffen im Rahmen des westlichen Bündnisses, der NATO?«

Sicherlich mag dieses auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Nur darf man einige Dinge nicht übersehen: Die jetzigen Bündnispartner der Bundesrepublik würden dem niemals zustimmen. Dies würde nämlich speziell für die Amerikaner bedeuten, daß sie nicht mehr alleine bestimmen könnten, wann aus dem Gebiet der Bundesrepublik heraus Atomwaffen eingesetzt werden. Sie verlören damit aber auch im Kriegsfall ein Verhandlungsmittel, zur Begrenzung des Krieges auf Europa – nach dem Motto »Wir setzen keine Atomraketen ein, wenn ihr am Rhein stoppt«. Denn bislang hat sich jede amerikanische Regierung vehement gegen jedes Mitspracherecht der Deutschen an dieser Entscheidung gewandt.

Auch würde ein eigenes Atom-Arsenal derzeit innenpolitisch kaum zu verwirklichen sein. Man kann wohl sagen, daß momentan, noch dazu betört durch Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Politik, mindestens 90 bis 95 Prozent der deutschen Bevölkerung dagegen stimmen würden. »Schließlich stehen wir ja unter dem atomaren Schutzschirm der Amerikaner.«

»Groß«-Deutschland wäre ein Puffer in Europa

Anders sähe es dagegen bei der Chance auf eine Wiedervereinigung mit gleichzeitigem Schritt in die Neutralität aus. Zwar gäbe es auch dann noch sicherlich

starken Widerstand gegen derartige Pläne, doch würde die Zahl der Befürworter einer derartigen Regelung mit Sicherheit deutlich zunehmen und stünden die Chancen nicht schlecht, daß sie dann nach entsprechender Überzeugungsarbeit auch die Mehrheit stellten.

Denn die positiven Seiten eines wiedervereinigten neutralen Deutschlands überwiegen bei weitem mögliche dagegen sprechende Gründe: Die Spannungsgrenze zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt würden abgeschafft, beide Bündnisse trennte ein mehrere hundert Kilometer breiter, von sämtlichen Kriegswaffen befreiter Raum. Das dazwischen liegende »Groß«-Deutschland bildet einen weiteren Puffer.

Mögliche Ängste unserer Nachbarn, ein zu starkes Deutschland könnte seinerseits militärischen Druck auf sie ausüben, zerstreuen sich von selbst, da ja Frankreich, Großbritannien und auch die USA über eigene Atomwaffen verfügen, die letztlich auch gegen Deutschland und nicht gegen den Warschauer Pakt im Fall eines Falles eingesetzt werden können.

Außerdem soll auch ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland dem Westen weiter freundschaftlich verbunden bleiben. Dazu gehört auch ein Verbleib Deutschlands in der EG, sofern dann sichergestellt wird, daß Deutschland nicht, wie heute, auch weiterhin nur Zahlmeister bleibt, sondern sich Ausgaben und Nutzen zumindest in etwa die Waage halten.

Außerdem, warum sollte Deutschland einen Krieg wollen? Anders als nach Ende des Ersten Weltkriegs hätte Deutschland bei Verwirklichung obigen Vorschlags alle ihm gehörenden Gebiete wieder; auch würde die Wirtschaft nicht durch irgendwelche Vorschriften geknebelt. Führte der Versailler Vertrag damals zu Spannungen, die durch die skandalöse Politik der Entente-Mächte mehr und mehr verstärkt wurden, so würden die jetzt bestehenden Spannungen abgebaut. Und durch den Verbleib in der EG würde Europa wirtschaftlich durch »Groß«-Deutschland sogar gestärkt.

Führte eine jetzige »wirtschaftliche Aufrüstung« der UdSSR durch den Westen nämlich dazu, daß die Sowjetunion nicht nur ein Kriegs-, sondern auch ein Wirtschaftsriese werden würde, der den Westen langfristig auch ohne Krieg in sich einverleiben oder zumindest gefügig machen könnte, kann eine massive wirtschaftliche Unterstützung der UdSSR bei der dann mit einem wiedervereinigten neutralen Deutschland bestehenden Konstellation dagegen durchaus geschehen, besonders wenn Verhandlungen ein niedriges Rüstungsniveau als Ergebnis hätten; denn in einem solchen Fall reduzierte sich das Kriegsrisiko durch die große kriegswaffenfreie Zone auf ein Minimum.

Daß sich unsere derzeitigen westlichen Bündnispartner gegen Wiedervereinigungs- und Neutralitätspläne, wie sie etwa die Grünen vertreten, wehren, ist richtig und liegt auch in unserem Interesse. Ein ohne eigene Atomwaffen neutrales Deutschland würde nämlich die Kriegsgefahr deutlich erhöhen, da der sowjetische Druck auf Deutschland in einem derartigen Fall immer mehr anwachsen würde, der Westen auf die Bundesrepublik aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht verzichten kann. Denn ein plötzlicher Wegfall des Handelspartners Deutschland mit seinem hohen technischen und elektronischen Standard und Know-how würde ernsthafte negative Konsequenzen auf die Wirtschaftsentwicklung der westlichen Länder haben, besonders dann, wenn es dem Osten zugute käme.



Ein neutrales Deutschland kann nur bestehen, wenn die Armee mit den modernsten konventionellen und taktischen Waffen ausgerüstet ist.

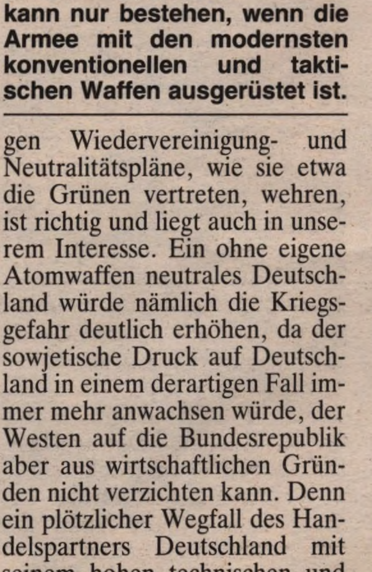
Die Mitschuld der CDU

Man kann wohl behaupten, daß dem Westen in einem solchen sich abzeichnenden Fall ein durch einen Krieg zerstörtes Deutschland weniger schwerfallen würde, als ein »Überlaufen« der Bundesrepublik nach dem Osten.

Unter Abwägung aller Argumente kann am Ende eigentlich nur ein Ja aller Beteiligten zu einem wiedervereinigten neutralen Deutschland herauskommen. Sicherlich wäre es bei der derzeitigen politischen Situation in der Bundesrepublik vermessen zu glauben, dies ließe sich innerhalb von ein, zwei Jahren ermöglichen. Selbst die CDU hat in ihrem neuen deutschlandpolitischen Papier klargestellt, daß eine Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt sei.

Dies stimmt – nur hat die Union daran doch eine gehörige Portion Mitschuld. Es ist doch gerade in jüngster Zeit immer deutlicher geworden, wie sehr Adenauer gegen eine Wiedervereinigung war und alle Denkanstöße in diese Richtung im wahrsten Sinne des Wortes hintertrieben hat.

Heute wird die deutsche Frage in der Tagespolitik praktisch außer acht gelassen und die Präambel in der bundesrepublikanischen Verfassung ist doch kaum mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht. Doch mittelfristig, und entscheidende politische Änderungen spielen sich meistens in diesem Bereich ab, ist es zu schaffen, besonders dann, wenn die schweigende Mehrheit in Deutschland sich endlich aufrafft, für ihre Ziele zu kämpfen. Möge dieser Artikel ein erster Anstoß dazu sein. □



NATO

Nach dem Rückzug der USA aus Europa

Oscar Boline

Mitglieder des Europäischen Parlaments sehen den amerikanisch-sowjetischen Vertrag über Atomraketen als den ersten Schritt eines Rückzugs der Amerikaner aus Europa, was die europäische Selbstverteidigung zu einem vorrangigen Gesprächsthema macht.

Die »Verteidigung Europas nach dem Gipfel« ist das Hauptgesprächsthema im Europäischen Parlament, bei der NATO in Brüssel sowie bei den Behörden der Europäischen Gemeinschaft sowie vieler anderer internationaler Organisationen. Obwohl alle sich scheinbar darin einig sind, daß mit dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel und der Vereinbarung die Pershings und SS-Reihe der veralteten, nuklearen Mittelstreckenraketen zu verschrotten, nur an der Oberfläche gekratzt wurde, betrachten doch viele dies als einen ersten Schritt des Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Europa. Für alle ist es jedoch das Ende der beherrschenden Rolle, die die Vereinigten Staaten in der Verteidigung Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gespielt haben.



Peter Vanneck, ehemaliger Londoner Bürgermeister, warnt vor den sowjetischen chemischen Waffen.

Washington in der Hand von Waffenhändlern

England, das das Herz des Pro-Amerikanismus in Europa gewesen ist, ist einer Anfang des Jahres veröffentlichten Meinungsumfrage zufolge auf die andere Seite übergeschwenkt. 58 Prozent der Engländer ziehen jetzt die westeuropäische Union für die Verteidigung Europas der NATO vor.

In vielen Kreisen höre ich, daß Washington zu sehr von Waffenherstellern beherrscht werde, die nur an die Notwendigkeit der Vereinigten Staaten denken, einen internationalen Atomkrieg zu führen, in dem die Westeuropäer keine Rolle spielen. Die Vereinigten Staaten werden beschuldigt zu versuchen, die NATO zu einer internationalen Polizeimacht zu machen, die die Interessen der multinationalen Unternehmen verteidigt.

Außerdem wollen die Europäer nicht, daß amerikanische Verteidigungs-Lobbyisten, Abgeordnete des US-Kongresses und Stabsmitglieder in Washington mit ihren Verteidigungsbedürfnissen herumspielen.

Es gibt immer häufiger in europäischen Medien Berichte über die veraltete Ausrüstung, die Washington den amerikanischen Soldaten liefert, die Europa verteidigen sollen. Ein an den Frontlinien amerikanischer Verteidigung in Deutschland stationierter US-Offizier sagte mir, die Artillerie seiner Einheit sei so veraltet, daß seine Männer im Falle eines Angriffs nicht die geringste Chance hätten.

Die Sowjets wollen ein gesundes Europa

Viele der von mir Interviewten liegen auf der Linie eines ehemaligen Mitgliedes des westdeutschen Äquivalents des CIA, der allgemein unter dem Pseudonym »Stephan Troyanski« bekannt ist. Troyanski beharrt darauf, daß die Sowjets in Europa keine Atomwaffen einsetzen werden, weil diese die Städte und ihre industriellen Einrichtungen, die Transportwege und andere Wirtschaftseinheiten zerstören würden. Die Sowjets wollen ein Europa mit einer gesunden Wirtschaft übernehmen, meint er.

Somit waren die Atomraketen der SS-Reihe nur eine Taktik der Angstmache, mit der der amerikanische Steuerzahler dazu gebracht wurde, die mehrere Millionen Dollar kostende Installierung der Cruise- und Pershing-Raketen gegen die Proteste von Millionen von Deutschen und Europäern zu befürworten. Jetzt, wo die Waffenhersteller ihre Profite gemacht haben, stimmen sie der Entscheidung auf dem Gipfel zu, daß die Raketen verschrottet werden.

Doch die Debatte über die mögliche Stationierung von chemischen Waffen in Europa könnte in den kommenden Monaten das Gesprächsthema Nr. 1 werden.

»Den Leuten ist das schreckliche Ungleichgewicht zwischen Ost und West bei den chemischen Waffen nicht bewußt. Sie wissen nicht, daß die Sowjets über Hunderttausende von Tonnen an chemischen Waffen verfügen, während unsere begrenzte Zahl dieser Waffen mit der Zeit veraltet und zerfällt.«

Das ist die Meinung von Peter Vanneck, Mitglied des Europäischen Parlaments, der im Unterausschuß des Ausschusses für politische Angelegenheiten des Parlaments sitzt, der für Sicherheit und Abrüstung zuständig

Soldaten der Bundeswehr in Schutzkleidung bei einer Abwehrübung eines Angriffs mit chemischen Waffen.



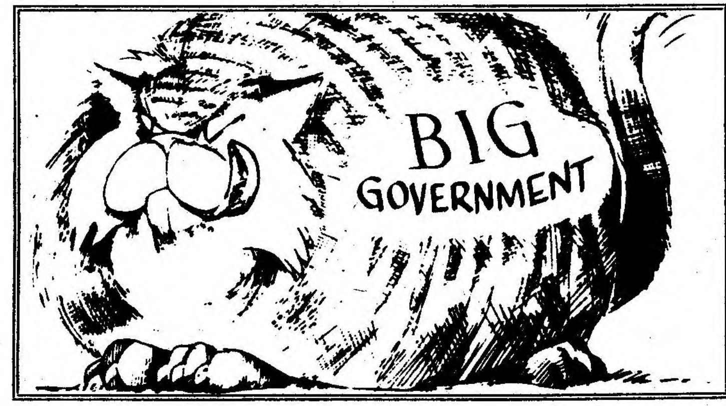
ist. Dieses Organ befaßt sich mit Themen, die mit der Verteidigung Westeuropas zu tun haben einschließlich Waffenbeschaffung, Atomwaffen und chemische Waffen.

Vanneck, aktiv in Militär- und Verteidigungsangelegenheiten, hat in der britischen Marine und Luftwaffe gedient. Als Harvard-Student diente er im Korea-Krieg auch in der 101. amerikanischen Air National Guard Staffel. Er ist äußerst qualifiziert, eine objektive Meinung zu chemischen Waffen und der Verteidigung Westeuropas abzugeben.

»Die chemischen Waffen sind so schrecklich«, meint Peter Vanneck. »Mit ihnen werden viel mehr Zivilisten getötet als durch den Einsatz normaler, konventioneller Waffen.«

Keine Übung im Einsatz chemischer Waffen

Zur Sowjetarmee und NATO meinte Vanneck: »Aus dem Manöververhalten der Armeen



wird deutlich, daß die Sowjets an den Einsatz chemischer Waffen denken, und wir dagegen denken an die Verteidigung. Bei den Übungen der Sowjets hat die Ausbreitung der Chemikalien, nicht die Verteidigung den Vorrang.

Das ist die Antithese in unseren Übungen. Wir stecken unsere Leute in Schutzkleidung, Panzer mit Klimaanlagen und andere Abwehreinrichtungen gegen die chemische Kriegsführung. Wir machen aber keine Übungen mit dem Einsatz von chemischen Waffen.«

Peter Vanneck sieht die chemischen Waffen als ein Mittel, mit Hilfe dessen die Sowjets Europa mit einem Minimum an Schaden für seine Wirtschaft übernehmen könnten. »Seit William der Normanne England im Jahr 1066 überfallen hat, wollten die Menschen die Städte in intaktem Zustand übernehmen. William wollte sich nicht durch ganz London bis zum Fluß hindurchkämpfen und die Schiffsanlagen und die Lagerhäuser zerstören. So blieb er in den Außenbezirken der Stadt und verhandelte mit den Einwohnern. London war der wirtschaftliche Antriebsmotor des Landes und zu wertvoll für William, um zerstört zu werden.«

Indem Vanneck die Theorie von William dem Eroberer in das Atomzeitalter übertrug, fuhr er fort: »Es ist vergleichbar mit der Theorie der Neutronenbome: Man tötet die Menschen durch die Strahlung, doch es werden keine Städte, Produktions- und Transporteinrichtungen zerstört. Die chemischen Waffen sind der Neutronenbombe jedoch weit überlegen. Chemikalien lösen sich auf, während die Strahlung der Neutronenbombe schwierige Dekontaminationsprobleme verursacht.«

Fast 20 Jahre lang haben sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten an den UN-Diskussionen über die Beseitigung von chemischen Waffen beteiligt, doch sie kamen zu keinem Ergebnis, weil die Sowjets darauf bestanden haben, sie zu ihrer »nationalen Verteidigung« einzusetzen.

Vanneck glaubt, daß »mit der gleichen Logik, die die Sowjets an den Verhandlungstisch brachte, weil wir die Cruises und Pershings an die vordersten Verteidigungslinien gebracht haben, die Verbesserung unserer chemischen Waffen uns auf dem Weg der Beseitigung der chemischen Waffen sicher ein Stück weiter bringen wird«. □

Bonn

Atommüll in die Antarktis?

Günter Kaufmann

Als eine Überlebensfrage der Menschheit ist die Entsorgung, das heißt die sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen der Kerntechnik, anzusehen. Und diese Frage ist bis heute nicht gelöst. Die Namen Gorleben und Wackersdorf bilden dafür, was eine mögliche Endlagerung betrifft, die brisanten Reizworte in der Bundesrepublik. Es bringt auch letzten Endes wenig, zu hören, daß die Vereinten Nationen an einer Weltkonvention über die Kontrolle grenzüberschreitender Transporte gefährlicher Abfälle arbeiten. Entsorgung schaffen sie damit nicht.

So wie Ronald Reagen und Michail Gorbatschow in ihrem INF-Vertrag keinerlei Vorschriften darüber ausgearbeitet haben, was mit den Spaltstoffen in den nuklearen Sprengköpfen geschehen soll, so wenig ist die Entsorgung für die 416 zur Zeit auf unserem Erdball in Betrieb befindlichen Reaktoren zufriedenstellend, also sicher geregelt. 154 solcher Reaktoren befinden sich in Westeuropa, 106 in den USA, 77 im Ostblock, was die Rangordnung der Dringlichkeit für die Beseitigung des Atommülls verdeutlicht.

Liebäugeln mit dem fernen, leeren Kontinent

Frankreich deckt bereits 70 Prozent seines Energiebedarfs aus der Atomkraft, was andererseits zu begrüßen ist, weil steigender Verbrauch fossiler Brennstoffe nicht nur unsere Wälder vernichtet, sondern die Atmosphäre mit Kohlendioxid in einem Maße aufheizt, daß uns eine Klimakatastrophe droht.

Der gewöhnliche Müll, den die Industriegesellschaft produziert, ist schon schlimm. Er füllt pro Jahr allein in der Bundesrepublik Deutschland eine Million Eisenbahnwaggons, worunter sich unter anderem 1,8 Millionen Autowracks befinden. Schlimmer aber ist der radioaktive Atommüll.

Um die Frage »Wohin damit?« ist jetzt eine Diskussion entbrannt, die der Professor Heinz Haber, Physiker und Astronom, Herausgeber der Zeitschrift »Bild der Wissenschaft«, mit dem Vorschlag eröffnet hat, man möge ihn unter dem ewigen Eis im Gestein der Antarktis einmauern. Da der Atommüll eine Lebensdauer von mehreren tausend Jahren besitzt, kann niemand sicher sein, daß selbst die dicksten Metallfässer oder Zementwände die kommenden Generationen vor freigesetzten Strahlen bewahren.

Auch stillgelegte Bergwerke oder der Meeresgrund bieten als Endlager keine Sicherheit, weil weder Erdbeben noch Kontinentalverschiebungen auszuschließen sind. Haber meint nun, der fünftgrößte, menschenleere Kontinent, die Antarktis, könnte in den Felskavernen unter einer oft zwei Kilometer dikken Eisschicht den Atommüll der gesamten Menschheit relativ sicher aufnehmen.



Politiker und Wissenschaftler liebäugeln mit der Antarktis für die Endlagerung des atomaren Mülls.

Diese These ist zunächst einmal auf den Widerspruch der Antarktisforscher gestoßen, die um die Unberührtheit des fernen Erdteils fürchten. Einer ihrer Sprecher, der Geophysiker am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven, Professor Heinz Miller, bestreitet vor allem die Erdbebensicherheit der Antarktis und verweist darauf, daß die Kavernen mit dem Weltmeer über das Grundwasser kommunizieren.

Korrekturen am Vertrag als Ausweg

Den leeren, fernen Kontinent als Ablagerungsstätte ins Auge zu fassen, ist nicht allein aus der verzweifelten Suche nach einer Lösung zu erklären, sondern bietet sich auch an, weil der 1959 abgeschlossene »Antarktisvertrag« den Unterzeichnerstaaten nach 30 Jahren, also Ende 1989, die Gelegenheit verschafft, die Einberufung einer Konferenz zu erwirken mit dem Ziel, eine Abänderung der Vertragsbestimmungen zu erreichen.

Unterzeichnerstaaten des Antarktisvertrages waren 1959: Argentinien, Chile, Australien, Frankreich, Norwegen, Großbritannien, Neuseeland, die Sowjetunion, Belgien, Südafrika, Japan und die USA. Die Bundesrepublik Deutschland schloß sich am 5. Februar 1979 dem Antarktisvertrag an, gründete ihrerseits ein Polarinstitut in Bremerhaven, richtete eine Forschungsstation in der Antarktis ein und rüstete ein Forschungsschiff aus.

Die Präambel des Vertrages besagt, daß sein Sinn darin besteht, den antarktischen Frieden zu wahren und daß die Forschungsfreiheit dem Wohl der gesamten Menschheit dienen soll. Darunter verstanden die Vertragspartner wohl vorrangig Ölvorkommen, Mineralien und die Krillfischerei, also die Nahrungsgewinnung aus den dort in großen Schwärmen auftretenden krabbenartigen, eiweißreichen Kleinkrebsen.

Voraussetzung für den Vertragsabschluß war seinerzeit die Ausklammerung der verschiedenen territorialen Ansprüche, die sich in der Festsetzung von Sektoren niederschlagen. Zwei der bedeutendsten Sektoren beanspruchen Chile und Argentinien, ohne deren Infrastruktur im Süden der beiden Staaten eine Erschließung beziehungsweise Nutzung der Antarktis aus ökonomischen Gründen gar nicht möglich ist. Da der Vertrag Kernexplosionen sowie Ablage von Atommüll verbietet, verlockt die Revisionsklausel nach Ablauf der 30 Jahre anno 1989, Korrekturen am Vertragstext durchzusetzen.

Mitwirkung von Chile und Argentinien ist nötig

Damit rücken die beiden südlichen Andenstaaten infolge ihrer geostrategischen Lage demnächst ins weltpolitische Bild. Im Umgang mit den hier entscheidenden gesellschaftlichen Kräften, ob nun demokratisch oder autoritär, wird sich dieser für die Zukunft wichtige Aspekt bemerkbar machen. Wer im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts irgendwelche Interessen im Südpolargebiet vertreten will, wird sich der Mitwirkung Chiles und Argentiniens versichern müssen.

Nach der Beilegung des Beagle-Kanal-Konflikts sind auch die Chancen gering, den einen der beiden Staaten gegen den anderen auszuspielen. Hier bauen sich also bedeutende Porzellanläden auf, von denen rheinische Elefanten zweckmäßigerweise ferngehalten werden sollten. □

Deutschland

National-masochismus der Deutschen

Wolfgang Stach

Schon der deutsche Dichter und Patriot Ernst-Moritz Arndt schrieb: »Ein Wort ein Wort, ein Mann ein Mann, das muß als deutsche Losung klingen. Wer da nicht wanket ab und an, kann alle Höllenteufel zwingen.« Doch was ist daraus geworden? Jeder, der sich nicht »Weltbürger« nennt, sondern gesteht, sein Land zu lieben und stolz ist, Deutscher zu sein, der sich den britischen Ausdruck ihrer Landesliebe »Right or wrong, my country« zu eigen macht und dafür offen eintritt, setzt sich heute der Gefahr aus, je nach Lebensalter als »übrig gebliebener Nazi«, »Neonazi«, »Faschist« oder sonst was bezeichnet zu werden – also schweigt er meistens und hilft damit den Gegnern des deutschen Volkes.

Der französische Philosoph Andre Glucksmann, der sich von einem früher extrem linken Saulus zu einem nun geläuterten Paulus gewandelt hat, gibt dazu in dem Vorwort zur deutschen Auflage seines von national-denkenden Deutschen sicherlich nicht in allen Punkten zuzustimmenden Buch »Die Macht der Dummheit« auch eine gute Erklärung: »Der deutsche Fall bleibt dennoch einzigartig . . . Zum einen durch die Geballtheit des Dramas . . . aber mehr noch dadurch, daß es nie vergessen werden kann: Nachrichtenwesen und Massenmedien verhindern ein Verblassen und verewigen die Nachricht. Der Sowjetbürger, der Ugander und der Kambodschaner verdanken es der Agentur TASS und dem zentralen Rundfunk, daß sie nie Zeitgenossen ihrer eigenen Geschichte sind . . . Das Schicksal der Deutschen aber bleibt beispiellos, sie werden die Augen vor ihrer Vergangenheit nie verschließen können, man hat ihnen die Lider abgeschnitten. Die Liste von Stalins rühmlichen Untaten ist nicht weniger lang als die Hitlers . . . Da wurde weder abgerechnet noch ein Schlußstrich gezogen . . . Seit jeher hat die Zeit Vergessen und Vergebung gewährt. Doch in Westeuropa fand die Verjährung nicht statt . . . 1945: Der Apparat der Massenmedien läuft.« Und das Opfer waren und sind auch heute noch wir Deutschen.



Die Siegermächte wollten Deutschland in ein Weideland verwandeln, so daß es nie wieder zu einem Konkurrenten für das Dollar-Imperium werden könnte.

Erbt man die Verbrechen der Eltern?

Doch Glucksmann erklärt nicht nur, er verurteilt die anhaltende Einflußnahme der Sieger des Zweiten Weltkrieges auf die Deutschen auch. In Anspielung auf Reagans Besuch eines Soldatenfriedhofs in Bitburg schreibt der Franzose: »Und was die Notwendigkeit betrifft, die Deutschen mit sich selbst zu versöhnen, so hätte er (Reagan) es denen überlassen (sollen), darüber zu reden, für die diese Notwendigkeit keine Selbstverständlichkeit ist: den Vertriebenen zum Beispiel und ganz allgemein den jetzigen Verbündeten, denen es keineswegs mißfällt, wenn die Bundesrepublik ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg ist.

Phantasieren wir. Ironische Fortsetzung: Kann man sich seine Eltern aussuchen? Juristisch: Erbt man ihre Verbrechen? Ethisch: Setzen gleiche Pflichten nicht gleiche Rechte voraus? Vor allem für jede Demokratie das Recht, ihre Freiheit zu verteidigen, und sei es mit dem Leben, und sei es atomar? Der Bürger der Bundesrepublik hat zu entscheiden, nicht wir an seiner Stelle.

Biblisch: Bis zu welcher Generation werden wir der deutschen Jugend die Last von Auschwitz aufbürden? Philosophisch: Welche vorgebliche Unschuld und welche wohlfeile Arglosigkeit berechtigen uns dazu, eine Bevölkerung definitiv zu entmündigen, deren Kultur das Herz Europas schlagen läßt?«

Kein Dogma der Tagespolitik

Recht hat Monsieur Glucksmann – doch ist es längst an der Zeit, daß dies nicht nur einige mutige Ausländer sagen, so sehr wir ihnen dafür danken müssen, sondern daß auch wir, wir Deutschen, uns endlich wieder zu unserem Vaterland bekennen, daß wir die in manchen Punkten sicherlich nicht blütenweiße Vergangenheit als einen Teil, aber nicht als den Teil unserer Geschichte betrachten. Sicherlich dürfen wir auch die dunklen Flecke auf unserer Weste nicht vergessen, sie aber doch nicht zum Dogma der Tagespolitik hochstilisieren.

Andre Glucksmanns Äußerungen waren nur Bestandteil eines insgesamt zwanzigseitigen Vorwortes eines 349 Seiten starken Buches. Aber selbst für diese wenigen Worte wurde er aus gewissen Kreisen schärfstens angegriffen. Viel schlimmer erging es aber vielen anderen Ausländern, die sich um eine objektive Geschichtsschreibung der zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945 bemühten. Man denke nur an den franzöischen sozialistischen Abgeordneten, Widerstandskämpfer und KZ-Gefangenen Paul Rassinier, dem sogar von staatlichen Stellen die Einreise in die Bundesrepublik verweigert wurde, oder an Henri Rocques, dem, bislang einmalig in der französischen Geschichtsschreibung, der Professorentitel aberkannt wurde. David Irving und Richard Harwood sind nur zwei weitere, die stellvertretend für viele andere stehen sollen.

Doch es gibt auch in Deutschland einige wenige mutige Schriftsteller, die »gegen den Strom schwimmen«: Beispielsweise Udo Walendy, Emil Aretz, Erich Kern und Heinrich Härtle. Selbst eine so bekannte Autorität wie Professor Hellmut Diwald mußte sich dem Druck beugen und ab der zweiten Ausgabe seiner »Geschichte der Deutschen« einige Passagen, wie beispielsweise die Stelle, an der er aufgrund seiner Forschungen zu dem Schluß kommt, die wahre Zahl der im KZ Bergen-Belsen gestorbenen Opfer liege bei rund 7000 Menschen und nicht bei den immer wieder behaupteten 50 000, streichen.

Abweichende Meinungen werden unter Strafe gestellt

Wesentlich erschwert wird die Publikation von Ergebnissen hi-

Deutschland

Nationalmasochismus der Deutschen

storischer Forschung in Deutschland durch das 22. Strafrechtsänderungsgesetz – genannt Auschwitzlüge-Gesetz –, nach dem der Staatsanwalt in bestimmten Fällen ohne den Antrag eines Beleidigten von Amts wegen tätig werden kann, wenn Angehörige bestimmter Personengruppen, die von einer Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, beleidigt werden. Wer also aufgrund seiner Forschung Zweifel hat, daß weniger als sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens umgebracht wurden, darf dies nicht veröffentlichen.

Merkwürdigerweise wird diese Gesetzesänderung nicht auf Deutsche, sondern nur dann angewendet, wenn der Staatsanwalt glaubt, es seien die Juden beleidigt. Nach der bisherigen Praxis wird eine Beleidigung schon unter dem Stichwort »Verkleinerung der Leiden des jüdischen Volkes« angenommen, wenn Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung gewisse Tatsachenbehauptungen in Frage stellen. Und dies, obwohl selbst Christian Zentner, der auch gerne von linken Gruppierungen zitiert wird und damit als Nazi-Sympathisant unverdächtigt gelten kann, in seinem Buch »Adolf Hitler« auf Seite 125 geschrieben hat: »Die Zahl wurde später oft angegriffen, und inzwischen steht auch fest, daß sie zu hoch war, weil weder die zahlreichen Auswanderungen während des Krieges, noch die in der ersten Phase des Krieges im Osten in die Sowjetunion geflüchteten Juden, noch andere Faktoren berücksichtigt worden sind.«

Ohne jetzt diese Diskussion an dieser Stelle vertiefen und sich der Gefahr eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens und gar der Gefahr einer Indizierung dieses Heftes aussetzen zu wollen, nur eine Anmerkung: Die Zahl von sechs Millionen – zeitweise sprach man von 12 Millionen – Toten auf seiten des jüdischen Volkes ist bereits unmittelbar nach Beendigung des Krieges genannt worden; damals wurde für das KZ Dachau aber



Auch die Bundesrepublik wird von den internationalistischen Bankern regiert, darum ist Frankfurt die eigentliche Hauptstadt.

noch – unter anderen auch von Pastor Niemöller – Todeszahlen von rund 250 000 Personen, darunter viele Juden, angegeben. Erst später, als höchstrichterlich festgestellt wurde, daß die gezeigten Gaskammern erst nach Kriegsende von deutschen Häftlingen gebaut wurden, wurde die Zahl dann auf etwas mehr als 31 000 Personen korrigiert (siehe auch den offiziellen Dachauführer). Hätte es dann aber nicht logische Konsequenz sein müssen, daß die andere Zahl ebenfalls nach unten korrigiert wird? Es ist auch nicht die Ansicht des früheren Herausgebers des »Stern«, Henri Nannen, zu teilen, der vor vielen Jahren in einem Kommentar sinngemäß schrieb, daß die Diskussion um die wirkliche Zahl der jüdischen Opfer falsch sei, da auch eine niedrigere Zahl nichts an der moralischen Schuld der Deutschen ändere. Damals, wie auch heute bei immer wieder zu hörenden ähnlichen Kommentaren, gibt es keine Proteste der deutschen Bevölkerung.

Wer sind die besseren Freunde Israels?

Bei den Opfern handelt es sich um Menschen, nicht um Steine, Murmeln, Sandkörner oder ähnlichem. Jeder Tote weniger bedeutet einen Menschen mehr, der weiter leben, lachen, lieben, eine Familie gründen könnte. Und von daher ist es eben besonders wichtig, die wahre Zahl zu ermitteln. Denn die moralische Schuld wird doch nicht geringer, wenn sich wirklich herausstellen sollte, die wahre Zahl der ermordeten Juden liegt bei fünf, vier, eine Million oder »nur« bei 100 000.

In einem Rechtsstaat muß einem Angeklagten aber jedes einzelne Verbrechen nachgewiesen werden. Wenn seine Schuld für einen Mord unzweifelhaft ist, die Beweise für die anderen fünf ihm vorgeworfenen Morde aber zu einer Verurteilung nicht ausreichen, obwohl die Tatmerkmale eigentlich dafür sprächen, kann er doch nicht nach dem Motto »Er war es einmal, also wird er es auch bei den fünf anderen Fällen gewesen sein« verurteilt werden. Neben der moralischen Schuld, die bereits bei einem Mord beginnt und immer gleich hoch bleibt, da es zynisch wäre, sie an der Zahl der Opfer zu messen – etwa nach dem Motto: Ein Toter ist etwas schlimm, 100 Tote sind schlimm und alles drüber ist sehr schlimm –, gibt es eben auch eine tatsächliche Schuld, bei der es, im Gegensatz zur moralischen Schuld, auf den Nachweis einer jeden Tat ankommt.

Und von daher ist auch das Verhalten des jüdischen Volkes unverständlich. Müßten sich die Juden nicht eigentlich darüber freuen, wenn sich herausstellt, daß weniger ihrer Brüder und Schwestern umgekommen sind? Wäre eine Untersuchung nicht dann schon erfolgreich, wenn sie herausfindet, daß auch nur ein Mensch weniger als immer behauptet, getötet wurde? Sind nicht in Wirklichkeit jene, die die genaue Zahl der Getöteten herausfinden wollen und nicht eine Zahl als Dogma akzeptieren, die besseren Freunde Israels als jene, die gar kein wahres Interesse an der wirklichen Zahl der Umgekommenen haben, sondern nur an der pauschalen Verurteilung eines Volkes, in diesem Fall des deutschen, interessiert sind?

Bei der Vergangenheitsbewältigung sollten wir Deutsche uns ein Vorbild an den Japanern nehmen. Noch heute, 43 Jahre nach Besetzung der Kurilen-Inseln durch die Rote Armee, beharren die Japaner auf ihrer Rückgabe und nehmen selbst eine Belastung der japanisch-sowjetischen Beziehungen durch dieses »Dauerthema« in Kauf. Doch in Deutschland?

Wer erinnert sich nicht noch an das unwürdige Theater, als die Schlesier ihr alljährliches Treffen unter dem Motto »Schlesien bleibt unser« abhalten wollten. Sie sprachen damit nichts anderes aus, als was das Bundesverfassungsgericht im Juli 1975 erklärte hatte:

»Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 nicht annektiert worden . . . Nach den Ziffern VI und IX des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostgebiete ›vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung‹ teilweise unter sowjetische und teilweise unter polnische ›Verwaltung‹ gestellt.«

Japans gesundes Verhältnis zur Vergangenheit

Im Gegensatz zu Deutschland hat Japan ein gesundes Verhältnis zu seiner Vergangenheit gefunden. Es gibt dort 43 Jahre nach Kriegsende keine Prozesse mehr gegen irgendwelche angeblichen Kriegsverbrecher. Ganz im Gegenteil: Heldenhafte Soldaten wurden mit Statuen geehrt.

Doch in Deutschland: In Berlin wurde jetzt soeben das zweite Denkmal zu Ehren Rosa Luxemburgs, einer kommunisti-

schen Vorkämpferin, aufgestellt – mit Unterstützung der CDU!

Linke Gruppen fordern gar ein Ehrenmal für Deserteure. Man stelle sich nur einmal vor, bundesrepublikanische Stellen würden die Aufstellung eines Denkmals für Dönitz, der Millionen Deutschen in den letzten Kriegstagen die Flucht aus dem Osten und damit oftmals die Rettung vor dem sicheren Tod ermöglicht hat, oder für den Luftwaffenoberst Rudel fordern. Verdient hätten sie es doch – doch ein Wutgeschrei würde durch den »freien« Teil Deutschlands hallen.

Und sollten sie wirklich aufgestellt werden, dann wären sie spätestens nach einer Stunde schon niedergerissen. Und kein Japaner würde es akzeptieren, daß einer der damaligen Führer der regierenden Partei rund 40 Jahre in Einzelhaft gehalten wurde und dort sogar unter ominösen Umständen starb. Kein Japaner würde es akzeptieren, daß die Siegermächte heute noch die Oberhoheit in einer japanischen Stadt ausüben, so wie es in Berlin geschieht.

Hamburgs Oberbürgermeister von Dohnanyi läßt sich feiern, daß es zu einer »friedlichen Lösung« des Hafenstraßen-Problems gekommen sei – wofür er dann auch noch die Theodor-Heuss-Medaille erhielt. In Wirklichkeit wurde doch der Rechtsstaat verhöhnt und wurde der Gewalt der Straße klein beigegeben – gleichzeitig setzt sich aber der gesamte Staatsapparat in Bewegung, wenn jemand sein 20-Mark-Knöllchen wegen Falschparkens nicht zahlt.

Man stelle sich nur einmal vor, 300 Nazis hätten die Häuser besetzt und das Hakenkreuzbanner oder die Reichskriegsflagge des deutschen Kaiserreichs gehißt. Binnen weniger Stunden hätte ein massives Polizeiaufgebot, unterstützt durch tausende SPDler, Gewerkschafter und andere Linke, die Häuser mit äußerster Härte gestürmt und die Hausbesetzer wären anschließend zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Die Schuld deutscher Politiker

Einige weitere kurze exemplarische Beispiele dessen, was man als »Nationalmasochismus der Deutschen« bezeichnen kann: Warum ist es den deutschen Jugendlichen nicht gestattet, sich anhand von Büchern Hitlers, Rosenbergs, Goebbels' und anderen ein eigenes Bild über die von führenden Nationalsozialisten vertretenen Gedanken zu machen; denn die in Schulbüchern und bei vielen Historikern verwendeten Zitate sind zum einen oftmals aus dem Zusammenhang gerissen und stellen zum anderen nur Bruchstücke der gesamten Gedankenwelt desjenigen dar.

Ist der Nationalsozialismus aber eine Gefahr für die Jugend, dann muß dies doch auch konsequenterweise für den Kommunismus gelten. Es ist aber nicht bekannt, daß kommunistische Bücher indiziert oder sogar gänzlich verboten sind.

Eher an das Königlich-Bayerische Amtsgericht als an ein deutsches Gericht fühlt man sich bei der Entscheidung des Oberlandesgerichts Oldenburg erinnert. Dieses hatte eine feucht-fröhliche Stammtischrunde, die zur Melodie des Horst-Wessel-Liedes den Text »Die Pfanne hoch, die Bratkartoffeln brutzeln, die Kalorien wachsen Schritt für Schritt« gesungen hatte, bestraft. Es handele sich dabei um die verbotene Verwendung von nationalsozialistischer Propaganda, da die Melodie den Kampfcharakter des Liedes ausmache, so die Richter.

Wie bei den Büchern sind aber auch keine radikal-kommunistischen Lieder bekannt, deren Absingen unter Strafe gestellt ist.

Und ein Skandal ist nicht nur das, was sich derzeit in der DDR mit den Oppositionellen abspielt, ein Skandal ist auch, wie sich die Bundesrepublik dazu verhält. Die von der DDR Ausgewiesenen werden hierzulande und auch von »konservativen« Medien quasi als Helden gefeiert. Kein deutscher Sänger war in jüngster Zeit so oft im Fernsehen zu sehen und zu hören wie Stefan Krafczyk.

Doch schauen wir uns die »DDR-Rebellen« doch einmal näher an. Bei ihnen handelt es sich um nichts anderes als um Kommunisten, die lediglich ein anderes Verständnis von dessen Verwirklichung haben. Als Vorkämpfer für ein freiheitliches Staatssystem kann man sie doch nun wirklich nicht bezeichnen.

Der eigentliche Skandal ist aber, wie die bundesdeutschen Medien mit dem Rosa Luxemburg-Zitat »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« umgehen, wie durch die bewußte Falschinterpretation dieses Zitats eine Frau aufgewertet wird, die sich dem Kampf um die Verwirklichung des Kommunismus, der freiheits- und menschen-verachtendsten Staatsform, die es gibt, verschrieben hat.

Wir haben keinen Grund uns zu schämen

Ihr Zitat war lediglich für den partei-internen Gebrauch gemeint, aber nicht für eine friedliche Auseinandersetzung mit der Demokratie. Diese sollte nach dem Motto »Faust aufs Auge – Knie auf die Brust« behandelt werden. Doch davon hört man nichts und steht kein Wort in den Massenmedien; lieber wird zugelassen, daß die Jugend, die durch einen einseitigen Geschichtsunterricht sowieso nicht die wirkliche Wahrheit, sondern nur die von Linken und Umerziehungsvasallen in ihrem Sinn geschönte »Wahrheit« erfährt, plötzlich eine blutrünstige Kommunistin als Kämpferin für Demokratie und Freiheit betrachtet.

Die Schuld an dieser unseligen Entwicklung tragen ganz allein die deutschen Politiker. War es unmittelbar nach dem Krieg noch einigermaßen verständlich, wenn viele Deutsche die Siegerpropaganda als absolute Wahrheit tolerierten und aus einer Art Gefühl von Scham und Verzweiflung die Interessen ihres Vaterlandes hintenanstellten, so grenzt dies heute, mehr als vier Jahrzehnte nach der »Befreiung«, schon an Selbstzerstörung.

Doch der Jugend darf man eigentlich keinen Vorwurf machen. Sie erfahren nur das, was sie erfahren sollen – und das ist eben, soweit es Deutschland betrifft, in großen Teilen nicht mit der Wahrheit identisch. Besonders die Massenmedien der anderen Länder, besonders auch die einflußreichen Amerikas, lassen nicht eine Woche vergehen, in der den Deutschen nicht ihre angebliche Schuld vorgehalten wird.

Damit die israelische Regierung von ihren schon an Völkermord grenzenden Vorgehen gegen die Palästinenser ablenken kann, wird eben kurzerhand eine lächerliche Kampagne gegen Österreichs Bundespräsidenten Kurt Waldheim eröffnet – und die Massenmedien der ganzen Welt, auch und besonders die in Deutschland, spielen mit.

Wo bleibt die Kampagne gegen Gorbatschow, Khomeini, Schamir, Peres, die heute für die von ihren Armeen, Milizen, Bürgern und Anhängern begangenen Untaten, die bis zum kaltblütigen Mord reichen, verantwortlich sind? Lieber wird einem damals Zwanzigjährigen nach fast 50 Jahren das Büßerhemd angezogen, für etwas, das er nicht eine Sekunde hätte verhindern können.

Wir haben keinen Grund, uns für Deutschland zu schämen. Auch nicht für die Zeit des Dritten Reiches. Ein britischer Politiker sagte einmal sinngemäß, daß Hitler, wäre er am 30. August 1939 gestorben, als größter deutscher Politiker und als einer der bedeutendsten der Welt in die Weltgeschichte eingegangen wäre.

Sicher ist damals den Juden und vielen Oppositionellen viel Unrecht geschehen, sicherlich hat sich der Staat in vielen Dingen so entwickelt, wie es heute von Freiheitlich-Nationalen absolut abzulehnen ist.

Die momentane Lage in der Bundesrepublik erinnert frappierend an die fünfte Strophe des von Arndt 1812 geschriebenen Gedichts »Die alten und die neuen Deutschen«. Nachdem sich die Germanen von der Knechtschaft der Römer befreit hatten, kam dann eine Zeit, die Arndt wie folgt beschreibt: »So waren sie weiland die Deutschen. Und Du? Was, Ihr Enkel, bist Du? Du lässest wie Hunde Dich peitschen. Und wedelst recht hündisch dazu; Du zitterst, erbärmliche Memme. Zu sterben mannhaftigen Tod. Und issest in glanglicher Klemme, umstellet von Treibern Dein Brod.« □

Banker-Journal

Gerüchte über Abhängigkeit der Deutschen Bundesbank

In Frankfurter Börsenkreisen wird das Gerücht gehandelt, die Deutsche Bundesbank sei keineswegs so unabhängig, wie sie vorgibt. Vielmehr seien indirekt die Alliierten im Zentralbankrat vertreten und würden über alle Entscheidungen des Zentralbankrates nicht nur informiert, sondern besäßen sogar eine Einflußmöglichkeit.

Wie dazu ausgeführt wird, unterstehe der Berliner Landeszentralbank-Chef, der Mitglied des Zentralbankrates sei, dem Alliierten Kontrollrat in Berlin und sei somit verpflichtet, diesem Rede und Antwort zu stehen, worauf der Alliierte Kontrollrat die Zentralbankrats-Internitas umgehend an die amerikanische, britische und französische Nationalbank weiterleite.

Nun kann es aber auch sein, daß die jeweiligen Beschlüsse von New York, London und Paris über den Berliner Vertreter dem Direktorium der Deutschen Bundesbank vorgegeben werden. Der Börsen-Crash vom Oktober 1987 war von langer Hand in den USA vorbereitet und eingeleitet worden. In diesem Spiel hat die Deutsche Bundesbank nur ihren Part – gegen ihre Überzeugung – auf Druck der USA gespielt.

Die radikale Kürzung der Geldmenge in den USA um ungefähr 20 Prozent im Jahr 1986 auf knapp 7 Prozent im Jahr 1987 brachte automatisch die Zinserhöhungen in den USA in Höhe von über 3 Prozent auf rund 10 Prozent.

Bei der Deutschen Bundesbank wurde dagegen die Geldmenge überhaupt nicht gekürzt, und es bestand darum auch kein Grund, die Zinsen zu erhöhen. Bundesbankpräsident Pöhl hat schließlich aus diesem Grund auch dem Zinserhöhungsverlangen der USA entschieden widersprochen, weil er die Folgen kannte. Da die Souveränität der Deutschen Bundesbank aber nach wie vor im Einflußbereich der Alliierten liegt, mußte sich Pöhl und das Direktorium deren Anweisungen beugen.

Wie gut der Börsen-Crash vorbereitet wurde, konnte man auch sehr genau am Verhalten des Goldpreises beobachten. Es ist bekannt, daß große Käufe in Gold beziehungsweise Goldminen von den Leuten getätigt wurden, die noch zu guten Kursen aussteigen konnten. Das hätte erhebliche Kurssteigerungen in diesem Bereich zur Folge haben müssen, wenn der Markt nicht entsprechend manipuliert worden wäre. Man war so vorbereitet, daß nicht nur jede Kurssteigerung verhindert, sondern sogar erhebliche Kursrückgänge produziert wurden.

Wie mag es heute in den Goldbeständen der Notenbanken aussehen? Man schätzt, daß rund 40 Prozent der Bestände auf den Markt geworfen wurden und das weltweit. Allein die Sowjets sollen 400 Tonnen Gold in den Markt geschleust haben. Trotzdem ist der Goldpreis nicht zusammengefallen. □

Die Reue des Insider-Händlers Boesky

Einige der prominentesten jüdischen Führer in den Vereinigten Staaten haben in den Wochen vor der Verurteilung Boeskys zu drei Jahren Gefängnis wegen illegalen Insider-Handels Briefe zu seinen Gunsten an Richter Morris Lasker geschickt.

Zu jenen, die Boeskys guten Charakter bezeugten und um Milde baten, gehörten: Morton Kornreich und Ernest Michel, Vorstandsvorsitzender und Vizepräsident des New Yorker UJA-Verbandes; Max Fisher, ehemaliger Vorsitzender der Jewish Agency; David Hermelin, internationler Vorsitzender der Israel Bonds Campaign; Rabbi Wolfe Kelman, Leitender Direktor der Versammlung der Rabbiner; der Musiker Sammy Cahn und der Filmemacher Claude Lanzmann.

Einige jener, die an Richter Lasker zugunsten Boeskys geschrieben haben, gaben zu, es auf Bitten des überführten Verurteilten getan zu haben. Fast alle Briefe trafen zwischen Mitte September und Anfang Oktober 1987 im Büro des Richters ein, was vermuten läßt, daß die Beschriebekampagne von Boesky inszeniert worden ist.

Vor seiner Verurteilung hat Boesky monatelang am New Yorker jüdisch-theologischen Seminar den Talmud und Hebräisch studiert. Zuvor schon hatte er versucht, bei mehreren jüdischen Agenturen in der Stadt Volontärsarbeit zu leisten, doch seine Angebote waren abgelehnt worden. Der leitende Direktor der Jüdischen Gilde, John Heimerdinger, sagte, seine Organisation habe das Gefühl, »Boesky versuche auf Anraten seines Anwalts hin Reue zu zeigen und man habe sehr stark den Eindruck, daß man ausgenutzt werde«. □

Indien erhält von Japan langfristige Kredite

Wie die Zeitung »The Hindu« berichtete, wird Japan Indien im Jahr 1988 für verschiedene Projekte des öffentlichen und privaten Sektors Entwicklungs- und projektgebundene Hilfe im Wert von einer Milliarde Dollar zur Verfügung stellen.

Die Hilfe erfolgt über die Exim Bank von Japan sowie multilaterale Institutionen wie die Asian Development Bank. Ein besonderes Merkmal dabei ist, daß ein großer Teil der Gelder vorbehaltlos zur Verfügung gestellt wird. Obwohl es sich um Handelskredite handelt, sind es langfristige Darlehen, die in 20 Jahren zurückzuzahlen sind und einen relativ niedrigen Zinssatz von etwa 5,3 Prozent haben.

Die Darlehen sind unabhängig von der Projekthilfe, die Japan Indien jährlich durch das Aid-India-Consortium (Konsortium Indien-Hilfe) gewährt.

Von den neuen Krediten gehen etwa 450 Millionen Dollar in Wärmekraftwerksprojekte und etwa 110 Millionen Dollar in die Modernisierung der Eisenbahn. Ein Team von Japanern wird in Indien die Projekte studieren, für die Indien Finanzhilfe haben möchte. □

Investitionen vom Ärmelkanal bis zum Dogenpalast

1987 hat die Europäische Investitionsbank (EIB) Darlehen in Höhe von mehr als 7,8 Milliarden ECU (ein ECU sind 2,06 DM) vergeben. Dies entspricht einer Steigerung von vier Prozent (inflationsbereinigt 2,6 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Die Palette der geförderten Investitionsvorhaben reicht vom Tunnel unter dem Ärmelkanal über die Restaurierung des Dogenpalastes in Venedig bis zur Modernisierung von Müllverbrennungsanlagen.

Für den Bau des Tunnels unter dem Ärmelkanal wird die EIB von 1988 bis 1993 insgesamt 1,4 Milliarden ECU bereitstellen.

Im Verlauf des vergangenen Jahres gewährte die EIB fast 7,5 Milliarden ECU für Investitionsvorhaben innerhalb der Zwölfergemeinschaft. Weitere 392 Millionen ECU flossen in die Mittelmeerländer.

Einen deutlichen Anstieg verzeichnen im Europäischen Jahr der Umwelt Darlehen für Projekte im Ökologiebereich. Sie erhöhten sich von 702 Millionen ECU im Jahr 1986 auf 1,6 Milliarden ECU. Zu den geförderten Vorhaben zählen insbesondere Maßnahmen zur Wasser- und Luftreinhaltung sowie zur Verminderung der bei der Müllverbrennung anfallenden Schadstoffemissionen.

Die Industriedarlehen sind ebenfalls spürbar gestiegen. Sie erreichten 1987 ein Gesamtvolumen von 2,6 Milliarden ECU gegenüber 1,9 Milliarden ECU im Vorjahr. Davon entfielen über 470 Millionen ECU auf Vorhaben zur Einführung oder Weiterentwicklung fortgeschrittener Technologien.

Kleine und mittlere Unternehmen erhielten mehr als 1,8 Milliarden ECU in Form von Globaldarlehen, die von der EIB an

Banken gezahlt werden. Mehr als 2700 solcher Unternehmen kamen auf diesem Weg zu einem EIB-Kredit. Fast 80 Prozent der Empfänger waren Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten.

Wie in den vorausgehenden Jahren entfiel auch 1987 der Löwenanteil der EIB-Darlehen auf die benachteiligten Regionen der Gemeinschaft. 70 Prozent der Mittel dienten der Unterstützung von Projekten in Portugal, Griechenland, Nord- und Südirland sowie den strukturschwachen Gebieten Italiens und Spaniens. □

Balladur spricht von Änderung des Finanzsystems

Der französische Finanzminister Edouard Balladur verlangt nach der Eröffnung einer Diskussion über eine Währungsreform. Seine Vorschläge scheinen sich allerdings erheblich zu unterscheiden von denen des französischen Agrarministers François Guillaume, der einen Marshall-Plan für die dritte Welt vorschlägt sowie eine internationale Parität bei den Preisen für Nahrungsmittel.

Balladur spricht von der Änderung des Finanzsystems, ohne dabei das Geld überhaupt zu erwähnen. Dies scheint seiner Meinung nach eine völlig unabhängige Existenz zu haben. Er schildert das Scheitern des Systems der frei schwankenden Wechselkurse und meinte, die Louvre-Abkommen von Weihnachten 1986 und vom Februar 1987 hätten diesem System ein Ende bereitet.

Zu dem, was jetzt zu tun sei, nannte Balladur drei Optionen. Bei der ersten geht es mehr um die gegenwärtige Kooperation unter den Zentralbanken zur Unterstützung der Währungen laut dem »Louvre-Abkommen«; die zweite ist ein weltweites System nach dem Modell des »Währungskorbs« im europäischen Währungssystem; die dritte – sie wird von ihrem Urheber vorgezogen – ist die Rückkehr zu einem Goldsystem im Stil des 19. Jahrhunderts mit modernisierten automatischen »Durchsetzung«-Mechanismen.

Keiner seiner Vorschläge ist besonders günstig im Hinblick auf eine fortgesetzte Existenz des souveränen Staates. In den Vorschlägen wird auch die Frage der politischen und finanziellen Konsequenzen des Ersatzes einer existierenden, wenn auch bankrotten Reservewährung, des Dollar, durch ein alternatives Reserveinstrument vermieden.

Der franzöische Minister schließt mit der Forderung, eine Gruppe von Weisen zu ernennen, die den Weg nach vorn »erhellen« sollen. □

De Benedetti hat die Société Générale übernommen

Der italienische Financier Carlo De Benedetti hat verkündet, daß er jetzt 43 Prozent der Aktien der riesigen Société Générale de Belgique kontrolliert und das Unternehmen damit praktisch übernommen hat. Inzwischen hat De Benedetti, der Vorsitzender von Olivetti ist, den belgischen Premierminister Martens und dessen Wirtschaftsminister besucht, um mit ihnen die neue Situation zu besprechen.

Die Société Générale ist älter als das Land Belgien, kontrolliert 60 Prozent der belgischen Wirtschaft und hat umfangreiche Holdings an Mineralstoffen und Land im ehemaligen afrikanischen Kolonialbesitz.

Vor der Ankündigung der Übernahme durch De Benedetti hieß es in Presseberichten, daß sein angeblicher Gegner in dem Übernahmeangebot – eine von der Banque de Suez geführte Gruppe – nur 30 Prozent der Firma kontrolliert, während eine vermeintliche Operation durch Graf Etienne Davignon, ehemaliger Kommissar der Europäischen Gemeinschaft, zur Organisation kleiner Aktionäre in einem »landesweiten Block«, um sich dem Gebot Benedettis zu widersetzen, fallengelassen wurde.

Die italienische und belgische Presse berichtete, daß Präsident Mobutu Sese Sekou, der Präsident von Zaire, De Benedetti besucht habe, um die Auswirkungen für die Aktivitäten der Société Générale in Zaire mit ihm zu besprechen. 38 Prozent der Exporterlöse Zaires kommen aus Zinn, 14 Prozent aus Kobalt und 10 Prozent aus Diamanten, was alles von der Société Générale kontrolliert wird.

Mobutu traf auch mit dem Vorstand der Banque de Suisse zusammen.

In einem Interview, das De Benedetti der italienischen Tageszeitung »Il Giornale« gegeben hat, wiederholte er seine allgemein bekannte Behauptung, daß die Weltfinanzen von ein paar wenigen großen Finanzgruppen beherrscht werden und daß das, was er tut, das ist, was alle Wirtschaftsgruppen tun müssen, wenn sie die finanziellen Herausforderungen der Zukunft überleben wollen. □

Panik bei den Einlegern der Texas Bank

Die Panik der Einleger bei der zweitgrößten Regionalbank von Texas, die bei den Banken in den Vereinigten Staaten in ihrer Größe an 13. Stelle steht, könnte eine »Domino-Welle« von Runs von Einlegern im ganzen Südwesten der USA auslösen, so verlautet aus Londoner Bankquellen.

Die First Republic Bank of Dallas, die umfangreiche Holdings an Krediten für Öl, Immobilien und anderen Krediten hat, wird derzeit von 65 Bankenprüfern untersucht, die sich auf ihre Bücher gestürzt haben.

Andere europäische Experten sagen, die ganze Lage sei »zu heikel«, als daß man dazu eine Stellungnahme abgeben könne. Ein »Krisenmanagement«-Team unter Leitung von Morgan Stanley versucht verzweifelt, Gelder aufzutreiben, um die Bank am Laufen zu halten. Seit Dezember 1987 soll die Bank 1,14 Milliarden Dollar an Einlagen verloren haben.

Einem gut informierten Banken-Insider zufolge ist die First Republic intensiv mit anderen Großbanken im Südwesten von Texas, Oklahoma und Louisiana verstrickt, da diese Banken seit der Öl- und Grundstückskrise gezwungen waren, in hohem Maß gegenseitig Kredite aufzunehmen, nachdem sie von den großen Geldmärkten unter den Banken in New York abgeschnitten waren.

Alle diese Banken werden praktisch als zahlungsunfähig angesehen, und ein Zusammenbruch bei der First Republic würde deshalb wahrscheinlich eine regionale oder sogar nationale Bankenpanik in den Vereinigten Staaten auslösen.

Eine Übernahme der insolventen Dallas-Bank durch den amerikanischen Staat würde schätzungsweise 4,5 Milliarden Dollar erfordern, damit ihre Türen offenbleiben können, was dem Betrag gleichkäme, der im Jahr 1984 für den Aufkauf der Continental Illinois nötig gewesen ist. Das würde wahrscheinlich einen Fall des Dollar auslösen, wenn das Federal Reserve System der USA den Geldhahn aufdreht.

Die First Republic dagegen hat in 14 Tageszeitungen von Texas ganzseitige Anzeigen veröffentlicht, um gegen die Presseberichte, daß die Bank in Schwierigkeiten sei, zu kontern. In einem »offene Brief an Kunden der First Republic Bank« heißt es, die Bank habe keine Pläne, mit einem anderen Institut zusammenzugehen und daß die Einlagen durch über 3 Milliarden Dollar an Kapital gestützt seien.

Der Leiter der amerikanischen Bankenaufsichtsbehörde, Robert Clarke, gab zu, daß die Bücher der Bank derzeit geprüft würden, doch er sagte: »Die Berichte darüber, was sich bei der Bank abgespielt hat, sind übertrieben worden.« □



Wechselkurse

Stabilität – ein Traum

C. Gordon Tether

Das Auftreten eines glaubwürdigeren Gefüges in den internationalen Wechselkursen nach der letzten massiven Abwertung des Dollars sollte das Ausmaß der Turbulenzen auf dem Devisenmarkt, wie sie in den letzten Jahren geherrscht haben, deutlich reduzieren. Doch eine anhaltende Stabilität der Art, wie sie die führenden Länder jetzt verspätet als ein wünschenswertes Ziel erkennen, muß eine Chimäre bleiben, solange nicht Schritte unternommen werden, um der unbegrenzten Freiheit der Bankenwelt ein Ende zu machen, die derzeit in uneingeschränktem Maß Kredite vergeben kann, wie es ihren Interessen dient.

Der offizielle Rückzug von dem monetaristischen Thema, daß frei schwankende Wechselkurse eine gute Sache sind, von der die Welt nicht genug haben kann, begann erstmals Mitte der achtziger Jahre. Zu dem Zeitpunkt waren die negativen Folgen daraus, daß man an einem internationalen Wechselkurssystem festhält, innerhalb dessen die Währungen in einer mehr oder weniger völlig irrationalen Art und Weise schwanken konnten, zu offensichtlich geworden, als daß man sie länger hätte leugnen können.

Zerstörung der inländischen Industrie

Sie waren in jeder Richtung sichtbar, doch am deutlichsten in den resultierenden Verlagerungen in der Struktur des Außenhandels, in der Zerstörung der inländischen Industrie und der Tatsache, daß es nahezu unmöglich war, irgendeine Form der Investitionsplanung bei Maschinen und Anlagen im In- oder Ausland anzugehen.

Außerdem mußte man dafür nirgendwo einen höheren Tribut zahlen als in dem Land, das bei dem Übergang zu den frei schwankenden Wechselkursen mit gutem Beispiel vorangegangen ist und in der Folge ein äußerst begeisterter Anhänger davon war: die Vereinigten Staaten.

Die letztendliche Feststellung, daß für solche Vorzüge wie sie das System der frei schwankenden Wechselkurse besitzt, ein unverhältnismäßig hoher Preis werde zu zahlen sein müssen, brachte anfangs eine Reihe von Vereinbarungen zwischen den Finanzministern der wichtigsten Länder hervor, die darauf abzielten, durch gemeinsam finanzierte Interventionen auf den Geldmärkten so etwas wie eine Ordnung wieder herzustellen.

Es wäre falsch zu sagen, daß sich alle als völlig nutzlos erwiesen haben. Doch es läßt sich auch nicht leugnen, daß sie bei weitem durch und durch von Erfolg gekrönt waren.

Neuer Kreuzzug der Stabilisierung

Wie läßt sich das erklären – wenn man sich daran erinnert, daß vor etwa einem Vierteljahrhundert mit dem Bretton Woods Mechanismus für internationale finanzielle Kooperation die Wechselkurse in bemerkenswert engen Bandbreiten gehalten wurden – bei weniger als zwei Prozent Schwankungen und das ohne großes Aufsehen? Anfang der siebziger Jahre wurde dies dann vom amerikanischen Schatzminister torpediert.

Teilweise liegt die Erklärung auf der Hand. Es wurde in der Tat erneut stark unterstrichen durch den Aufruhr am Geldmarkt, in dessen Verlauf der Dollar im Verhältnis zu den meisten führenden Währungen auf seinen niedrigsten Stand seit Jahren abfiel.

Alle gemeinsamen Operationen zur Stabilisierung der Wechselkurse, die bisher unternommen wurden, hatten den Hauptzweck – ja fast den einzigen Zweck – das Abrutschen des Dollars von einem deutlich zu hohen Wert, den er in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aufgrund der währungspolitischen Experimente Washingtons auf dem Zinssektor erzielt hatte, zu verlangsamen. Den Umständen entsprechend bedeutete dies zwangsläufig, daß man versuchte, gegen einen äußerst mächtigen Strom zu schwimmen.

Denn seit einiger Zeit ist man sich fast überall darin einig, daß selbst eine Währung, die eine solche privilegierte Stellung am weltweiten Finanzfirmament einnimmt wie der Dollar, nicht auf unbestimmte Zeit auf einem Wert gehalten werden kann, der absolut keinen Bezug zur wirtschaftlichen Realität hat.

Mit anderen Worten: Solange der Dollar – schließlich die Hauptstütze des gesamten internationalen Währungskomplexes – nicht auf einen glaubwürdigen Wert zurückkehren würde, bestand keine Hoffnung, daß diese Übungen als etwas anderes angesehen würden als daß ein Kampf geführt wird, den man bereits verloren hat. Doch wenn – wie man argumentieren kann – der Fall des Dollars ihn jetzt auf einen Wert gebracht hat, der sich der Kaufkraftparität mit anderen führenden Währungen erheblich nähert, so wird der neue Kreuzzug der Stabilisierung der Wechselkurse deutlich in eine neue und vielleicht lohnendere Phase eintreten.

Ungeheuere Ausweitung der weltweiten Geldmenge

Kurz gesagt: die Wechselkursturbulenzen sollten der Wirtschaft und der reisenden Bevölkerung von jetzt an weit weniger Kopfschmerzen bereiten als das in den letzten 10 bis 15 Jahren der Fall gewesen ist, und das ist weitaus mehr als nur ein kleiner Gewinn.

Der amerikanische Tourist beispielsweise mußte erleben, wie die Kaufkraft seines Dollars sich im Verhältnis zu vielen anderen Währungen innerhalb von ein bis zwei Jahren etwa um die Hälfte verringert hat. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß Wertschwankungen in den nächsten ein bis drei Jahren nicht über 10 oder 20 Prozent hinausgehen werden.

Doch es wäre zuviel verlangt auf mehr zu hoffen, selbst wenn man von einer anhaltenden Entschlossenheit der führenden Länder ausgeht, im Hinblick auf eine Stabilisierung des Devisenmarkts zusammenzuarbeiten. Der Grund dafür liegt in der ungeheueren Ausweitung der international zirkulierenden Geldmenge, die in den letzten zwei Jahrzehnten stattgefunden hat. Denn das bedeutet nicht allein, daß die zu Währungsspekulationen verfügbare Geldmenge weitaus größer ist als in der Vergangenheit; es bedeutet auch, daß die Macht, die den Behörden zur Bekämpfung der Überfälle der Spekulanten zur Verfügung steht, für den Zweck weitaus weniger angemessen ist als das in den Tagen von Bretton Woods noch der Fall war.

Die Zahlen sprechen für sich. Anfang der siebziger Jahre lagen den Statistiken des Internationalen Währungsfonds zufolge die Auslandsguthaben der Depositenbanken der Welt – ein recht exakter Hinweis für die international zirkulierende Geldmenge – bei etwa 25 Milliarden Dollar. Heute liegen sie bei ungefähr 4000 Milliarden Dollar.

Richtige Kontrolle über Schaffung von Krediten

Die Ausweitung an offiziellen Reserven in Form von Devisen war über den gleichen Zeitraum weitaus geringer. Gegenwärtig betragen sie mit 600 Milliarden Dollar lediglich etwa ein Siebtel der Geldmenge in privater Hand, die sie kontrollieren wollen.

Den Schlüssel zur Einrichtung ordnungsgemäßer Bedingungen auf den Geldmärkten liegt deshalb darin, die richtige Kontrolle über die Schaffung von Krediten auf dem internationalen Währungssektor zu schaffen. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß die Bürokratie in den wichtigsten Ländern bisher zu mehr bereit war als damit zu spielen, dieses Problem anzugehen.

Solange es zu diesem Thema keinen grundlegenden Wandel in der Einstellung geben wird, werden die Geldmärkte weiterhin unter unbotmäßigem Verhalten leiden. □

Dollar

Der Ausverkauf der USA

C. Gordon Tether

Ungefähr zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA damit beschäftigt große Teile der restlichen Welt aufzukaufen. Jetzt hat sich der Spieß so total herumgedreht, daß der Rest der Welt dabei ist, die Vereinigten Staaten aufzukaufen.

Das amerikanische Volk wurde immer zu den eifrigsten Sparern auf der Welt gezählt. Aus diesem Grund waren sie so lange Zeit in der Lage, ihren außergewöhnlich raschen wirtschaftlichen Fortschritt zu Hause zu finanzieren und darüber hinaus noch Mittel für weitreichende Investitionen in den übrigen Teilen der Welt zu haben. Doch das ist leider nicht mehr länger der Fall.

Japans gesunde Wirtschaftslage

Heute ist die Sparrate, das heißt das Sparen im Verhältnis zu allen anderen nationalen Einkünften, geringer als in fast jedem anderen fortgeschrittenen Land und liegt bei nur ein oder zwei Prozent über Null. Die Japaner dagegen können auf eine Zahl verweisen, die – obwohl niedriger als zuvor – immer noch über 20 Prozent liegt.

Und das ist kurz gesagt der Grund für die Tatsache, daß die Japaner auf eine fast schon peinlich gesunde Wirtschaftslage hinweisen können, während die Vereinigten Staaten in einer Wirtschaftskrise stecken, die keinerlei Anzeichen der Besserung zeigt.

Am deutlichsten zeigt sich dieses Phänomen im Verhalten der amerikanischen Zahlungsbilanz. Denn hier hat die spektakuläre Verschlechterung im Sparverhalten der Bevölkerung Prozesse in Gang gesetzt, die mit immer stärkerer Intensität den Wechsel Amerikas vom internationalen Kreditgeber zum internationalen Kreditnehmer widerspiegeln.



US-Präsident Reagans Bilanz seiner Regierung ist erschütternd: ein immenses Handelsdefizit, ein bankrotter Haushalt und Rückgang der Investitionen.

Nachdem sie ungefähr in den ersten 15 Jahren nach Kriegsende eine Stärke gezeigt hat, die den Neid des Rests der Welt erregte, erlebte die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten in den sechziger und siebziger Jahren eine allmähliche Verschlechterung. Doch nachdem Anfang der achtziger Jahre die Reagan-Regierung auf den Plan trat, hat sich die Situation noch verschlimmert, und das in einem sehr hohen Maße.

In den Jahren 1980/81 waren die Vereinigten Staaten noch in der Lage, im Hinblick auf Investitionen und die anderen, sogenannten unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz einen Überschuß zu erzielen, der groß genug war, um das auftauchende Defizit auf der sichtbaren Seite auszugleichen, und es blieb dabei immer noch etwas übrig für die Finanzierung neuen Kapitalaufwands im Ausland.

Rückgang in den Investitionen

In den sieben Jahren seither hat die wachsende Neigung des amerikanischen Volkes zum Ausgeben in Verbindung mit anderen Faktoren – insbesondere der durch die Washingtoner währungspolitischen Exzesse hervorgerufene Überbewertung des Dollar – dazu geführt, daß der Kauf aus anderen Ländern dem Verkauf an das Ausland davonlief.

Die unvermeidliche Folge war ein großer Sprung im sichtbaren Handelsdefizit von 25 Milliarden Dollar im Jahr 1980 auf rund 180 Milliarden Dollar heute. Daneben gab es einen deutlichen Rückgang in den Investitionen und anderen unsichtbaren Posten, die dazu dienen sollten, die Lücke bei den sichtbaren Handelstransaktionen zu schließen.

Dies ist jetzt um lediglich ein Drittel im Vergleich zu den 30 Milliarden Dollar des Jahres 1980 gefallen. Die Erklärung dafür liegt vor allem in dem großen Aufschwung, den es seither bei den Kosten für ausländische Investitionen in den Vereinigten Staaten gegeben hat – ein Produkt des Anstieges der Zinssätze in den USA und der starken Erhöhung der Kreditaufnahme im Ausland, wozu die Vereinigten Staaten gezwungen wurden, um ihre stets größer werdende Lücke in der Außenhandelsbilanz zu finanzieren.

Man könnte argumentieren, daß das Weiße Haus das Richtige getan hat, indem es den Rest der Welt dazu brachte, ihre Ersparnisse zur Finanzierung des Wirtschaftswachstums einzusetzen, das den Vereinigten Staaten sonst vorenthalten worden wäre. Das wollte US-Präsident Ronald Reagan auch offenbar behaupten, als er kürzlich sagte, der Aufbau einer Außenschuld sei »ein Zeichen von wirtschaftlicher Stärke«.

Doch was jetzt auf schmerzliche Weise deutlich wird, ist die Tatsache, daß – wenn dies eine gute Sache ist – dann ist es eine von jenen guten Sachen, von denen man auch zu viel bekommen könnte. Es ist nicht nur so, daß es eine Grenze geben muß für die Bereitschaft der restlichen Welt, Geld in ein Land fließen zu lassen, von dem es aussieht, als würde es unerbittlich in Richtung eines Bankrotts auf internationaler Ebene treiben; angesichts der Notwendigkeit der Vereinigten Staaten zur Finanzierung des gegenwärtigen Zahlungsbilanzdefizites ständig neue Kredite im Ausland aufzunehmen, kann es auch nicht mehr lange dauern, bis die Last für das amerikanische Volk durch die Bedienung der Außenschuld unerträgliche Ausmaße annimmt.

Steueranreize für Spareinlagen

Auf die eine oder andere Weise müssen daher die Prozesse, die zu der gegenwärtigen, unglücklichen Situation geführt haben, wieder umgekehrt werden. Das gilt besonders für die Änderung der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit, die zu so einem starken Rückgang im Sparverhalten im Vergleich zum Ausgabeverhalten geführt hat.

Überflüssig zu sagen, daß dies leichter gesagt ist als getan. Währungspolitische Experten meinten, dies könnte unterstützt werden durch die Erhöhung der Zinssätze. Doch ist es zweifelhaft, ob das Denken der Öffentlichkeit entsprechend beeinflußt wird, wenn es nicht zu einem sehr spektakulären Anheben der Zinssätze kommt, und jeder deutliche Anstieg hätte die gegenteilige Wirkung. Denn es würde dem Außenhandelsdefizit einen neuen Schub versetzen, weil sich der Betrag, den die Vereinigten Staaten zur Bedienung der Außenschuld benötigen, erhöhen würde.

Eine bessere Idee hatte der ehemalige japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone, als er in einer Grundsatzansprache bei einer internationalen Handelskonferenz, die vor kurzem stattfand, vorschlug, die Vereinigten Staaten sollten Steueranreize schaffen, um das Sparverhalten zu fördern. Das könnte langfristig sehr viel mehr bringen. □

Anerkennung für die Homosexuellen

Vivian Bird

Vor nicht allzulanger Zeit äußerte ein Mitglied der britischen Labor-Partei in einer Debatte im House of Commons die Ansicht, daß es sehr gut sein könne, daß noch vor Ende dieses Jahrhunderts ein homosexueller König auf dem englischen Thron sitzt.

Allein in London gibt es inzwischen über 200 Clubs und Pubs, die nur von Homosexuellen jeder Gesellschaftsschicht und jeden Berufsstands frequentiert werden, was nicht überrascht angesichts der Behauptung, daß 26 Prozent der Männer in London homosexuell sein sollen. Doch wie es in dem alten Sprichwort heißt, was London heute tut, macht der Rest des Landes morgen und das gleiche läßt sich heute von allen größeren Städten in Großbritannien sagen.



Kim Philby gehörte als Student der Universität Cambridge dem homosexuellen »Apostel«-Club an.



Donald MacLean kam aus der gleichen »Szene« wie Philby und gehörte zum Spionagering Homosexueller.



Anthony Blunt kam ebenfalls aus Cambridge und gelangte in der Regierung in eine Spitzenposition.

Ein Schulbuch über Homosexualität

In der jüngsten Zeit hatten mindestens zwei britische Premierminister homosexuelle Neigungen oder waren gar gänzlich homosexuell! Doch was im Vater noch verborgen blieb, kam dann oft beim Sohn heraus. Lord Avon, der Sohn und Erbe des verstorbenen Sir Anthony Eden – später Lord Avon –, der vor drei Jahren starb, war eines der ersten Aids-Opfer in Großbritannien.

Was darüber hinaus das Parlament angeht, so gibt eine beträchtliche Anzahl von Parlamentsmitgliedern aller Parteien zu, homosexuell oder zumindest bisexuell veranlagt zu sein. Bei den letzten allgemeinen Wahlen gaben über 500 der Kandidaten ihre Homosexualität zu und dies verminderte in keiner Weise ihre Chance, gewählt zu werden.

Bei dieser radikalen Änderung in der Einstellung zur Homosexualität haben die Theater, Kinos, die Literatur – nicht unbedingt nur die Porno-Literatur – eine entscheidende Rolle gespielt ebenso wie viele Lehrer in den Schulen und Colleges.

Eine ganze Generation junger Menschen wächst auf und akzeptiert das in der Schule gelehrte, nämlich, daß man Homosexuellen gegenüber tolerant und verständnisvoll sein soll, und eine andere, noch neuere Generation tritt zunehmend rascher auf die Bildfläche, die noch weiter geht und Homosexualität als etwas »Natürliches« ansieht oder als etwas so Normales wie die Heterosexualität.

Ein Schulbuch über Homosexualität, das trotz Versuchen seitens des Erziehungsministeriums, es zu verbieten, in den staatlichen Schulen weiterhin erhältlich ist, trägt den Titel »Jenny lebt mit Erich und Martin« und ist für 8- bis 12jährige Kinder geschrieben.

In dem Buch ist unter anderem ein Bild gezeigt von einem fünfjährigen Mädchen, das mit seinem Vater und dessen homosexuellem Freund zusammen im Bett sitzt. Listen ähnlicher Publikationen zirkulieren allgemein unter den Lehrern in den Schulen und Colleges.

Geistliche sind Aids-infiziert

Die Kirchen hatten schon immer eine große Anzahl von Homosexuellen und Päderasten in ihren Reihen und der erste Aids-Tote in Großbritannien war tatsächlich ein Geistlicher, der das Gefängnis in Chelmsford regelmäßig besucht hat, um die »geistigen Bedürfnisse« der jungen männlichen Gefangenen zu dekken, die später fürchteten, daß er sie und Angehörige des Gefängnispersonals mit dem tödlichen Aids-Virus infiziert hat.

Eine beträchtliche Zahl anglikanischer Geistlicher und katholischer Priester in Großbritannien ist jetzt mit Aids infiziert und noch mehr sind Träger des Aids-Virus, ein Umstand, der heute zu drastischen Änderungen bei bestimmten kirchlichen Ritualen führt und einen weiteren Rückgang bei den Kirchenbesuchern bringt.

Es sind jetzt mindestens 20 Jahre her, seit der damalige Präsident des methodistischen Kirchenkonzils in einer Predigt erklärte, daß er es sehr stark bezweifle, daß die Homosexualität eine Sünde, geschweige denn gar ein Verbrechen sei.

Als Folge einer »Umerziehung« sind die Menschen in den letzten Jahrzehnten nach und nach der Homosexualität gegenüber immer toleranter geworden, so daß man jetzt gefühlsmäßig eher strikt gegen eine ausgesprochene Kritik homosexueller Praktiken aus welchen Gründen auch immer – ob moralischer, ästhetischer oder genetisch-biologischer Natur – ist.

Das zunehmende Umsichgreifen des Aids-Virus hat diese Haltung nicht besonders beeinflußt, die Homosexuellen und ihre Nacheiferer sind lediglich vorsichtiger, umsichtiger geworden.

Diese Änderung im Meinungsklima zeigte sich deutlich vor kurzem, als ein Lehrer aus dem Oxforder Wadham College an Aids starb und von seinen Kollegen öffentlich betrauert wurde, die die Fahne des Wadham Colleges auf Halbmast setzten und seinen Tod in einer sorgfältig formulierten Stellungnahme als »langen und tapferen Kampf gegen die Krankheit« beklagten.

Der Tod des ehemaligen Kammerdieners

Noch bis vor relativ kurzer Zeit wurde die Homosexualität in Großbritannien noch unter der Oberfläche heimlich und verstohlen praktiziert und obwohl weit verbreitet, wurde sie doch offiziell als ein verruchtes Verbrechen angesehen.

Allerdings erhielten Studienzentren wie Oxford und Cambridge ständig neuen Zufluß an Homosexuellen, die im Laufe der Zeit Posten in sehr einflußreichen Institutionen wie zum

Beispiel dem britischen Außenministerium annahmen.

Was das britische Außenministerium betrifft, so braucht man sich nur an die Spionageringe Homosexueller zu erinnern, die in Cambridge in den dreißiger Jahren unter den Universitätsstudenten und Professoren etabliert waren und aus denen später Burgess und Maclean, Kim Philby, Sir Anthony Blunt und viele ihresgleichen hervorgingen. Sie waren alle Mitglieder der gleichen vorwiegend homosexuellen Clubs, der »Apostel« in Cambridge war der bekannteste unter diesen.

Heutzutage werden homosexuelle »Skandale« in Großbritannien kaum mehr mit Verachtung betrachtet, es sei denn, es passiert etwas wirklich empörendes oder die nationale Sicherheit ist gefährdet worden. Niemand war wirklich überrascht, als enthüllt wurde, daß Sir Roger Hollis, der ehemalige Leiter des Secret Service, ein Homosexueller war.

Auch war das Land nicht besonders schockiert oder überrascht, als die persönliche Leibwache der Königin, ein Detektiv von Scotland Yard, zugab, mit einem anderen Mann eine »leidenschaftliche Liebesaffäre« gehabt zu haben, was ihn zum Rücktritt zwang.

Oder als Mannschaftsmitglieder der königlichen Jacht »Britannia« homosexueller Praktiken beschuldigt wurden – was nach dem Marinegesetz noch immer eine strafbare Handlung ist – und zur Bestürzung der königlichen Familie ins Gefängnis kamen.

Der Aids-Tod des ehemaligen Kammerdieners von Prinz Charles, der viele Jahre bei ihm tätig war, hat die königliche Familie sicherlich schockiert und alarmiert. Andere Bedienstete der königlichen Familie, die homosexuelle Beziehungen mit diesem Diener hatten, der unter seinen Freunden unter dem Namen »Stephanie« bekannt war und solche Spitznamen trug wie »Polly«, »Bertha« und »Kitty«, leben jetzt in ständiger Angst, Aids zu bekommen. Sie gehören alle zur Umgebung der Königin.

Einige aus der königlichen Familie selbst führen ein aktives Sexualleben, besonders einige von den jüngeren Mitgliedern des Königshauses. Sie haben dazu sogar mehr Gelegenheit als ihre Untertanen und sie sind genauso »modern« und bedacht darauf, mit den zeitgemäßen Meinungen Schritt zu halten, wie andere ihrer Generation. Somit kann die Möglichkeit, daß ein Mitglied der königlichen Familie an Aids erkrankt, sicher nicht ausgeschlossen werden.

Den moralischen Halt aufgegeben

Aids macht wie der Tod keine Unterschiede bei Arm und Reich.

In Großbritannien haben viele Menschen das Gefühl, daß sich die Heuchelei in sexueller Hinsicht, die traditionelle doppelte Moral, die ein Merkmal der Briten war, sich jetzt in eine weit verbreitete, allgemeine Promiskuität verwandelt hat, die ebenso katastrophale oder noch schlimmere Konsequenzen mit sich bringt wie die Vorgänger. Die Seuche Aids, die in Großbritannien täglich schlimmer wird, hat mehr und mehr Menschen dazu veranlaßt, über die Ursachen und Implikationen der ganzen Sache nachzudenken.

Allgemein wird zugestanden, daß Homosexualität kein Verbrechen, keine Sünde im moralischen Sinne ist, selbst von jenen, die noch immer an einer bestimmten, grundlegenden Sexualmoral festhalten. Doch wenn die Kirchen selbst ihren moralischen Halt aufgegeben haben, wenn 30 Prozent der Geistlichen selbst zugeben, homosexuell zu sein, scheint der moralische Aspekt im Hinblick auf Homosexualität äußerst angekratzt.

Der biologisch-genetische Aspekt ist eine andere Sache.

Es ist offensichtlich, daß ein Land, eine Gemeinschaft, die in Wort und Tat zunehmend oder vorherrschend homosexuell wird, sich von den Frauen abwendet und sie selbst zu Fortpflanzungszwecken meidet, bald ganz von der Erdoberfläche verschwinden oder als jämmerlich Degenerierte dahinsiechen wird, wie es in der Vergangenheit schon viele Male bei anderen Völkern geschehen ist. □

Freunderlwirtschaft mit Mördern und Betrügern

Günter Kaufmann

Daß ein amtierender Außenminister Österreichs, Leopold Gratz, per Sonderkurier als Diplomatenpost aus Bukarest vom rumänischen Geheimdienst gefälschte Papiere einfliegen lassen könnte, um mit deren Hilfe seinen in Wien wegen Verdachts des sechsfachen Mordes und Versicherungsbetruges in Untersuchungshaft befindlichen Freund Udo Proksch wieder in Freiheit zu setzen, und das mit Hilfe des Justizministers auch zu bewirken, scheint schier unglaubhaft zu sein. Daß ein österreichischer Heeresminister, Karl Lütgendorf, ausrangiertes Heeresgut an die schweizerische Briefkastenfirma Zapata AG seines Freundes Proksch, an der er auch als Aktionär mitbeteiligt war, per Handzettel »Auf Weisung des Ministers« für einen Apfel und ein Ei veräußerte, daß dieser Minister seinem Freund unter dem Vorwand, dieser wolle einen Film drehen, den Tiroler Truppenübungsplatz Hochfilzen im Jahr 1976 zur Verfügung stellte, um dort mit heereseigenem Sprengstoff Experimente durchzuführen, die der Vorbereitung des gigantischsten Versicherungsbetruges dieses Jahrhunderts dienten – all das scheint der Phantasie eines Krimi-Autors entsprungen zu sein.

Und doch entspricht das, und noch sehr, sehr vieles mehr, der schrecklichen Wahrheit, die in einem durch Urkunden voll belegten, 672 Seiten umfassenden Bericht enthalten ist, den man im Buchhandel des Landes unter dem Titel »Der Fall Lucano, Ostspionage, Korruption und Mord im Dunstkreis der Regierungsspitze« erhalten kann und dessen Erscheinen zu unterdrükken Ende 1987 scheiterte. Autor des Buches ist Hans Pretterebner.

Details eines Sittenbilds der Republik

Worum handelt es sich? Am 23. Januar 1977 ereignete sich im Indischen Ozean auf dem Frachter »Lucona«, der sich auf der Fahrt nach Hongkong befand, eine gewaltige Explosion, die das Schiff in wenigen Minuten auseinanderriß und auf den 6000 Meter tiefen Meeresgrund versinken ließ. Sechs Besatzungsmitglieder starben einen entsetzlichen Tod, die restlichen sechs rettete tags darauf ein türkischer Öltanker.

Die Ladung der »Lucona« war als Uranerz-Aufbereitungsanlage deklariert und bei der Bundesländerversicherung in Wien mit 212 Millionen Schilling (über 30 Millionen DM) versichert. In Wahrheit enthielt der Schiffsrumpf nur wertlosen Schrott.

Als Belader im italienischen Hafen Chioggia war die Zapata AG des Udo Proksch angegeben, als Empfänger fungierte die »North Pacific Trading« in Hongkong, die gleichfalls nichts anderes als eine Briefkastenfirma im Besitz des Udo Proksch war. Beide Firmen zeichneten sich dadurch aus, daß sowohl in der Schweiz wie in Hongkong jeweils eine Geliebte des viermal verheiratet gewesenen Chefs als Residentin tätig war.

Aus Rücksicht Vertuschung des Skandals

Dieser Proksch war auf krummen Wegen in den Besitz der renommierten Wiener Konditorei Demel gelangt, in deren Räumen der »Club 45« (die rote Loge) residierte, dem alles, was Rang und Namen in der Sozialistischen Partei Österreichs hat, angehört – beginnend bei Bruno Kreisky, Fred Sinowatz, Franz Vranitzky, Hannes Androsch, Karl Blecha, Leopold Gratz, Karl Lütgendorf und viele andere –, auch hohe Richter, die im Demel-Klub sogar einen eigenen Stammtisch unterhielten. In welcher Weise alle diese Prominenten der Proksch-Bande dienlich waren, ist dem bis in die letzten Details recherchierten »Sittenbild der Republik« des geradezu



Udo Proksch alias Serge Kirchhofer, Mittelpunkt der »Lucona«-Affäre: »Mir geht's heute ärger als Waldheim!«



Udo Proksch mit den Damen der Demel-Konditorei in Wien, in deren Räumen die »rote Loge«, der »Club 45«, residierte.

ORF
ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK

Österreichischer Rundfunk, 1136 Wien

1136 Wien, Würzburggasse 30
Telefon: (0222) 82 91- Durchwahl 4200
Fernschreiber: 1-3360: orfz a
Telegrammadresse: ORF-Wien
DVR.: 0066915

Herrn
Udo Proksch
dzt. Landesgericht f.Strafsachen
Landesgerichtsstr. 31
1080 Wien

Unser Zeichen eh Wien, den 19.2.85

Lieber Udo,

erst gestern habe ich erfahren, was mit Dir passiert. Ich bin darüber außerordentlich bestürzt, weil ich Dich lange genug kenne, um zu wissen, daß es sich bei dieser Aktion um eine Prüfung handelt, die Du durchstehen wirst. Ich fühle mich Dir in dieser Situation äußerst verbunden, weil ich überzeugt bin, daß die Beschuldigungen nicht zu Recht bestehen und daß sich dieser Sachverhalt auch in nächster Zeit weisen wird.

Falls ich Dir in Deiner gegenwärtigen Situation irgendwie persönlich helfen kann, dann lasse es mich bitte durch Dr.Damian wissen.

Herzliche Grüße und auf ein baldiges Wiedersehen!

(Thaddäus Podgorski)

Der Indendant des österreichischen Rundfunks und Fernsehens bekundet dem Freund Proksch seine Solidarität.

tollkühnen Autors Hans Pretterebner zu entnehmen.

Um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen, strengte Udo Proksch über alle Instanzen Prozesse an, wobei ihm zugute kam, daß sein Duzfreund, der Generaldirektor Kurt Ruso, Chef der Bundesländerversicherung, einer Hochburg der Österreichischen Volkspartei, selbst mit 80 Betrugsfällen Dreck am Stecken hatte, und im Dezember 1985 schließlich abgelöst wurde.

Wenn die Versicherungsanstalt die Verfolgung der Proksch-Bande nur mit halbem Herzen und unter Vermeidung großen Aufsehens betrieb, so weil sich beide Koalitionspartner in der Wiener Regierung genötigt fühlten, durch Vertuschung des Skandals aufeinander Rücksicht zu nehmen.

Durch Weisungen an die Kriminalpolizei unterband Innenminister Blecha die Beschaffung von Beweisen durch die Staatsanwaltschaft. Justizminister Harald Ofner wirkte mit, indem er der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft verbot, das Anklageverfahren einzuleiten. Wenn sich der Zivilprozeß und die Strafverfolgung über Jahre hinziehen konnten, so weil die Proksch-Bande mit Hilfe bekannter Anwälte eine Fälschung von Unterlagen an die andere reihen konnte.



Udo Proksch, Hauptperson in dem österreichischen Polit-Krimi, betrachtet Fallschirmspringen als Herausforderung.

So ließen sich bereitwillig Wiener Richter über die Ergebnisse der Untersuchung des Schiffsuntergangs durch das Rotterdamer Seegericht mittels eines bestellten, falschen Gutachtens täuschen. Die Überlebenden des Schiffsuntergangs wurden eingeschüchtert und bangten um ihr Leben.



Proksch bei seiner Lieblingsbeschäftigung: Krieg spielen mit schönen Frauen.

Dennoch konnten die Anwälte der Versicherung eindeutige Beweise für die vorsätzliche Sprengung des Schiffes erbringen. Um den Nachweis für die Beladung des Schiffs mit einer Uranerz-Aufbereitungsanlage zu erbringen, mußten Kaufverträge mit einem Hersteller, Lieferverträge und Zolldeklarationen vorgelegt werden. Was hierfür an Zeugnissen von dubiosen Hintermännern, an gefälschten Urkunden und an Tricks den Untersuchungsbehörden vorgelegt und für die Zahlung der Versicherungssumme aufgeboten wurde, übersteigt das Fassungsvermögen eines Normalbürgers. Dabei ist die Fülle des in Pretterebners Buch publizierten Materials nur ein Bruchteil aus der Werkstatt der Verbrecherbande.

Ein Jahrhundert-Coup

Wenn das Wiener Establishment über Jahre hinweg bemüht ist, die Affäre wegzudrücken und kein noch so fundierter Nachweis die Mitglieder des »Club 45« veranlassen kann, ihre schützende Hand von dem mit einem Dauervisum der Sowjetunion ausgestatteten Demel-Boß abzuziehen, so findet das seine einzige Erklärung darin, daß dieser Udo Proksch zuviel weiß.

Der Jahrhundert-Coup kann nach Ausbreitung der Akten dieses Skandals nicht mehr zugedeckt werden. Die österreichische Demokratie verliert ihre Glaubwürdigkeit, solange die Verbrecherbande nicht hinter Schloß und Riegel gebracht ist und ihre politischen Freunde von der Bühne abgetreten sind.

Der sich über mehr als ein Jahrzehnt hinschleppende Skandal ist um so unbegreiflicher, als der Bundespräsident Österreichs, Kurt Waldheim, wegen angeblicher Mitwisserschaft über kriegsverbrecherische Handlungen seiner Heeresgruppe unter Dauerbeschuß steht, maßgebliche politische Kräfte des Landes hingegen sich wegen der Mittäterschaft in einer Mord- und Betrugsaffäre zu rechtfertigen hätten. □

Hans Pretterebner »Der Fall Lucona, Ostspionage, Korruption und Mord im Dunstkreis der Regierungsspitze«. Das Buch ist erhältlich beim Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Preis 48,– DM. Siehe auch Anzeige auf Seite 33.

Revisionismus

Tschechen – ein »slawisches Volk«?

Lothar Greil

Die Aktivitäten der »Deutsch-polnischen Schulbuchkommission« haben in den Schulen der Bundesrepublik zur Vermittlung eines falschen Geschichtsbildes über Entwicklungsvorgänge in Mittel- und Osteuropa geführt. In Polen wird dem Offiziersnachwuchs und den Studierenden seit Jahren gelehrt, daß zum Beispiel Lübeck, Lauenburg an der Elbe, Ratzeburg und Kiel »uralte slawische Städte« seien, daß somit ein historischer Anspruch der »slawischen Völkerfamilie« auf Holstein, ja sogar auf Teile Dänemarks bestünde.

Den Verfechtern der kommunistisch-panslawischen Okkupationspolitik dienen vor allem die groben Irrtümer der bisherigen Geschichtsschreibung als dogmatisch bestimmte Argumentations- und Propagandagrundlagen.

Rechtfertigung des Raubes deutscher Gebiete

Um die geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Demarkationslinie als künftige deutsch-polnische »Friedensgrenze« durchsetzen zu können und die »Rechtmäßigkeit« des Raubes rein deutscher Volksgebiete – darunter das Hultschiner Ländchen, das Sudeten- und Egerland, der Böhmerwald, Deutsch-Mähren, die nördlichen Randgebiete von Ober- und Niederösterreich, die Untersteiermark und Unterkärnten – in ihrer Glaubhaftmachung theoretisch zu begründen, betreiben polnische, sowjetische und tschechische »Wissenschaftler« im Verein mit willfährigen deutschen Etablierten eine unermüdliche »Forschungsarbeit«.

Deren Ergebnisse schlagen sich in der Literatur ihrer jeweiligen »Akademie der Wissenschaft« nieder, werden außerhalb des sowjetischen Kolonialreiches unkritisch und teils sogar wohlwollend übernommen und beeinflussen – grob vereinfacht in »Aufklärungsschriften« und Artikelserien aller Art zusammengefaßt – die Zahl an ständig zunehmende, in sämtlichen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens unheilvoll dominierende Schicht der Halbgebildeten Westeuropas und der USA.

Den Erfordernissen der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik angepaßt, bereitet diese Art der »wissenschaftlichen« Aktivitäten eine versorglich eingeplante Brückenkopfbildung westlich von Elbe und Saale vor.

Die vom »Akademie-Verlag« in Ost-Berlin herausgebrachte Geschichts-, Siedlungs- und Volkstumskarten enthalten jeweils eine klar erkennbare, zugunsten der »DDR« verschobene Grenzlinie – die »Urheimat« der »Slawen« in »westlichen ›Grenzmarken‹« einbeziehend –, eine Grenzlinie also, die von Eckernförde über Kiel, Oldesloe, Lauenburg an der Elbe und Lüneburg bis Wolfsburg reicht, aber auch Ost-Oberfranken und die Oberpfalz bis an den Main und an die Pegnitz einschließt.

Es kann nicht übersehen werden, daß ausgerechnet in dem erwähnten breiten Gebietsstreifen eine slawophil ausgerichtete, intensive »Forschungstätigkeit« eingesetzt hat, die publizistisch natürlich unterstützt und breit ausgewalzt wird.

Wie in Polen dem intellektuellen Nachwuchs weisgemacht wird, die »Westgrenze der ›Slawen‹« schließe Schleswig-Holstein und den Süden Dänemarks ein und verlaufe westlich der Elbe über Hannover und Frankfurt am Main bis in den Ostraum Münchens, so impft man dem tschechischen Schulkind schon seit geraumer Zeit ein, der Rückgewinnung »›altslawischen Bodens‹« in Schlesien, Böhmen und Mähren müssen eines Tages auch jene der »angestammten Gebiete« im Westen (Bayerischer Wald) und im Süden bis zur Donau zwischen Passau und Slowakei folgen.

Aus der Luft gegriffene Legenden

Solcherart bauen die Kommunisten vorsorglich eine Bewußtheit auf, die im Zuge erhoffter Entwicklungsvorgänge einer angestrebten Okkupation des oberösterreichischen Mühlviertels und des niederösterreichischen Wald – und Weinviertels den nötigen »nationalen« Rückhalt sichern soll.

Die Erfolge der seit über 100 Jahren zäh durchgesetzten slawophilen Propaganda haben immerhin gezeigt, wie verhältnismäßig rasch sich derartige Ansprüche verwirklichen lassen.

Die übliche Lehrmeinung suggeriert uns Deutschen zwar seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts die verschwommene These von einem gewachsenen »Slawen«tum »fremdvölkischer« Art im böhmisch-mährischen Raum, bleibt uns aber – wie es ja gar nicht anders sein kann – jeden Beleg und Beweis für Entstehung und Werden dieses einmaligen Volkswunders ohne Ursprung und Herkunft nach wie vor schuldig.

Legenden, aus der Luft gegriffene Erfindungen und primitive Fälschungen – das ist alles, was man »untermauernd« – zu bieten vermag. Nichts davon hält der Überprüfung stand, wenn sorgsam erforschte Tatsachen berücksichtigt werden.

Weder der Massenmord an Deutschen, noch die Vertreibungsverbrechen oder ein »tschechischer Anspruch« auf weitere »›slawische‹ Volksgebiete« im Westen und Süden lassen sich ethnisch oder historisch begründen.

Ein den Deutschen gegenüberstehendes Volk der »Tschechen«, »Czechen« oder »Cešsi« fremdrassischer oder fremdvölkischer Herkunft gab es nie und gibt es nämlich überhaupt nicht. Wie auch die Mehrheit der Deutschen, sind die Tschechen und Slowaken vorwiegend Nachkommen der keltischen und germanischen Bevölkerung im böhmisch-mährischen Raum.

Die Scheingeburt eines Tschechentums

Erst als Folge der Schwertmission entstand die Kluft unter Menschen ethnisch gleichen Urstammes – nämlich zwischen »Böhmen erster Ordnung« (privilegierte Deutsche unter königlichem Schutz) und »Böhmen zweiter Ordnung« (rechtlose Böhmen und Mähren als Ausbeutungsobjekte der geistlichen und weltlichen Grundherren).

Generationen lang geistig-seelisch unterworfen und unterdrückt, oft wie Haustiere behandelt, als Leibeigene ohne Bildungsmöglichkeiten, besitzlos und ärmlich lebend, stellte das große Heer der unzufriedenen »Böhmen zweiter Ordnung« ein ideales Menschenreservoir für die rechtsfeindliche Kirchenpolitik und deren klosterpriesterliche Exekutivorgane dar.

Ein Gegensatz zu den Deutschen wurde eingepflanzt und sorgfältig hochgezüchtet. Dem Klerus und seinen Helfern fiel es dann auch nicht mehr schwer, ein völlig anderes Wertbewußtsein, den »Neues-Volk-im-Volk«-Begriff zu verankern, der von den unwissend gehaltenen Massen der Unterprivilegierten mit Beginn des 19. Jahrhunderts als eine Art »Selbstbefreiung von jahrhunderterlanger Unterdrückung« empfunden, akzeptiert und »sinn-inhaltlich« ausgefüllt wurde.

Die Scheingeburt eines zu kreierenden »Tschechentums« samt dazugehöriger »Nationalsprache« gelang. Aber selbst der panslawische Vorkämpfer und Historiker Koneczny sah sich veranlaßt, die betrügerische Manipulation indirekt zu berichtigen, als er niederschrieb, »daß man die Tschechen anderwärts als deutschen Stamm betrachtet,

denn nichts Slawisches ging aus dem Land hervor.«

Dieser bemerkenswerten wahrheitsliebenden Feststellung wäre nichts hinzuzufügen, wenn Koneczny im Jahr 1897 seiner Mitwelt auch die Bedeutung der Namensfindung »Tschechen« erklärt hätte. Der erwähnte Sammelbegriff, eine Verdeutschung der willkürlich aus dem Mittellateinischen rückübersetzten Form »Chech« für »Bohemus« (»Böhme«) erfaßte in seiner Grundbestimmung alle Bewohner Böhmens einschließlich der Reichsunmittelbaren der Deutschböhmen.

Nichtsahnend und -argend hatte König Karl IV. (1346 bis 1378) in der Reichshauptstadt Prag landfremden Glagolitenmönchen vom Balkan leichtsinnig die Erlaubnis zum Wirken im Sinn der Rom-Kirche erteilt. Im Prager Kloster Emaus nahmen sie – gemeinsam mit ortsansässigen Klerikern und ausgewählten Söhnen Besitzloser und Verarmter – ihre spalterischen Tätigkeiten auf.

Konspirative Fälscher am Werk

Anfangs wurden aus dem Lateinischen nur Heiligen-Legenden und Fabeln in die Kyrilliza – die verfeinerte Glagolica – übersetzt; dies allerdings nicht ohne Spitzen und Ausfälle gegen das Reichsdeutschtum. Diesen Übungen folgten Übertragungen aus dem Spätlateinischen und aus alt- und mittelhochdeutschen Texten.

Auf diese Weise entstand schließlich mit der Zeit eine »sprachliche« (nachsprechbare) Kunstliteratur, die später erst als »Nachweis einer neuen Nation« diente. Hinter unverletzlichen Klostermauern entwickelte sich dabei eine geheimnisvolle und konspirative Atmosphäre.

In diesem politischen Zwielicht entstand eine typische Geheimgesellschaft: die Zectechna, deren Mitglieder im »Dunkeln« arbeiteten. Daran knüpften Anfang des 19. Jahrhunderts die sogenannten »Wiedererwecker« eines »tschechischen Volkstums mit eigener Sprache« an. Ihr Anführer war der Lehrer, Panslawist und geniale Fälscher Wenzel Hanka (1792 bis 1861).

Außer durch seine orthographischen und grammatikalischen Verputzarbeiten an dem noch keineswegs sprech-, schreib- und vorstellungsreifen »tschechischen« Kunstidiom wurde er unrühmlich bekannt durch seine »literarischen« Fälschungen – wie zum Beispiel »Königinhofer Handschrift« und »Grünberger Handschrift« –, mit denen er die Existenz einer »tschechischen Heldenepik« und somit das Vorhandensein einer »originären tschechischen Schriftsprache« vortäuschen wollte.

Weil nun aber Wenzel Hanka und seine philologischen, »neuchauvinistischen« Mitverschworenen nicht sicher waren, ob die von ihnen vorgelegten »Beweise« auch ausreichend und zur Glaubhaftmachung genügend »Beweiskraft« vermitteln würden, legten sie in der urdeutschen Stadt, der Reichsmetropole Prag, den Schwur ab: ». . . die czechische Sprache aus den Resten versinkender sarmatischer Bauerndialekte zu retten.«

Um außer einer etymologisch-linguistischen »Glaubhaftigkeit« auch noch die einer ethnologisch-ethnischen zu untermauern, holten die »Wiederwecker« den Begriff der südböhmischen »Tschechanen« hervor und brachten ihn mit der Erwähnung des Wortes »Cech« durch den gelehrten Kanoniker Dalimil von Meseritsch – angeblich aus 1310 – sowie das Wort »Cesi« durch den Pseudonymus »Nestor« – angeblich aus 1377 – in Verbindung. Sie, die W.-Hanke-Verschwörer, übergingen großzügig, daß sowohl »Cech« wie auch »Cesi« nur im Zusammenhang mit dem Wort »Druzina« Erwähnung fanden. Bei einiger Sachkenntnis ergibt sich hierfür die folgende, historisch einwandfreie Erklärung:

Aus dem Machtbereich Ostroms (Konstantinopels) stammen jene Militär-Vokabeln, die jetzt als »urtschechische« Wortbegriffe herzuhalten hatten. Denn: »Druzina« = (aus keltisch) »drungos« = Gefolgschaft der »Nemetos« (= der Edlen, der Nobiles) = Kelto-Germanen in byzantischen (Ostroms) Diensten, byzantinisch-spätgriechisch: »Druggos« (gesprochen drungos). In solch einer Mannschaft kämpften Berittene = (keltisch) »lingi« und Fußsoldaten = (keltisch) »cingi« (gesprochen: tschingi), daraus (im byzantinischen Militärdienst): »Tzekones« = Festungssoldaten. Das war um das Jahr 949.

Opfer eines Völkerbetruges

Im 14. Jahrhundert taucht zudem noch die spätgriechisch-byzantinische Bezeichnung »Tzekones« auf. Die »Beweis führen« sollenden Begriffe »Cech« und »Cesi« beziehen sich also überhaupt nicht auf ein Volk, sondern auf die militärische Fußtruppe »Tzekones« – bestehend aus keltischen, thrakischen und germanischen Söldnerkontingenten im Dienste Ostroms.

Die sogenannten »Tschechanen« in Südböhmen und Mähren sind demnach nichts anderes als heimgekehrte »Tzekones«, also ehemalige Söldner und ihre Nachkommen.

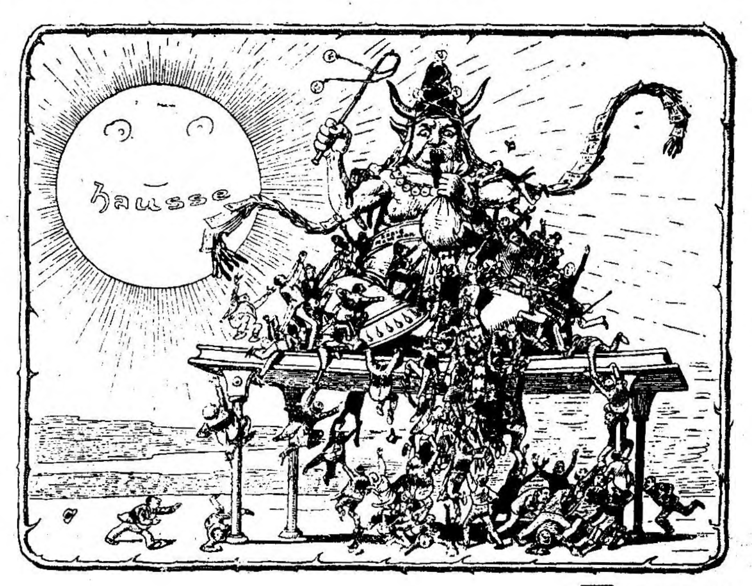
Es gab weder »›slawische‹ Tschechen« noch »tschechische ›Slawen‹«, sondern ausschließlich – im Lauf der Zeiten und allmählich – reichsfeindlich umgepolte, denatuierte, einst freie Kelten und Germanen. Gerade in der einschneidenden Epoche – laut heute üblicher Lehrmeinung – vom 4. bis 8. Jahrhundert ist keiner einzigen zeitgenössischen Chronik oder sonstigen Quellen ein »Einsickern«, »Einwandern« oder »Erobern« durch fremdvölkische Elemente im böhmisch-mährischen Raum bekannt.

Die meisten der heutigen Tschechen wissen von all dem nichts, manche hingegen ahnen die Zusammenhänge und daß da mit ihnen, ihrer Herkunft und »Identität« etwas nicht stimmt. Blondheit und Blauäugigkeit sind kein Kriterium für Deutschsein. Man sehe sich einmal unter den Volksgruppen Ost- und auch Westeuropas um. Die rein keltisch-germanische Abstammung der Tschechen beweist zusätzlich ihre »posthum« translatierte Literatur.

Der verschlungene Geschichtsablauf in Böhmen und Mähren erscheint allein schon wegen der »slawi«sierenden Umknetung zwar noch komplizierter als anderswo auf deutschem Reichsboden, läßt aber in keinem seiner Abschnitte das Vorhandensein eines »Tschechen«volkes erkennen.

Die »Tschechen« waren und bleiben die Nachfahren der böhmisch-mährischen Kelto-Germanen, denen man – heute mehr denn je – mittels panslawistischer Machenschaften ihre wahre Geschichte und volkliche Identität zu entwinden, zu zerstören, umzufälschen versucht, um sie als Sklaven willfähig zu halten.

Die Kraft reichsfeindlichen Willens zu »Tschechen« umgemodelten Böhmen aber haben mittlerweile unter bolschewistischer Herrschaft die von einer entarteten Minderheit verübten Akte des Verrates und Brudermordes an Deutschen, Mähren und Slowaken nach 1945 bitter gebüßt. Sie zählen nun selbst – im Verein mit allen anderen geschädigten Mitteleuropäern – zu den Opfern eines dämonisch und zielstrebig durchgeführten Völkerbetruges. □



Europa-Journal

Düstere Wirtschafts-Prognosen für die EG

Die Turbulenzen an den internationalen Aktien- und Devisenmärkten haben die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft weniger getroffen, als gegen Ende des letzten Jahres zu befürchten war. Dennoch geht die EG in diesem Jahr wenig rosigen Zeiten entgegen. So wird sich das Wirtschaftswachstum in fast allen Mitgliedsländern verlangsamen. Mit durchschnittlich 11,5 Prozent wird die Arbeitslosenrate der EG nicht unter den Stand des Vorjahres sinken.

Man rechnet für dieses Jahr auch mit einem weiteren Rückgang des weltweiten Handels der EG, da die Vereinigten Staaten und die meisten Länder der dritten Welt voraussichtlich ihre Einfuhren drosseln werden. Der US-Dollar wird gegenüber der ECU rund 10 Prozent an Wert verlieren. Dies wird den Absatz europäischer Waren in Drittländern erschweren und gleichzeitig zu steigenden Einfuhren in die EG führen.

Das Wirtschaftswachstum dürfte mit 2 Prozent hinter dem des Vorjahres mit 2,5 Prozent zurückbleiben und sich ausschließlich aus der Binnennachfrage speisen. Der private Verbrauch und die öffentlichen Ausgaben in der Gemeinschaft werden um mehr als 2 Prozent steigen. Auch im Bereich der Infrastruktur-Investitionen erwartet Brüssel ein Plus von etwa 4 Prozent. Dies reicht jedoch nicht aus, um den Rückstand der vergangenen Jahre auszugleichen.

Am meisten Kopfzerbrechen bereitet nach wie vor die Arbeitslosenquote der Gemeinschaft. Die Anzahl der neugeschaffenen Stellen wird nur in den vier südlichen Mitgliedstaaten und Großbritannien über der der Arbeitsplatzverluste liegen. In den meisten anderen EG-Ländern werden sich neue Stellen und Arbeitsplatzverluste die Waage halten. In Dänemark und Irland wird es sogar mehr Stellenkürzungen geben als neue Arbeitsplätze. □

Löcher im Sonnenschirm

Ob Rasierschaum, Parfum oder Haarsprays – viele Produkte werden derzeit noch in Treibgasbehältern verpackt und tragen somit zur Zerstörung der Ozonschicht bei. Bereits seit zwanzig Jahren haben Wissenschaftler immer wieder vor der zunehmenden Gefährdung dieses natürlichen »Sonnenschirms« der Erde gewarnt. Ohne die schützende Ozonschicht würde die gefährliche ultraviolette Strahlung der Sonne ungefiltert in die untersten Luftschichten eindringen können. Zum anderen führt der dadurch ausgelöste »Treibhauseffekt« in der Atmosphäre zu einem Temperaturanstieg mit möglicherweise dramatischen Folgen für das Leben auf der Erde.

Verantwortlich für dieses Phänomen sind in erster Linie die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Sie kommen in Spraydosen, Schaumstoffen, Lösungsmitteln und Kühlflüssigkeiten vor. Die FCKW greifen besonders die Ozonschicht über den beiden Polen an. Die größten Schäden wurden bislang über der Antarktis beobachtet. Aber auch über der Arktis wurde bereits ein Ozonloch festgestellt.

1985 unterzeichnete die Gemeinschaft und mehrere Mitgliedsstaaten die Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht. Erst im September 1987 wurden mit dem Protokoll von Montreal konkrete Maßnahmen zur Verringerung der FCKW-Emissionen beschlossen.

Das Protokoll von Montreal sieht ab Juli 1989 ein Einfrieren der FCKW-Produktion auf dem Stand von 1986 vor. Danach soll die Erzeugung bis 1992 um 20 Prozent und bis 1998 um weitere 30 Prozent sinken. Das Protokoll soll zum 1. Januar 1989 in Kraft treten. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Ratifizierung durch 20 Staaten vor Oktober 1988.

Die Zeit drängt allerdings. Die Rückführung der zulässigen Produktion und höhere Preise für FCKW sollen die Industrie zum Verzicht auf den Einsatz des Ozonkillers bewegen. Die Erfahrungen mehrerer EG-Staaten beweisen, daß die Vorgaben des Protokolls von Montreal deutlich übertroffen werden können. So bestehen zum Beispiel in der Bundesrepublik und den Niederlanden bereits freiwillige Vereinbarungen zwischen der Industrie und den Regierungen über den weitgehenden oder völligen Verzicht. □

Britische Gesetzgebung für das Recht auf Tötung

Ian Kennedy, Professor für Jura und medizinische Ethik am King's College, London, arbeitet an der Gesetzgebung für das Recht auf Tötung, das jedermann in Großbritannien in Anspruch nehmen könnte. Unter diesem Gesetz kann ein Patient den medizinischen Behörden das Recht geben, »den Hahn zuzudrehen« oder sie auf andere Art zu »töten«, wenn er zu dem Zeitpunkt, wo die amtlichen Stellen es für angemessen halten, Geld zu sparen, nicht mehr in der Lage ist, diese Entscheidung selbst zu treffen.

Kennedy, ein Mitarbeiter der Voluntary Euthanasia Society (Gesellschaft für freiwillige Euthanasie), meint, zwei Faktoren würden die Euthanasie in den westlichen Ländern akzeptabler machen: demographische Veränderungen mit einem höheren Prozentsatz an älteren Menschen und »begrenzte Mittel«, die zur Verfügung stünden.

Ein Direktor von Voluntary Euthanasia, der eng mit Kennedy zusammenarbeitet, sagte dazu: »Angesichts der Fortschritte in der Medizin gehen die Beträge, die man darauf verwenden könnte, die Menschen am Leben zu halten, ins Unermeßliche.

Wenn wir jede behinderte und ernstlich kranke Person am Leben halten wollten, hätten wir kein Geld mehr übrig und wir müßten, Gott bewahre, ha, ha, unseren Verteidigungshaushalt kürzen.«

Eine weitere führende Persönlichkeit in der Voluntary Euthanasia Society sagte in einer privaten Diskussion, ein Angriff der »jüdisch-christlichen Idee, daß Menschenleben heilig ist«, sei wichtig, um heute die philosophische Unterstützung für die Euthanasie zu bekommen. Sie verwies auf zwei Bücher, die kürzlich von einer Australierin, Helga Kuehse, geschrieben wurden, die sowohl diejenigen angreift, die die »ernsthaft Behinderten um jeden Preis am Leben halten wollen« als auch jene, die kompromißlos an der »Heiligkeit des Lebensprinzips« festhalten.

Auf die Frage, welche Art von Euthanasie sie bevorzuge, meinte diese Vertreterin: »Es ist logisch, daß man nicht zwischen passiver und aktiver Euthanasie unterscheiden kann. Logisch betrachtet hat man aktiv eine Entscheidung getroffen, sobald man sich entschlossen hat, mit der Behandlung aufzuhören.« □

Französischer Experte enthüllt Pläne der Sowjets für Europa

Michail Gorbatschow »befindet sich unmittelbar vor einer größeren diplomatischen Offensive Westeuropas«, warnte Pierre Lellouche, stellvertretender Direktor des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen, in einem Kommentar in der »International Herald Tribune« unter der Überschrift »Architekt Gorbatschow hat Pläne für Europa«. Er verglich Gorbatschows Aktivitäten mit der Stalin-Note des Jahres 1952.

»Nach dem neuen kalten Krieg Anfang der achtziger Jahre befinden wir uns jetzt wieder in den goldenen Tagen der ›Détente‹ im Stil der siebziger Jahre«, schrieb Lellouche. »Inzwischen haben die Sowjets große strategische Vorteile eingeheimst: die Entfernung der Pershings und Cruise Missiles wird Amerikas nukleares Engagement in Europa vielleicht sogar unwiderruflich schwächen; die allseits gefürchtete Strategische Verteidi-

gungs-Initiative (SDI) wird angesichts des Kompromisses, der über den ABM-Vertrag aus dem Jahr 1972 erzielt wurde und der Kürzungen der Militärausgaben durch den US-Senat keine großen Auswirkungen haben; der Ost-West-Handel wird wieder aufgenommen und selbst die Cocom-Bestimmungen werden gelockert.

Das Schlagwort für diesen neuen sowjetischen Vorstoß lautet: ›gemeinsame europäische Heimat‹. Für seine potentiellen europäischen Bewohner wird die Architektur der gemeinsamen europäischen Heimat recht vertraut aussehen – nicht viel anders als die Dacha, wie sie ursprünglich von Stalin und Rapacki in den fünfziger Jahren vorgeschlagen wurde. Im Grunde würde Westeuropa denuklearisiert und quasi entmilitarisiert, amerikanische Truppen wären nach Hause abgezogen und die ›Blöcke‹ wären abgebaut.

Die Sowjets hatten das größte Zimmer im Haus und natürlich auch den Hof, das heißt, den Rest des sowjetischen Besitzes auf der Welt.

Die Sowjets haben die Bauplanung bereits aufgestellt. Nach der Ratifizierung des INF-Vertrages und der Unterzeichnung des START-Vertrages wird der nächste Schritt in diesem Jahr die Eröffnung einer ganz Europa umfassenden Abrüstungskonferenz sein, auf die eine oder andere Weise verbunden mit Gesprächen über die Reduzierung taktischer Atomwaffen.

Ob es einem gefällt oder nicht, der Kampf, der durch die INF-Affäre eröffnet wurde, ist keineswegs vorüber. Der große Test für die europäische Einheit und das Bündnis steht noch bevor.« □

Sowjets schicken Kriminelle in die USA

Wie die »Los Angeles Times« berichtete, hat der sowjetische KGB, Moskaus amtliche Geheimdienstbehörde, systematisch Kriminelle in die Vereinigten Staaten entsandt, um ein organisiertes Verbrecher- und Geheimdienstnetz aufzubauen. Die Geschichte von der »russischen Mafia« im Gebiet von New York und deren Verbindungen zum KGB wurden erstmals im Jahr 1983 bekannt.

Die »Los Angeles Times« berichtet von dem Fall des Russen Shabtai Kalmanowich, einem israelischen Geheimdienstoffizier, der nach Israel emigrierte und jetzt als KGB-Agent in Haft sich befindet. Die Zeitung nennt diesen Fall als ein Beispiel dafür, wie der KGB die Ränge jüdischer und anderer Emigranten systematisch mit seinen Agenten durchsetzt. Sie berichtet auch, daß sich die sowjetischen Behörden konstant geweigert haben, Auskunft über Russen zu geben, die einen Antrag auf Auswanderung in die Vereinigten Staaten gestellt haben.

Das amerikanische Außenministerium verzichtet ständig auf seine normalerweise strengen Vorschriften, was Juden aus der Sowjetunion betrifft, und erleichtert damit die Infiltration professioneller Verbrecher. Sobald sie sich in den USA einmal etabliert haben, dient dieses Kriminellen-Netz den Sowjets als Infrastruktur für spezielle KGB-Operationen. □

Hormonhaltiges Fleisch darf wieder nach Europa

Einen allgemeinen Sturm der Entrüstung hat die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg hervorgerufen, eine EG-Richtlinie, die ein Verbot der Hormonverfütterung ab dem 1. Januar dieses Jahres vorsah, für ungültig zu erklären. Das Gericht folgte in seiner Urteilsbegründung der britischen Regierung, die Verfahrensfehler geltend gemacht hat.

Die Verabschiedung der neuen EG-Richtlinie war im schriftlichen Verfahren erfolgt. Hierzu mußten alle Mitgliedsstaaten bis zu einem bestimmten Termin ihre Stellungnahme vorlegen.

Großbritannien, das ein Hormonverbot ablehnt, hatte sich gegen dieses Verfahren ausgesprochen. Dänemark unterstützte die Positon der Engländer, während sich Irland der Stimme enthielt.

Noch vor ihrem Inkrafttreten hatte die EG-Richtlinie vehemente Reaktionen in den Vereinigten Staaten ausgelöst, die tiefgefrorenes Fleisch aus Hormonmast in die Gemeinschaft exportieren. Daraufhin hatte die EG den USA eine einjährige Übergangsfrist zugestanden. Gleichzeitig hatte sie jedoch ausdrücklich an ihrer Richtlinie festgehalten, die insbesondere das Verbot von zwei künstlichen (Tremblon und Zeravol) sowie zwei natürlichen Hormonen (Testosteron, Progesteron und Oestradiol 17 B) vorsieht.

Das Urteil der europäischen Richter ist in fast allen EG-Mitgliedsstaaten auf harte Kritik gestoßen. Einmütig verwiesen Vertreter der Landwirte und Verbraucherverbände auf die daraus erwachsenen Risiken.

Zwar bleiben einzelstaatliche Vorschriften, die den Einsatz von Wachstumshormonen bei der Tiermast verbieten, vorerst weiterhin gültig. Dennoch hat das EG-Gericht mit seiner Entscheidung eine breite Bresche für die betroffenen Pharmakonzerne und die amerikanischen Züchter geschlagen.

Nach Ansicht der EG-Kommission wird es jedoch schon bald zu einer erneuten Verabschiedung der Richtlinie kommen, da hierfür eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat ausreicht. Zudem werde man diesmal auf eine starke Einhaltung der Verfahren achten. Die Hormonfrage wird also schon in naher Zukunft wieder auf dem Tisch der EG-Agrarminister landen. □

Deutsche leben auch in der DDR

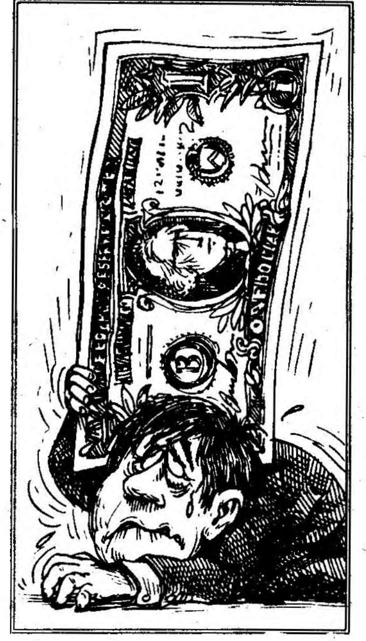
»Acht Medaillen in zwei Wochen: Deutsche Sieger von Calgary«, man mußte diese Überschrift in der Zeitung »Welt am Sonntag« zweimal lesen, um sich die ganze Tragweite, die Minderwertigkeit, Dummheit oder Bösartigkeit solcher Berichte bewußt zu machen. Hunderttausende deutsche Leser haben diese Überschrift gelesen, »überlesen«, ohne daß sich in ihnen etwas rührte. Von Protesten wurde jedenfalls nichts bekannt.

Sind die mitteldeutschen Olympiasieger etwa Zulukaffern oder Kanaken? Täglich werden mit solchen gedankenlosen oder planmäßig eingetrichterten Begriffsverfälschungen die Bundesdeutschen überschüttet. Da heißt es »Deutschland – Irland 3:2 Tore«, »Deutschland verlor« oder »Deutsche Sportler ausgeschieden«, obwohl deutsche Sportler auf dem Siegertreppchen stehen.

Da heißt es »Auswanderung« statt Vertreibung, da heißt es »Untergang« oder »Besetzung« Österreichs vor 50 Jahren, obwohl die Verfassung Deutschösterreichs schon 1918 klarstellte: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik«.

Da heißt Mitteldeutschland aus allerhöchstem Munde »Ostdeutschland« – so sagte der Bundespräsident Richard von Weizsäcker – und wird als »Osteuropa« bezeichnet, während von »Polen« gesprochen wird, wenn Ostdeutschland gemeint ist.

Und wenn von den »Europäern«, »Europa« und »europäische Einigung« die Rede ist, klammern die Krämer, Schacherer und Grundgesetzverräter der Europäischen Gemeinschaft in ihrem Wahn nicht nur das Herz Deutschlands, sondern unter anderem auch Österreich aus. □



Frankreich

Korrektur an der Geschichte

Beat Christoph Beaschlin

Am Sonntag, dem 31. Januar 1988, hat sich das »Israelitische Konsistorium Lothringens« in Nancy versammelt. Der Großrabbiner Schwob war anwesend. Einstimmig wurde beschlossen, dem Bürgermeister von Verdun eine strenge Warnung zukommen zu lassen und zu fordern, daß der im Stadtratssaal von Verdun auf der Ehrenliste prangende Name des Feldmarshalls Pétain ausgemerzt werde. Dieser Weisung mit Befehlscharakter war folgende Drohung beigefügt: »Wenn unserer Aufforderung nach Beseitigung nicht stattgegeben wird, sehen wir uns veranlaßt, gegen den Bürgermeister gerichtliche Klage einzureichen. Diese wird sich auf die Verfügung vom 6. Mai 1944 stützen, wonach die Beschönigung des Verbrechens der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht strafrechtlich geahndet wird.«

Die in Paris erscheinende nationalistische Tageszeitung »Present« erwähnte dieses höchst sonderbare Vorkommnis in Form eines »offenen Briefes an den Präsidenten des Israelitischen Konsistoriums Lothringens«. In dieser markanten Epistel heißt es unter anderem: »Eure Glaubensgemeinschaft liefert ein Beispiel denkwürdigen Scharfsinns. Denn es wäre nicht dem erstbesten Christenmenschen eingefallen, eine Beziehung herzustellen zwischen der Schlacht bei Verdun und der ›Beschönigung des Verbrechens der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht‹.

Weshalb diese Provokation?

Um derartige Überlegungen auszuhecken, war es sicher nötig, von jener wachsamen Intoleranz beseelt zu sein, wovon Sie ein ganz bemerkenswertes Beispiel liefern. Bald wird es dann ausreichen, den Namen Philippe Pétain zu nennen oder irgendwo die beiden Worte ›General Pétain‹ anzubringen, um den Tatbestand der Beschönigung eines Verbrechens erfüllt zu haben und dafür bestraft zu werden.

Auch haben Sie sich nicht täuschen lassen durch die lächerliche Vorsicht des Bürgermeisters von Verdun, der Pétain bloß mit dem Grad eines Generals benennt, als wäre der Grad eines Feldmarschalls abgeschafft. Es konnte Ihnen auch nicht entgangen sein, daß die Staatspräsidenten Giscard und Mitterrand jedes Jahr das Grab des Feldmarschalls aus eigenem Antrieb schmücken lassen. Damit wären diese beiden Staatspräsidenten in viel höherem Maße als der Bürgermeister von Verdun des sogenannten ›Verbrechens‹ schuldig.

Die jüdische Gemeinde würde somit ihren Ruf schonungsloser Strenge noch erhöhen, wenn sie auch gegen die beiden Staatschefs Klage erhöbe wegen ihres unentschuldbaren Verhaltens.«

Das sind Kostproben aus dem mit beißendem Spott gewürzten »offenen Brief«.

Man kann sich nur wundern, warum sich die zionistische Organisationen mit so angriffiger Intoleranz bemerkbar machen. Gewisse Kenner der zionistischen Szene behaupten, es werde da von besonders kämpferisch veranlagten Kreisen ganz bewußt ein gewisses Maß an Antisemitismus heraufbeschworen. Damit werde bezweckt, die zunehmende Tendenz junger Juden, sich in ihrer Umgebung zu assimilieren, wirksam zu bekämpfen.

Der sich in verschiedenen Ländern äußernde Hang zionistischer Kreise, sich auf Kollisionskurs zu begeben, wirkt durchaus befremdend. Wenn in Österreich sogar eine Staatskrise in Kauf genommen wird, um ein zionistisches Veto gegen Bundespräsident Waldheim durchzusetzen, so hat das sicher politische Gründe; offenbar ist die Republik Österreich den zionistischen Wünschen und Weisungen gegenüber nicht genügend willfährig. Mit der Affäre Waldheim soll ein Beispiel statuiert werden, daß ein gewisser Gehorsam gefordert und durchgesetzt wird – Demokratie hin oder her.

Mit der Affäre Waldheim ein Exempel statuieren

In Deutschland ist das offensichtlich nicht nötig, sonst hätte es schon längst eine Affäre von Weizsäcker gegeben, indem eine »Nazivergangenheit« des deutschen Bundespräsidenten »entdeckt« worden wäre.

Auch in Frankreich gibt es zur Zeit keinen Anlaß zu Beschwerden. Hat doch Ministerpräsident Chirac vor seiner Ernennung als Regierungschef vor den zionistischen B'nai B'rith-Logen einen »Anti-LePen-Eid« schwören müssen. Diese erstaunliche Tatsache ist in der sozialistischen Tageszeitung »Le Monde« am 26. März 1986 in einer kleinen Notiz bekanntgemacht worden. Die Kurznachricht war mit folgender Warnung gewürzt:

»Die B'nai B'rith-Logen erlassen einen Aufruf zur Wachsamkeit und machen die Parteien der neuen Regierungsmehrheit darauf aufmerksam, sich in acht zu nehmen vor jeder Versuchung, die extremistischen Schlagworte von der wachsenden Kriminalität und die fremdenfeindlichen Ideen gegen die Einwanderer zu übernehmen. Gleichzeitig erinnern sie daran, daß die Vertreter der Parteien vor versammelten B'nai B'rith-Logen die Verpflichtung übernommen haben, in keinem Fall mit der Nationalen Front zusammenzuspannen. Diese Erklärungen sind nach Bekanntgabe der Wahlresultate (vom 16. März 1986) feierlich bekräftigt worden.«

Alle parlamentarischen Anfragen von Abgeordneten der Nationalen Front über diesen sonderbaren Schwur blieben ohne Antwort. Aber es erfolgte auch nie ein Dementi.

LePens Bestreben, dem »französischen Frankreich« das Dasein zu sichern, ist keineswegs nach dem Geschmack der rabiaten Internationalisten. Zum Ärger der zionistischen Kampforganisationen gibt es in der Nationalen Front eine selbständige jüdische Gruppe, die einen Abgeordneten des Regionalparlaments von Paris und Umgebung stellt. Diese jüdische Sektion der LePen-Partei bekämpft entschieden den offiziellen zionistischen Trend, wonach die Einschleusung von Afrikanern, insbesondere von Arabern, gefördert wird.

»Der Gegensatz zwischen Juden und Arabern ist unüberwindlich, solange es keine Wiedergutmachung für die Enteignung und Verjagung der Palästinenser gibt. Deshalb ist es unklug, diese Feindschaft nach Frankreich einzuschleppen. Wir haben alles Interesse, uns mit der eingesessenen französischen Bevölkerung freundschaftlich zu vertragen. In der heutigen Situation bedeutet jede Einwanderung Verarmung und Erschwerung des Existenzkampfes, der durch die rivalisierenden Einwanderergruppen verschärft wird und schließlich zu Rassenkämpfen ausarten muß.«

Diese Überlegungen der jüdischen Sektion der Nationalen Front werden von den offiziellen zionistischen Organisationen schärfstens bekämpft.

Die LePen-Partei ist der offiziellen zionistischen Politik ein Dorn im Auge. Um so mehr wirkt die angriffslustige jüdische Sektion der Nationalen Front sozusagen als eine Provokation. Die geschmacklosen Drohungen gegen den Bürgermeister von Verdun wegen des Feldmarschalls Pétain stehen natürlich in direktem Zusammenhang mit dem Kampf gegen LePen. Der Feldmarschall steht da als Symbolfigur für Frankreichs einstige politische und militärische Bedeutung.

Mehr noch: Feldmarschall Pétain ist der Inbegriff des »französischen Frankreichs«, aber auch Symbol einer Versöhnung mit Deutschland ohne Unterwerfung unter eine anonyme Europa-Bürokratie und deren unkontrollierbare Manipulierkünste. □

Supermächte

Die USA könnten die Sowjets schlagen

Martin Mann

Eine neue Generation von »schlauen Waffen«, die ihr Ziel selbst anvisieren und es nie verfehlen, werden die Atomarsenale der Supermächte bald »überflüssig« und »veraltet« erscheinen lassen. Dies behauptete Dr. Harriet Firestone, eine Waffenkontrollexpertin an der Princeton Universität.

Was noch wichtiger ist: Die Vereinigten Staaten sind der Sowjetunion auf diesem Gebiet so weit voraus, daß strategische Planungsexperten davon sprechen, die Sowjets mit ihrem eigenen Spiel – einem nicht atomaren Krieg in Europa – schlagen zu können.

Eine neue Ära der Strategie

Diese neue Militärtechnologie wird »eine neue Ära der Strategie einleiten, in der es den technologisch fortgeschrittenen westlichen Nationen – besonders dem Nato-Bündnis – möglich sein wird, einen Krieg gegen die größeren konventionellen Streitkräfte des Sowjetblocks zu planen, zu führen und zu gewinnen, ohne auf die Bomben der Apokalypse zurückgreifen zu müssen«, meint Dr. Firestone.

Obwohl viele der jüngsten Fortschritte in der Militärtechnologie noch immer geheim sind, wissen sowohl US-Präsident Ronald Reagan als auch der Sowjetdiktator Michail Gorbatschow, daß die »Atomära durch hochtechnische Waffensysteme abgelöst wird«, behauptet Frau Dr. Firestone.

Es war dieses Wissen, das die beiden Weltpolitiker zu einem Lächeln veranlaßte, als sie den INF-Pakt zur Eliminierung einer Klasse von Mittelstreckenraketen beim jüngsten Washingtoner Gipfel unterzeichneten, versicherte Dr. Firestone, eine der zahlreichen amerikanischen Rüstungsexperten, die jetzt von der Presse interviewt werden, um den neuen Vertrag zu beurteilen.

Die sowjetischen Führer scheinen mit ihr einer Meinung zu sein. Marschall Nikolai Ogarkov, der sowjetische Stabschef, schrieb einen Artikel für »Krasnaya Zvezda« (»Roter Stern«), die amtliche Publikation der Sowjetarmee, im vergangenen Oktober, in dem es hieß, »automatisierte Such-und-Zerstör-Raketen, selbstgelenkte Artilleriegeschosse und hochpräzise, gelenkte Langstrecken-Kampfsysteme mit ihrem ungeheuer verstärkten Potential werden die Waffen der Massenzerstörung, das heißt Atomwaffen, auf dem Kampffeld ersetzen«.

Neues Konzept: ein Schuß, ein Treffer

Amerikanische Wissenschaftler behaupten, die neue Welle von Mini-Computern würden radikale Veränderung in Taktiken und Strategie bringen. Die neue Technologie verändert »alle unsere Vorstellungen, die wir in den vierziger Jahren entwickelt haben, als die Atomwaffen die letztendlichen Waffen waren«, sagt Professor Carl Pitter von der Universität Kalifornien in Los Angeles.

Eines der neuen Konzepte ist die Technologie »ein Schuß, ein Treffer«, so Dr. Robert Cooper von der Behörde über fortgeschrittene Forschungsprojekte in der Verteidigung (DARPA). »Waffen zu produzieren, die jedes Mal, wenn sie abgefeuert werden, Treffer erzielen, das ist eines unserer Hauptziele.«

Das Ziel ist noch nicht ganz erreicht, gibt Cooper zu. Doch Dutzende von völlig innovativen Waffen bewegen sich durch das Forschungs- und Teststadium bis hin zum »elektronischen Kampffeld«. Dazu gehören unter anderem: Laseroptik-Panzerabwehrraketen mit einer Fernlenkung auf bis zu 10 Meilen mittels TV-Bild, das von einer winzigen Kamera und einem Sender in der Rakete zurückgelangt.

Sensor-gefeuerte Artilleriegeschosse mit der Bezeichnung Sadarm-Projektile mit Mikro-Miniatur-, Infrarot- und Radar-Sensor-Lenksystemen. Bei jedem Abschuß kann ein Panzerfahrzeug geortet und getroffen werden.

Sogenannte »Wegwerfraketen«, die von der amerikanischen Luftwaffe entwickelt wurden, mit eingebauten Selbstlenk-Radarkreisen zur Ortung und Zerstörung von feindlichen Flugzeugen. Es werden jeweils sechs von diesen Projektilen von den Kampfpiloten abgefeuert, die dann sofort abdrehen und nach Hause zurückkehren; den Rest erledigt die Rakete selbst.

Der Pilot könnte sich ebenso gut zurücklehnen und ausruhen, stellt Christopher MacAndrew fest, ein ehemaliger Wissenschaftler bei der US-Luftwaffe, der jetzt für eine Washingtoner Beraterfirma arbeitet. Sein Flugzeug findet den Weg allein.

»Die US-Luftwaffe hat über 150 Millionen Dollar für die Entwicklung eines sogenannten Supercockpit in seinen Kampfflugzeugen eingeplant«, erzählte MacAndrew. »Ein computerisiertes Juwel für die Sammlung und Verarbeitung der Flut elektronischer Daten, die von hochtechnischem Kampfgerät hervorgebracht wurden.«

Durch Audiosignale mit einer Frauenstimme

Es wird zahlreiche selbstlenkende Systeme aufweisen, mit denen schneller umgegangen werden kann als mit dem menschlichen Verstand. Der Pilot hat einen Farbbildschirm mit kleinen TV-Röhren, nicht an der herkömmlichen Instrumententafel, sondern im Innern seines Helms, damit er über alles auf dem laufenden ist. Er empfängt automatische Gefahrensignale – wie einen feindlichen Raketenabschußort – durch Audiosignale mit einer Frauenstimme, um sie von dem restlichen Funkverkehr zu unterscheiden.

Doch die Befehle des Menschen werden in diesen »Zukunftskriegen« noch immer eine entscheidende Rolle spielen, sagen Experten. Daß die Generäle eine unmittelbare Übersicht über das bekommen, was in jeder Ecke des Schlachtfeldes vor sich geht, ist einer der wichtigsten Fortschritte in der Verteidigungstechnologie.

Das sogenannte gemeinsame Überwachungs- und Zielangriffs-Radar-System (JSTARS) ist der Schlüssel für den Vorstoß der US-Armee, im Bodenkampf des Weltraumzeitalters Fortschritte zu machen. Mit großen Flugzeugen, die mit elektronischer Ausrüstung vollgestopft sind, bekommen die Kommandeure mit JSTARS ein Adlerauge für die Bewegungen des Feindes an den Frontlinien und auch noch weit dahinter.

Im Dezember 1987 hat DARPA einer Gruppe von amerikanischen Kongreßabgeordneten in Denver zum ersten Mal das neue »autonome Fahrzeug« vorgeführt. Von Pitter als »Spion-Roboter an der Frontlinie« bezeichnet, handelt es sich hierbei um eine mobile Beobachtungsplattform auf einem Jeep-Fahrgestell. Ohne einen Fahrer oder eine andere Form menschlicher Gegenwart zu benötigen, soll dieses Fahrzeug hinter den feindlichen Linien, auf unwegsamen Gelände oder unwegsamen Straßen herumfahren, gelenkt durch Computer und TV-Anlagen mit Fernbedienung. Es kann feindliche Positionen orten und melden oder sie auf elektronischen Befehl hin angreifen.

»Diese kommende Welle von mikroelektronischer Militärtechnologie wird die Gefahr der strategischen Nuklearraketen – Waffen, die in einer letztlichen Krise alle Länder zerstören – nicht beenden«, erläutert Dr. Firestone. □

Edwin Meese

Handlanger der Firma Bechtel

Victor Marchetti

Der politische Skandal, der sich jetzt in Washington über dem fehlgeschlagenen Plan mit der irakischen Pipeline des Jahres 1985 zusammenbraut, in den der US-Justizminister Edwin Meese, die amerikanische Bechtel Corporation und verschiedene Israelis verwickelt waren, zeigt einmal mehr das Ausmaß, in dem Amerika in den letzten Jahren insgeheim mit Israel kooperiert hat.

Die Affäre war ein politischer Fehler größeren Ausmaßes als der Handel Waffen gegen Geiseln mit dem Iran, der etwa zur gleichen Zeit stattfand. Die Tatsache, daß sich Meese für seinen Freund und Anwalt E. Robert Wallach bei der Werbung für den Plan verwendete, führte dazu, daß die USA in eine weitere von den Israelis inszenierte, erniedrigende Intrige verstrickt wurden, und das unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit.

Meese wurde als Kontaktmann ausgewählt

Mit Meeses Manövern hinter den Kulissen sollte sichergestellt werden, daß Israel sich bei dem Projekt einer Eine-Milliarde-Dollar-Pipeline nicht politisch oder militärisch einmischen würde, die Bechtel durch den Irak und Jordanien bis zum Hafen Aqaba am Roten Meer bauen wollte. Die Idee hinter der 800 Meilen langen Pipeline war, die Gefahren zu umgehen, die mit der Verschiffung irakischen Öls durch den umkämpften Persischen Golf verbunden sind.

Die Firma Bechtel, die zahlreiche große Bauprojekte in arabischen Ländern des Nahen Ostens durchgeführt hat, war sich sehr wohl darüber im klaren, daß Israel in der Lage war, die Pipeline zu sabotieren, wenn der zionistische Staat der Meinung war, daß der Bau nicht in seinem Interesse liegt. Deshalb bezog die Firma einen etwas mysteriösen israelisch-schweizerischen Unternehmer, Bruce Rappaport, in das Projekt mit ein.

US-Justizminister Edwin Meese glaubt, daß jene, die Israel in Frage stellen, vom Teufel besessen sind, und während er einen Stein aus Jerusalem umklammert, betet er für den dritten Weltkrieg.

Rappaport ist bekannt für seine engen Beziehungen zum Mossad, dem israelischen Geheimdienst, und er hat gute Freunde weit oben in der politischen Führung Israels, nämlich den damaligen Premierminister Shimon Peres.

Seltsamerweise war es Rappaport, der die Verbindung zu den Amerikanern herstellte, indem er Meeses Freund Wallach engagierte, der den amerikanischen Justizminister in den Plan miteinbeziehen sollte. Bechtel hatte zu der Zeit selbst zwei gute Beziehungen zu der US-Regierung, US-Außenminister George Shultz und US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, beides ehemalige Angestellte des transnationalen Unternehmens.

Bechtel hat vielleicht beide Männer als potentielle Hindernisse angesehen, weil Shultz sich in übertriebener Form für Israel engagiert und Weinberger Mißtrauen gegen den zionistischen Staat hegte.

Israels Anreiz war Öl aus dem Irak

Meese wurde offenbar als der »Kontaktmann« in der US-Regierung ausgewählt wegen seiner fast religiösen Hingabe zu Israel. Eine Tatsache, die der amerikanischen Öffentlichkeit kaum bekannt ist, doch in den inneren Kreisen Washingtons ein offenes Geheimnis darstellt. Seine Unterstützung des Pipeline-Geschäfts trotz offensichtlichen persönlichen und beruflichen Risikos unterstreicht seine Bereitschaft, »noch einen Schritt weiter zu gehen«, um der zionistischen Sache zu helfen.

Wallach, der zur Zeit wegen seiner Rolle im Wedtech-Skandal unter Anklage steht – ein Schicksal, dem Meese nur knapp entkommen ist –, diskutierte den Plan in einem Schreiben an den US-Justizminister. In diesem Brief schrieb Wallach an Meese, der Plan verlange die Bestechung hochrangiger Beamten der israelischen Regierung – darunter sehr wahrscheinlich auch Peres –, um sicherzustellen, daß es bei dem Bau und dem Betrieb der Pipeline zu keiner Einmischung kommt. Als zusätzlicher Anreiz sollte Israel auch Öl aus dem Irak bekommen.

Peres hat ermittelnden US-Beamten seither erzählt, die israelische Regierung habe Washington versichert, sie würde sich in den Bau der Pipeline nicht einmischen. Obwohl er zugab, von Bechtels und Rappaports Absicht, israelische Beamte zu bestechen, gewußt habe, unternahm er nichts dagegen.

Angesichts der »besonderen Beziehungen« zwischen den USA und Israel hatte Meese den Bechtle-Plan dem Stab des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus übergeben, wo er im geheimen ausgearbeitet werden sollte. Ein anfänglicher Einwand gegen den Plan kam von Richter William Clark, dem damaligen nationalen Sicherheitsberater von Präsident Ronald Reagan, der ihn als »Schiebung« bezeichnete. Clark wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt gerade ins US-Innenministerium versetzt.

Sein Nachfolger, Robert McFarlane, ein ausgesprochener Bewunderer Israels und des Mossad, der sich damals gerade in eine weitere, schließlich verhängnisvolle Initiative der Israelis verstrickte – den Handel Waffen gegen Geiseln mit dem Iran –, begann mit der Ausarbeitung des Plans.

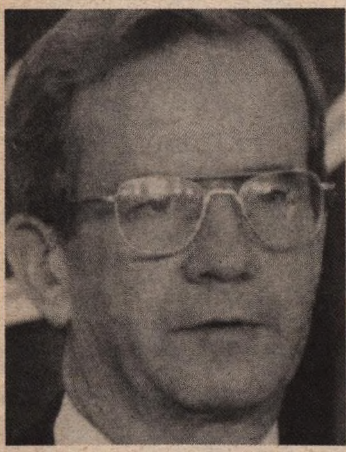
Es gibt mehrere mögliche Antworten

Eine Zeitlang versicherte Wallach – aufgrund der Aussagen von Meese und dem Nationalen Sicherheitsrat – Bechtel gegenüber, daß alles in Ordnung sei. Rappaport sagte seinen Kontaktpersonen in Israel das gleiche.

Der CIA – damals unter der Kontrolle eines weiteren Israel-Fans, des verstorbenen William Casey – trug zu der Verschwörung bei, indem er der Overseas Private Investment Corporation (OPIC) einen absichtlich unvollständigen Bericht über Rappaport vorlegte, ein Bericht, der ausschließlich aus Zeitungsausschnitten und öffentlichen Informationen bestand.

Ende des Jahres 1985 geriet der Plan ins Stocken. Die OPIC, eine relativ obskure Regierungsbehörde, die große Projekte gegen politische Krisen versichert, begann zu viele unangenehme Fragen über den Hintergrund und die finanzielle Zahlungsfähigkeit einiger an dem Geschäft beteiligten Unternehmer – auch Rappaport – zu stellen.

Unterdessen hatte die Behörde von ernsthaften Zweifeln über das Projekt von Seiten des Irak und Jordaniens erfahren. Man stellte auch die Rechtmäßigkeit eines Vorschlags in Frage, daß amerikanische Wirtschaftshilfe an Israel als Sicherheit gegen einen militärischen Angriff auf die Pipeline durch den zionistischen Staat benutzt werde.



Robert McFarlane, damaliger Sicherheitsberater von Reagan, wurde von Israelis wegen möglicher Waffenlieferungen angesprochen.

Bald darauf brach der Plan völlig zusammen und geriet in Vergessenheit – bis der amerikanische Sonderstaatsanwalt, der die zahlreichen Anschuldigungen rechtlicher Unregelmäßigkeiten gegen US-Justizminister Edwin Meese untersuchte, ihn für die Öffentlichkeit aufdeckte.

Fragen tauchen auf: Warum Israel – ein Todfeind des Irak – einem Plan zustimmen sollte, der scheinbar nur dem Irak in seinem Krieg mit dem Iran helfen würde. Israel hatte den Iran mit Waffen versorgt und sogar die USA damit hineingezogen, das gleiche zu tun. Warum sollte es dann dem Irak erlauben, Öl für den Export durch Jordanien zu transportieren, da doch die irakischen Ölexporte wichtig sind für die Finanzierung seiner Kriegsbemühungen.

Es gibt mehrere mögliche Antworten. Eine ist, daß Israel ein Interesse daran hat, daß der Krieg fortgeführt wird, da dieser Konflikt die arabische Welt gespalten und die Region in Aufruhr gehalten hat, was die Aufmerksamkeit von Israel ablenkt. Ein weiterer möglicher Grund ist, daß Israel vielleicht auch etwas von dem Öl versprochen bekommen hat, das durch die Pipeline transportiert werden sollte, was ihnen eine konstante Versorgung sichert.

Seine Angestellten fürchten ihn

Noch ein Wort zur Person von Bruce Baruch Rappaport. Er ist der mysteriöse Mittelsmann im Bechtel-Pipeline-Plan. Rappaport wurde in Palästina geboren, bevor Israel gegründet worden ist. Er lebt jetzt in Genf, wo ihm die Intermaritime Bank gehört, die er auch leitet. Bei verschiedenen Verschiffungs-, Energie- und Finanzierungsprojekten soll er über eine Milliarde Dollar verdient haben.

Einmal hatte Rappaport intensiv zu tun mit Pertamina, der staatseigenen Ölgesellschaft Indonesiens, besaß eine Raffinerie in Antigua und hat sich in gemeinsamen Seegeschäften mit den Sowjets engagiert. Er hat enge Beziehungen zur politischen Führung Israels und soll auch eine wichtige Stütze des Mossad sein.

Vertraulichen Quellen zufolge, die geschäftlich mit Rappaport zu tun hatten, führt er einen protzigen Lebensstil, der bis zur Prahlerei geht. Obwohl er den Eindruck zu vermitteln versucht, daß er märchenhaft reich sei, benötigt er oft Geld für seine verschiedenen Geschäftsprojekte und hat häufig Schwierigkeiten, es aufzutreiben. »In Genfer Bankerkreisen hat er keinen guten Ruf«, meinte ein Experte.

Eine andere Quelle, dem Rappaport erstmals in Miami durch einen CIA-Beamten vorgestellt wurde, sagte, Rappaport habe Eigentumsrechte an den Raffinerien der Haifa Basic Oils Ltd. in Israel und er sei »definitiv in Geheimdiensttätigkeiten verwickelt«. Die Quelle beschrieb Rappaport als einen großen Mann mit einer Persönlichkeit, die seine Angestellten fürchten. □

Großbritannien

Dank für Weinberger

Carl Freigang

Wenn man den Establishment-Medien Glauben schenken darf, kam es für jeden überraschend – einschließlich dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger selbst –, als ihn die britische Königin Elizabeth II. vor kurzem zum Ritter schlug. Das hätte sein müssen.

Jetzt, wo Caspar Weinberger nicht mehr im Amt ist, kann man ihm eine Anerkennung geben für den Dienst, den er der englischen Krone geleistet hat – einer der geläufigsten Gründe für die Verleihung des Ritterstandes –, ohne ein Politikum zu schaffen. Die Dienste, die er leistete? Bewerkstelligen der amerikanischen Unterstützung für Großbritannien in dessen Krieg mit Argentinien um die Falkland-Inseln.

Die Rolle Weinbergers im Falkland-Krieg

Weinberger hielt sich während der Krise, die dem Ausbruch der Feindseligkeiten unmittelbar vorausging, zurück und überließ dem damaligen amerikanischen Außenminister General Alexander Haig das Feld. Haig hatte die undankbare Rolle bei einem unglücklichen Versuch in der Auseinandersetzung zu vermitteln und einen Krieg zu vermeiden. Doch Weinberger spielte den wichtigeren Part.

Am 1. April 1982 rief Haig den argentinischen Botschafter in Washington an und sagte ihm, daß im Falle eines Krieges die Vereinigten Staaten für Großbritannien Partei ergreifen würden. Weder General Leopoldo Galtieri noch irgendein Mitglied der Militärjunta glaubten ihm, ebensowenig wie Nicanor Costa Mendez, der zivile Außenminister, auf dessen Meinung sich die Junta in hohem Maß verließ.

In seinem Bericht über die Ereignisse, die erst jetzt ans Licht kommen, gab Haig zumindest eine teilweise Erklärung für die Situation: er war unter den Spitzenbeamten in der Reagan-Regierung fast der einzige, der Argentinien in den gärenden Ereignissen vor Ausbruch des Krieges gegenüber Großbritannien den Vorzug gab und die Junta sowie Costa Mendez wußten das.

Costa Mendez soll laut einiger südamerikanischer Zeitungsberichte gesagt haben, er glaube, die Vereinigten Staaten würden die Briten daran hindern bei der Wiederinbesitznahme des Archipels, den Argentinien besetzt habe, Gewalt anzuwenden.



Wen wundert es, wenn Weinberger jetzt Sir Caspar ist? Die Briten erkennen es an, wenn man ihnen einen Gefallen tut.

Weniger bekannt ist die Tatsache, daß an diesem gleichen 1. April 1982 Weinberger US-Präsident Ronald Reagan drängte eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) einzuberufen. Die Briten hatten die NATO darüber informiert – ein indirekter Weg, um den USA dies mitzuteilen –, daß sie es für erforderlich hielten einige ihrer Streitkräfte, so auch Teile davon aus Westdeutschland, abzuziehen und sie in den Südatlantik zu schicken.

Jetzt ist er Sir Caspar

Weinberger schlug Reagan vor, die Vereinigten Staaten sollten den Briten aquivalente Ausrüstung, Vorräte und logistische Unterstützung von dem anglo-amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Wideawake auf der Insel Asuncion liefern, wenn sie ihre NATO-Streitkräfte intakt lassen.

Genau das hatten die Briten im Sinn gehabt und Premierministerin Margaret Thatcher akzeptierte Reagans Vorschlag sofort. Die amerikanische Unterstützung sicherte den Briten den Erfolg – und was noch wichtiger war, den raschen Erfolg – bei der Wiederinbesitznahme der Falkland-Inseln. □

USA

Hilfe für die Sowjets

John Bishop

US-Bürokraten decken die Lügen der Sowjets darüber, wieviele Raketen beim kommunistischen Anteil des INF-Vertrages im Spiel sind und wo sie stationiert sind. Das amerikanische Außenministerium verteidigt sogar öffentlich von der UdSSR gefälschte Fotografien. Experten vom Kapitol-Hügel meinen, daß die Maßnahmen des US-Außenministeriums unternommen wurden, um den Vertrag zu retten, der durch die Lügen der UdSSR gefährdet ist.

Experten der amerikanischen Luftwaffe, des Geheimdienstes und des CIA haben festgestellt, daß die Sowjets mit den nach dem Vertraag verbotenen Raketen eine »geheime Streitmacht« aufbauen und daß sie Fotos gefälscht haben, um nachzuweisen, daß sie den Vertrag erfüllen. Nach den Vertragsbestimmungen werden die USA insgesamt 867 Mittelstrecken- und Kurzstrecken-Atomraketen mit einer Reichweite zwischen 311 und 3418 Meilen vernichten.

Aufbau einer geheimen Streitmacht

US-Präsident Ronald Reagan hat jedoch einen streng geheimen Bericht des Nationalen Geheimdienstes erhalten, aus dem hervorgeht, daß die Sowjets mit den mächtigen SS-20-Raketen eine »geheime Streitmacht« aufbauen. Dieser Bericht mit der Aufschrift »top secret« wurde US-Außenminister George Shultz von US-Senator Jesse Helms übergeben, als der Minister für Anhörungen über den Vertrag vor dem Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen erschien. Helms, der den Vorsitz führte, ist dagegen, daß der US-Senat den Vertrag ratifiziert.

Dem Geheimdienstbericht zufolge verheimlichen die Sowjets die Existenz von bis zu 100 SS-20-Raketen-Abschußvorrichtungen an Orten, die im Vertrag nicht genannt sind und von amerikanischen Prüfkommandos nicht betreten werden dürfen.

Das größte Problem bei jedem Vertrag mit der UdSSR, die dafür bekannt ist, daß sie ihre internationalen Abkommen verletzt, ist die Überprüfung, ob die Abkommen erfüllt werden.



US-Außenminister Shultz hat den amerikanischen Botschafter in Moskau gebeten, zu klären, ob die SS-20-Fotos echt sind.

Um genau überprüfen zu können, ob die Sowjets die SS-20, SS-23 und andere Raketen entsprechend dem Vertrag zerstört haben, verlangt die USA gute Fotos von den Raketen, die die US-Geheimdienstbehörden im Fall der SS-20 und SS-23 trotz verschiedenster Bemühungen einschließlich Spionagesatelliten und Höhenflugzeuge nicht bekommen konnten. Diese Bilder zu bekommen, war einer der Punkte, der erledigt werden mußte, bevor der Vertrag beim Gipfeltreffen in Washington unterzeichnet werden konnte.

Genaue Fotos zu bekommen war im Fall der SS-20 wichtig, weil diese Rakete sich normalerweise voll eingeschlossen in einem Gehäuse auf der Abschußvorrichtung befindet. Bis zum letzten Augenblick bestanden die Sowjets darauf, kein Foto von der Rakete liefern zu können, weil die US-Inspektoren niemals eine SS-20 zu sehen bekommen würden.

Gefälschte Fotos für die Amerikaner

Die US-Beamten beharrten jedoch darauf, und die Sowjets sandten am Morgen des 8. Dezember 1987, dem Tag, an dem der Vertrag von Reagan und Gorbatschow unterzeichnet wurde, ein Telefoto von der Rakete. Später lieferten sie noch ein Glanzfoto nach.

Jetzt haben Geheimdienstexperten von der US-Luftwaffe und vom CIA herausgefunden, daß die Sowjets die Fotos beider Raketen gefälscht haben.

Wie ein Geheimdienstexperte erläuterte, ist im Fall des Fotos von der SS-20 die Raketenendstufe zu klein, um drei Sprengköpfe aufnehmen zu können, die sie normalerweise tragen soll.

CIA-Experten zufolge hat die SS-20 eine Reichweite von ungefähr 3100 Meilen. Die Raketen werden von Abschußvorrichtungen abgefeuert, von denen jede mehrere Raketen aufnehmen kann. Jede Rakete hat drei Sprengköpfe, die auf unterschiedliche Ziele gerichtet werden und eine atomare Explosion von einer halben Megatonne auslösen können.

Nach Informationen der Defense Intelligence Agency (DIA) können die Sprengköpfe der SS-20 zumindest die Hälfte innerhalb von 300 Meter ihr Ziel treffen, was als eine gute Trefferquote angesehen wird. Die DIA behauptet, die SS-20-MIRV-Sprengköpfe verfügen über eine herausragende Treffsicherheit von 95 Prozent. Die Verläßlichkeit während des Fluges liegt bei der SS-20 bei 97 Prozent. Die Gesamtzuverlässigkeit des Systems liegt der DIA zufolge bei 89 Prozent, was sehr gut ist.

Amerikanische Luftwaffen- und CIA-Experten weisen darauf hin, daß das von den Sowjets von der SS-20 gelieferte Foto auch »mit verfügbaren Daten nicht übereinstimmt«.

Über das Eiskap auf die USA gerichtet

Die SS-23 ist nicht ganz so hervorragend wie die SS-20, hat nur einen einzigen Sprengkopf und eine Reichweite von 310 Meilen. Die sowjetische Stationierung der SS-20 erfolgt auch in kommunistischen Satellitenstaaten Osteuropas, insbesondere in der DDR und Tschechoslowakei, in der westlichen UdSSR und im Fernen Osten der Sowjetunion.

Im Jahr 1981 hat die DIA herausgefunden, daß einige Raketenstützpunkte in der UdSSR Raketen hatten, die über das Eiskap auf die Vereinigten Staaten gerichtet sind.

Dem CIA zufolge wurde dies im April 1984 bestätigt, als sechs angeblich unbestückte SS-20 auf einer nördlichen Flugbahn von Abschußrampen in Yurya, ungefähr 50 Meilen nördlich von Kirov in der westlichen Sowjetunion, mit Ziel Vereinigte Staaten abgefeuert wurden. Die Raketen hätten den »Lower Forty-Eight« von Yurya aus nicht erreichen können und wurden von den Sowjets zerstört, als sie in den Weltraum eintraten.

Als das amerikanische Außenministerium auf das gefälschte Foto von der SS-20 aufmerksam gemacht wurde, sagte der Sprecher des Ministeriums, Charles Redman, das von den Sowjets gelieferte Bild sei »ein Foto von guter Qualität«. Das Foto, so Redman, »ist analysiert worden und wir sehen keinen Grund, die Genauigkeit oder Echtheit des SS-20-Fotos oder eines der anderen anzuzweifeln«.

»Das stimmt überhaupt nicht«, sagte ein Geheimdienstexperte. »Das US-Außenministerium, das die Geheimdienstberichte und Warnungen von CIA und Luftwaffe im Besitz hat, weiß es besser. Wenn sie der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen, warum hat dann Außenminister George Shultz eine streng geheime Anordnung an Botschafter Jack Matlock in Moskau gegeben, die Sowjets auf höchster Ebene zu kontaktieren und sie zu informieren, daß auf dem Foto, das die Sowjets von der SS-23-Rakete geliefert haben, eine ›ernste Diskrepanz‹ besteht?« □

Sowjetunion

Angriff auf US-Schiffe

Mike Blair

Die westlichen Establishment-Medien haben bei dem Vorfall zwischen amerikanischen und sowjetischen Kriegsschiffen im Schwarzen Meer für die Sowjetunion Partei ergriffen, obwohl die Sowjets eindeutig internationales Recht verletzt haben.

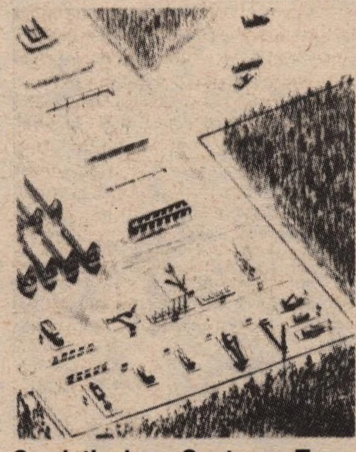
Eine der heftigsten Konfrontationen in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen trat ein, als zwei mit hoch technischem, elektronischem Gerät ausgerüstete amerikanische Kriegsschiffe vor der Krim-Küste im Schwarzen Meer am 12. Februar 1988 absichtlich von sowjetischen Kriegsschiffen gerammt wurden. Die Sowjets haben einen Protest der USA über die Zwischenfälle zurückgewiesen und behaupteten, es sei eine »absichtliche Provokation«, daß die amerikanischen Schiffe in sowjetische Gewässer eingedrungen seien.

In den meisten westlichen Establishment-Medien hieß es, die US-Marine »provoziere« die Sowjets, wobei einige sogar soweit gingen zu behaupten, dies gefährde die gegenwärtige »Friedensoffensive« des Sowjetführers Michail Gorbatschow.

Die Sowjets beharren darauf, daß ihre Gewässer bis zwölf Meilen von der Küste hinausreichen, was in krassem Gegensatz zu internationalem Recht steht.

Das amerikanische Verteidigungsministerium besteht darauf, daß die beiden Schiffe »Yorktown« – ein 9100-Tonnen-Kreuzer der Ticonderoga-Klasse, der mit elektronischem Kriegsgerät ausgerüstet ist – und »Caron« – ein 7800-Tonnen-Zerstörer der Spruance-Klasse, ebenfalls mit elektronischem Gerät ausgerüstet – »Routineoperationen durchführten und ihr international anerkanntes Recht auf freie Durchfahrt ausübten«.

»Es war eine routinemäßige Durchfahrt und wir haben nichts Provozierendes getan«, erläuterte Marinekapitän Jerry Flynn,



Sowjetische Spetsnaz-Truppen verwenden bei ihrem Training Nachahmungen von US-Militäreinrichtungen.

ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums. »Die Zwischenfälle fanden in etwa neun Meilen und elf Meilen Abstand von der Krim-Küste statt.«

Commander Rick Schiff zufolge, einem Rechtsberater der US-Marine, operieren die Sowjets »jetzt routinemäßig innerhalb von fünf Meilen vor unseren Küsten«.

»Sie befinden sich da nicht in freier Durchfahrt«, fügte Schiff hinzu.

Der Zwischenfall passierte, als die »Caron« einen sowjetischen Funkspruch erhielt, mit dem sie darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das amerikanische Kriegsschiff »territoriales Gewässer verletze«.

»Ich bin ermächtigt«, fuhr der Sowjet fort, »Ihr Schiff mit einem der unseren zu rammen.«

»Ich befinde mich auf der freien Durchfahrt in Übereinstimmung mit internationalem Recht«, funkte das US-Schiff zurück.

Minuten später entdeckten die amerikanischen Kriegsschiffe sowjetische Düsenbomber und MI-24-Hind-Angriffshubschrauber, die von sowjetischen Stützpunkten entsendet worden waren. Sehr bald befanden sie sich über den amerikanischen Schiffen. Dann bewegten sich Schiffe auf die »Caron« und »Yorktown« zu und versuchten »die amerikanischen Schiffe von der Seite zu rammen«.

Beide US-Schiffe wurden von den sowjetischen Schiffen gerammt, wobei die »Caron« offenbar einen geringfügigen Schaden an der Verkleidung erlitt.

Ein Geheimdienstexperte kommentierte diesen Vorfall so, daß die amerikanischen Kriegsschiffe vielleicht elektronische Aktivitäten der Sowjets auf Stützpunkten entlang der Krim-Küste abgehört haben. Seit den fünfziger Jahren senden die Sowjets starke Hochfrequenz-Funkstrahlen aus von Stützpunkten in der Nähe des Schwarzen Meers, zwei in der Nähe des Hafens Nikolayev, östlich von Odessa.

Ein Experte der amerikanischen Marine sagte dazu, wenn die amerikanischen Schiffe angewiesen worden wären, sich zu verteidigen, hätte der Zwischenfall sehr ernst werden können.

Die »Yorktown«, die wahrscheinlich das technisch fortgeschrittenste Kriegsschiff der Welt ist, hatte die sowjetischen Flugzeuge von dem Moment an auf dem Radar, als diese den Boden verließen, meinte dieser Marine-Experte.

»Beide US-Schiffe hätten die Bomber mit ihren Luftabwehrraketen-Systemen ins Visier nehmen können und die Harpoon-Schiffsabwehrraketen, die die beiden Schiffe mit sich führten, wären für die sowjetischen Kriegsschiffe mehr als nur ein Streichholz gewesen«, äußerte er sich weiter.

»Da aber beide Schiffe so nahe bei sowjetischem Territorium operierten, wären sie natürlich letztlich durch die Anzahl sowjetischer Waffensysteme, die gegen sie hätten gerichtet werden können, überwältigt worden«, schlußfolgerte der amerikanische Marine-Experte. □

Sowjetunion

Aktivitäten in und um Alaska

Mike Blair

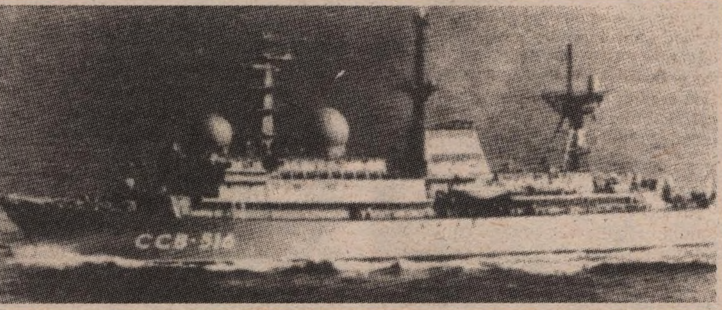
Inzwischen haben die westlichen Establishment-Medien sich an Darstellungen über Infiltrationen sowjetischer Truppen auf westlichem Territorium herangewagt. Man berichtete sogar, daß sowjetische Kommandos in abgelegenen Gebieten Alaskas in US-Territorium eingedrungen sind.

Sowjetische Spetsnaz-Truppen, sogenannte Sonderkommandos, die darin geschult sind, als Vorhut von sowjetischen Invasionstruppen Mord und Zerstörung vorzubereiten und durchzuführen, sind entlang der Küste in abgelegenen Gebieten des Mutterlands von Alaska und an den Küsten vorgelagerter Inseln wahrscheinlich mit Zwei-Mann-U-Booten gelandet. Außerdem wurde inzwischen bekannt, daß die Spetsnaz-Sondereinheiten (Voyska Spetsial nago Nazacheniya oder »Sonderbestimmungstruppen«) in 49 amerikanischen Bundesstaaten operieren und streng geheime US-Militärstützpunkte im Ausland, einschließlich Subic Bay Base auf den Philippinen, infiltriert haben.

Invasion auf die Insel

Im Februar hieß es in einer Associated-Press-Meldung (AP), die in den meisten der westlichen Establishment-Zeitungen nicht erschien, daß verdächtige Spetsnaz-Truppen auf Alaskas St.-Lawrence-Insel, einer abgelegenen, unfruchtbaren Insel, die vor allem von eingeborenen Eskimos bewohnt wird, rund 135 Meilen südwestlich von Nome im Beringmeer, entdeckt worden sind.

Die Insel liegt ungefähr 50 Meilen südöstlich vom sowjetischen Sibirien. Den Anstoß zu dieser Pressemeldung gab die Freigabe von bisher streng geheimen Berichten über Landungen von Spetsnaz-Truppen aus Geheimakten des 1. Bataillons der Pfadfinder Alaskas, der Nationalgarde, die auf der Insel St. Lawrence patrouillieren.



Spetsnaz-Truppen sind immer an Bord der Schiffe des sowjetischen Geheimdienstes wie auf diesem Schiff der Belzam-Klasse.

Generalmajor John Schaeffer, der Befehlshaber der Nationalgarde Alaskas, sagte: »Die Beweise deuten darauf hin, daß sie (die Spetsnaz-Truppen) einige Aktivitäten auf der Insel durchführen.«

»Sie unternehmen dies auf der ganzen Welt – in Skandinavien wie auf den Philippinen«, meinte Schaeffer, »warum also nicht auch hier?«

Schaeffers Hinweis auf Skandinavien bezieht sich auf Dutzende von Berichten, die meistens aus Schweden kommen, doch auch einige aus Norwegen, daß Spetsnaz-Truppen entlang der Küsten Skandinaviens mit Zwei-Mann-U-Booten gelandet seien.

Der Hinweis des Generals auf »die Philippinen« scheint Berichte zu bestätigen, daß Spetsnaz-Kommandos dem amerikanischen Subic-Bay-Marine-Stützpunkt auf den Philippinen geheime Besuche abgestattet haben.

Informationen von den Pfadfindern Alaskas zufolge ist von ihren Patrouillen eine sowjetische Gasmaske mit Filtern für einen neuen chemischen Kampfstoff gefunden worden. Ebenso haben die Mitglieder der Nationalgarde ein »sowjetisches Dekontaminationsgerät der nuklear-chemisch-biologischen Kriegführung« gefunden.

Wie CODE an anderer Stelle berichtet, hieß es auch, daß ein Pfadfinder von den sowjetischen Kommandos erschossen worden sei. Dies wurde jedoch durch die Informationen des Pfadfinder-Bataillons nicht bestätigt. Dieser Zwischenfall ereignete sich auf Little Diomede Island, einer Insel Alaskas 170 Meilen nördlich der Insel St. Lawrence.

Die Pfadfinder berichteten auch, sie hätten Schulter-Insignia sowjetischer Uniformen, Büchsen mit sowjetischen Markierungen und »frische Fußabdrücke« in Richtung Landesinnere gefunden.

Die St.-Lawrence-Insel ist nur sehr dünn besiedelt; die meisten Bewohner leben in zwei kleinen Dörfern: Gimbell, am westlichen Ende der 100 Meilen langen Insel, und Savoonga an der Nordküste, etwa auf halbem Weg über die Insel, die von Norden nach Süden 30 Kilometer breit ist.

Den Pfadfindern zufolge handelt es sich bei den Berichten über die Landungen auf der St.-Lawrence-Insel um die größte Anzahl solcher Aktivitäten des sowjetischen Spetsnaz-Kommandos auf dem Territorium Alaskas.

»Es gab eine Anzahl Berichte über Eindringlinge auf die Insel«, sagte der erste Leutnant, Reuben Nicholson, der die Pfadfinder Alaskas auf der Insel befehligt.

Die Pfadfinder Alaskas, bekannt als »die Augen und Ohren des Nordens«, sind die erste Verteidigungslinie des US-Militärs gegen eine sowjetische Invasion der Vereinigten Staaten über Alaska und die Beringstraße.

Die Motive der Sowjets sind unbekannt

Warum die Sowjets gerade an der Insel St. Lawrence interessiert sind, ist nicht bekannt, obwohl ein Faktor sein könnte, daß sich die Insel im Zentrum der Annäherung an die Beringstraße von Süden her befindet. Es befinden sich keine geheimen Stützpunkte oder im Sicherheitsinteresse geheimgehaltene militärische Ausrüstungen auf der entlegenen Insel.

Die Spetsnaz-Aktivitäten auf der St.-Lawrence-Insel waren offenbar recht umfangreich.

Leutnant Nicholson zufolge haben sich die Eindringlinge immer sehr rasch zurückgezogen, wenn sie entdeckt worden sind.

»Wir wissen, daß sie nicht von der Insel sind«, sagte Nicholson.

Sergeant Regnard Nichols ergänzte dies: »Wenn wir von einem Froschmann hören und es sind da keine Fischerboote in der Gegend, dann löst das bei uns die Alarmglocke aus.« Nichols erklärte weiter, sie seien auch besorgt darüber, weil sie »zwei Meilen landeinwärts eine sowjetische Batterie gefunden haben«.

Unterdessen machen sich die amerikanischen Militärstreitkräfte auch über andere sowjetische Aktivitäten im Gebiet von Alaska Sorgen. Im letzten Jahr wurde eine Anzahl sowjetischer Flugzeuge von US-F-15-Kampfjägern vor der Küste Alaskas abgefangen. Es handelte sich um 56 solcher Flugzeuge einschließlich 50 sowjetischer Bear-Bomber in 31 verschiedenen Luftzwischenfällen. Einige der sowjetischen Bomber waren Bear-H-Modelle für den Transport sowjetischer Atomraketen. □

Sowjetunion

Zwischenfälle im Pazifik

Mike Blair

Während die Sowjets von Frieden sprechen und den neu unterzeichneten INF-Vertrag dabei als ein Beispiel für ihre friedlichen Absichten verwenden, gehen ihre kriegerischen Aktivitäten im Pazifik weiter. Der jüngste Zwischenfall geschah am 11. Januar 1988, als ein amerikanisches Flugzeug, das dabei war, Geheiminformationen zu sammeln und sich im internationalen Luftraum befand, von einem sowjetischen Düsenabfangjäger über dem Japanischen Meer belästigt wurde.

Während die »Friedensoffensive« des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow in den amerikanischen und westlichen Establishment-Medien weiterhin Schlagzeilen auf den Titelseiten machte, war der Zwischenfall über dem Japanischen Meer in jenen Zeitungen, die ihn überhaupt für erwähnenswert hielten, lediglich zwei oder drei Zeilen wert.



Michail Gorbatschow versucht mit seiner »Friedensoffensive« im Westen ein besseres Image für die Sowjets zu erreichen.

Zwischenfall wurde ignoriert

Die meisten westlichen Tageszeitungen einschließlich dem Flaggschiff der Establishment-Medien, der »New York Times«, ignorierten den Zwischenfall ganz und gar.

Dabei war kurz zuvor ein ähnlicher Vorfall registriert worden. Es ging dabei um das Eindringen eines sowjetischen Tu-16-Badger-Bombers, der sich mit Nuklearwaffen bestücken läßt, in den japanischen Luftraum in der Nähe von Okinawa auf der Ryukuya-Inselkette, rund 500 Meilen südwestlich vom japanischen Mutterland.

Die Japaner machten auf die schnelle einige Düsenkampfjäger mobil, die mehrere Male auf den Eindringling feuern mußten, bevor dieser den Kurs änderte und japanisches Territorium verließ.

Die Establishment-Medien waren in den westlichen Tageszeitungen immer noch damit beschäftigt, den Washingtoner Gipfel auf den Titelseiten zu diskutieren. Man übersah dabei, den Zwischenfall – das erste Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, daß das japanische Militär auf Streitkräfte eines anderen Landes geschossen hat – als ein wichtiges Nachrichtenthema, insbesondere im Hinblick auf Gorbatschows »Friedens«-Offensive.

Beim letzten Zwischenfall befand sich ein Lockheed-P-3-Orion der US-Marine mit Stützpunkt Japan auf einer Routinemission über dem Japanischen Meer – innerhalb internationaler Gewässer – als eine sowjetische MiG-23 auftauchte.

Die Crew der Orion, ein viermotoriges Turbo-Prop-Flugzeug mit einer Geschwindigkeit von nur 380 Meilen pro Stunde, beobachtete, wie die MiG – sie schafft 1500 Meilen pro Stunde – mehrere Male dicht an ihnen vorbeiflog.

Beinahe ein Zusammenstoß

An einer Stelle wären die beiden Flugzeuge beinahe zusammengestoßen, da der sowjetische Düsenjäger fast auf fünf Meter herankam. Bei dem Zwischenfall handelte es sich um das zweite Mal während Gorbatschows »Friedens«-Offensive, wo ein P-3-Orion der US-Marine von sowjetischen Streitkräften gestört wurde.

Ende September 1987 verkündeten die Sowjets, sie würden SS-18 Interkontinentalraketen (ICBM) testen, die von ihrem Raketentestzentrum Tyuratam im Südwesten der UdSSR aus abgefeuert würden.

Eine Rakete, die etwa 360 Meilen südwestlich von Hawaii niedergehen sollte, hätte den 50. US-Bundesstaat überflogen. Offenbar verfehlte sie den Flug jedoch und ging weit weg von dem geplanten Landegebiet herunter.

Die andere Rakete wurde mit Erfolg abgefeuert und landete nordwestlich von der Insel. Die SS-18 führte neun Sprengkopfattrappen mit sich, von denen einige etwa 600 Meilen von Hawaii entfernt landeten.

Der Test wurde von amerikanischen Überwachungsflugzeugen beobachtet. Auf eines der Flugzeuge, ein P-3-Orion, wurde von dem die Raketen überwachenden Schiff »Chukotka« aus ein starker Laserstrahl gerichtet, als das Flugzeug in die Nähe dieses Schiffes kam.

Es ist nicht das erste Mal

Ein anderes amerikanisches Flugzeug, ein RC-135, bekam ebenfalls einen sehr starken Laserstrahl ab und sein Pilot sah zehn Minuten lang überhaupt nichts mehr.

Weil man den damals bevorstehenden Washingtoner Gipfel nicht gefährden wollte, versuchte die Reagan-Regierung den Zwischenfall zu vertuschen, doch durch Druck der US-Senatoren Jesse Helms und Malcolm Wallop wurde man dann doch zu einer Veröffentlichung gezwungen.

Wallop hat angedeutet, daß es andere ähnliche Zwischenfälle gegeben hat, die in den westlichen Medien unerwähnt geblieben sind.



US-Präsident Reagan geht es letztendlich nur noch um die Beurteilung seiner Präsidentschaft in den Geschichtsbüchern.

»Ich denke, man kann sicher sagen, daß es nicht das erste Mal ist«, sagte Wallop. □



Abbau sozialistischer Tendenzen in Israel

Harvey Krueger, ein Direktor von Shearson Lehman Brothers und Vorstandsvorsitzender der Hebräischen Universität, fordert, Israel muß seine sozialistischen Tendenzen verringern und die Anreize für das freie Unternehmertum verstärken, wenn es privates amerikanisches Inverstitionskapital anziehen will. Krueger sagte, wenn die Histadrut (Gewerkschaftsbewegung) und die israelischen Banken nicht eine attraktive wirtschaftliche Umgebung schaffen, wird es in dem zionistischen Land in Zukunft kaum ausländische Investitionen und kein Wirtschaftswachstum geben. □

Ein Eigentor der zionistischen Lobby

Die zionistische Lobby hat im Herbst 1987 nicht nur ein Eigentor geschossen, indem sie die Bemühungen des amerikanischen Kongresses zur Schließung des PLO-Informationsbüros in Washington unterstützt und begünstig hat; sie hat dabei dem Ersten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung vielleicht auch irreparablen Schaden zugefügt.

In einem Artikel im »Present Tense«-Magazin, einer Publikation des amerikanisch-jüdischen Komitees, schreibt Stephen Rosenfeld, »eines der armseligeren Projekte der amerikanisch-jüdischen Gemeinde und ihrer politischen Freunde« sei die Schließung des »kleinen, ineffektiven, autorisierten, legalen und gesetzestreuen« palästinensischen Büros gewesen. Jetzt droht der Beobachtungs-Mission der PLO bei den Vereinten Nationen in New York ein ähnliches Schicksal.

Noch vor weniger als einem Jahr erzählte der amerikanische Außenminister George Shultz, »den viele als den besten US-Außenminister ansehen, den Isreal je hatte«, die amerikanische Regierung habe keine Probleme mit dem PLO-Büro, und er betonte, daß sie »berechtigt seien unter dem Schutz des Ersten Zusatzartikels zur Verfassung zu arbeiten«.

Dennoch, so Rosenfeld, »setzten ein paar Senatoren – die sich auf relativ wenig jüdische Wähler berufen können – unter Anstachelung ihrer eigenen Interessen, was bei den jüdischen Organisationen einen gewissen Druck hervorrief sie zu unterstützen, den Antrag zur Schließung der Büros durch und setzten so einen gefährlichen Präzedenzfall. Wenn die US-Regierung einmal die Macht hat zu entscheiden, welche Sache die amerikanischen Bürger friedlich repräsentieren wollen, ist der Erste Zusatzartikel in Gefahr.

Rosenfelds Schlußfolgerung: »Es ist eine Schande, daß wir amerikanischen Juden an der Beschneidung unserer eigenen, wertvollsten Verfassungsrechte und der unserer amerikanischen Mitbürger beteiligt sind.« □

Sowjetische Juden als Mitarbeiter des KGB

Rabbi Adolf Shayevich und Cantor Vladimir Pliss von der Moskauer Synagoge kamen kürzlich für ein dreimonatiges Studium an die New Yorker Yeshiva Universität. Kurz danach verlangte Morris Abram, der Vorsitzende der Nationalen Konferenz des sowjetischen Judentums, und Alan Pesky, Präsident der Koalition für freie sowjetische Juden, daß die beiden Besucher ihre Mitgliedschaft im sowjetischen anti-zionistischen Komitee sofort »aufgeben«. Die beiden sowjetischen Juden werden von jüdischen Aktivisten in Moskau angeblich »als Mitarbeiter des KGB geächtet«. □

Christliche Juden ärgern die Israelis

Messianische Juden – jene Juden, die an Jesus Christus glauben – werden für die israelische Regierung zu einem zunehmenden Ärgernis. Es breitet sich die Mode, die besonders unter amerikanischen Juden populär ist, unter dem Gesetz der Rückkehr bis nach Israel aus, derzufolge jeder Jude das Recht hat ein israelischer Bürger zu werden und in dem zionistischen Land zu leben. Die mächtige orthodoxe Bewegung widersetzt sich jedoch dem Recht der messianischen Juden sich in Israel niederzulassen. Die orthodoxen Führer verlangen von der Regierung die Durchsetzung der Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs aus den Jahr 1962, die besagt, daß sich das Gesetz der Rückkehr nicht auf eine Person bezieht, die obwohl als Jude geboren anschliessend zum Christentum konvertierte. □

Verständnis für das Überleben Israels in den USA

Der Spitzenvertreter des amerikanischen Außenministeriums für Menschenrechte hat Israel wegen seiner Schießereien und Schlägereien bei dem Versuch die Aufstände der Palästinenser an der West Bank und in Gaza in den letzten Monaten zu unterdrücken, nur leicht kritisiert. Der stellvertretende Sekretär für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten, Richard Schifter, sagte, Israel »sehe sich einer eher einzigartigen als einer sehr typischen Situation gegenüber«.

Trotz intensiver Befragung durch Journalisten lehnte er es ab, starke Kritik an Israel zu üben, abgesehen davon, daß er an offizielle Erklärungen der USA in den letzten Wochen erinnerte, in denen es hieß, ein Teil der von Israel eingesetzten Gewalt sei übertrieben«.

Als ein Reporter bemerkte, daß mehr als 100 Palästinenser inzwischen getötet wurden und viele mehr sich mit gebrochenen Knochen im Krankenhaus befinden, weil sie von israelischen Soldaten brutal zusammengeschlagen worden sind, antwortete Schifter: »Wenn Sie sich anschauen wieviele Menschen in anderen Teilen der Welt in ähnlichen Situationen getötet werden, dann werden Sie dies nicht als ungewöhnlich empfinden.«

Schifters verständnisvolle Reaktion auf die Situation der Palästinenser unterscheidet sich deutlich von seinen früheren Reaktionen auf die Behandlung jüdischer Dissidenten durch die Sowjetunion, die er häufig als grobe Verletzung anerkannter Maßstäbe des Menschenrechts bezeichnet hat. Das überrascht nicht. Schifter ist der Gründer des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten, dessen Motto es ist: »Das Überleben des Staates Israel darf niemals bedroht werden.« □

Der Konteradmirals-Club der Freunde Israels

Das Jüdische Institut für Nationale Sicherheitsangelegenheiten (JINSA) gibt an seine Mitglieder »nach Maß angefertigte« Anstecknadeln aus und führt sie in den »Konteradmirals-Club« des Interessenverbandes ein.

Ein Konteradmiral, so die JINSA, »ist jemand, der in den bewaffneten US-Streitkräften den höchsten Rang erreicht hat. Es ist ein Titel der Anerkennung für eine Person, die ihre Karriere der Verteidigung und Sicherheit der Vereinigten Staaten und der freien Welt gewidmet hat. Die Mitgliedschaft im Club der JINSA charakterisiert jene, die bereit sind, besondere Bemühungen darein zu setzen, die Sicherheit der Vereinigten Staaten und Israels zu erhöhen.«

Die Unterstützung seitens der Mitglieder »wird« es der JINSA ermöglichen, die Ausbildung von Regierungs- und Verteidigungspersonal in den militärischen Realitäten des Nahen Ostens und den Vorteilen strategischer Kooperation zwischen den USA und Israel fortzusetzen«.

Der JINSA-Vorstandsvorstitzende Herb Fierst sagt, die Anstecknadeln – in Gold für eine Spende von 1000 Dollar, in Silber für eine Spende von 500 Dollar und in Bronze für eine Spen-

de von 250 Dollar – sind lediglich ein Zeichen der Anerkennung. »Wir geben zu, daß die erfolgreiche Verteidigung Israels für die Konteradmiräle Belohnung genug ist«, sagte er. »Es ist das Ziel der JINSA, daß das Überleben des Staates Israel niemals bedroht werden darf.« □

Keine andauernde Lösung für das Ziel des Zionismus

Das anscheinend unlösbare israelisch–palästinensische Dilemma beginnt sehr schwer auf einigen israelischen Intellektuellen zu lasten, wenn nicht gar auch auf den zionistischen Politikern. Yossi Klein Halevi, ein amerikanischer Jude und Journalist, der jetzt in Jerusalem lebt, glaubt: »Es sind nicht die Grenzen, sondern das ist das Jüdische an Israel, was die Wurzel des arabisch–israelischen Konflikts ist.«

Er sieht keine gerechte und andauernde Lösung für das Ziel des Zionismus, einen rein jüdischen Staat in einem Land, das seit über einem Jahrtausend von moslemischen Palästinensern besetzt ist. Die Palästinenser, so räumt Halevi ein, haben sowohl ein religiöses als auch ein historisches Motiv dafür, Israel die Legitimität abzusprechen. Deshalb glaubt er: »Die grundlegende Asymmetrie der arabischen und israelischen Positionen ist folgende: Gemäßigte Israelis gestehen dem palästinensischen Anspruch auf das Land Israel bereitwillig zumindest eine gewisse Rechtmäßigkeit zu, während gemäßigte Araber weder einen historischen noch einen moralischen Anspruch der Juden auf irgendeinen Teil Palästinas zugeben.«

Während viele Israelis – darunter auch er – eine Teilung Palästinas als gerechteste Lösung ansehen, meint er, daß dies für die Araber höchstens ein unvermeidliches, historisches und vorübergehendes Übel sei. Halevi fürchtet, daß die Zeit und die demographische Situation für die Palästinenser arbeite. Er ist der Meinung, daß die Palästinenser und Israelis arabische Nachbarn eine Art Erschöpfungskriegsstrategie verfolgen, die schließlich zu Israels letztendlichem Zusammenbruch von innen heraus führen wird.

Um das zu erreichen, was die Araber einen gerechten und andauernden Frieden nennen, muß der jüdische Staat auf die eine oder andere Weise aus dem Nahen Osten verschwinden, schreibt er. Seine Schlußfolgerung also: »Es ist keine friedliche Lösung irgendeiner Art in Sicht.« □

Israels arabische Juden

Einer von Israels peinlichen Fehlschlägen – manche nennen es eine Schande –, den die Zionisten eifrig versuchen vor den internationalen Blicken zu verbergen, ist die ernste Lage der Sephardim oder orientalischen Juden, die aus arabischen Ländern in das verheißene Land emigrierten. Die World Sephardi Federation (WSF), der sephardische Weltbund, der vor der Gründung Israels gebildet wurde, traf sich in Jerusalem und machte sich Gedanken über die ernste Lage seines Volkes in dem zionistischen Staat.

Der WSF stellte fest, daß die orientalischen Juden, die 57 Prozent der jüdischen Bevölkerung ausmachen, »die überwältigende Mehrheit der armen Juden« darstellen. Nessim Gaon, Präsident des WSF und Schweizer Geschäftsmann, meinte, viele der Sephardim der Diaspora, die in westliche Länder emigriert seien, hätten ein Vermögen gemacht, während die Armut unter denen, die nach Israel zurückgekehrt sind, die Regel ist. Er wurde gefragt: »Haben jene, die anderswo hingegangen sind, eine bessere Entscheidung getroffen, als diejenigen, die Israel wählten?«

»Israel war immer der Traum der meisten Sephardim«, antwortete Gaon. Doch viele, darunter auch er selbst, entschieden sich im Jahr 1949 für andere Orte. Warum? Weil Israel den Sephardim schon an der Grenze, als sie das Land betraten, das Vermögen konfiszierte und der Armut auslieferten. Dann wurden sie von den Behörden – den Ashkenazim oder europäischen Juden – in Entwicklungsstädte an der Grenze geschickt, wo sie vor sich hinvegetieren. □

US-Juden in Verlegenheit

Shlomo Avineri, der freimütige und populäre Professor für politische Wissenschaften an der Hebräischen Universität, der in der Vergangenheit den amerikanischen Juden vorgeworfen hat eine Galut- (schreckliche Ghetto-)Mentalität zu zeigen, weil sie den überführten Spion Jonathan Pollar nicht verteidigen, sagte in West Palm Beach, Florida, wenn amerikanische Juden die israelische Politik im Hinblick auf die Palästinenser kritisieren wollen, sollten sie nach Israel gehen.

Avineri wörtlich: »Was in Israel passiert, läßt die amerikanischen Juden sich unwohl fühlen. Es ist einfach und billig im Ruhme Israels zu baden. Doch wenn Israel Dinge tut, die unanständig sind, wird es weniger angenehm damit in Verbindung gebracht zu werden. Israel bringt die amerikanischen Juden jetzt in Verlegenheit.« □

Unterstützung Israels geht in den USA zurück

Die jüngste Zusammenkunft des Rats für Nationale Jüdische Gemeinde-Beziehungen in Los Angeles hinterließ bei einem israelischen Diplomaten in den USA den starken Eindruck, daß »ein großer Teil der jüdischen Gemeinde in Amerika Israel nicht mehr unterstützt« in dessen Kampf die Aufstände der Palästinenser niederzuschlagen.

Es wurde beispiellose offene Kritik an Israel geübt und ein Delegierter brachte sogar Dankbarkeit darüber zum Ausdruck, daß die Nachrichtenmedien über »die Brutalität Israels« berichteten. Die Schlußfolgerung des Diplomaten: »Es ist leichter an internationalen Konferenzen mit Goyim (Heiden) teilzunehmen als an einer Versammlung von Vertretern einer jüdischen Gemeinde.« □

Christen lassen sich nicht abschrecken

Der 40. Jahrestag der Gründung des Staates Israel sollte im Jahr 1988 einen Boom für den Tourismus in Israel bringen. Statt dessen ist er jetzt durch die Gewalt an der West Bank und am Gaza-Streifen bedroht.

Bei vielen der unschlüssig gewordenen Touristen, die sich ihre Reise nach Israel jetzt überlegen, handelt es sich um amerikanische Juden, so verlautet von den jüdischen Reisebüros. Die Christen allerdings scheinen sich von den Unruhen im Land nicht abschrecken zu lassen. Ein Vertreter eines Reisebüros: »Sie betrachten ihre Reise eher als eine Wallfahrt und sie geben ihr Leben in Gottes Hand.« □

General Dynamics Israel-Geschäfte

In einem Großgeschäft verpflichtete sich General Dynamics zum Kauf von israelischen Waren im Wert von 800 Millionen Dollar als »Ausgleichsvereinbarung« für den Verkauf von F-16C-Düsenjäger im Wert von mehreren Milliarden Dollar durch die amerikanische Firma an die israelische Luftwaffe.

Das Ministerium sagte, es erwarte weitere Kaufvereinbarungen mit General Dynamics, um den Wert des Geschäfts auf eine Milliarde Dollar anzuheben. » Das ist bei weitem die beste Vereinbarung, die das Ministerium jemals unterzeichnet hat«, sagte ein hochrangiger israelischer Handelsbeamter. Die F-16 werden mit amerikanischer Militärhilfe anstelle der Lavi-Kampfjäger israelischer Bauart gekauft, die Israel ursprünglich bauen wollte. □



USA

Frieden mit den schwarzen Hebräern

Leon Dobbs

In einer der sicherlich dramatischsten Wenden in der amerikanischen Rechtsgeschichte wurde Prinz Asiel Ben Israel, der internationale Botschafter der African Hebrew Israelite Nation of Jerusalem, zusammen mit acht Mitangeklagten freigelassen.

Prinz Asiel – der amerikanischen Regierung unter dem Namen Warren Brown bekannt – ist vor 16 Monaten wegen Schieberei und unlauteren Geschäftsmethoden zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden – einmal drohte ihm sogar eine Gefängnisstrafe von 300 Jahren. Das Gerichtsverfahren war das längste in der Geschichte des Bezirksgerichts und eines der teuersten und umstrittensten.

Die Regierung war an der Beilegung interessiert

Der Schuldspruch wurde im Juli 1987 vom US-Berufungsgericht wegen unrichtiger Abweisung eines Geschworenen aufgehoben, womit vielen Erwartungen zufolge der Boden bereitet wurde für ein noch intensiveres Wiederaufnahmeverfahren. Am 4. Dezember 1987 verkündeten Angeklagte und Kläger überraschenderweise einen ungewöhnlichen Handel, den Prinz Asiel später als ein »Friedensabkommen« bezeichnete. Siebenundzwanzig Personen wurden freigelassen, erhielten eine niedrigere Gefängnisstrafe oder anhängige Anklagen wurden fallengelassen.

Es wird spekuliert, daß die amerikanische Regierung an einer Beilegung stark interessiert war, weil man die geschätzten Kosten eines Wiederaufnahmeverfahrens von einer Million Dollar fürchtete sowie die Tatsache, daß man einen erneuten Prozeß verlieren könnte. Das US-Justizministerium soll 18 Millionen Dollar für die Ermittlungen und den ersten Prozeß ausgegeben haben.

Doch Bestrafung hatte der Richter eindeutig nicht im Sinn, als er ein rechtliches Drama beendete, das mit der Verhaftung der hebräischen Israeliten im Juli 1985 begann. Das Ausmaß der Änderung in der Einstellung, die zu der Freilassung der Angeklagten führte, kann erst dann voll verstanden werden, wenn man sie mit der Einstellung der Regierung bei Einreichung des Strafantrages vor der Verurteilung im ersten Verfahren vergleicht. Darin wurden die hebräischen Israeliten von der Anklage als eine »anhaltend kriminelle Unternehmung« bezeichnet, deren Mitglieder nicht rehabilitiert werden könnten und deshalb ohne Möglichkeit der Bewährung für eine sehr lange Zeit eingesperrt werden sollten.

Diesmal hat die Anklage ihre Position umgekehrt und fügte hinzu, daß ihre Ermittlungen »keine Berichte von kriminellen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Angeklagten oder mit ihnen in Verbindung stehenden Personen ergeben haben«. Richter Aubrey Robinson vervollständigte die wundersame Wandlung noch durch ein Lob der hebräischen Israeliten und reduzierte die vorherige dreißigjährige Gefängnisstrafe auf fünf Jahre mit Bewährung.

Streng genommen bekannten sich Prinz Asiel und zwei der Angeklagten für zwei Anklagepunkte von einer ursprünglich 69 Anklagepunkte umfassenden Anklageschrift schuldig und hätten dafür zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt werden können, während den restlichen Angeklagten jeweils ein Anklagepunkt zur Last gelegt wurde mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren.

Die Haft dient keinem konstruktiven Zweck

In einer mitreißenden Rede, bei der es im Gerichtssaal ganz still wurde und vielen in der Zuhörerschaft die Tränen in die Augen stiegen, erinnerte Prinz Asiel an die Rassenunruhen der sechziger Jahre, die eine Mentalität von »Freiheit mit allen nötigen Mitteln« unter den schwarzen Amerikanern hervorrief, die offenbar durch die Hoffnungslosigkeit verbunden waren.

»Doch ich glaube nicht, daß der Zweck die Mittel rechtfertigt«, sagte Prinz Asiel. »Ich erinnere mich daran, daß Präsident Harry Truman und seine Berater der Meinung waren, die Atombombe sei eine gute Idee damals, ein Mittel, um den Krieg zu beenden. Doch jetzt, angesichts der ganzen Zerstörung, die sich aus ihrer Schaffung ergeben hat, erleben wir, wie die Leute nach einer atomwaffenfreien Welt rufen.

Ich habe den Glauben behalten, als ich mich einer Gefängnisstrafe von über 300 Jahren gegenübersah, und ich habe den Glauben behalten, als ich zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ich habe auch jetzt meinen Glauben behalten.«

Richter Robinson beschwor Prinz Asiel dann, seine außerordentlichen Führerqualitäten in der Gesellschaft als Ganzes einzusetzen und sie nicht auf die Gemeinde der Hebräer zu beschränken.

»Es hat niemals einen Zweifel darüber gegeben, daß Sie der Führer der Nation (wie er die Gemeinde der afrikanischen Hebräer nannte) gewesen sind und es noch sind und in gewissem Sinn auch über die größere Gemeinde darüber hinaus. In der Zeit Ihrer Gefangenschaft haben Sie gezeigt, daß Ihre Führungsfähigkeiten sich weiter über eine viel größere Gemeinde erstrekken.«

Der Anwalt der Verteidigung, David Smith, war erfreut über die Entscheidung. »Der Richter konzentrierte sich ausschließlich auf die Zukunft und suchte nicht sie zu verurteilen«, sagte er. »Es ist eine gewisse Wende. Ich würde sagen, es ist ein Beispiel für sein persönliches Vertrauen in die Angeklagten und in die Gemeinde der schwarzen Hebräer als Ganzes.«

Es ist eine gewisse Wende

Smith fügte hinzu, er glaube, der Richter sei durch die Anzahl an Briefen zugunsten von Prinz Asiel und seinen Mit-Angeklagten wegen des beispielhaften Verhaltens in den Gefängnissen im ganzen Land, in denen sie einsaßen, positiv beeinflußt worden. Die Gruppe war bekannt dafür, daß sie ökumenische Andachten mit den Angehörigen der verschiedensten Glaubensrichtungen abhielt, was dazu beitrug, die Spannungen unter den Insassen, die unterschiedliche Glaubensanhänger waren, und die Spannungen zwischen den Insassen und der Justizverwaltung zu reduzieren.

»Es sind die bemerkenswertesten Klienten, die wir jemals hatten«, sagte Smith. »Es ist das erste Mal, daß ich in einem Gerichtssaal war und die Zuhörer haben am Ende applaudiert.«

Später fügte Prinz Asiel noch hinzu: »Es war auf jeden Fall ein Friedensabkommen und kein Handel. Nach den 32 Monaten der Gefangenschaft und dem Kontakt, den sie hatten, wissen die Richter und die Anklage nun um die Integrität der Männer, die sie zu Beginn des Ganzen für Verbrecher hielten. Das ist der Grund, warum der Staatsanwalt J. Michael Hannon heute im Gerichtssaal sagen konnte, daß die Ermittlungen durch die Strafvollzugsbehörden zeigen, daß es keine Verbrechen in der Gemeinde gibt.

Das erklärt, warum 27 Personen – die neun Angeklagten und die 18 anderen, die in dem Abkommen eingeschlossen sind –, auf die durch diesen Prozeß der Schatten eines Verdachts gefallen ist, sich heute frei bewegen und ihren Kopf stolz aufgerichtet tragen können.« □

George Bush

Schuld an Irangate hat Israel

Victor Marchetti

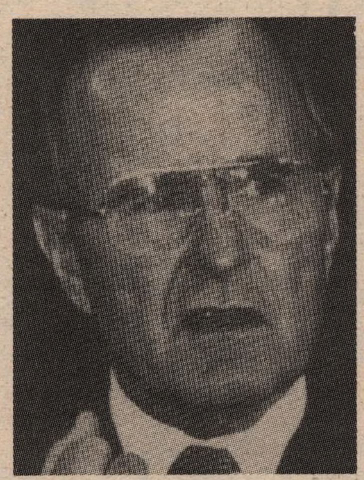
Verzweifelte Zeiten verlangen nach verzweifelten Lösungen. Als bei der jüngsten Konfrontation die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf die Rolle des amerikanischen Vizepräsidenten bei dem geheimen Plan, die »Gemäßigten« im Iran mit amerikanischen Waffen auszurüsten, gerichtet wurde, war George Bush gezwungen, ein plausibles Dementi zu liefern.

Nachdem der US-Vizepräsident George Bush schon praktisch jede andere Taktik einschließlich Verdunkelung, doppelzüngiges Gerede und Vermeidung des Themas angewendet hatte, kam er diesmal mit einer politisch neuen Lösung: er entschied sich, die Wahrheit zu sagen über den Skandal, der unter dem Begriff Irangate bekanntgeworden ist.

Israels Interesse bei der Bewaffnung

Obwohl Bush es abgelehnt hat, seine eigene Rolle in der Affäre aufzudecken, hat er zunehmend den Israelis die Schuld dafür gegeben. Doch nicht ganz. Allgemein verwies er auf den Druck, der von Israels mächtigen Freunden im amerikanischen Kongreß und in den Medien erzeugt wurde, doch er nannte dabei die zionistische Regierung nicht direkt beim Namen; statt dessen verwendete er den Begriff »eine ausländische Macht«, doch es gelingt ihm dennoch, sich verständlich zu machen.

Seine Anschuldigungen haben Israels Gönner und Freunde verwirrt und frustriert, denen es bis zu diesem Zeitpunkt gelungen war, Israel aus der schlimmsten negativen Publizität im Zusammenhang mit dem Skandal herauszuhalten. Sie hatten sogar unglaublichen Erfolg damit, denn Israels Schlüsselrolle und Anstifterrolle im Skandal ist den US-Kongreßausschüssen über die Iran-Contra-Ermittlungen im Sommer letzten Jahres völlig entgangen.



US-Vizepräsident George Bush beschuldigt die Israelis den Plan hervorgebracht und ihn an die USA verkauft zu haben.

Israels Interessen bei der Finanzierung und Bewaffnung des Iran waren klar. Obwohl der Iran ein äußerst fundamentalistischer, islamischer Staat ist, der total gegen den Zionismus ist, befand er sich doch im Krieg mit einem arabischen Land, dem Irak. Das Schüren des Krieges hielt die arabischen Länder in Verwirrung und blockierte somit wirksam die Bildung einer Einheit gegen Israel.

Außerdem: solange der Iran im Krieg war, konnte er auch seine Aufmerksamkeit nicht auf Israel richten. Wenn beide Parteien bis zu einem Stillstand kämpfen würden, um so besser ist es für Israel.

Von George Bush wurde auch enthüllt, daß Israel die Rolle der USA bei der Bewaffnung des Iran vielleicht als Deckmantel für seine eigenen Aktivitäten in dieser Hinsicht konstruiert haben mag, worüber Einzelheiten von den westlichen Medien zusammengetragen worden sind, noch bevor der Iran-Contra-Skandal zum Ausbruch kam.

Die USA hatten einen willigen Partner

Obwohl Israel die vollen Einzelheiten seiner eigenen Waffentransfers an den Iran nicht öffentlich bekanntgemacht hat, ergeben die Fakten eine bedeutende Rolle der Israelis von Anbeginn einschließlich des Ursprungs des Plans und des Verkaufs der Idee an Oberstleutnant Oliver North und den Nationalen Sicherheitsrat der USA.

Doch die USA bekamen mit Israel auch einen willigen Partner, der sogar die Kontrolle der geheimen Waffenlieferungen an den Iran übernahm. Aus Zeugenaussagen vor den Ermittlungsausschüssen des US-Kongresses geht hervor, daß Beamte des Weißen Hauses von Beginn an entschlossen waren, Israel die Schuld an den Waffenverkäufen zu geben, wenn die Geheimoperation jemals bekannt werden sollte. Doch der Nationalstolz zwang die Ausschüsse zu versichern: »Kein ausländischer Staat kann die amerikanische Außenpolitik diktieren.«

Zusätzliche Faktoren, die zu diesem Schluß führten, waren die Angst – die Mitglieder des US-Kongresses zum Ausdruck brachten – vor der israelischen Lobby und die Tatsache, daß viele Mitglieder der Ermittlungsausschüsse erhebliche Zuwendungen von den pro-israelischen politischen Aktionskomitees (PAC) bekamen. Der Vorsitzende des Senatsausschusses war Daniel Inouye, einer von Israels teuersten Freunden im amerikanischen Kongreß.

Die Berater von George Bush haben inoffiziell geäußert, daß einige zionistische Führer den amerikanischen Vizepräsidenten besonders gebeten haben, nicht dem Staat Israel die Schuld zu geben und nur von »bestimmten Israelis« zu sprechen, wenn er jemandem die Verantwortung zuschiebt.

Der US-Vizepräsident war bei regelmäßigen Treffen und Einsatzbesprechungen im Weißen Haus dabei, als mindestens fünf einzelne Phasen der 16 Monate dauernden Operation besprochen wurden, einige mit starker Beteiligung der Israelis.

Die Israelis haben den Plan den USA verkauft

Bush war auch bei einer dreißigminütigen Einsatzbesprechung des israelischen Gegenterroristen Amiram Nir im Juli 1986 dabei, in der Nir sagte, »wir« müssen uns entscheiden, ob wir zu diesem Zeitpunkt noch mehr amerikanische Waffen in den Iran schicken sollen als Reaktion auf die Freilassung von Lawrence Jenco, oder ob wir warten sollten, bis alle Geißeln freigelassen worden sind, bevor wir weitere Waffen entsenden.

Bushs Stabschef Craig L. Fuller hat in einer Aktennotiz, die im Tower Commission Report veröffentlicht wurde, diese Einsatzbesprechung genau festgehalten. Bush allerdings beharrte darauf, Nir habe ihm nur erzählt, »was sie (die Israelis) tun und nicht, was wir tun«.

Doch aus der Aktennotiz der Besprechung geht ganz klar hervor, daß Nir sowohl über israelische als auch US-Operationen gesprochen hat einschließlich einer Geheimmission des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters Robert C. McFarlane nach Teheran zwei Monate zuvor, an der auch Nir teilgenommen hatte.

Während die Protokolle die verspäteten Aussagen Bushs bestätigen, daß die Israelis eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Plans gespielt haben, sind seine Behauptungen, die als eine Verteidigung der Beteiligung der Amerikaner an dem Programm und seiner Unterstützung dieses Programms dienen sollten, weniger überzeugend.

Bush hat recht mit der Aussage, die Israels hätten den Plan hervorgebracht und ihn an die USA verkauft. Doch da die Idee – während sie hilfreich war für die israelische Außenpolitik – eine Beeinträchtigung der amerikanischen Politik darstellte und den US-Interessen zuwiderlief, bleibt noch immer die Frage: Warum opferten die USA ihre Interessen, um israelischen Belangen zu dienen? □

Palästinenser

Angst vor der Gewaltlosigkeit

Mark Lane

Während die politische Führung Israels mit der aufkeimenden Rebellion der Palästinenser kämpft, droht am Horizont eine vielleicht noch viel größere Gefahr für die zionistische Herrschaft in dem geplagten Land.

»Der größte Feind der Menschen und die mächtigste Waffe in den Händen der Behörden ist die Furcht«, sagt Mubarak Awad, der amerikanische Palästinenser-Apostel der Gewaltlosigkeit im israelisch besetzten West-Bank-Territorium. »Die Palästinenser, die sich von der Furcht befreien können und die Leid und Verfolgung ohne Furcht oder Bitterkeit und ohne zurückzuschlagen mutig akzeptieren, haben den größten Sieg errungen. Sie haben sich selbst überwunden und der Rest wird viel leichter zu erreichen sein.«

Die Strategie der Gewaltlosigkeit

Awad, der in Israel rasch zu einem politischen Phänomen wird, hätte auch noch hinzufügen können, daß die Palästinenser diese schwere und oft schwächende Last den Zionisten aufladen, die jetzt über sie herrschen, indem sie die Furcht beiseite schieben.

Damit das palästinensische Volk seine Worte nicht anzweifelt, braucht Awad nur auf seinen eigenen Fall zu verweisen. Das israelische Innenministerium hat ihn als Ausländer bezeichnet, als einen Subversiven und Agitator (Volksaufwiegler). Sie haben ihm die Aufenthaltsgenehmigung entzogen und ihn aufgefordert, das Land zu verlassen, was er jedoch ablehnt.

Er hat seine Furcht abgelegt und die israelischen Behörden wissen nicht, was sie damit anfangen sollen. Außerdem ist sein Name praktisch über Nacht in Israel in aller Munde und hat die internationale Aufmerksamkeit auf die Sache der Palästinenser gelenkt. Selbst das amerikanische Außenministerium in Washington und der amerikanische Botschafter in Israel, Thomas Pickering, sind ihm zu Hilfe gekommen.

»Was ich in Jahren nicht geschafft habe, haben die Israelis für mich innerhalb von einer Woche geschafft«, sagt Awad über die plötzliche Berühmtheit, die er und seine Ideen erlangt haben, nachdem die israelischen Behörden ihn aus dem Land vertreiben wollten.

Obwohl Awad innerhalb weniger Monate von einer politisch unbedeutenden Figur zu zionistischer »Angstmache« aufgestiegen ist, hat er seine Strategie der Gewaltlosigkeit seit mehreren Jahren vorbereitet. Vor 44 Jahren in Palästina geboren, emigrierte er im Jahr 1969 in die Vereinigten Staaten. In den 15 Jahren, die er in Amerika gelebt hat, wurde er naturalisierter US-Bürger, doch er hat den Wunsch, den Menschen in seiner Heimat zu helfen, nie aufgegeben.

Israels Kriegsmaschine neutralisieren

Im Jahr 1984 schrieb er einen Artikel mit dem Titel »Gewaltloser Widerstand: Eine Strategie für die besetzten Territorien« für das wissenschaftliche Magazin »Journal of Palestine Studies«. Awad behauptet darin, daß man mit gewaltlosem Widerstand »die destruktive Macht der israelischen Kriegsmaschine zu einem großen Teil neutralisieren und für unsere Dienste einsetzen kann oder zumindest wichtige Bereiche der israelischen Gesellschaft neutralisieren kann. Es beseitigt die irrationale Furcht vor der ›Gewalt der Araber‹, die derzeit die israelische Gesellschaft zusammenhält. Durch die Beseitigung dieser Furcht trägt dies zur Zersetzung der feindlichen israelischen Gesellschaft bei und hilft, Israel politisch und moralisch zu isolieren.«

Awad meint darin weiter, sein Konzept der Gewaltlosigkeit wäre ebenso ein echter Krieg und das palästinensische Volk würde Verluste an Leben und Besitz erleiden. Er meinte, es würde ein spezielles Training erfordern, ein hohes Maß an Organisation und Disziplin sowie Geheimhaltung. Die meisten gewaltlosen Aktionen würden von den Israelis als illegal angesehen, meint er.

Doch, so schreibt Awad: »Der israelische Soldat ist ein menschliches Wesen, kein Tier ohne Gewissen und Gefühle. Er besitzt ein Verständnis von Falsch und Richtig, an das man appellieren kann. Genauso kann man ihn demoralisieren. Auf einer anderen Ebene reagiert die israelische Regierung auf die nationale und internationale Meinung. Sie ist ständig auf internationale Unterstützung und Hilfe angewiesen, und sie verfügt über ein Image, das sie schützen möchte. Israel verfügt nicht über die einheimischen Reserven, die es dem Land möglich machen kann, eine Isolation auf internationaler Ebene lange Zeit durchzustehen.«

Das wäre zum Beispiel ein Preis dafür, den das Land bezahlen müßte, wenn es brutale Gewalt einsetzt, um den gewaltlosen Widerstand der Palästinenser zu brechen.

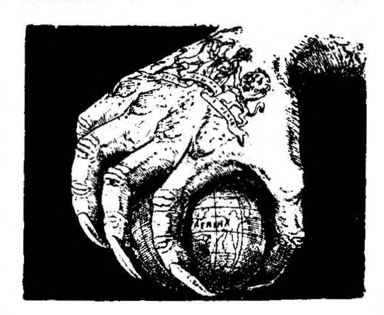
Im folgendern erläuterte Awad seine Strategie der Gewaltlosigkeit, zu der eine Menge zivilen Ungehorsams gehört sowie einige Taktiken, die man als Sabotage bezeichnen könnte. Er fordert kreative und innovative Demonstrationen einschließlich »Protestgebete, Fasten, Schweigemärsche mit mächtigen Symbolen wie gelbe Armbinden – ähnlich den gelben Sternen, die die Juden bei den Nazis tragen mußten – und die Arbeitskleidung der Konzentrationslager«. Außerdem befürwortete er die Landbesetzung, um die Israelis daran zu hindern, auf Land, das sie von den Palästinensern konfisziert haben, Straßen und Siedlungen zu bauen.

»Ich werde die Hölle losmachen!«

Darüber hinaus schlägt Awad eine Reihe von Vorgehensweisen vor, um es abzulehnen, mit den israelischen Behörden zusammenzuarbeiten, zum Beispiel nicht auf konfisziertem Land oder in israelischen Fabriken zu arbeiten, keine Formulare der Behörden auszufüllen, keine Personalausweise mit sich zu führen und keine Strafen zu bezahlen; dies würde Verhaftungen erzwingen und damit die bereits überfüllten Gefängnisse überfluten und das Rechtssystem zum Zusammenbruch bringen. Awad empfiehlt auch keine Steuern zu zahlen oder sich an Hausarrest-Anordnungen und Ausgehverboten nicht zu halten sowie viele andere einfachere, aber geschickte Formen der Störung des öffentlichen Lebens.

Vor zwei Jahren kehrte Awad nach Israel und an die West Bank zurück, gründete das »Palästinensische Zentrum für gewaltlose Studien« in Ost-Jerusalem und begann seine Strategie in die Praxis umzusetzen. Doch er gewann nur wenig Publizität und Gefolgschaft – bis jetzt.

»Als sie mir meinen Personalausweis weggenommen haben, wurde die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß hier etwas nicht stimmt. Die Israelis lehnen mich ab, weil ich Christ bin. Wenn ich ein Jude wäre, könnten sie mich nicht abweisen.« Er droht, daß er – sollte er ausgewiesen werden – seinen Kreuzzug von den Vereinigten Staaten aus fortsetzen werde, wo, so sagt er, »ich die Hölle losmachen werde!« □



Palästinenser

Plan zur Beendigung der israelischen Besetzung

Hanna Siniora ist ein palästinensischer Geschäftsmann und Apotheker mittleren Alters. Er ist ein ruhiger, nachdenklicher Mann, der in Jerusalem in einem alten Gebäude in der Nähe der fünften Station des Kreuzes an der Via Dolorosa geboren worden ist. Bis zum Jahr 1974 lebte Siniora, den seine Freunde unter dem Namen John kennen, ein ruhiges Leben mit Frau und Kindern in Jerusalem und verbrachte seine Tage damit, in der Apotheke ein paar hundert Meter von Damascus-Gate entfernt auf Kunden zu warten und Rezepte auszuführen.

Im Februar 1974 wurde Yusef Nasr, der Herausgeber von »Al Fajr«, einer einflußreichen palästinensischen Zeitung, die gegen die Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens durch die Israelis ist, gekidnapped und anschließend ermordet. Nasr war mit Siniora verschwägert. Die Familie und andere Patrioten waren entschlossen, daß durch den Tod von Nasr nicht auch die damals kaum zwei Jahre alte Zeitung sterben sollte. Siniora wurde der neue Herausgeber. Unter seiner Führung wird das Blatt in Arabisch, Englisch und Hebräisch herausgebracht und ist zur Stimme des palästinensischen Volkes geworden.

Es gibt keine Anklage

Wir interviewten Siniora nur wenige Minuten nach seiner Freilassung gegen Kaution durch israelische Militärbehörden, nachdem er zweieinhalb Stunden lang von der Militärpolizei verhört worden war. Der israelische Verteidigungsminister Yitzak Rabin hatte am Tag zuvor Siniora im israelischen Rundfunk und Fernsehen davor gewarnt, »er spiele mit dem Feuer« und ihm drohe die Verhaftung wegen Aufrufs zum gewaltlosen Widerstand gegen die israelische Besatzung.

Stimmt es, daß Sie soeben von den israelischen Militärbehörden freigelassen worden sind, daß man sie wegen der Befürwortung des gewaltlosen Widerstandes verhaftet und verhört hat?

Siniora: Ja, ich wurde zweieinhalb Stunden lang festgehalten. Rabin kündigte im Fernsehen an, er warne mich, israelische Zigaretten zu boykottieren. Die Militärpolizei hat mich verhört. Schließlich wurde ich gegen Kaution freigelassen.

Wie lautet die Anklage?

Siniora: Es gibt keine Anklage. Wir sind hier nicht in Amerika. Die Anklagen gegen Palästinenser kommen nach der Verhaftung, manchmal sogar erst nach langjährigem Absitzen einer Gefängnisstrafe.

Was wird in Ihrem Fall passieren?

Siniora: Das israelische Militär sagte mir, die Angelegenheit sei an den Justizminister weitergeleitet worden. Inzwischen habe ich Anweisung bekommen, das Land nicht zu verlassen.

Stimmt es, daß einige Palästinenser ohne formelle Anklage deportiert werden, anderen befohlen wird, das Land nicht zu verlassen, oder sie werden verhaftet und gegen Kaution freigelassen, ohne daß eine Anklage gegen sie vorliegt?

Siniora: Ja, das ist nichts Ungewöhnliches für das besetzte Palästina. Im Jahr 1982 erhielt ich nacheinander drei Militärbefehle, mit denen ich unter Arrest gestellt wurde und die Stadt nicht verlassen durfte. Ich konnte weder Freunde noch Familienangehörige an der West Bank oder am Gaza-Streifen besuchen. Es gab keine formellen Anklagen, keine Anhörung, kein Verfahren, keine Möglichkeit zu erfahren, wer der Ankläger oder was die Anschuldigung ist, und keine Möglichkeit, darauf zu erwidern.

Über was hat die israelische Militärpolizei Sie heute verhört?

Siniora: Sie warnten mich vor der Anwendung gewaltloser Methoden gegen die Besatzung und fragten mich nach Einzelheiten meiner Pläne. Ich beantwortete alle Fragen knapp und bündig und sagte, mein Programm bewege sich innerhalb der Grenzen der existierenden Gesetze, daß mein Vorbild Mahatma Gandhi sei und daß das Ergebnis, was wir hoffen zu erreichen, das Ende der ausländischen Besetzung unseres Landes sein wird.

Als sie nach mehr Informationen verlangten, nach Einzelheiten, sagte ich, daß ich alle Details vor Gericht in einem öffentlichen Verfahren vortragen werde.

Was ist der Plan? Können Sie uns Einzelheiten mitteilen?

Siniora: Natürlich. Die Besetzung ist für Israel ein gewinnbringendes Unternehmen. Trotz des üblichen kolonialistischen Geredes über die »Bürde« der Besetzung ist Tatsache, daß Israel allein von der West Bank und Gaze 200 Millionen Dollar Steuern zusätzlich einnimmt. Außer-



Arabische Schulkinder auf dem Heimweg in der Stadt Nablus. Sie werden von israelischen Soldaten bewacht.



Nicht identifizierte Israelis eröffnen in der Stadt Bethlehem in der West Bank das Feuer auf Palästinenser.

Palästinenser

Plan zur Beendigung der israelischen Besetzung

dem stellen die West Bank und Gaza den zweitgrößten Markt für Konsumgüter israelischer Herkunft dar. Der größte Markt sind die Vereinigten Staaten.

Deshalb profitieren die Israelis von der Besetzung durch die den Palästinensern auferlegten Steuern, durch Umwandlung der besetzten Territorien in einen Riesenmarkt für israelische Produkte und dadurch, daß sie die Palästinenser dazu zwingen, in israelischen Fabriken und in der israelischen Industrie oder in Dienstleistungsberufen zu arbeiten.

Auf welche Weise zwingen die Israelis die Palästinenser, für sie zu arbeiten?

Keine Besteuerung ohne Vertretung

Siniora: Die Israelis fanden weitestgehend eine Agrarwirtschaft vor, als sie ihre Besetzung begannen. Nachdem sie das Land in Besitz genommen, Olivenhaine mit ihren Bulldozern zerstört und Wasser von unseren Farmen abgeleitet und den größten Teil unseres Besitzes beschlagnahmt hatten, haben die Israelis Tausende von Palästinensern gezwungen, das Land zu verlassen, und sie mußten sich Arbeit in den israelischen Fabriken suchen.

Wie wird in Ihrem Programm mit dieser Situation umgegangen?

Siniora: Stufenweise. Im ersten Stadium, das gerade begonnen hat, wird der Boykott der israelischen Zigaretten und alkoholfreien Getränke verlangt. Damit hoffen wir bei den Menschen das Vertrauen darauf aufzubauen, daß wir Dinge verändern können, wenn wir unser eigenes Schicksal in die Hand nehmen können.

Wenn dieses relativ gemäßigte Stadium Erfolg hat, wird der Profit der Israelis aus der Besetzung sinken und die Politiker Israels werden davon ausgehen müssen, daß wir in Zukunft kein großer Markt mehr für ihre Produkte sein werden.

Wie sieht das zweite Stadium aus?
Siniora: Ein direkter Angriff auf die 200 Millionen Dollar Gewinn, die man aus uns durch die zusätzlichen Steuern gezogen hat. Hier folgen wir den Vorfahren der Amerikaner, die zu ihrer Kolonialmacht England gesagt haben: »Keine Besteuerung ohne Vertretung!«

Hier treten wir auch in die Fußstapfen Gandhis. Im zweiten Stadium soll der Fluß der Steuern von Palästina an die Besatzungsmacht gestoppt werden.

Und das letzte Stadium?
Siniora: Das dritte Stadium ist das schwierigste. Für seine Verwirklichung brauchen wir die Hilfe internationaler Freunde. Wir werden unsere Arbeitskräfte aus den israelischen Fabriken, aus der ganzen israelischen Industrie abziehen und werden es ablehnen, in israelischen Hotels, auf israelischen Farmen, in israelischen Unternehmen zu arbeiten.

Natürlich müssen wir in der Lage sein, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, damit dieser Plan funktioniert. Dafür benötigen wir die Hilfe unserer Freunde auf der ganzen Welt, all jener, die das Konzept von Freiheit und Gerechtigkeit unterstützen. Mit einer solchen Hilfe werden wir – in gewaltloser Form – unsere Heimat befreien und einen freien und demokratischen Staat aufbauen.

Wie steht es mit Rabins Warnung, daß Sie aufhören sollen mit diesem Programm und dessen Durchführung?
Siniora: Wir werden weitermachen trotz Drohungen, Verhaftungen, Deportationen, Zensur, Folter und Mord durch das israelische Militär. Wir werden fortfahren mit unseren Plänen zum Aufbau einer starken, zusammenhängenden Bewegung der Gewaltlosigkeit zu Hause und mit dem Ausbau der Verbindungen zu den Verfechtern der Demokratie im Ausland.

Wir werden fortfahren mit unserem Plan des gewaltlosen Widerstandes gegen das Böse, bis wir frei sein werden. □

Naher Osten

Wiederaufleben von Camp David

Victor Marchetti

Der amerikanische Außenminister George Shultz führt eine Totaloffensive der Reagan-Regierung an, um für Israel die Kastanien aus dem Feuer zu holen, das jetzt in Gaza und an der West Bank brennt. Shultz versucht auf Befehl des Weißen Hauses insgeheim eine rasche israelisch-palästinensische Friedenskonferenz zu arrangieren, mit der den kampfgeschüttelten, besetzten Regionen vor den israelischen Nationalwahlen in diesem Herbst eine wenn auch minimale Interim-Selbstverwaltung gewährt werden soll.

Die amerikanische Regierung hat beiden Seiten eine Frist von sechs Monaten zur Annahme des Interim-Plans gesetzt. Der Plan würde den Palästinensern in den besetzten Gebieten ein gewisses Maß an Autonomie geben einschließlich der Kontrolle über bestimmte Aspekte ihres täglichen Lebens wie die Bestimmung des Landeigentums, die Wasserverteilung und die örtliche Polizeiverwaltung.

Man hofft auf Ägypten und Jordanien

Der US-Abgesandte Richard Murphy hat nach Diskussionen mit dem jordanischen König Hussein und führenden syrischen und saudiarabischen Politikern zur Erläuterung des Plans Gespräche sowohl mit dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir als auch mit Außenminister Shimon Peres geführt. Nach der Annahme des Interim-Friedensplans würde in Verhandlungen zwischen Israel, Vertretern der Palästinenser und Jordanien der Status der besetzten Territorien – vermutlich ein für allemal – festgelegt.

Die Dringlichkeit, die zu diesem raschen Einigungsversuch geführt hat, entstammt sowohl der Sorge Washingtons als auch Tel Avivs, die Revolten der Palästinenser könnten sich rasch »über friedliche Kontrollmethoden hinaus« entwickeln, das heißt, zu gelegentlichen Schießereien und häufigen Schlägereien führen.

Amerikanischen Kongreßquellen zufolge, die um die Bemühungen der Reagan-Regierung wissen, berichten, daß die Führung Israels die US-Regierung dahingehend informiert hat, daß die »Unruhen« bald »nur noch mit niederwerfender und blutiger militärischer Gewalt unter Kontrolle zu bringen sind«.

Die diplomatische Initiative der USA hinter den Kulissen ist ein Versuch, die Frage zu umgehen, wer – wenn nicht die PLO – für die Palästinenser sprechen wird, indem man Ägypten und insbesondere Jordanien in die erhofften Verhandlungen miteinbezieht. Palästinenser-Führer wie Hanna Siniora – der Herausgeber der Ostjerusalemer Zeitung »Al Fajr« – bestehen jedoch darauf, daß die PLO die einzig legitime Stimme des palästinensischen Volkes ist, und wollen die Beteiligung der langjährigen Befreiungsorganisation an allen Gesprächen, die stattfinden sollen.

Wiederbelebung eines erfolglosen Plans

Die Israelis ihrerseits lehnen noch immer jeglichen Gedanken an eine Beteiligung der PLO ab,

doch lassen erkennen, daß sie bereit sind, mit lokalen Palästinenser-Führern zu verhandeln, die auch für die PLO annehmbar sein könnten. Tel Aviv würde es allerdings vorziehen, wenn König Hussein von Jordanien und vielleicht Präsident Mubarak von Ägypten die Interessen der Palästinenser vertreten.

Es ist noch immer die Hoffnung der Israelis, daß Jordanien in ein neues Palästina umgewandelt und als »Abladeplatz« für alle Palästinenser benutzt werden kann.

Leider neigt das amerikanische Außenministerium zu der gleichen Ansicht, vor allem aufgrund des starken Drucks von Shultz und anderen in der Regierung, die darauf aus sind, Israel nicht zu hart zu drängen, den Frieden anzustreben. Somit läuft die US-Initiative auf nichts weiteres hinaus als eine Wiederbelebung von Jimmy Carters erfolglosem Camp-David-Plan, den die Israelis dazu benutzt haben, den Anschein zu erwecken, sich für die Autonomie von Gaza und der West Bank einzusetzen, während sie in Wirklichkeit versuchen, diese Territorien in einem größeren Israel zu absorbieren.

Die Beibehaltung der West Bank und des Gaza-Streifens ist immer noch Israels Ziel, obwohl ihre zwanzigjährigen Bemühungen, die Palästinenser zur Emigration zu zwingen, während sie die Gebiete mit Juden neu besiedeln – weitestgehend neue Immigranten des zionistischen Staates –, kläglich gescheitert sind.

Um diese Politik fortzusetzen, braucht Israel natürlich Zeit; Zeit, um die Weltmeinung zu beschwichtigen, indem man zumindest den Anschein erweckt, daß man bereit ist, zum Thema Heimat für die Palästinenser ernsthafte Gespräche zu beginnen.

Können die USA die Zionisten drängen?

Nach Meinung der kenntnisreichsten Beobachter besteht der einzige Grund dafür, daß die israelische Regierung der Friedensinitiative von Shultz »vorläufig« beigepflichtet hat, darin, daß man die wachsende Kritik – selbst von seiten einiger jüdischer Gruppen in Amerika – über das »Blutvergießen in den Territorien« eindämmen will.

Shultz kam den Israelis vor ein paar Wochen rasch und fast stillschweigend zu Hilfe, als er Siniora und Fayez Abu Rahme, den Direktor einer palästinensischen Anwaltsvereinigung, zu privaten Gesprächen nach Washington einlud. Zuvor war Siniora von der zionistischen Regierung angewiesen worden, die Stadt nicht zu verlassen, und man hatte ihm mit Gefängnis oder Exil gedroht, weil er sich in der Widerstandsbewegung eingesetzt hatte. Kurz danach konnten er und Rahme jedoch plötzlich in die Vereinigten Staaten fliegen.

Ihre Gespräche mit US-Außenminister Shultz und die anschließenden Diskussionen mit wichtigen Beamten im amerikanischen Außenministerium fanden jedoch wenig Widerhall in der Öffentlichkeit. Siniora und Rahme nannten dem Außenminister 14 Schritte, die Israel tun müsse, um »der Gewalt und dem Blutvergießen« in Palästina ein Ende zu setzen.

Zu einigen der wichtigeren Forderungen gehören: Der Rückzug der israelischen Verteidigungsstreitkräfte aus den Bevölkerungszentren in Gaza und an der West Bank; die Gewährung politischer Freiheiten wie Kommunalwahlen und die Genehmigung von Kontakten zu der PLO; Aufhebung der vielen diskriminierenden wirtschaftlichen Maßnahmen gegen das palästinensische Volk; keine weiteren neuen jüdischen Siedlungen und keine Belästigung der lokalen arabischen Bevölkerung mehr.

Siniora und Rahme sagten Shultz auch, daß sie die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz so bald wie möglich möchten, einer Konferenz, an der auch die PLO beteiligt ist und die dazu dienen soll, »auf der Basis der Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung für beide Parteien eine Lösung« zu finden.

Allerdings war Siniora nicht allzu optimistisch, daß eine Friedensvereinbarung mit den Israelis auf schnelle und gerechte Weise zustande kommen würde, ebensowenig darüber, daß die amerikanische Regierung die Zionisten zu irgendeiner Art von bedeutender Vereinbarung würde drängen können.



Der israelische Premierminister Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar Sadat umarmen sich, während US-Präsident Carter Beifall klatscht.

Entschieden gegen Verhandlungen mit der PLO

Informanten aus dem amerikanischen Außenministerium zufolge hat Premierminister Shamir im Hinblick auf einen Ausgleich mit den Palästinensern grünes Licht gegeben. Doch es ist nur ein sehr schwaches Licht. Shamir sagte, Israel würde »Wahlen« in Erwägung ziehen, um für die Diskussionen über »eine Selbstverwaltung« sicherzustellen, daß es »legitime Vertreter« der palästinensischen Araber gibt.

Dieser Punkt könnte sich als fataler Stolperstein in Verhandlungen erweisen. Der Plan wird sogar von der amerikanischen Regierung als Fortsetzung der Camp-David-Formel gepriesen, mit der den Palästinensern in den besetzten Territorien »begrenzte Autonomie« gewährt werden sollte.

Der US-Regierung zufolge würde sich aus »einer Art Wahlprozeß« heraus »ein Übergangsmandat« entwickeln. Der wichtigste Punkt ist hier, daß die Palästinenser zusammen mit dem Rest der Welt die PLO als ihren alleinigen, legitimen Vertreter anerkennen, und in jeder Wahl würde sich dies widerspiegeln. Doch die Israelis sind ganz entschieden gegen Verhandlungen mit der PLO.

Zwanzig Jahre lang haben die Israelis jede nur vorstellbare Entschuldigung benutzt, um jegliche »legitime Vertreter« der Palästinenser auszuschließen. Einige wurden ins Gefängnis geworfen, andere ins Exil geschickt und einige ermordet. Anderen wie Siniora und Rahme hat man Verhaftung oder Schlimmeres angedroht.

Die einfache Tatsache ist, daß die Israelis nur mit einem Palästinenser verhandeln werden, der bereit ist, auf die Angebote der Zionisten einzugehen; es sei denn, man zwingt ihn dazu, etwas anderes zu machen, Wahlen durch die Palästinenser werden nicht zu einem solchen Ergebnis führen. □

Zionismus

Besuch bei Meir Kahane

Mark Lane

Der radikale Rabbi Meir Kahane war wieder einmal in den Vereinigten Staaten, um Geld für seine Wiederwahl in die israelische Knesset sowie für seine militante Kach-Partei aufzutreiben. Er hat seine extremistische Philosophie vor zahlreichen Zuhörern erläutert – von Talkshows im Kabelfernsehen bis zu Reden auf dem Universitätscampus –, stets auf der Suche nach Anhängern und Geldmitteln zur Unterstützung seiner politischen Ambitionen. Die lukrativste Veranstaltung war das traditionelle Dinner für hundert Dollar pro Person bei den jüdischen Gemeinden der größeren Städte in Amerika.

Im Raum Washington war Rabbi Meir Kahane Gastredner bei einer kuriosen Angelegenheit, bei der es sowohl um Spendensammlungen für die umstrittenen amerikanisch-israelischen Zionisten und gleichzeitig um ein Dinner zu Ehren Peter Goldmans ging, des ehemaligen Direktors der Organisation »Amerikaner für ein sicheres Israel« (AFSI), einem langjährigen Verbündeten. Die Sache war bemerkenswert in vielerlei Hinsicht, nicht zuletzt deshalb, weil sich zwei Vertreter von uns eingeschleust hatten, von denen einer, wie geplant, ganz zu Beginn der Zusammenkunft entdeckt wurde.

Der Trick funktionierte wie geplant

Unsere beiden Mitarbeiter, die sich der Sicherheitsmaßnahmen, die jedes Erscheinen Kahanes begleiten, wohl bewußt waren, verwendeten einen alten, aber wirksamen Trick zur Einschleusung eines Beobachters bei einer Veranstaltung. Ein Mitarbeiter erhielt eine leichte, verdachterregende Tarnung, die die Aufmerksamkeit von Kahanes Sicherheitsbeamten auf sich lenken sollte. Dies geschah denn auch, damit der andere Mitarbeiter, der mit einem besseren Deckmantel ausgestattet war, eher unbemerkt durchkommen konnte.

Der Trick funktionierte wie geplant. Der erste Mitarbeiter wurde auf Weisung von Kahanes Koordinator für nationale Aktivitäten, Madeline Abraham, von einem Polizeibeamten in Zivil aus einer Gruppe herausgefunden und aus dem Ballsaal des Hotels hinausgeführt, nachdem man ihm seinen Hundert-Dollar-Scheck zurückgegeben hatte.

Den zweiten Vertreter allerdings bemerkten die Wachhunde des Rabbis nicht mehr, nachdem sie nun zufrieden waren, den einzigen feindlich Gesinnten in der Versammlung ergebenster Gefolgsleute und Anhänger ausfindig gemacht zu haben. Er speiste und unterhielt sich frei und ungehindert mit der Kahana-Gruppe. Er beobachtete die Ereignisse dabei auch mit einem professionellen Auge, während er die Bemerkungen der Ehrengäste und die Rede des »künftigen Premierministers des Staates Israel, Rabbi Meir Kahane«; auf Tonband aufnahm.

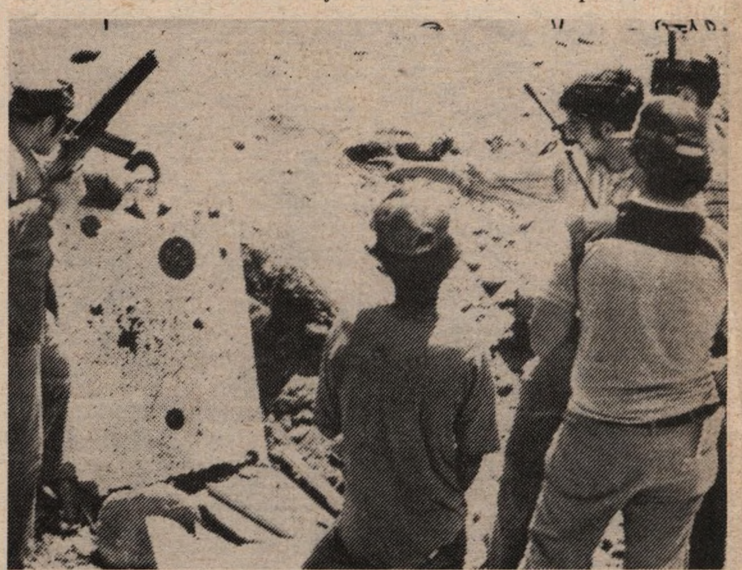
»Wenn ich die Macht übernehme . . .«

Nachdem allerdings alles gesagt und getan war, erschienen die Sicherheitsvorkehrungen des Rabbi-Gefolges ziemlich unnötig, außer daß Kahane sich vielleicht ungezwungener zu fühlen schien und offener sowie häßlicher in der Charakterisierung seiner Kritiker in Israel und der jüdischen Gemeinde in Amerika sein konnte als bei anderen Auftritten in öffentlicheren Veranstaltungen.

Kahane verwendete auch den Satz »wenn ich die Macht übernehme« häufiger. Doch diese Formulierung konnte eher lediglich als die übliche Prahlerei durchgehen, die man von einem Politiker bei einem Spendenessen erwartet, an dem weitgehend freundschaftlich gesinnte Spender teilnehmen, sozusagen als ein feierliches Versprechen.

Was die Spenden betrifft, so schätzte ein Gast, der mit den politischen Spendensammlungen vertraut ist, daß Kahane vielleicht bis zu 10 000 Dollar aus dem Kartenverkauf und »vielleicht ein paar tausend Dollar mehr« aus zusätzlichen Spenden von einigen der großzügigeren Teilnehmer aus der Zuhörerschaft eingenommen hat. »Das ist keine besonders wohlhabende Gruppe«, meinte der Mann.

Es war jedoch eine enthusiastische Versammlung. Sie schien einen Querschnitt durch die jüdische Mittelklasse der Washingtoner Vororte zu repräsentieren und es waren Kinder, Jugendliche und ältere Menschen darunter. Auf die Frage, ob das ein normales Ereignis für einen Kahane-Abend sei, sagte ein langjähriger Anhänger des radikalen Rabbi: »Ja. Es ist wie Ihre täglichen paar Mark, die Sie in der Kneipe ausgeben.«



Mitglieder der Jewish Defense League prüfen Zielscheiben in einem Ausbildungszentrum in den Bergen in der Nähe von Los Angeles.

Die Zeiten sind offenbar vorbei, als Kahane seine Anhängerschaft noch vor allem aus der Gruppe der rastlosen jüdischen Jugendlichen und orthodoxen religiösen Mitglieder der Gemeinde rekrutierte. Obwohl diese für seine Machtbasis – besonders in Israel – noch immer wichtig sind, findet der politische Unruhestifter jetzt ein verständnisvolles Publikum für sein extremistisches Credo bei jung und alt, bei religiösen wie säkularen Gruppierungen, und das in zunehmendem Maße.

Eine Mischung aus Witz, Stärke und Offenheit

Doch es fallen offensichtlich nicht die reichen, einflußreichen Mitglieder der jüdischen Gemeinde darunter, auf die Kahane mit einigen seiner besonders bitteren Bemerkungen abzielte.

Außerdem betonte Kahane in diesen Tagen seine anhaltende Distanz zu der Jewish Defense League (JDL), dieser rowdyhaften Jugendbewegung, die er vor rund 20 Jahren gegründet hat. Der Rabbi behauptete, daß er seit fast 10 Jahren keinen Kontakt mehr zu der JDL habe.

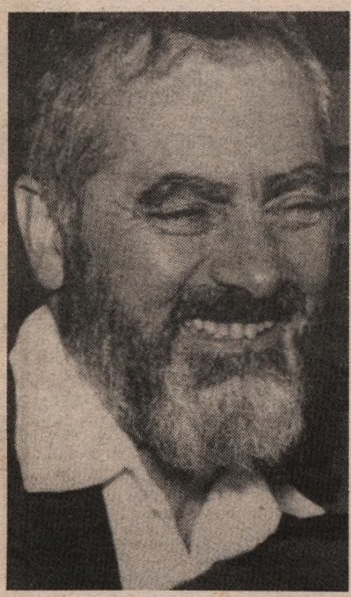
In seiner Rede griff Kahane seine üblichen Zielscheiben an: die Medien, das jüdische Establishment, die Palästinenser und jeden, der seine Ansicht nicht teilt, daß die Juden Gottes auserwähltes Volk sind und das Eretz Israel (das größere Land Israel) von Gott den Juden gegeben wurde.

Trotz der boshaften Natur seiner Philosophie und deren Darstellung besitzt der in Brooklyn geborene Rabbi dennoch ein einzigartiges Charisma. Eine seltsame Mischung aus Witz, Stärke, Offenheit und eine fast entwaffnende Direktheit, selbst wenn man weiß, daß er lügt oder etwas gänzlich Ungeheuerliches sagt.

Kahane wütete und schimpfte gegen die Medien wegen deren »voreingenommener und unehrlicher Berichterstattung« der derzeitigen Unruhen in Gaza und an der West Bank und meinte dann, daß das aber sowieso keine große Bedeutung habe, da die wahren Juden Israels sich nicht darum kümmern würden, was die Welt über die Schießerei und Schlägereien mit den Palästinensern denke.

»Es geht sie nichts an«, sagte er. Es ist Israels Problem und Israel kann sich alleine um seine Probleme kümmern. »Wir brauchen sie nicht!«

Den Zuhörern sagte er, Israel könne auch ohne die jährliche Wirtschaftshilfe der Amerikaner auskommen. Das israelische



Meir Kahane: »Wir können den Arabern nicht trauen, wir können die Araber nicht zähmen, warum also sollten wir uns um sie in unserem Land scheren.«

Volk müßte lediglich einigen Luxus aufgeben und härter arbeiten – keine große Sache für einen normalen Juden. Was die amerikanische Militärhilfe angeht, so haben die Israelis sie verdient. Sie stellen den bewaffneten US-Streitkräften Militärdepots, Marinestützpunkte und andere Einrichtungen zur Verfügung.

Obwohl Kahane behauptete, daß er die Medien verachte, beschwerte er sich darüber, daß seine Einladung, vor dem Nationalen Presseclub in Washington zu sprechen, gestrichen worden sei. Er sagte, die israelische Botschaft, diese säkulare Vertretung Israels regierender Elite, hätte den Club dazu gedrängt, ihn wieder auszuladen.

Tiefer Haß gegenüber den Palästinensern

Verschiedenen Mitgliedern des Washingtoner Pressecorps zufolge soll der radikale Rabbi jedoch überhaupt nicht eingeladen worden sein, vor dem Club zu sprechen.

Bei der Diskussion des palästinensischen Problems meinte Kahane, daß es am »Judentum nichts Jefferson-Ähnliches gäbe«. Israel ist ein jüdischer Staat, sagte er, kein jüdisch-arabischer Staat, und es ist ein religiöses Land, keine politische Demokratie. Deshalb müssen die Palästinenser gehen, bevor sie gegenüber den Juden in der Überzahl sein werden.

»Wenn wir die Araber nicht aus dem Land herausbekommen«, warnte er beschwörend, »wird es in 15 Jahren kein Israel mehr geben.«

Goldmans Bemerkungen bei dem Dinner spiegelten wie die Kahanes einen tiefen Haß gegenüber den Palästinensern und einen zügellosen Zorn gegenüber den Medien über die gegenwärtige Berichterstattung von den Unruhen der Palästinenser wider.

Kahane versprach seinen Zuhörern, ihre steuerfreien Spenden würden für seine Wiederwahl in die Knesset verwendet und um zu helfen, einige Mitglieder der Kach-Partei in das israelische Parlament zu wählen – eine grobe Verletzung des amerikanischen Steuergesetzes. Doch die amerikanische Steuerbehörde (IRS) akzeptiert offenbar die Behauptung der Jewish Overview (JO), der Sponsor dieser politischen Rundreise Kahanes, daß es sich um eine legale »Erziehungsorganisation« handelt.

Die JO dagegen behauptet jedoch ganz offen, daß diese Spendensammelaktionen der Beeinflussung der israelischen Nationalwahlen des Jahres 1988 dienen sollen, die sie als »Israels wichtigste Wahlen« bezeichnet, und sie fügten hinzu: »Ihre Unterstützung kann den Unterschied ausmachen.« □

Zionismus

Zionisten in Schwierigkeiten

Mark Lane

Der Welt-Zionisten-Kongreß tagte in Jerusalem, und sowohl israelischen und amerikanischen Juden zufolge, die daran teilgenommen haben, soll es fast eine Katastrophe gewesen sein. Das Verhalten der Delegierten reichte von demonstrativer Langeweile, Nickerchen halten, Schwatzen und Zeitung lesen, während die Reden gehalten wurden, bis zum Werfen von Blumentöpfen und Faustschläge durch rivalisierende Gruppen. Viele Themen wurden angesprochen, doch nur wenige gelöst, wobei die zahlreichen Reibungen und Spaltungen unterstrichen wurden, die die zionistische Bewegung in den letzten Jahren gekennzeichnet haben.

Das wichtigste Thema, über das im Verlauf des Kongresses gestritten wurde, war der lang schwelende Streit bezüglich der Kontrolle über die mächtige Welt-Zionisten-Organisation (WZO) und die Jüdische Agentur (JA), deren Schwesterorganisation in Israel. Kurz gesagt, die WZO lenkt die wichtigen zionistischen Programme in der Diaspora – außerhalb Israels und koordiniert die Spendensammlungen, die innerhalb Israels von der JA ausgegeben werden.

Frustration bei den Spendensammlern

Vertreter von den großen jüdischen Spendensammlerorganisationen in Amerika, die sich mit der zionistischen Bewegung verbunden haben, führten gegen das politische Establishment in Israel eine regelrechte Revolte durch, um die Kontrolle über die WZO und JA zu bekommen und über die Verteilung der jährlich über 400 Millionen Dollar für Menschenliebe und Protektionismus (Patronage) in dem kleinen zionistischen Staat.

Die amerikanischen Spendensammler, die des Trends zum jüdischen Fundamentalismus in Israel zunehmend müde werden, sind schon lange frustriert über Israels traditionelle Verwendung der Spenden aus Übersee zur Unterstützung der Partisanen-Aktivitäten der politischen Parteien im Lande.

Nachdem es ihnen gelungen ist, die Nominierung von zwei Kandidaten zu vereiteln, die von Israels führenden politischen Parteien favorisiert wurden, setzten die Spendensammler aus Amerika die Ernennung des Mannes ihrer Wahl, des ehemaligen israelischen Botschafters in Washington, Simcha Dinitz, durch. Obwohl Dinitz nur über eine begrenzte politische Wählerschaft in Israel verfügt, wird er jetzt wahrscheinlich eine Menge mehr Einfluß haben als der spontan auserwählte Vertreter der reichen amerikanischen Juden.

»Wir müssen die Fahne hissen«

Verbittert über ihre Niederlage, beschwerten sich die Israelis darüber, daß die Spendensammler in Amerika »nicht einfach nur in New York sitzen und bezahlen können«. Sie sollten das »oberste Gebot des Zionismus erfüllen und Aliyah (die Rückkehr nach Israel) vollziehen«.

Ihrerseits betrachten die Spendensammler die Kritik als von »verzogenen, zweitrangigen Politikern, die wie Kabinettminister leben wollen« und wie deren Freunde in den führenden politischen Parteien. Die Kritik der israelischen Politiker wird darüber hinaus als nichts weiter angesehen als eine Variante des alten israelischen Themas, daß die Amerikaner und andere Juden »ihre Brieftaschen offen halten

Zionisten in Schwierigkeiten

und ihren Mund geschlossen halten« sollen.

Neben der Kontrolle der WZO und der JA, ihren Geldern und der Patronage, beherrschte das Thema Aliyah den Kongreß. Bei diesem Thema bekämpften sich die Spendensammler und die militanten Zionisten, von denen viele jüngere Israelis sind – darunter rauhe Universitätsstudenten, die gestrickte »yarmulkes« trugen, das Abzeichen der jüdischen Fundamentalisten.

Die Studenten sagten es klar und deutlich: »Es gibt keine Juden, die nicht Zionisten sind. Jeder, der Aliyah macht, ist ein Zionist.«

Und die Studenten verkündeten: »Wir müssen die Fahne hissen, von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf ziehen und jedem Juden zurufen: ›Kommt nach Israel. Hier besteht keine Gefahr der Assimilation. Hier besteht keine Gefahr der Mischehe‹.«

Ein jüdischer Beobachter des Kongresses aus Amerika kommentierte höhnisch: »Man ist erfreut bei dem Gedanken an alle die Juden in den USA, die vor Mischehen gerettet werden durch die Emigration nach Israel.«

Dieser Beobachter ist der Meinung, daß die Rufe nach Veränderung in der WZO und der JA zu wenig sind und zu spät kommen. Er hält den Weltzionismus für eine sterbende Bewegung und meinte, einige Vertreter hätten sich sogar gefragt, ob es überhaupt noch einen weiteren Kongreß geben werde. Er sagte, die WZO und die JA wären nicht einmal mehr ein Streich für das israelische Volk und die zionistische Bewegung würde zunehmend unbedeutender für die Juden, die außerhalb Israels leben. Er hielt diesen Kongreß für den in ideologischer und philosophischer Hinsicht »kaputtesten« Kongreß, der je in den letzten Jahren abgehalten wurde.

Andere auf dem Kongreß wiederum sahen Zeichen der Hoffnung, insbesondere aufgrund der Aufrufe nach Aliyah unter den militanten Studenten, die Gruppen gebildet haben wie Telem und Temura, die das Ziel haben, das traditionelle Ziel des Zionismus zu erfüllen, das jetzt die Sicherheit der jüdischen Heimat in Israel ist.



Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.



Lord Balfour (links), ein britischer Verbündeter des Zionismus, bei der Einweihung der Hebräischen Universität; in Universitätstracht Sir Herbert Samuel, Juda Magnes, der Rektor, und rechts Chaim Weizmann.

Angst vor dem Wachsen der Palästinenser

»Wir brauchen nicht das Geld des United Jewish Appeal (UJA), denn es steht in Konflikt mit dem zionistischen Denken und zionistischer Aktion«, versicherte der Temura-Gründer Ofer Pines.

Vorrangig in den Köpfen der militanten israelischen Zionisten ist das demographische Problem, das heißt, die rasch ansteigende Wachstumsrate der palästinensischen Bevölkerung an der besetzten West Bank und am Gaza-Streifen. Sie sind sich sehr wohl darüber im klaren, daß Israel jüdische Immigranten benötigt und zwar Hunderttausende, wenn das zionistische Experiment der Schaffung eines jüdischen Heimatlandes von Erfolg gekrönt sein soll und um dem Wachstum der Palästinenser entgegenzutreten.

Doch die Chancen, daß dies eintritt, sind bestenfalls gering. Amerikanische Juden sind zwar bereit, Millionen von steuerfreien Dollars und Milliarden von Dollars an amerikanischen Steuergeldern der zionistischen Sache zu spenden, doch sie sind nicht geneigt, das wahre »verheißene Land« zu verlassen und sich in Israel niederzulassen.

Selbst die große Mehrheit der sowjetischen Juden, denen es gelingt, aus der UdSSR herauszukommen – über 70 Prozent –, entschlossen sich nicht, in den kleinen zionistischen Staat zu emigrieren sondern statt dessen nach Amerika oder England zu gehen.

Unterdessen entscheiden sich die israelischen Juden, vor allem die jüngeren und besser ausgebildeten, in immer größerer Zahl als je zuvor für die Emigration in die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder. Im letzten Jahr hat Israel eine Menge Menschen an den Westen verloren. Aliyah funktioniert einfach nicht, wenn es eine annehmbare Alternative gibt.

Geld bestimmt den zionistischen Gedanken

Doch die emotionelle Anziehungskraft des Zionismus geht tief. Rabbi Arthur Hertzberg, Autor des Buches »Der zionistische Gedanke« und ein Labor-Delegierter bei dem Kongreß, ist der Meinung, daß »die Fähigkeit, dem UJA so um die 100000 Dollar zu geben, einem nicht das Recht gibt zu bestimmen, wie die zionistische Bewegung und damit Israel ihr Dasein zu gestalten haben«.

Hertzberg verteidigte die WZO und die JA und kritisierte die amerikanischen Spendensammler, weil sie die israelische Demokratie bedrohen.

In der »Washington Jewish Week« schrieb er: »Der Zionismus hat das jüdische Volk von seiner eigenen Machtlosigkeit befreit. Die provokative Intervention der Spendensammler beim Wahlverfahren der zionistischen Bewegung zeigt, daß im jüdischen Leben, wie überall sonst auch, die Demokratie ständig verteidigt werden muß.«

Unter den Zionisten wie in Israel ist die Demokratie offenbar das, was sie in den Augen des Beobachters ist. □

Zionismus

Tagung der Welt-Zionisten

Mark Lane

Der zionistische Kongreß traf sich, um in Jerusalem unter anderem die Rolle der zionistischen Bewegung 40 Jahre nach »der Erreichung der jüdischen Unabhängigkeit«, zu diskutieren. Von besonderem Interesse war der Stand der Beziehungen Israels mit den Juden, die in anderen Ländern leben.

Niemand hatte jedoch Shlomo Avineri zu diesem Kongreß eingeladen. Avineri, Professor für politische Wissenschaften an der Hebräischen Universität, hat nicht vor der Versammlung der Welt-Zionisten-Organisation (WZO) und den zionistischen Verbänden aus der ganzen Welt gesprochen – er tat dies aus einem guten Grund. Hätte er sich zu Wort gemeldet, die internationale Versammlung der professionellen Zionisten – insbesondere die Spendensammler aus Amerika – hätten einen unwillkommenen Schock bekommen.





Verzicht auf das Spendensammeln

Professor Avineri hätte den versammelten Vertretern erzählt: »Die zionistische Bewegung besitzt heute nur eine Rolle: Aliyah, Immigration nach Israel. Die zionistische Bewegung sollte – wenn sie überhaupt irgendeine Bedeutung hat –, sich nicht mit der jüdischen Erziehung – religiös und säkular – in Gola, das heißt der Diaspora, befassen, die Informationen der Zionisten (hasbara) sollten nicht gegen die diplomatischen Bestrebungen Israels ankämpfen, sondern sollten auf den Versuch abzielen noch mehr Juden nach Israel zu bringen.«

Avineri weiter: »Wenn die zionistische Bewegung sich das Ziel setzen würde, nur 5000 Olim, das heißt außerhalb Israels lebende Juden, jedes Jahr aus den Vereinigten Staaten nach Israel zu bringen, was kein verrücktes, unerreichbares Ziel ist, so würde das einen größeren Durchbruch darstellen. Wenn man eine konkrete Zielbevölkerung ansprechen kann – junge Leute, kleine Geschäftsleute – und es nicht mehr das derzeitige undifferenzierte Geschwätz über Aliyah gibt, dann kann dieses realistische Ziel erreicht werden.

Alle anderen organisatorischen Aktivitäten der Welt-Zionisten-Organisation und der zionistischen Verbände in den verschiedenen Ländern sollten aufhören.«

Er sagt: »Laß uns ernsthaft erwägen, Israel von der direkten finanziellen Abhängigkeit von der jüdischen Philantropie zu emanzipieren. Der United Jewish Appeal (UJA) und deren Tochterorganisation sollten abgeschafft werden.«

Als Untermauerung seines Vorschlags weist der Professor darauf hin, daß die weltweiten Spendensammlungen der Juden etwa zwei Prozent des israelischen Jahreshaushalts ausmachen – »ein kleiner, vernachlässigbarer Beitrag«. Somit, versichert er, braucht Israel die jüdische Philantropie in Übersee nicht.

Ende der Hetze um den Erdball

Avineri fügt jedoch rasch hinzu, daß die jüdische Philantropie in Übersee nicht zu verwechseln ist mit der amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe, die mehr als fünf Mal so hoch ist wie die privaten Beiträge der Juden und tatsächlich lebenswichtig ist für Israels Existenz.

Zum einen, so Avineri, gelangt der Löwenanteil der von überseeischen, jüdischen Organisationen gesammelten Gelder niemals nach Israel. Nach Abzug hoher Unkosten und Provisionen für die professionellen Spendensammler, die ihren Lebensunterhalt mit solchen Spendensammelaktionen verdienen, bekommt Israel weniger als 50 Cents von jedem gespendeten Dollar.

Avineri denkt, die Auflösung der WZO- und UJA-Spendensammlaktionen hätte zumindest eine positive Auswirkung für Israel: »Regierungsbeamte müßten vielleicht sogar in Israel bleiben und Dienst in ihren Ministerien – und in ihrem Land – tun anstatt so viel Zeit damit zu verbringen, von einem Ende des Erdballs zum anderen zu hetzen, um an Abendessen, verbunden mit Spendensammelaktionen, teilzunehmen.«

Er sagt, der Schritt wäre vielleicht auch gut für die Juden der Diaspora, weil sie gegenwärtig zu viel Zeit mit Spendensammeln verbringen und nicht genug mit intellektuellen Tätigkeiten. Nehmen wir beispielsweise die USA: »Es gibt kein anderes Land mit einer derartigen Konzentration jüdischer Gehirne – Zehntausender jüdischer Professoren, Naturwissenschaftler, Schriftsteller, Geisteswissenschaftler. Nur sehr wenige von ihnen gehören zu den Führern des amerikanischen Judentums, weil die Welt der Spendensammlungen Geschäftsleute braucht, keine Intellektuellen.«

Nebenbei gesagt, fügt Avineri hinzu, dadurch, daß sie Israel Geld geben, können die amerikanischen Juden sich in israelische Regierungsangelegenheiten einmischen. »Diese Tatsache«, sagt er, »sollte sich auf die jüdischen Führer in Amerika nicht so auswirken, daß diese meinen uns sagen zu können, wie wir ihr Geld ausgeben sollen.«

Zionistische Bewegung ist bankrott

Gola oder das Leben im Ausland, war immer leichter für die Juden als Aliyah oder die Rückkehr nach Zion, sagt Avineri. Doch es ist an der Zeit, daß sich das ändert. Er schlägt für die Juden in Übersee vier Schritte vor, um die Personenmenge gegenüber der Bargeldmenge in den jüdisch-israelischen Beziehungen zu erhöhen.

Erstens: jedes jüdische Kind sollte mindestens ein Jahr seines Studiums in Israel verbringen; zweitens: jede jüdische Familie sollte ein »Urlaubsjahr« in Israel einplanen – nicht ins Hotel gehen, sondern am Alltag im Land teilnehmen; drittens: jede jüdische Familie sollte versuchen, ein zweites Haus in Israel zu kaufen; und viertens: die Juden sollten versuchen, mehr Geschäfte mit Israel zu machen, was vielleicht nicht so einträglich ist wie »Ehrengast bei einem Abendessen« zu sein, doch was weitaus wichtiger wäre für Israel und das jüdische Volk.

Professor Avineri ist nicht der einzige, der den Wert der Welt-Zionisten-Organisation anzweifelt. Das gleiche tun viele israelische Tageszeitungen. Yediot Ahronot fragt sich: »Wird auch nur eine aufrechte Person unter den 530 Delegierten bei dem Zionisten-Kongreß den Mut haben zu erklären, daß eine zionistische Bewegung, die Aliyah nicht praktiziert, bankrott ist?«

Seine Schlußfolgerung: »Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Volk – wenn es gefragt würde – für die Abschaffung einer Bewegung stimmen würde, die sich so von Israel abgesondert hat.«

Die »Jerusalem Post« fragte: »Wer braucht diese WZO? Wer braucht die Jewish Agency? Wer, außer den Politikern, Funktionären und Angestellten, die von ihnen profitieren.« □

Nächster Krieg für Amerika geplant

Warren Hough

Israels durchdringender Einfluß auf die US-Politik findet sich bei keinem ausländischen oder inländischen Interessenverband in der Geschichte. Er hat die innersten Kreise der Reagan-Regierung in »chaotische Intrigen« verwickelt, die den amerikanischen Steuerzahler Milliarden Dollar kosten, während sie das Land gleichzeitig in den »totalen Krieg im Nahen Osten« führen.

Dies sind die privaten Ansichten zweier Top-Berater des amerikanischen Präsidenten, des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters im Weißen Haus William P. Clark und des Vizeadmirals Bobby R. Inman, der Direktor der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA) der USA und stellvertretender Direktor des CIA gewesen ist. Beide haben die amerikanische Regierung vor allem in stillschweigendem Protest über die israelische Infiltration der Washingtoner Nationalen Sicherheitsbehörde verlassen und wegen »der verrückten Windungen und Krümmungen der amerikanischen Außenpolitik, die zu vielen Eigentoren führten«.



Saddam Hussein (links), der Präsident des Irak, mit seinem Außenminister larig Aziz.

Saddam Hussein wurde getäuscht

Die kritischen Ansichten dieser beide Berater waren eher untertrieben, wie eine Recherche über die Umstände, die zum Verlassen der Schlüsselpositionen in der amerikanischen Regierung führten, die Clark und Inman innehatten, ergab.

Clark, ein ehemaliger US-Bundesrichter, mußte einem Plan zusehen, bei dem der amerikanische Steuerzahler um eine Milliarde Dollar gebracht wurde, die zur Finanzierung eines dubiosen Ölgeschäfts israelischer Spekulanten mit Verbindung zum Mossad, dem israelischen Geheimdienst, benötigt wurden.

Inman entschloß sich zu gehen, so wird von Insidern behauptet, nachdem er sich nicht mehr aus einer Situation befreien konnte, die auf die Ermordung eines unbequemen ausländischen Politikers abzielte, den Israel »eliminiert« sehen wollte.

Die erste Affäre macht jetzt Schlagzeilen unter dem Begriff »Pipeline-Skandal« – das letzte Ereignis einer Serie von Zwischenfällen, in die Edwin Meese wegen Korruption und illegaler Einflußnahme verwickelt gewesen ist.

»Schauen Sie sich diesen Fall einmal genau an«, sagte Dr. Edwin Kobor, ein ehemaliger Geheimdienstberater im amerikanischen Außenministerium, »verfolgen Sie ihn Stückchen für Stückchen. Sie werden feststellen, daß Meese auf Schritt und Tritt von israelischen Agenten manipuliert wird, die ihre eigenen Tagesordnungspunkte haben.

Der amerikanische Justizminister ist nicht schuldlos. Doch er ist auch nicht der einzige US-Regierungsbeamte, der von den Agenten des Kleinstaates herumgestoßen wird.«

Einer der grausamsten Todeskämpfe

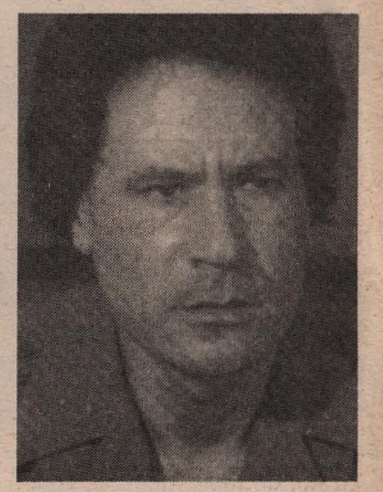
Die Komplizenschaft von amerikanischen und israelischen Beamten in dieser Affäre geht bis in das Jahr 1979 zurück, als der Mossad und die Regierung von Jimmy Carter den irakischen Präsidenten Saddam Hussein gemeinsam bewußt glauben gemacht haben, eine Invasion des Iran würde zu einem raschen und leichten Sieg führen.

»Saddam Hussein wurde getäuscht«, sagte der Militärattaché eines arabischen Landes am Persischen Golf, der trotz seiner persönlichen, gegnerischen Einstellung gegenüber dem Iran zu einer offenen Diskussion aktueller Themen mit uns bereit war.

»Er dachte, die bewaffneten Streitkräfte des Iran befänden sich in einem Chaos, eine Meinung, die auf Fehlinformationen beruhte, die ihm der Mossad zugespielt und sogar Zbigniew Brzezinski (der damalige Chefberater für Nationale Sicherheit der USA in der Carter-Regierung) vertreten hatte. Anstatt zusammenzubrechen, gingen die Iraner zum Gegenangriff über und Saddam Hussein mußte sehr bald um sein Leben bangen.«

Was folgte war der Golfkrieg, der jetzt in seinem neunten Jahr ist. »Es ist einer der grausamsten Todeskämpfe, die jemals ausgetragen wurden«, bestätigte dieser Beamte. »Hunderttausende mußten ihr Leben lassen. Es hat nur einen Gewinner gegeben: Israel, das bei jeder Wende von dem Konflikt profitiert hat.«

In dieser Zeitschrift ist wiederholt berichtet worden und wurde jetzt durch eine Folge von politischen Skandalen in den USA hinreichend bewiesen, daß Israel von Anfang an Waffen an den Iran verkauft und geliefert hat. Als er hinter den Kulissen von amerikanischen Politikern zur Rechenschaft gezogen wurde, sagte der damalige israelische Premierminister Shimon Peres, es sei im Interesse seiner Regierung, den Feind des Irak, einen



Muammar El-Gaddafi sollte nach einem Plan des CIA, der die Zustimmung Reagans hatte, ermordet werden.

»konfrontationistischen« Staat, zu unterstützen, den Peres als »unseren schlimmsten Feind« bezeichnete.

Israel lieferte Waffen an den Irak und Iran

In Wirklichkeit begann Israel auch bald den Irak über Ägypten mit Waffen zu beliefern, in dessen sich rasch entwickelnde Militärindustrie israelische Spekulanten große Investitionen machten.

Im Jahr 1985 begann Peres über den Betrag von 700 Millionen Dollar an seine Labor-Partei – und an sich selbst, so behaupten

Experten – zu verhandeln, der es dem Irak erlauben sollte, eine Pipeline von den irakischen Ölfeldern durch Jordanien zum Golf von Akaba zu bauen, womit man den gefährlichen Persischen Golf umgehen konnte.

Irak benötigte einen neuen Kanal für seine Ölexporte, weil Syrien, ein Verbündeter des Iran, den Kanal über sein Territorium abgeschnitten hatte. Doch die wahren Förderer des »Pipeline-Plans« waren nicht die Iraker, sondern zwei israelische Agenten: E. Robert Wallach, ein in den USA geborener Rechtsanwalt, bekannt als rechte Hand von Meese, und Bruce Rappaport, ein israelischer Finanzier mit engen Bindungen zum Mossad.

Denn daß Israel dem Irak bei seinem Ölverkauf helfen sollte –



Zu Hunderten kamen die Libyer zu einer Begräbnis-Prozession durch Tripolis, als die Särge der 20 Zivilisten, die bei dem US-Bombenanschlag starben, zu Grabe getragen wurden.

die beiden Länder waren angeblich erbitterte Feinde – klang, wie Clark es nannte, »verrückt«.

Doch Peres brachte seine Unterstützung für diesen Plan in einem vertraulichen Schreiben an Meese, den US-Justizminister, zum Ausdruck und andere Schlüsselbeamte der amerikanischen Regierung – CIA-Direktor William Casey und der neue nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus, Robert McFarlane, sowie andere – stellten sich hinter den Plan.

Die amerikanische Export-Import-Bank wurde rasch überzeugt, einen 500-Millionen-Dollar-Kredit für das Projekt zu garantieren. Die Oberseas Private Investment Corporation, eine amerikanische Regierungsbehörde, die für die Versicherung ausländischer Investitionen durch US-Firmen gegründet worden war, wurde von Wallach und Rappaport gedrängt, den Bau mit einer 400-Millionen-Dollar-Police zu garantieren.

Am Ende scheiterte das Projekt, weil Clark, der bereits nicht mehr in der US-Regierung war, doch immer noch entrüstet über diesen »ungeheuren Schwindel«, ihn als »Erpressung unter Gewaltandrohung« der Israelis denunzierte und drohte, alle Einzelheiten offenzulegen.

Doch eine zunehmende Zahl kenntnisreicher Geheimdienstexperten, die in Washington und New York interviewt wurden, sind jetzt der Ansicht, daß – obwohl dieser ungeheuerliche Raubzug des Kleinstaates auf die US-Gelder wirtschaftlich wichtig war – er doch in strategischer Hinsicht eine Ablenkung darstellte.

Israel wäre der dominierende Souverän

»Über das strategische Ziel Israels gibt es keine Zweifel mehr. Es soll eine Krise geschaffen werden, die die Vereinigten Staaten zusammen mit israelischen Streitkräften zu einer militärischen Intervention im Nahen Osten veranlassen soll«, sagte ein ehemaliger Sachverständiger des Nationalen Sicherheitsrates der USA, der jetzt an einer amerikanischen Universität lehrt.

Solch ein Schritt würde es Israel ermöglichen, der »dominierende Souverän« in seiner Region zu werden, folgerte dieser Geheimdienstexperte. Es würde dem Kleinstaat auch den Zugang verschaffen zu einem der begehrtesten Preise kriegshetzerischer Regierungen in den letzten Jahren: den riesigen Ölvorkommen, die sich jetzt unter der Kontrolle der arabischen Feinde befinden.

Während Wallach und Rappaport Meese und andere Berater im Weißen Haus mit ihrem Milliarden Dollar schweren Pipeline-Plan abgelenkt hielten, arbeitete eine Clique doppelt-loyaler, nationaler Sicherheitsbeamten an einem Geheimprojekt von weitaus größerer strategischer Bedeutung für Israel: der Ermordung des starken Mannes Libyens, Oberst Muammar El Gaddafi, ein protziger und unberechenbarer, nationalistischer Politiker, der auf der Feindesli-

E. Robert Wallach, Rechtsanwalt und Berater des US-Justizministers, war der Mann in den Kulissen bei der Förderung des »Pipeline-Planes«, um irakisches Öl durch Jordanien zum Golf von Akaba zu bauen, womit man den gefährlichen Persischen Gold umgehen konnte.

ste des Kleinstaates an der Spitze stand.

Der Mordversuch an Gaddafi fand am 14. April 1986 statt.

Neun in England stationierte amerikanische Kampfbomber, griffen sein Schlafquartier und das Haus seiner Familie mit 31 Bomben an, die jede ein Gewicht von 1000 Kilogramm hatte. Gaddafi überlebte den Angriff, doch eine seiner kleinen Töchter kam dabei ums Leben.

Inman, ein langjähriger Geheimdienstexperte und Spezialist in elektronischer Datensammlung, wußte, daß es sich bei den Anschuldigungen gegen Gaddafi im Zusammenhang mit Terrorakten und Anschlägen auf Reagans Leben weitgehend um Lügen handelte, die von einem gemeinsamen »Schwarze-Propaganda-Team« aus Mossad und CIA in Umlauf gesetzt wurden.

Aus Widerwillen vor einer solch »sinnlosen Ergebenheit gegenüber der Manipulation der Israelis« verließ er die Regierung, so berichtete einer seit langem mit Inman in enger Verbindung stehender Informant.

Diese Zeitschrift hat damals in einer Reihe historischer Recherchen kritische Fragen zu dem Überfall gestellt und die verborgenen Details der Operation rekonstruiert.

Läßt sich das Weiße Haus zu Mord und Krieg treiben?

Ein Schlüsselaspekt des Unternehmens ist bereits klar. Wäre es nach Plan verlaufen, hätte der Mord an Gaddafi im brodelnden Nahen Osten Krieg ausgelöst.

Nach Ansicht der Geheimdienstexperten wäre der Mord an Gaddafi von allen zivilisierten Ländern als weder »legal« noch »gerechtfertigt« – wie israelische Agenten es beschrieben – angesehen worden, sondern als ein ungeheuerlicher Gewaltakt. Der brutale Mord an einem ihrer Führer hätte die Arabische Liga mobilisiert und zur Tat getrieben. Die Folge: der totale Kampf gegen die Vereinigten Staaten im Nahen Osten.

»Das vergangene Jahr hat hinreichende Beweise dafür geliefert, daß Israel den Golf-Konflikt mit seinem verheerenden Gemetzel und seiner Zerstörung einfach als willkommene Quelle des Profits angesehen hat«, warnt Kobor. »Es hätte eine Ausweitung des Krieges über den Rest der Region als eine Gelegenheit willkommen geheißen, seine Ziele zu erreichen – mit mehr und mehr amerikanischer Unterstützung. Doch das Weiße Haus darf sich niemals mehr durch ausländische Agenten so nahe zu Mord und Krieg treiben lassen.« □

Palästinenser

Israel muß über die Lage nachdenken

Peter Blackwood

Yehoshafat Harkabi, ehemaliger Leiter des israelischen militärischen Geheimdienstes und derzeit Professor für Internationale Beziehungen an der Hebräischen Universität, ist einer der wenigen engagierten Zionisten, der den Tatsachen und letztendlichen Folgen des Aufstands der Palästinenser ins Auge sieht. In einem zweiseitigen Artikel in der »Jerusalem Post« erläutert er, warum die israelische Regierung den Kopf einziehen und Frieden mit den Palästinensern machen muß.

Viele Jahre lang, so schreibt Harkabi, waren die Araber absolut gegen die Existenz Israels. Doch die Auseinandersetzung war ein Lernprozeß, in dem einige wichtige arabische Kreise angefangen haben eine gemäßigtere politische Haltung einzunehmen, auch wenn sie noch an dem Traum festhielten, daß Israel verschwinden möge. Es war diese Entwicklung, die den verstorbenen ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat in einen Frieden mit Israel einwilligen ließ.

Nicht die Träume eines Volkes auslöschen

Was jetzt wichtig ist, ist das Ziel der Beseitigung Israels als ein politisches Ziel aufzugeben. Man kann nicht die Träume eines Volkes auslöschen, die selbst nach einer politischen Verständigung bestehen bleiben. Mit einer politischen Abmachung dagegen werden die Träume schließlich ihrer Wurzeln beraubt und vernichtet, während fehlende politische Verständigung sie verstärken.

Der Unterschied zwischen dem großen Vorhaben Israel sollte verschwinden und der Zustimmung zu einer Politik der Verständigung mit Israel geht von Ägypten über Jordanien bis zur PLO. Diese Veränderung trat nicht ein, weil Israel Lorbeeren bei ihnen geerntet hat, sondern weil sie erkannten, daß die Beseitigung Israels unmöglich ist oder von den Arabern einen zu hohen Preis erfordern würde, und daß das Fehlen einer Vereinbarung zur Hölle führen würde, wo alle leiden müßten – als allererstes die Israelis und die Palästinenser.

Als Folge dieses Wandels boten die PLO und Jordanien Israel in der Hussein-Arafat-Vereinbarung des Jahres 1985 eine politische Lösung, die auf dem Prinzip basierte, das in der Geschichte dieser Auseinandersetzung revolutionär ist: »Land für den Frieden«.

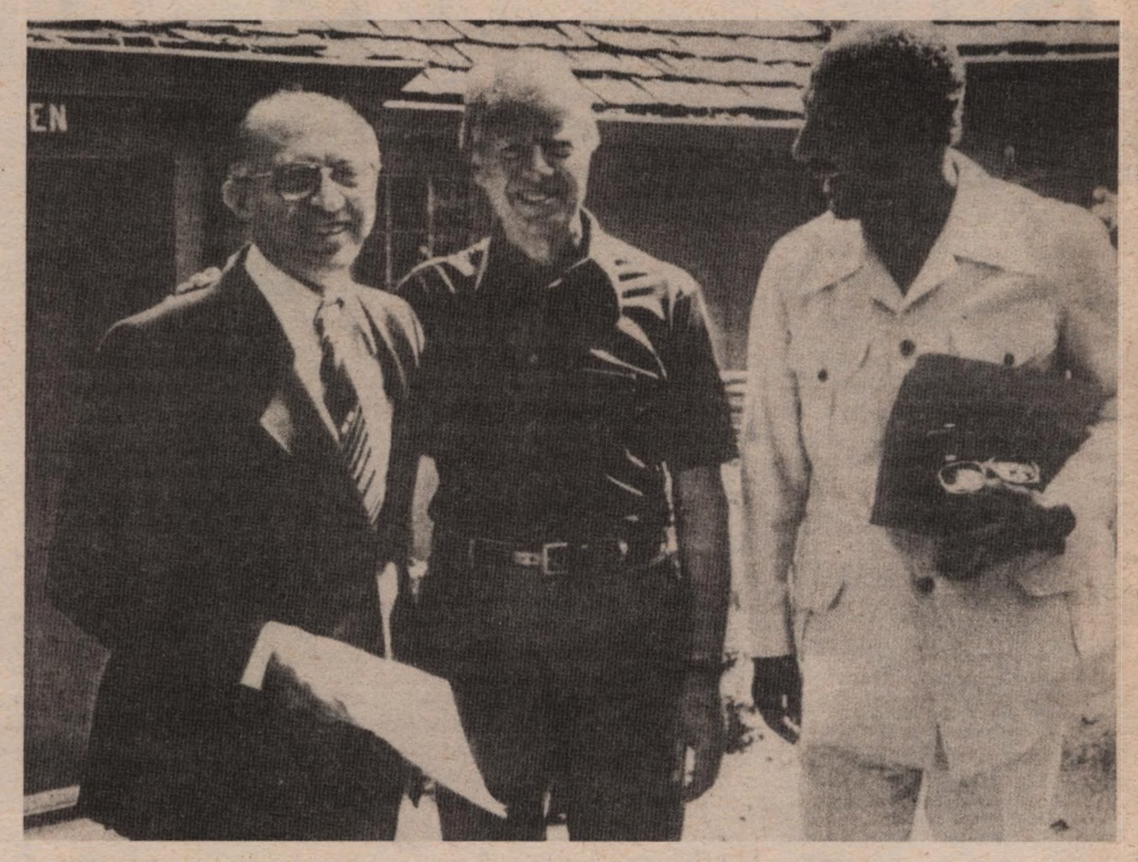
Mit anderen Worten, eine Bereitschaft als Gegenleistung für einen Rückzug von den im Jahr 1967 besetzten Gebieten Frieden zu machen. Die Betonung auf die Besetzung des Jahres 1967 taucht auch in anderen arabischen Resolutionen auf, so bei den Gipfeltreffen der Arabischen Liga des Jahres 1982 und im letzten Jahr.

Strategische Parität mit Israel

Harkabi zieht daraus nun also den Schluß, daß Israel nicht die Wahl hat zwischen gut und schlecht, sondern zwischen schlecht und schlechter. In Abwesenheit einer Verständigung sind die folgenden Entwicklungen zu erwarten. In demographischer Hinsicht werden die Araber zu einer Mehrheit oder nahezu einer Mehrheit werden und von einer langfristigen Existenz eines jüdischen Staates, indem die Hälfte der Bevölkerung Araber sind, kann nicht ausgegangen werden.

Die Hölle, die sich daraus entwickelt, wird übergehen in die Hölle eines Krieges mit den arabischen Staaten. Die Palästinenser sind keine Waisenknaben und ihnen wird die militärische Unterstützung der arabischen Länder sicher sein. Sie, die arabischen Länder, haben bei ihrem Gipfeltreffen im vergangenen Jahr für eine militärische Bereitschaft gestimmt, indem sie das syrische Prinzip der »strategischen Parität« mit Israel als ein pan-arabisches Prinzip annahmen.

Der Frieden mit Ägypten wird über Nacht zusammenbrechen und Israel wird seine Armee erneut auf zwei Fronten aufteilen müssen. Anders als im Yom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 oder dem Krieg im Libanon im Jahr 1982 wird sich ein Sieg der



US-Präsident Jimmy Carter (Mitte) vermittelte den Camp-David-Friedensvertrag zwischen dem israelischen Premierminister Menachem Begin (links) und Ägyptens Präsident Anwar Sadat (rechts). Das Bündnis wurde mit US-Zuschüssen besiegelt.

Israelis nicht in politische Ergebnisse umsetzen. Man sollte sich daran erinnern, daß die Amerikaner weitaus stärker waren als die Vietnamesen und dennoch geschlagen wurden.

Außerdem wird der Irak eines Tages aus seinem Krieg mit dem Iran befreit, der wie alle Kriege schließlich einmal enden wird. Unterdessen werden die anderen arabischen Armeen immer stärker – in Quantität und Qualität.

Jeder künftige Krieg mit ihnen wird verhängnisvoll sein wegen der Destruktivität und der Präzision ihrer neuen Waffen. Israels Fähigkeit Verluste zu verkraften ist begrenzt. Je größer seine Verluste sind, um so größer ist die Erschütterung ihrer Existenz. Die Möglichkeit eines Krieges bei einer fehlenden Verständigung ist heute nur eine Vorstellung, doch Vorstellungen müssen erkannt werden, damit sie nicht zur Realität werden.

Je länger eine Verständigung hinausgezogen wird, um so unbedeutender werden die Bedingungen sein, auf die sich Israel wird einlassen können. Schon jetzt sind sie schlechter als das, was man im Jahr 1985 hätte erreichen können. Einst hätte Israel mit dem jordanischen König Hussein allein eine Einigung erzielen können, doch sie lehnten ab. Hussein war gezwungen die PLO mit einzubeziehen, um weiter zu kommen. Dann mußte er die Syrer mit einbeziehen.

Die Mehrheit ist für die PLO

Einst hätten die Amerikaner als Garanten genügt; jetzt braucht Israel auf jeden Fall noch die Sowjets dazu. Eine frühere Verständigung auf Israels Initiative hin, mit hoch erhobenem Kopf, hätte viel bessere Ergebnisse gebracht als diejenige, zu der sie jetzt gezwungen werden und auf allen vieren angekrochen kommen.

Nur unter Schwierigkeiten kann ein Staat seine armseligen Grenzen verteidigen wie sie Israel haben wird, nachdem sie sich von der West Bank und Gaza zurückgezogen haben werden. Doch sie können sich nicht verteidigen, wenn die Hälfte der Bevölkerung dem Feind gegenüber loyal ist. Mit ihrem ganzen Atomarsenal wären die USA nicht in der Lage sich zu verteidigen, wenn 120 Millionen Russen innerhalb ihrer Grenzen leben würden. Die Unfähigkeit dieses Problem zu verstehen ist der Beweis für ein falsches nationales Denken, das Anlaß zur Sorge gibt.

Israel wird mit den Palästinensern verhandeln müssen, von denen die Mehrheit in einem Referendum für die PLO als ihren Vertreter stimmen würde – nicht unbedingt aus Liebe zur PLO, sondern als ein beispielloses Symbol dafür, daß die Palästinenser Menschen sind mit einem Recht auf politische Äußerung. Israels Anmaßung bei dem Versuch über die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation zu bestimmen ist absurd und zum Scheitern verurteilt. Die USA bestimmen auch nicht über die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation, mit der sie in Moskau verhandeln.

Harkabi sagt, es stimme nicht, daß die Unruhen in Gaza und an der West Bank für die israelische Regierung überraschend kamen. Er weist darauf hin, daß er vor zwei Jahren gewarnt habe, die »Belfastisierung«, wie er es nannte, in den besetzten Gebieten würde für die Bewohner dort zunehmend unerträglicher. Das Land und die Regierung zogen es doch dennoch vor Premierminister Yitzhak Shamir Glauben zu schenken, der noch im vergangenen Jahr behauptete, die anfänglichen Unruhen an der West Bank seien letzte Anzeichen der Verzweiflung von »Terrororganisationen«.

Heute warnt der ehemalige Geheimdienstchef, Israel sehe sich einem Augenblick der Wahrheit gegenüber, in des Wortes vollster Bedeutung. »Meine einzige Botschaft ist: Laßt uns anfangen ernsthaft über unsere Lage nachzudenken. Noch bin ich optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit einer Einigung.« □

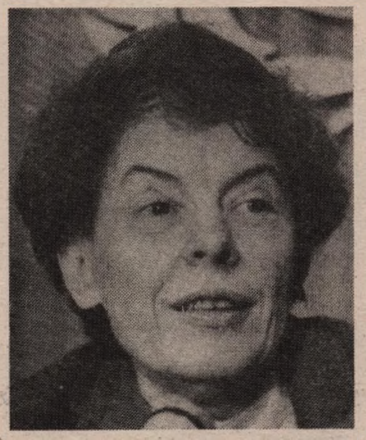


Medien

Hetze gegen Palästinenser

Victor Marchetti

Die israelischen Loyalisten in den amerikanischen Nachrichtenmedien kämpfen ein starkes Nachhutgefecht, um vernünftige Erklärungen für die brutale Behandlung der palästinensischen Demonstranten seitens des zionistischen Staates und dessen anhaltende militärische Besatzung von Gaza und West Bank zu geben.



Jeane Kirkpatrick gibt zu, daß es keine zufriedenstellenden Lösungen für das Palästinenser-Problem gibt.

Den Kampf führen die in mehreren Zeitungen schreibenden Leitartikler George Will und Jeane Kirkpatrick. Will hat so falsche Einwände gegen eine Autonomie für die Palästinenser erhoben wie: »Wenn Sie jemandem Land zurückgeben wollen, dann müssen Sie jemanden haben, an den Sie es zurückgeben können und es gibt niemanden, der für die Palästinenser handelt.«

Das ist wohl eine der dümmsten Aussagen, die Will jemals gemacht hat und er hat einige gemacht. Er machte die Äußerung in seiner üblichen arroganten und besserwisserischen Manier gegenüber den ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger. Kissinger – ebenfalls ein Loyalist der Israelis – guckte erstaunt und ignorierte sie. Er hätte sagen können:

»Seien Sie nicht töricht. Natürlich gibt es jemanden, dem man Gaza und die West Bank geben könnte: den Palästinensern, die dort leben.«

Später wurde Will unbesonnen und sagte dem israelischen Außenminister Shimon Peres, es wäre eine Katastrophe die West Bank aufzugeben, denn das würde die militärische Sicherheit Israels bedrohen. Peres korrigierte ihn und meinte im modernen Raketenzeitalter sei es nicht Land, das den Frieden und die Sicherheit gewährleisten würde, sondern vielmehr die Menschen. Will – der Sache des Zionismus immer treu – schmollte und meinte: »Sie sprechen nicht für die israelische Regierung.«

Sollte man annehmen, daß der amerikanische Journalist George Will – nicht der israelische Außenminister – für Israel spricht?

Inzwischen hat Jeane Kirkpatrick begonnen nach einem Ausweg aus der Misere zu suchen, in die sich Israel durch seine kurzsichtige, nahezu volksmordende Politik gegenüber den Palästinensern selbst hineinmanövriert hat. Sie schlägt vor, das Schießen und Schlagen zu beenden, und meint, die Steinewerfer sollten lieber »verhaftet, ins Gefängnis gesteckt und deportiert« werden. Sie empfiehlt auch die Abschaffung der »diskriminierenden Wirtschaftsverordnungen«, die auf die Palästinenser abgezielt sind, und die Praktizierung »des höchstmöglichen Respekts« der »sozialen und Menschenrechte« in den besetzten Gebieten.

Besser als die Alternativen

Jeane Kirkpatrick gibt zu, daß dies keine umfassenden Lösungen für das Problem sind, doch sie behauptet, sie seien »besser als die Alternativen«. Nun, das ist ein Schritt weiter als sie noch vor einigen Wochen bereit war zu gehen, als sie Israels Politik der eisernen Faust als »bedauerlich doch eindeutig nötig« verteidigte.

Wenn man berücksichtigt, daß sie ein Vorstandsmitglied des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten ist und ein »Institut für Auslandsbeziehungen« in Israel nach ihr benannt wurde, dann könnte man ihre Haltung praktisch als Beschwichtigung bezeichnen. □

Palästinenser

USA erwarten symbolische Geste Israels

Peter Blackwood

Während Premierminister Yitzhak Shamir und andere Verfechter eines harten Kurses in Israel sich der Initiative »Land-für-Frieden« des US-Außenministers George Shultz heftig widersetzen, steigt der Druck zur Eröffnung von Verhandlungen mit den Palästinensern unter den amerikanischen Anhängern des zionistischen Staates.

Der ehemalige nationale Sicherheitsberater unter US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, hat sich jetzt mit der Empfehlung eingeschaltet, Israel solle »eine symbolische und vielleicht sogar dramatische Geste machen, um den gegenwärtigen politischen und sozialen Status der Palästinenser zu ändern«. Der Geste sollte dann »letztendlich, wenn auch in etwas weiterer Ferne«, ein Friedensvertrag folgen.



Zbigniew Brzezinski ist der »Denker« der Trilateralen Kommission. Er plädiert für ein neues Ein-Welt-System in Zusammenarbeit mit den Sowjets.

Keine Alternative zum friedlichen Zusammenleben

Brzezinski ist der Meinung, die empfohlene Geste solle von »einer entsprechenden vernünftigen Reaktion der Palästinenser« abhängig gemacht werde, wozu gehören würde, daß die gegenwärtigen Aufstände und der zivile Ungehorsam aufhört. Doch sie sollte auch auf dem Übereinkommen begründet sein, daß irgendeine Art territorialer Lösung mit den Palästinensern ausgearbeitet wird.

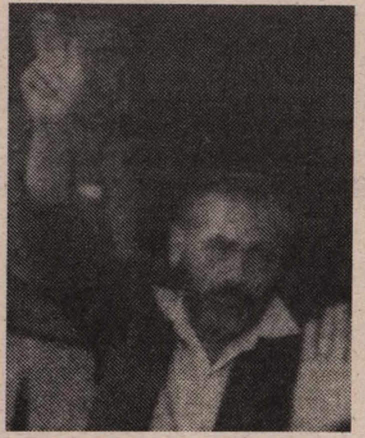
Brzezinski rät den Israelis sich bei der gegenwärtigen Situation von sechs Prinzipien leiten zu lassen. Das amerikanische Engagement gegenüber Israel ist in erster Linie moralischer Natur. Alles, was diese zentrale moralische Dimension trübt, schädigt letztendlich die israelische Sicherheit.

Die USA haben ein weitreichendes regionales Intersse an einer guten Beziehung zu den Arabern einschließlich der Palästinenser. Es ist wichtig zu erkennen, daß das amerikanische Interesse an einer guten Beziehung zu der Region im Mittelpunkt der Fähigkeit Amerikas steht die Region vor einer sowjetischen Invasion zu schnützen. Doch Israels Bedeutung als »eine strategische Stütze«, die so oft von den »jüdisch-amerikanischen Sprechern« betont wird, ist eine relative Sache, die den wechselnden wirtschaftlichen und militärischen Berechnungen unterliegt.

Es gibt keine Alternative für ein friedliches Zusammenleben zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk. Jede andere Lösung – Beherrschung, Vertreibung oder fortgesetzte Gewalt – wird den Israelis und schließlich den amerikanischen Interessen schaden. Ein Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ist ein historisches Gebot.

Die Camp-David-Periode ist vorbei

Autonomie, wie sie durch die Camp-David-Vereinbarungen geplant war, ist nicht das letztendliche Endergebnis, sondern ein Prozeß in Richtung einer absichtlich nicht definierten Zukunft. Der Autonomievorschlag der Camp-David-Abkommen sollte lediglich den Boden bereiten für die Schaffung einer langfristigen und gerechten Lösung für das territoriale Problem.



Rabbi Meir Kahane ist als amerikanischer Staatsbürger Mitglied des israelischen Parlaments, der Knesset.

Diplomatische Schritte sind kein Ersatz für politische Taten. Versuche sich ein kompliziertes internationales Verfahren als Lösung für die gegenwärtige Krise auszudenken, ist gleichbedeutend mit dem Ausweichen vor dem gegenwärtigen Dilemma. Die Camp-David-Periode ist vorbei; diese Bedingungen existieren nicht mehr. Jetzt sind politische Taten erforderlich, um mit dem Problem fertigzuwerden, das langsam drohnt der Kontrolle zu entgleiten.



Unter diesen Umständen ist eine größere einseitige Initiative Israels im Hinblick auf den gegenwärtigen Status der Palästinenser angebracht. Nur Israel kann in entscheidender Weise handeln, denn es hat die tatsächliche Kontrolle über die West Bank und den Gaza-Streifen. Doch wie lange noch wird das der Fall sein?

Eine solche Initiative, sagt Brzezinski, würde zur Entschärfung der steigenden Spannungen beitragen und das ausschließliche Vertrauen auf Mittel der Kontrolle verhindern, die – so warnt er – schließlich nur schädliche Folgen für die Stabilität der Region, für Israels eigenes Wohlergehen und letzten Ende auch für die moralischen Empfindungen der Amerikaner haben können.

Warten auf Anzeichen des Schwankens

Ob die israelische Führung den Warnungen ihres Freundes Aufmerksamkeit schenken wird, ist an dieser Stelle problematisch. Shamir steht in diesem Wahljahr unter starken Druck sich nicht den Wünschen jener zu beugen, die den Frieden wollen, ob diese Stimmen nun aus Israel oder aus dem Ausland kommen. Die Falken in seinem eigenen Likud-Block – der stellvertretende Premierminister David Levy und der Cäser-ähnliche Industrie- und Handelsminister General Ariel Sharon insbesondere – warten geradezu darauf, daß er Anzeichen des Schwankens zeigt, bevor sie sich auf ihn stürzen werden.

Und die harte Rechte in der israelischen Politik, angeführt von dem radikalen Rabbi Meir Kahane und der starken Frau in der Knesset, Geula Cohen – eine Genossin und Terroristenkollegin aus Shamirs alter Stern-Gang –, bereitet sich bereits darauf vor, jedes Zeichen von Schwäche sofort auszunutzen. □

Felix Rohatyn

USA eine scheiternde Weltmacht

Warren Hough

Die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten sind in Alarmbereitschaft und machen sich bereit gegen einen unerwarteten Feind, die internationalen Großbanken, um ihr Leben zu kämpfen.

Zur Diskussion steht »eine einfache Überlebensfrage«, wie es einige Verteidigungsexperten nennen. Wird das amerikanische Militär die kommende Ära teurer High-Tech-Waffen als das »Schwert und Schild eines freien und souveränen Amerikas« durchstehen, oder wird es in einem »Eine-Welt«-Gemenge »verbündeter Armeen« aufgehen? »Die Stabschefs haben Mitschuld an dieser Krise«, meinte Oberst Werner Speidel, der vor kurzem aus dem US-Luftwaffen-Systemkommando ausschied und jetzt für eine große Rüstungsfirma in Washington arbeitet.

Jahr um Jahr konnten sie sich nicht dazu entschließen, dem amerikanischen Volk die Wahrheit zu sagen über ihre neuen elektronischen Wunderwaffen, daß solche High-Tech-Rüstung mehr als zehn-, zwanzig- oder hundertmal mehr kosten wird als konventionelle Ausrüstung. Schlimmer noch, das US-Militär findet sich plötzlich unter Beschuß von allen Seiten.

»Das Pentagon glaubte eine Weile, es könne einige der emporschnellenden Ausgaben unter dem Deckmantel sogenannter inoffizieller Programme verbergen«, sagt Dr. Martin Ott, ein Verteidigungsexperte und Wirtschaftswissenschaftler bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). »Jetzt hat der US-Kongreß genug von diesen Tricks und sie greifen durch.«

»Jahrelang hat das Pentagon versucht, seine kontroversen Projekte zu verbergen, indem man sie als ›inoffiziell‹ oder ›streng geheim‹ bezeichnete«, behauptet Barbara Boxer, Mitglied des US-Repräsentantenhauses.

»Wir können mit dem Kongreß leben«, meint ein junger Offizier in der Defense Advance Research Project Agency (DARPA). »Was uns Sorgen macht, ist die Tatsche, daß wir hinter solchen Schlappen den Einfluß führender Banken spüren, die uns mit bewaffneten Streitkräften in anderen Staaten ›zusammenwerfen‹ wollen.«

Einer von diesem Informanten genannten Banker ist Felix Rohatyn, geschäftsführender Gesellschafter von Lazard Freres, der mächtigen Investment-Bank an der Wall Street. Rohatyn, seit langem bekannt für seine Verbindungen zu führenden Demokraten, die er mit wirtschaftlichen Programmpunkten versorgt, ist kürzlich in die Bipartisan National Economic Commission berufen worden.

Die Macht hinter den Kulissen

Kurz danach hielt Rohatyn im Washingtoner Wirtschaftsclub eine Rede über die Ära nach Reagan, die dem Pentagon den größten Schrecken einjagte. Obwohl sie noch immer »die führende Militärmacht auf der Welt sind«, haben die USA »ihre Position als eine unabhängige Macht verloren«, erklärte Rohatyn.

Der Grund: »Eine Kombination von hohen Rüstungsausgaben und Steuerkürzungen haben die Vereinigten Staaten in eine historische Anommalie verwandelt – eine Militärmacht ersten Ranges und eine zweitrangige Wirtschaftsmacht. Trotz Hunderte von Millionen Dollar, die wir bereits für Waffensysteme ausgegeben haben, sind wir die Gefangenen ausländischen Kapitals geworden, das klassische Modell einer scheiternden Macht«, so Rohatyn.

Was ist die Antwort? Mit High-Tech, die den Verteidigungshaushalt nur noch mehr belastet und angesichts der niedrigen Geldmenge im Inland drängt Rohatyn auf »Globalisierung« des milirtärischen US-Estabishments, das heißt, »seiner Anpassung an die bewaffneten Streitkräfte anderer Länder«, so daß die USA die »finanzielle Bürde der Rüstungsausgaben miteinander teilen können«. □



CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.
Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »Zionist Watch«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »Zionist Watch«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »Zionist Watch« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. Mai 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Zeitdokument

Eine mögliche Anklage gegen die Juden

Marcus Eli Ravage

In dem amerikanischen Monatsmagazin »The Century Magazine« erschien in der Januar-Ausgabe des Jahres 1928 der nachstehende Beitrag von Marcus Eli Ravage, Verfasser von »An American in the Making«, »The Jew Pays«, »The Mylady of Europe«, »The Story of Teaport Dome« (Der amerikanische Petroleum-Skandal), »Five Men of Frankfurt – The Story of the Rothschild« und »Empress Innocence – The Life of Marie Louise«. Um die Dokumentation über die Jesuiten – Illuminaten einmal aus einem anderen Gesichtswinkel betrachten zu können, möchten wir diesen Beitrag als Zeitdokument der Vergessenheit entreißen.

Natürlich sind Sie recht ärgerlich über uns. Es hat keinen Sinn, mir das Gegenteil zu versichern. So wollen wir denn keine Zeit mit Leugnen und Alibis verlieren. Sie wissen, daß Sie ärgerlich sind, ich weiß es ebenfalls, also sind wir uns einig. Sicherlich sind einige Ihrer besten Freunde Juden. Ich glaube, mir ist so etwas schon ein- oder zweimal erzählt worden. Ich weiß aber auch, daß Sie mich persönlich – als ein ausnahmsweise besonders veranlagtes jüdisches Einzelwesen – nicht treffen wollen, wenn Sie in einem Großangriff gegen uns anstürmen, da ich ja doch – wenn auch noch so ungleich – genau so gut wie einer der Ihrigen bin. Diese kleine Ausnahme von der Regel verpflichtet mich jedoch in keiner Weise zu Dank; das macht aber nichts. Es ist die streitsüchtige, aufstrebende, schiebende und materialistisch veranlagte Sorte, die Ihnen nicht behagt, mit einem Wort, genau dieselben, welche an so viele Ihrer eigenen Genossen erinnert. Wir verstehen uns ausgezeichnet. Ich will Ihnen aber deswegen daraus keinen Vorhalt machen.



Du lieber Gott, ich nehme es keinem übel, wenn er einen anderen nicht leiden kann. Was mir an diesem judengegnerischen Geschäft komisch vorkommt, wenn Sie es betreiben, ist Ihr völliger Mangel an Grütze im Kopf. Sie machen große Umwege und laufen wie die Katze um den heißen Brei. Sie machen so phantastische und durchsichtige Entschuldigungen. Sie scheinen vor Selbstbewußtsein zu platzen, und wenn das Spiel nicht grotesk wäre, könnte man sich tatsächlich darüber ärgern.

Eure kindische Bemäntelung

Nicht als ob Ihr Stümper wäret. Ihr habt Euch damit schon über fünfzehn Jahrhunderte beschäftigt. Aber wenn man Euch so beobachtet und Eure kindischen Bemäntelungen hört, könnte man den Eindruck bekommen, als ob Ihr nicht die geringste Ahnung von dem hättet, was um Euch herum vorgeht. Ihr seid voll Groll gegen uns, könnt aber nicht sagen, warum!

Ihr brütet den lieben langen Tag über einer Ausrede, oder wie Ihr es auch nennt: über einer »Beweisführung«. All die Hunderte Jahre hindurch habt Ihr eine Rechtfertigung für Euer Tun auf die andere getürmt, und jede neue Erfindung ist lächerlicher als die andere, und jede neue Ausrede widerspricht der vorhergehenden und macht sie nichtig.

Vor nicht allzulanger Zeit konnte man hören, wir seien Geldjäger und dächten beim Handeln nur an unseren eigenen Geldsack. Jetzt flüstert und jammert man an allen Ecken, es sei keine Kunstrichtung und kein Beruf vor dem Eindringen der Juden sicher.

Hauptvertreter des Kapitalismus

Wir sind, wenn man Euch glauben soll, zu gleicher Zeit gesellig, exklusiv und nicht assimilierbar, weil wir uns nicht mit Euch versippen wollen. Wir sind auch Streber und Schieber und für Eure Rassenreinheit eine Gefahr.

Unser Lebensstandard ist so niedrig, daß wir Eure Betrugs- und Ausbeuterindustrien ins Leben riefen; er ist so hoch, daß wir Euch aus Euren besten Wohnbezirken drängen.

In Kriegszeiten drücken wir uns um unsere Pflicht für das Vaterland, weil wir von Natur und Tradition Pazifisten sind. Wir sind die Erz-Anstifter von Weltkriegen und die Hauptnutznießer solcher Kriege.

Wir sind in einer Person die Begründer und Hauptvertreter des Kapitalismus und die Rädelsführer von Rebellionen gegen den Kapitalismus. Sicher, die Geschichte hat kein Beispiel einer solchen Vielseitigkeit.

Halt doch! Ich vergaß ja beinahe den Grund aller Gründe. Wir sind das halsstarrige Volk, welches nie das Christentum annahm, und wir sind das Verbrechervolk, welches ihren Stifter kreuzigte.

Doch sage ich Euch, Ihr seid Selbstbetrüger. Euch mangelt es

»Jesus von Nazareth, ein jüdischer Rebellen-Prophet, ist der Mittelpunkt Eurer Gottesverehrung.«

entweder an Selbsterkenntnis oder an Mut, den Tatsachen ins Gesicht zu schauen und die Wahrheit anzuerkennen. Ihr grollt dem Juden nicht – wie viele von Euch anscheinend denken –, weil er Jesus ans Kreuz schlug, sondern weil er diesem das Leben gab. Der wahre Grund Eures Kampfes gegen uns ist nicht, daß wir die Annahme des Christentums verweigerten, sondern daß wir Euch das Christentum aufbürdeten.

Eure wackelige, sich widersprechende Anklage gegen uns ist kein Fleck auf der Schwärze unseres geschichtlich bestätigten Frevels. Ihr beschuldigt uns der Anstiftung der Revolution in Moskau. Nehmen wir an, wir gäben die Anklage zu. Na und? Verglichen mit dem, was der Jude Paulus aus Tarsus in Rom vollbrachte, ist die russische Empörung nur ein Straßenskandal.

Jedes Komplott um Kriege zu entfesseln

Ihr macht viel Geschrei wegen des ungebührlichen Einflusses der Juden auf Eure Theater und Kinos. Schön! Zugegeben, Eure Klagen seien wohlberechtigt. Aber was macht das schon im Vergleich zu unserem überwältigenden Einfluß auf Eure Kirchen, auf Eure Schulen, Eure Gesetzgebung und Eure Regierungen, ja sogar auf die leisesten Regungen Eurer Gedankenwelt.

Ein russischer Tölpel fälscht ein Bündel Papiere und veröffentlicht diese in einem Buch, das er die »Protokolle der Weisen von Zion« nennt. Das Buch läßt durchblicken, daß wir ein Komplott machten, um den letzten Weltkrieg zu entfesseln. Nun gut! Wegen der Beweisführung wollen wir jedes Wort unterschreiben. Es ist ungefälscht und authentisch. Aber was hat das zu sagen neben der unleugbaren geschichtlichen Verschwörertätigkeit, die wir vollführt und auch niemals geleugnet haben, weil Ihr niemals den Mut hattet, uns dessen zu beschuldigen. Alle diese Vorgänge sind für jeden Menschen klar zu erkennen.

Wenn Ihr es wirklich ernst meint mit der Rederei über die jüdischen Komplotte, soll ich nicht Eure Aufmerksamkeit auf eine Sache lenken, über die zu sprechen es sich verlohnen würde? Was hat es für einen Zweck, Worte zu verlieren über die angebliche Kontrolle Eurer öffentlichen Meinung durch jüdische Finanzleute, Zeitungsschreiber und Kinomagnaten, wenn Ihr uns ebensogut der bewiesenen Oberaufsicht über Eure ganze Zivilisation durch den jüdischen Mythus anklagen könnt?

Ihr habt noch nicht einmal den Anfang gemacht, die wahre Größe unserer Schuld zu erkennen. Wir sind Eindringlinge. Wir sind Zerstörer. Wir sind Umstürzler. Wir haben Eure natürliche Welt in Besitz genommen, Eure Ideale, Euer Schicksal und haben Schindluder damit getrieben. Wir waren die letzte Ursache nicht nur vom letzten Krieg, sondern von fast allen Euren Kriegen. Wir waren die Urheber nicht nur der russischen, sondern aller größeren Revolutionen in Eurer Geschichte. Wir haben Uneinigkeit und Durcheinander in Euer persönliches und öffentliches Leben gebracht. Wir tun es heute noch. Niemand kann sagen, wie lange wir das noch tun werden.

Lassen Sie den Blick ein wenig in die Vergangenheit schweifen, um zu sehen, was sich alles ereignete. Vor neunzehnhundert Jahren wart Ihr eine unverdorbene, sorgenfreie, heidnische Rasse. Ihr verehrtet zahllose Götter und Göttinnen, die Geister der Luft, der dahinwallenden Ströme und der weiten Wälder. Ohne zu erröten, wart Ihr voll Stolz auf die Pracht Eurer entblößten Leiber.

Wir machten Euch zum Träger unserer Mission

Ihr schnitztet Bildnisse Eurer Götter und Eurer quälenden menschlichen Gestalt. Ihr hattet Wohlgefallen an der offenen Feldschlacht, der Kampfbahn und dem Schlachtfeld. Krieg und Sklaverei waren fest gegründete Einrichtungen in Euren Staatsgebilden.

Ihr tummeltet Euch auf Bergeshängen und Tal-Gründen im freien weiten Feld und kamt dabei aufs Sinnieren über die Wunder und Geheimnisse des Lebens und legtet den Grundstein der Naturwissenschaft und Philosophie. Euch war zu eigen eine edle, sinnlich-lebenswahre Kultur, unverfälscht durch Spitzfindigkeiten eines gesellschaftlichen Bewußtseins und einer sentimentalen Fragestellerei über die Gleichheit der Menschen. Wer weiß, welch große und erhabene Bestimmung Euch zuteil geworden, wenn wir Euch Euch selbst überlassen hätten.

Doch wir haben Euch nicht allein gelassen. Wir nahmen Euch in unsere Hand und rissen das schöne und erhabene Bauwerk, das Ihr Euch schufet nieder. Wir änderten den gesamten Verlauf Eurer Geschichte. Wir brachten Euch so unter unser Joch, wie nie eine Eurer Mächte jemals Afrika oder Asien in seine Knechtschaft brachte. Und all dies vollbrachten wir ohne Waffen, ohne Kugeln, ohne Blut und Schlachtengetümmel, ohne Gewaltmaßnahmen irgendwelcher Art. Wir vollbrachten es einzig und allein durch die unwiderstehliche Macht unseres Geistes, mit Ideen und Propaganda.

Wir machten Euch zum willfährigen und unbewußten Träger unserer Mission in der ganzen Welt, bei den wilden Völkern der Erde und den unzähligen ungeborenen Generationen. Ohne volles Verständnis dessen, was wir Euch antaten, wurdet Ihr Großvermittler unserer rassischen Tradition, trugt Ihr unseren Mythos zu den zuvor noch nicht entdeckten Teilen der Erde.

Unseres Stammes-Sitten wurden der Kern Eures Sittengesetzes. Unsere Stammes-Gesetze lieferten das Material für die Fundamente all Eurer erhabenen Verfassungen und Rechtssysteme. Unsere Legenden und Volkssagen sind die heiligen Botschaften, die Ihr Euren lauschenden Kindern mit geheimnisvoller Stimme leise zuflüstert. Eure Gesang- und Gebetbücher sind mit den Werken unserer Dichter angefüllt.

Unsere Nationalgeschichte ist ein unentbehrlicher Teil des Unterrichts geworden, den Eure Pfarrer, Priester und Lehrer erteilen. Unsere Könige, unsere Propheten und unsere Krieger sind Eure Heldengestalten, unser früheres Ländchen wurde Euer Heiliges Land, unsere nationale Literatur ist Eure Heilige Bibel. Was unser Volk dachte und lehrte, wurde unlöslich verwoben in Eure eigene Sprache und Tradition, so daß keiner unter Euch als gebildet gelten kann, der nicht mit unserem volkseigenen Erbgut vertraut ist.

Nach der Zerstörung Jerusalems

Jüdische Handwerksleute und Fischer sind Eure Lehrer und Heiligen, deren Bild in zahllosen Statuen verewigt wurde und zu deren Angedenken unzählige Kathedralen errichtet wurden. Ein jüdisches Mädel ist Euer Ideal der Mutterschaft und des Frauentums.

Ein jüdischer Rebellen-Prophet ist der Mittelpunkt Eurer Gottesverehrung. Wir haben Eure Götzen niedergeworfen, Euer rassisches Erbe beiseitegedrängt und dafür unseren Gott und unsere Tradition untergeschoben. Keine Eroberung in der Weltgeschichte läßt sich auch nur im entferntesten mit der ganzen Arbeit vergleichen, die wir leisteten, da wir Euch uns untertan machten.

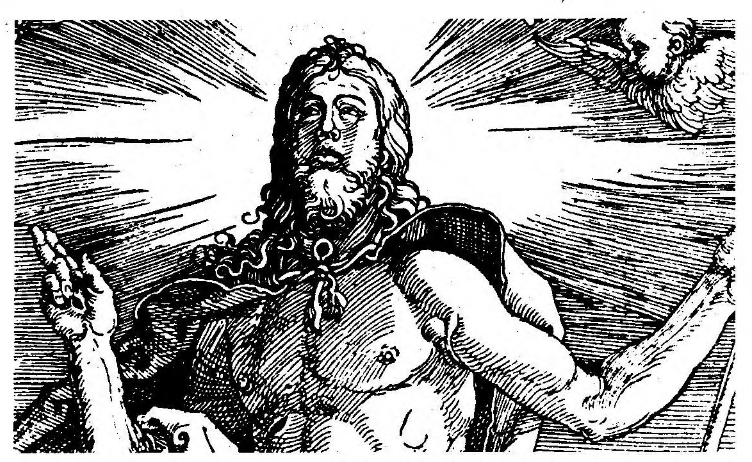
Wie brachten wir das fertig? Beinahe nur durch Zufall. Vor zweitausend Jahren war im fernen Palästina unsere Religion dem Ruin und Materialismus verfallen. Geldwechsler waren die Herren unseres Tempels. Verkommene und eigensüchtige Priester saugten unser Volk aus und schwammen im Fett. Da stand ein ideal veranlagter Patriot auf und durchwanderte das Land, um den Glauben neu zu beleben. Er dachte nicht daran, eine neue Kirche zu stiften.

Gleich allen Propheten vor ihm war sein alleiniges Ziel, den alten Glauben zu läutern und zu neuem Leben zu erwecken. Er ging gegen die Priester an und trieb die Geldwechsler aus dem Tempel hinaus. Dieses brachte ihn in Konflikt mit der herrschenden Ordnung und ihren Trägern. Die Vertreter Roms, die das Land besetzt hielten, befürchteten, daß seine revolutionäre Agitation ihre Vertreibung bezwecke, verhafteten ihn, machten ihm den Prozeß und verurteilten ihn zum Tod der Kreuzigung, der damals gewöhnlichen Hinrichtung.

Die Anhänger Jesu von Nazareth, hauptsächlich Sklaven und arme Arbeiter, zogen sich in ihrer Verlassenheit und Enttäu-

Zeitdokument

Eine mögliche Anklage gegen die Juden



»Unseren Gott und unsere Tradition haben wir Euch untergeschoben. Unsere Könige sind Eure Propheten und unsere Krieger sind Eure Heldengestalten.«

schung von der Welt zurück und schlossen sich in einer Brüdergemeinde von widerstandslosen Pazifisten zusammen. Sie verbreiteten die Erinnerung an ihren gekreuzigten Führer und lebten in Gütergemeinschaft zusammen. Sie waren in Juda nur eine neue Sekte ohne Macht und ohne Einfluß.

Erst nach der Zerstörung Jerusalems durch die Römer kam der neue Glaube in Ansehen. Ein vaterländisch gesinnter Jude mit Namen Paulus oder Saulus kam nämlich auf den Gedanken, den moralischen Rückhalt der römischen Soldaten durch die von der jüdischen, kleinen Sekte gepredigten Lehre der Liebe und des Pazifismus, zu zerbrechen und so Rom zu Boden zu bringen und zu demütigen. Er wurde der Apostel der Heiden, er, der bisher einer der tätigsten Verfolger dieser Bande war.

Dies war der Beginn unserer Macht

Paulus machte seine Sache so gut, daß nach Ablauf von vierhundert Jahren dieses große Reich, welches sich Palästina und die halbe Welt unterworfen hatte, nur mehr ein großer Trümmerhaufen war. Und das mosaische Gesetz, welches von Zion ausging, wurde die offizielle Religionsform Roms.

Dies war der Beginn unserer Macht in Eurer Welt. Doch, es war nur der Anfang. Von diesem Zeitpunkt an ist Eure Geschichte nur wenig mehr denn ein Kampf um die Vormachtstellung zwischen Eurem alten heidnischen und unserem jüdischen Geist. Die Hälfte Eurer Kriege, die kleinen und die großen, sind nur Religionskriege, die ausgetragen wurden wegen der Auslegung der einen oder anderen Stelle in unserer Lehre.

Ihr entkamt Eurer primitiven religiösen Einfalt nicht eher, und Ihr griffet die Ausübung der heidnischen, römischen Lehre nicht eher an, als Luther , bewaffnet mit unserem Evangelium, aufstand, um Euch niederzuwerfen und unser Erbe wieder auf den Thron zu setzen. Nehmen Sie die drei großen Revolutionen der Neuzeit, die französische, die amerikanische und die russische Revolution. Was waren die anderes als der Triumph der jüdischen Ideen von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit?

Und das Ende ist noch eine ganze Strecke entfernt. Noch beherrschen wir Euch! In diesem Augenblick werden Eure Kirchen durch einen Bürgerkrieg zwischen den Fundamentalisten und den Modernisten zusammengerissen, das heißt durch einen Krieg zwischen denen, die wörtlich an unseren Lehren und Überlieferungen festhalten, und denen, die danach trachten, uns Schritt um Schritt zurückzudrängen.

In Dayton, Tennessee, verbietet eine bibeltreue Gemeinde, Eure Weisheit zu lehren, weil sie im Widerstreit mit unserer Erzählung über den Ursprung des Lebens steht. Mr. Bryan, der Führer des anti-jüdischen Ku-Klux-Klan im Demokratischen Nationalen Konvent, führt seinen Lebenskampf in unserem ureigensten Interesse, ohne den Widerspruch auch nur zu merken. Immer und immer wieder bricht das puritanische Erbe Judas hervor und türmt sich auf in Wellen von Theaterzensuren, Gesetzen über die Sonntagsheiligung und anderer kirchlicher Angelegenheiten, sowie sonstiger Verbote für die ganze Nation. Und während all dieses geschieht, schwatzt Ihr über jüdischen Einfluß in den Kinos.

Ist es da ein Wunder, wenn Ihr es uns übelnehmt? Wir haben einen Hemmschuh an Euren Fortschritt gelegt. Wir haben Euch ein fremdes Buch und einen fremden Glauben aufgebürdet, den Ihr nicht genießen und verdauen könnt, der mit Eurem angeborenen Geist im Widerspruch steht und Euch unaufhörlich unruhig macht. Dabei ihn zurückzuweisen oder Euch ihm ganz hinzugeben habt Ihr nicht die geistige Kraft.

Ihr wurdet niemals zum Christentum bekehrt

Natürlich habt Ihr niemals voll und ganz die christliche Lehre übernommen. In Eurem innersten Herzen seid Ihr noch Heiden. Ihr liebt immer noch den Krieg, geschnitzte Bilder und den Hader. Noch immer setzt Ihr Stolz in die Pracht des nackten menschlichen Körpers. Trotz aller Demokratie und all Eurer sozialen Umwälzungen ist Eure Gesellschaftsordnung immer noch eine jämmerlich unvollkommene Sache.

Wir haben Eure Seele gespalten, Eure Triebe verwirrt, Eure Wünsche unmöglich gemacht. Inmitten des Lebenskampfes müßt Ihr niederknien vor dem, der Euch das Gebot gab, »auch die andere Wange hinzuhalten«, vor dem, der Euch sagte, »erwidere Böses nicht mit Bösem« und »Selig die Friedfertigen«.

Inmitten Eurer Sucht nach Geld und Gut überkommt Euch die Erinnerung an die Stunden im Sonntags-Unterricht, wo man Euch lehrte, sich keine Sorgen um den morgigen Tag zu machen. Wenn Ihr bei Euren Lohnkämpfen Euch ohne Gewissensbisse in einen Streik stürzen wollt, dann werdet Ihr daran erinnert, »daß selig sind die Armen« und »daß alle Menschen Brüder in Christo sind«.

Wenn Ihr einer Versuchung nachgeben wollt, dann legt sich durch das jüdische Training eine abschreckende Hand auf Eure Schultern und reißt Euch den vollen Becher von den Lippen. Ihr Christen wurdet niemals zum Christentum bekehrt. In der Hinsicht seid Ihr uns nicht geraten. Doch haben wir Euch für immer den Geschmack am Heidentum verdorben.

Warum solltet Ihr also nicht über uns empört sein? Wenn wir an Eurer Stelle ständen, dann würden wir wahrscheinlich Euch viel weniger mögen als Ihr uns. Wir würden aber keine Umstände machen, Euch das Warum zu sagen. Wir würden uns nicht auf Ausflüchte und fadenscheinige Vorwände berufen.

Bei Millionen peinlich reeller jüdischer Geschäftsleute würden wir nicht durch das Geschwätz, der Kommunismus sei eine jüdische Weltanschauung, die Grundlagen jeglicher geistigen Bildung bei Euch und unsere eigene Ehrenhaftigkeit verletzen. Bei Millionen von schwer schaffenden und armen jüdischen Hausierern und Arbeitern würden wir uns nicht durch das Gerede, der internationale Kapitalismus sei ein jüdisches Monopol, auch noch lächerlich machen.

Nein, wir würden ganz gerade auf unser Ziel losgehen. Wir würden uns dieses konfuse und schädliche Durcheinander, das man Zivilisation nennt, dieses christlich-heidnische Gemisch einmal näher ansehen, und dann würden wir – selbst wenn Ihr uns die Plätze in diesem Theater reservieren wolltet – rundheraus sagen: »Nein, danke für das Gemüse (auch Messe), für Eure Propheten und Eure Bibel.« □

Die amerikanische Originalausgabe dieses Beitrages ist im Reprint-Verfahren nachgedruckt worden und für Forschungszwecke erhältlich beim Faksimilie-Versand, Postf. 101420, D-2800 Bremen 1.

Zitate

Abtreibung

Robert Spaemann, Professor für Philosophie an der Universität München: »Die Forderung nach einer wie auch immer konditionierten Freigabe der Abtreibung bis zum neunten Monat steht natürlich in einem grotesken Mißverhältnis zum Programm der Versöhnung mit der Natur. Hier haben wir einen Bereich vor uns, wo die Güterabwägung endet: Es ist immer unerlaubt, einen unschuldigen Menschen zu töten. Wer das legitime Selbstbestimmungsrecht der Frau gegen den unbedingten Schutz des ungeborenen Lebens ausspielen will, fordert im Klartext: Ich will selbst entscheiden dürfen, ob ich mein Kind töten darf oder nicht. Das aber ist ein Unding. Wenn mir plötzlich ein Baby ins Haus gelegt wird, das ich überhaupt nicht haben wollte, dann kann ich es ja deshalb nicht in den Mülleimer schmeißen. Das Baby ist dann nun einmal da, und ich habe die Sorgepflicht dafür.«

Schulden

Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Ich bin im Hinblick auf öffentliche Defizite deswegen skeptisch, weil ich bei der Beobachtung der Nachkriegsentwicklung nicht festgestellt habe, daß die öffentliche Verschuldung jemals abgebaut wurde. Selbst dann nicht, wenn dies in einer bestimmten konjunkturellen Situation, sprich im Boon, der immer verbunden ist mit höheren Staatseinnahmen, möglich gewesen wäre. Die öffentlichen Schulden sind kontinuierlich gewachsen. Sie sind heute höher als zu jeder Zeit unserer Nachkriegsvergangenheit. Wir müssen aber doch die Konsolidierung ernst nehmen und alles tun, um Schulden auch einmal wieder abzubauen.«

Abschreckung

Margaret Thatcher, britische Premierministerin: »Natürlich ist Herrn Gorbatschow daran gelegen, die Atomwaffen aus Westeuropa loszuwerden. Gelingt ihm das, so weiß er nur zu gut, daß er die ihm zu Gebote stehende enorme Überlegenheit an Panzern, Flugzeugen, an allen konventionellen Waffen und die kolossale Überlegenheit an chemischen Waffen ins Spiel bringen kann. Das würde bedeuten, daß wir, hat er die Atomwaffen erst einmal aus Europa entfernt, niemals in der Lage wären, einen Aggressor abzuschrecken. Er könnte sich aufs Drohen verlegen, und er würde bekommen, was er fordert.«

DDR

Kardinal Joachim Meisner, Vorsitzender der DDR-Bischofskonferenz: »In einer Gesellschaft, in der keine Transzendenz möglich ist, weil der Himmel abgeschafft ist, in der es also keinen Überstieg mehr gibt, ist der Ausstieg schon vorprogrammiert. Wo der Himmel schwindet, wird einfach die Welt zu eng. Der Mensch läßt sich nicht auf ein Gatter-Dasein reduzieren. Der Mensch braucht Höhe, den Allerhöchsten. Der Mensch braucht Horizonte, nein, er braucht den Himmel. Die Erde ist ohne Himmel hoffnungslos überfordert und tödlich gefährdet. Der Mensch beginnt dann nämlich, seinen Ewigkeitshunger an der Welt zu stillen. Und dabei verzehrt er ihre Reserven und wird davon nicht satt. Man muß der Welt den Himmel wiedergeben!«

Geldhändler

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG: »Der Herdentrieb der Geldhändler – ich sage nicht der Spekulanten – bestimmt das Schicksal von Volkswirtschaften, wenn wir nicht aufpassen.«

Perspektive

Alexander Jakowlev, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU: »Wir sind keine Idealisten. Wir sehen alle Probleme, Widersprüche und sogar den Abgrund, der heute die Welt trennt. Nicht von ungefähr wurde im Referat von Michail Gorbatschow den Fragen in Form von Überlegungen ein derart starker Nachdruck gegeben. Wird der Imperialismus die neu entstandene Situation nüchtern wahrnehmen, seine Natur bändigen und von militärischen Gewaltprinzipien zu politischen Prinzipien übergehen können? Sind der Kapitalismus und seine Wirtschaft imstande, ohne militärisches Rauschgift auszukommen? Ist das kapitalistische System in der Lage, ohne neokolonialistische Ausbeutung der Völker der Entwicklungsländer auszukommen? Nur die Zeit kann auf diese Fragen erschöpfend antworten.«

Ronald Reagan

Gore Vidal, amerikanischer Bestsellerautor: »Er kennt nicht den Unterschied zwischen Gucci und Medici und weiß nur, daß eines davon seine Frau trägt.«

Sozialismus

Engelbert Pernerstorfer, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs: »Jede Kultur ist national. Der Sozialismus und der nationale Gedanke sind also nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. Jeder Versuch, den nationalen Gedanken zu schwächen, muß wenn er Erfolg hat, den Reichtum des Menschengeschlechtes vermindern. Der Nationalismus muß also doch etwas anderes sein als etwa eine atavistische Erscheinung, als ein verwerflicher Chauvinismus; seine Wurzeln müssen tief ins menschliche Erdreich gehen. Die Geschichte ist nichts anderes als die Geschichte von Völkern und von Staaten, in denen sie sich ausleben. Das Volk ist die Grund- und Urtatsache alles menschlichen Geschehens. Wer diese Tatsache übersehen oder theoretisch ›überwinden‹ will, wird immer Schiffbruch erleiden.«

Bekehrung

Ronald Reagan, amerikanischer Präsident: »Ich habe seit langem den ungeheiligten Wunsch, einige Atheisten zum Dinner einzuladen, ihnen die vortrefflichsten Gourmet-Gerichte vorzusetzen, und sie nach dem Essen zu fragen: Was meinen Sie – gibt es einen Koch?«

Gott

Alexander Solschenizyn, russischer Schriftsteller und Nobelpreisträger: »Die Menschen haben Gott vergessen, und das ist der Grund für die Probleme des 20. Jahrhunderts. Wir werden keine Lösungen finden ohne die Umkehr des Menschen zum Schöpfer aller Dinge.«

Christ

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Je mehr Macht dem Menschen gegeben ist, desto größer ist die Gefahr. Dies trifft nicht nur auf die Politiker zu, dies betrifft alle – ob in der Publizistik, in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in den Kirchen. Haben wir nun Grund zur Resignation? Wir hätten Grund, wenn wir versuchten, der Wahrheit aus dem Weg zu gehen. Aber als Christ weiß ich, daß dort, wo der Mensch sich zur Wahrheit bekennt, auch wenn sie schmerzlich ist, nicht nur Vergebung, sondern auch neues Vertrauen möglich wird.«

Deutschland

Alain de Benoist, führender Theoretiker der »Neuen Rechten« in Frankreich: »Wenn Deutschland seine Wiedervereinigung eines Tages vollziehen sollte, wird es, einmal mehr, die ganze Welt gegen sich haben. Ich vertrete deshalb die Überzeugung, daß es sich überall dort Verbündete nehmen soll, wo sie sein können, ohne Rücksicht auf Verwandtschaft und Ideologie. Jedes Volk, jedes Land in der Welt, das die Anlehnung an die Supermächte ablehnt – und ich denke hierbei vornehmlich an die Dritte-Welt-Länder – ist potentiell der Verbündete Deutschlands, so wie es der Verbündete der Europäer ist. Wir dürfen uns darüber nämlich nicht täuschen. Was wir heute über die deutsche und europäische Problematik hinaus erleben, ist nicht etwa eine Wiederentfaltung der alten, gegeneinander gerichteten Nationalismen. Es ist ebensowenig die Fortsetzung der bisherigen Spaltungen: rechts-links, West-Ost, Nord-Süd. Was allmählich entsteht, ist eigentlich eine neue Trennungslinie; sie trennt einerseits die noch lebenden Völker, die ihre Identität bewahren und zur Modernität – aus der Sicht des eigenen Schicksals – gelangen wollen, andererseits die homogenisierenden Kräfte, die die Unterschiede aufheben, die Kulturen auf ein einheitliches genormtes Modell reduzieren wollen.« □

Medizin

Lebensträger Sauerstoff

Kay Vogel

Sauerstoff ist nicht gleich Sauerstoff. Der deutsche Gelehrte Karl von Brunowsky erklärt das. Da unsere Zellen den von uns eingeatmeten Sauerstoff nur zu einem Bruchteil verwerten können, leiden diese Zellen immer mehr an Sauerstoffmangel. Dadurch wird die Lebenserwartung fast um die Hälfte reduziert. Brunowsky war ein bedeutender deutscher Naturwissenschaftler und Biologe, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Sein Sohn, Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky, setzte die Arbeiten seines Vaters fort.

Nach Untersuchungen sowjetischer Wissenschaftler sollte die Lebenserwartung des Menschen 140 Jahre betragen. Warum erreicht der Mensch dieses Alter nicht? Zweifellos ist die mittlere Lebenserwartung im Vergleich zu früher enorm gestiegen. Sie liegt heute bei rund 75 Jahren. Wegen der weltweiten Luftverschmutzung sinkt sie allerdings langsam, aber konstant wieder ab. Brunowsky kam zu folgenden Resultaten: Die Zellen des Menschen altern am Beginn des Lebens und im Alter am stärksten. Die Jahre zwischen 20 und 40 sind in jeder Beziehung am besten.

Klimaanlagen sind schädlich

Erwiesenermaßen können unsere Zellen den eingeatmeten Lebensträger Sauerstoff nur zu einem Bruchteil verwerten. Die Frage ist nun, ob der Sauerstoff noch zusätzlich etwas benötigt, um lebensaktiv zu sein. Heute weiß man, daß der Sauerstoff nur dann biologisch aktiv ist, wenn er ein negativ geladenes Ion darstellt.

Anstoß zu dieser Erkenntnis waren die Beobachtungen französischer Ärzte. Sie entdeckten, daß in Spitälern mit künstlicher Ventilation die Sterblichkeit der Patienten fast doppelt so hoch war wie in Krankenhäusern, wo die frische Luft durch das Fenster kam.

Diese Erfahrungen werden spätestens dann für uns wichtig, wenn wir in Stahlbetonbauten leben, in denen Klimaanlagen für die Luftreinigung sorgen. Deren Filter neutralisieren alle negativen Ionen aus der Luft. Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, sind gesundheitlich gefährdet. Sie klagen über Migräne, Arbeitsunlust, Mattigkeit. Sie haben den Drang, spätestens nach vier Stunden das Gebäude zu verlassen, um einen Spaziergang zu machen. Daß die Leistungsfähigkeit unter diesen klimatischen Bedingungen sinkt, wurde längst nachgewiesen.

Erste Anzeichen eines Mangels an negativen Ionen sind Klagen über Kältegefühl und Zugluft. Die Menschen glauben nämlich, dieses Kältegefühl werde durch die von der Klimaanlage ausgeblasene Luft erzeugt. Das ist aber eine Selbsttäuschung. Das Kältegefühl kommt von dem Fehlen negativer Ionen.

Wie entstehen negative Ionen?

Negative Ionen sind lebenswichtig. Ein deutscher Nobelpreisträger, der Physiker Philipp von Lenard (1862 bis 1947) hat das Phänomen der Bildung negativer Ionen entdeckt. Nach ihm wurde es »Lenard-Effekt« genannt.

Lenard schrieb eine Abhandlung »Über die Elektrizität der Wasserfälle«. Darin heißt es: »Wasserstrahlen, die auf ein Hindernis treffen, verbreiten Elektrizität in der Luft. Es müßte demnach möglich sein, Wasserfallelektrizität auch in geschlossenen Räumen eines Hauses zu erhalten.«

Das Phänomen an sich beschreibt der Wissenschaftler so: »Wassertropfen, die auf Wasser oder einen benetzten Gegenstand aufprallen, entwickeln Elektrizität. Das Wasser wird positiv elektrisch, die Luft entweicht mit negativer Ladung von der Stelle des Aufpralls. In Tropfen zerfallene Strahlen sind geeignet, die Erscheinung stark bemerkbar zu machen; die Ladung des Wassers kann sich hier bis zur Funkenbildung steigern.«

Die atmosphärische Luft, die wir einatmen, enthält immer eine gewisse Menge an lebensnotwendigen negativen Ionen. Sie entstehen auch durch intensive ultraviolette Sonnenstrahlung in großen Höhen. Einige Vergleichsmessungen zeigen, wie es in unseren Lebensräumen aussieht: Die Luft in den Bergen hat etwa 10 000 negative Ionen pro Kubikzentimeter Luft, die in den Großstädten rund 500 und die in geschlossenen Räumen nur noch 20 bis 50.

Diese wenigen Ionen in den Zimmern reichen gerade noch aus, um unseren Lebensprozeß aufrechtzuerhalten. Für die biologische Zellerneuerung bleibt aber kaum noch etwas über.

Auch die sich häufenden Herzinfarkte während eines Föhnwetters finden hier eine Erklärung. Hier gelangen hohe Luftmassen in tiefere Regionen, wo höherer Luftdruck herrscht. Sie werden schnell komprimiert und dadurch erwärmt. Das führt zu einer elektrischen Umladung in positive Ionen.

Ähnlich schlechte gesundheitliche Erfahrungen werden im Winter beobachtet. Hier hat die geringe Sonnenkraft zur Folge, daß negative Ionen nur in geringem Maß gebildet werden können. Abhilfe gegen diese winterliche Mangelsituation bilden längere Waldspaziergänge, tägliche Dauerläufe oder ein Urlaub in Waldnähe.

Karl von Brunowsky machte in den kaukasischen Bergen eine außerordentliche Entdeckung.

Wassertropfen, die auf Wasser oder einen nassen Gegenstand aufprallen, entwickeln Elektrizität. Das Wasser wird positiv elektrisch, die Luft entweicht mit negativer Ladung von der Stelle des Aufpralls.

Er stieß auf eine Siedlung, die in der Nähe eines kleinen, aber sehr hohen Wasserfalles lag. Die Menschen, die hier lebten, zeichneten sich durch ein geradezu biblisch hohes Alter aus, ohne nennenswerte Krankheiten zu kennen.

Heilsame Wirkung negativer Ionen

In diesem kaukasischen Dorf gab es eine feststehende Regel: Jeder der dort Lebenden ging jeden Morgen zu dem Wasserfall, zog sich aus und wälzte sich unter dem kalten Wassertropfenhagel auf den Steinplatten. Dabei inhalierte er die umgebende Luft.

Messungen am Fuß des Wasserfalls ergaben eine enorm negative Ladung, also eine Ionisation der Luft.

In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an die Kaltwasserkuren des Pfarrers Sebastian Kneipp und an den Bauern Priesnitz mit seinen Kaltwasserumschlägen. Da scheint sich jenseits aller Meßmöglichkeiten ein Urinstinkt gemeldet zu haben.

Nicht zu vergessen den »Wasserapostel« Viktor Schauberger und seinen Sohn, Walter Schauberger. Dieser bewies das enge Verhältnis von Wasser zur Elektrizität. Gemeinsam mit Dr. Anton Wimmer gelang es ihm, mit einem Wasserstrahl Spannungen bis zu 20 000 Volt zu erzeugen. Damit hätte er unschwer mehrere Leuchtstoffröhren gleichzeitig zünden können.

Die instinktive Kenntnis dieser Heilwirkung ist schon uralt. Die Germanen haben ihre Verwundeten auf Berggipfel getragen. In den Schweizer Sanatorien wird diesem Heilungsfaktor schon lange Rechnung getragen. Man hat dort die Ionen-Therapie längst angewandt, ehe man den Grund ihrer Wirkung kannte. Man wußte aus Erfahrung, daß die Freiluftbehandlung bettlägeriger Kranker die Behandlungsdauer wesentlich abkürzt.

Das Sonnenbad im Hochgebirge und die negativen Ionen sind auch bei schweren Haut- und Gelenktuberkulosen sehr heilsam.

Konstantin von Brunowsky hat herausgefunden, daß die tägliche Inhalation von Hydro-Ionen (Wasserfall) während nur einer Minute die Sauerstoffaufnahme des Menschen wesentlich verbessert. Das heißt: Durch die tägliche Inhalation von Hydro-Ionen werden alle Körperzellen intensiv mit Sauerstoff angereichert und ihre Lebensdauer wesentlich erhöht; dadurch aber verlängert sich auch die Lebensdauer des Menschen.



Ein Wasserfall ist im täglichen Leben nicht immer in der Nähe. Der Troma-Hyrdo-Ionisator versorgt ebenfalls alle Körperzellen intensiv mit Sauerstoff.

Ein überraschendes Resultat ergab eine Untersuchung russischer Ärzte und Biologen bei Sowjetbürgern, die ein sehr hohes Alter erreicht hatten. Man stellte fest, daß sie selbst mit Wasserfällen keinerlei Berührung hatten, ihre Vorfahren aber sehr wohl und sehr intensiv. Sie hatten ihre robuste Gesundheit und Langlebigkeit von den Vorfahren geerbt.

Negative Ionen sind sehr kurzlebig

Die sowjetischen Wissenschaftler forschten nach dem Grund: Die Ursache für diese beeindruckende Gesundheit lag darin, daß ihre Körperzellen die Fähigkeit besaßen, den eingeatmeten Sauerstoff voll zu verwerten. Den meisten »normalen« Menschen geht diese Fähigkeit ungefähr ab dem 30. Lebensjahr verloren.

Die sowjetischen Wissenschaftler stellten nach langen Experimenten fest, daß das tägliche, wenn auch kurze Einatmen von Hydro-Ionen die Körperzellen anregt, auch den normalen Sauerstoff zu verwerten. Dieser gilt für viele Forscher als biologisch »tot«, weil er nur 20 bis 50 negative Ionen pro Kubikzentimeter Luft enthält. Das aber bietet unsere tägliche Umwelt in geschlossenen Räumen.

Ergebnis der russischen Forscher: Wer eine Zeitlang Hydro-Ionen eingeatmet hat, kann drei bis vier Jahre hindurch den ionen-schwachen Sauerstoff genausogut verwerten, wie es die von ihnen untersuchten Sowjetbürger konnten.

Negative Ionen sind sehr kurzlebig. Man kann sie nicht einpacken und mitnehmen. Man muß sie am Ort ihres Entstehens konsumieren. Konstantin von Brunowsky entwickelte darum ein Gerät, das er »Troma-Ion« nennt. Es ist dies eine Art Wasserguß, der gleichzeitig zu einer negativen Ionisation der Luft führt.

Eine Düsenklappe mit sieben Hochleistungsdüsen beschleunigt das Wasser aus der Leitung auf die Geschwindigkeit eines Wasserfalles mit der Fallhöhe von 50 Metern. Die Wasserstrahlen werden aufgelöst in etwa 10 000 Tropfen pro Sekunde und trommeln auf die Haut. Die auf die Rezeptorenpunkte der Haut (Nervenendungen) aufprallenden Tropfen geben Impulse an die feinen Blutgefäße weiter und lösen Verkrampfungen. Da diese Durchblutungsanregung und negative Ionenerzeugung mit möglichst kaltem Wasser erfolgen soll, werden auch unsere innere Organe besser durchblutet.

Es gibt zur Erzeugung negativer Ionen elektrische Heimgeräte. Wie Brunowsky herausfand, entstehen in diesen Apparaten Nebenprodukte wie Ozon. Längere Zeit eingeatmet, zerstört das Ozon durch Oxydation die roten Blutkörperchen und hat auch andere negative Nebenerscheinungen.

Dazu kommt, die künstlich, also elektrisch erzeugten Ionen sind sogenannte »trockene Ionen«. Die Lungenbläschen haben große Mühe, sie aufzunehmen. Wenn man also ein solches Gerät einsetzt, muß man es rund um die Uhr laufen lassen, um den gewünschten Effekt zu erzielen.

Beim Troma-Hydro-Ionisator genügt es, ihn täglich etwa 14 bis 16 tiefe Atemzüge lang zu benutzen, also etwa rund eine Minute lang. Es geht nicht darum, ständig in stark ionisierter Luft zu leben – das ist praktisch auch kaum möglich –, sondern die Körperzellen durch Ionenstöße zu trainieren. Dann werden sie mit der Zeit auch den normalen Sauerstoff nicht nur aufnehmen, sondern auch verwerten können. □

Weitere Informationen über Troma-Hydro-Ionisator erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn.

Grundsubstanz – das Kapital des Körpers

Nikolaus Bergmüller

Der Organismus wird von der Schulmedizin als komplizierte zelluläre Funktionseinheit angesehen, und man versucht, in Anlehnung an die Virchowsche Zellenlehre, Defekte oder Krankheiten mit einfachen Ursache-Wirkungsbeziehungen auf Störungen der einzelnen Zellen zu reduzieren. Genau genommen ist der Zellbegriff jedoch nur eine morphologische Abstraktion, da die Zelle nicht isoliert von ihrem physiologischen Milieu, dem Extrazellulärraum, gesehen werden kann.

Die Zellen stehen mit der sogenannten Grundsubstzanz, die den Extrazellulärraum des gesamten Organismus durchzieht, in ständigem Kontakt und wechselseitiger Beeinflussung. Die Grundsubstanz hat nicht nur die Funktion für den mechanischen Zusammenhalt der Gewebe zu sorgen, sondern sie steuert Ver- und Entsorgung der Zellen mit Substanzen, reguliert die Homöostase des Zellmilieus und fungiert als ein der Zelle vorgeschalteter Filter humoraler Informationen. Eine chronische Alteration der Grundsubstanz kann daher über die Beeinflussung der Zellen wesentlich zur Entstehung chronischer Krankheiten beitragen.

Versorgung der Zelle erfolgt über die Grundsubstanz

Es ist daher notwendig, den von seiner Umgebung abstrahierten Zellbegriff durch die Trias-Gefäß-Grundsubstanz-Zelle abzulösen. Insbesondere ist es auch notwendig, die jahrzehntelang vernachlässigte Erforschung der Grundsubstanz voranzutreiben. Dieses Ziel hat sich die Gesellschaft für Matrixforschung gesetzt.

Einze zentrale Rolle spielt die Grundsubstanz des Extrazellulärraums für die Versorgung der Zellen, da der gesamte Stofftransport von und zu den Gefäßen durch den Extrazellulärraum per Diffusion erfolgen muß.

Überraschende Erkenntnisse über die Grundsubstanz verleihen den Forschungen der Ganzheitsmedizin neue Aspekte. Untersuchungen der Prozesse, die innerhalb der Grundsubstanz ablaufen, haben detailliert nachweisen können, daß von der Funktionstüchtigkeit der Grundsubstanz die Gesundheit entscheidend abhängt. Die Grundsubstanz umgibt sämtliche Körperzellen und bestimmt wesentlich den Einklang von Körper, Geist und Seele.

Mit immerhin 20 Prozent des gesamten Körpergewichts ist die Grundsubstanz das größte »Organ« des Körpers. Als umfassendes Regulations- und Kontrollsystem ist es für die Zellversorgung und externe Steuerung der Zellfunktionen verantwortlich. Aufgrund ihrer Regelfähigkeit stellt die Grundsubstanz die übergeordnete Instanz für die Stoffwechselvorgänge innerhalb des Organismus dar. In entscheidendem Maße ist dadurch der Zustand der Homöostase – die Balance im Zusammenspiel von Zellen und extrazellulärem Bereich – von einer gesunden Grundstubstanz abhängig.

Hier liegt die Quelle für überdurchschnittliche Leistungen und für die Lebenskraft, die jeder gerne bis ins hohe Alter erhalten möchte. Ist diese Quelle verschüttet, geht der ständige Leistungsdruck nicht spurlos vorbei: physischer und psychischer Streß, vorzeitiges Altern, Ängste und Depressionen, Herz- und Kreislaufstörungen, Konzentrationsschwäche und nervöse Gereiztheit sind die quälenden Folgen.

Die Grundsubstanz ist als das Bio-Kraftwerk für die Gesund-



Der Futtersaft der Bienenkönigin, Gelee Royal, regt die Zellatmung an und ist wesentlicher Bestandteil von Regazell Energen.

heit erkannt worden, von dem die entscheidenden Impulse für die vielfältigen Zelltätigkeiten ausgehen. Wie ein hoch kompliziertes Kommunikationssystem bildet sie ein weitverzweigtes Netzwerk zwischen den Zellen, das auf jeden Reiz mit äußerster Sensibilität reagiert und die empfangenen Informationen an die Zellen weiterleitet.

Wegen seiner Empfindlichkeit ist dieses System anfällig gegen Störungen, das heißt, die Grundsubstanz als Gesundheitskapital ist der Gefahr ausgesetzt, daß es durch Umweltbelastungen und Krankheiten aufgezehrt wird. Deshalb führt die Regeneration der Grundsubstanz zur Aktivierung der Selbstheilungsprozesse. Diese zentrale Aufgabe erfüllt das biologische Kombinationspräparat Regazell Energen.

Dieser Bio-Aktivator stimuliert auf multifaktorielle Weise die Grundsubstanz und übernimmt eine Anstoßfunktion der neutrophilen Granulozyten. Er versorgt die Grundsubstanz mit einem praktisch lückenlosen Band von Wirk- und Aufbausubstanzen, was eine Normalisierung des Zellstoffwechsels sowie die Erholungsfähigkeit des Körpers und vor allem die Verbesserung des Immunsystems bewirkt.

Professor Dr. med. H. Heine von der Universität Witten-Herdecke ist es zum ersten Mal gelungen, die Prozesse, die der Bio-Aktivator auslöst, wissenschaftlich nachzuweisen und zu dokumentieren. Der Herdecker Mediziner konnte aufdecken, daß die biologischen Wirk- und Aufbausubstanzen einen günstigen Einfluß ausüben, der in einem bedeutenden Umfang die Regenerationsfähigkeit sowie Stabilität der Grundsubstanz fördert und erhält. Dies hat unter anderem den positiven Effekt einer verbesserten Sauerstoffzuführung und damit einer gesteigerten Zellatmung.

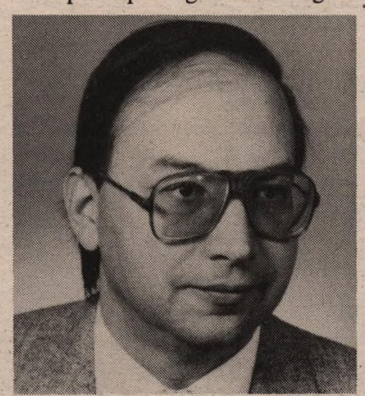
Vor allem aber strömten vermehrt Abwehrzellen des Immunsystems und deren Botenstoffe durch das weit verzweigte Netzwerk der Grundsubstanz.

Dies macht sich, laut Professor Heine, in einer Veränderung des Blutbildes zugunsten eines höheren Anteils von »Killerzellen« im Blut bemerkbar.

Professor Heine führt dieses Ergebnis seiner Untersuchungen auf die Stimmulierung der Knochenmarkszellen durch den Bio-Aktivator zurück. Der gesamte Körper ist damit wesentlich besser gewappnet gegen krankmachende Einflüsse.

Der Bio-Aktivator in der Tumor-Nachsorge

Neue Maßstäbe in der Tumortherapie setzt die gleichzeitige, beziehungsweise Nachsorgebehandlung mit dem biologischen Wirkprinzip Regazell Energen.



Dr. Bernd Schulze: »Für mich ist Regazell Energen das Mittel der Wahl in der Tumornachsorge.«

Die Grundsubstanz spielt auch eine entscheidende Rolle, die erst vor einigen Jahren ins »Licht der Wissenschaft« gerückt wurde. Es geht um die Eigenschaft der Grundsubstanz, ihre Transport-, Filter- und Kommunikationseigenschaften im extrazellulären Raum und die daraus resultierenden Beziehungen zum Tumorgeschehen einerseits und die Fähigkeit des Bio-Aktivators, die gesunden, organischen Widerstandskräfte zu mobilisieren und zu aktivieren andererseits. Die beiden Ärzte, Dr. B. Schulze und Dr. B. Dannenmaier, nahmen dies zum Anlaß eine Untersuchung an 124 Tumorpatienten durchzuführen.

Ausgangspunkt für die Studie war das meist deutlich ausgeprägte Antikörper-Mangel-Syndrom, verbunden mit erheblichen Schäden des Blutbildes und Beeinträchtigung des Gesamt-Stoffwechsels bei den Tumorpatienten.

Ziel der Studie war es, die häufig schwerwiegenden Nebenwirkungen der Zytostatika-Therapie, verbunden mit psychischen Problemen und organischen Dysfunktionen, durch die Therapie mit dem biologischen Kombinationspräparat positiv zu beeinflussen und die Wirkung durch die Bestimmung spezifischer Laborwerte nachzuweisen. Positive Erfahrungen mit dem Bio-Aktivator in der Geriatrie, Arbeitsmedizin, Gynäkologie sowie Urologie und im Hochleistungssport veranlaßten Dr. B. Dannenmaier, Frankfurt, und Dr. Bernd Schulze, Herne, dieses biologische Wirksystem in der Frühnachsorgebehandlung bösartiger Krebserkrankungen einzusetzen.

In der klassischen Tumortherapie werden die Tumorzellen durch Zytostatika angegriffen und zerstört – aber nicht nur die Tumorzellen, sondern eben auch gesunde Zellen. Einleuchtend, daß Zytostatika nur bedingt einzusetzen sind.

Der ganzheitliche Ansatz beinhaltet, daß die Grundsubstanz, von der alle Zellen direkt oder indirekt abhängen, gesund erhalten werden muß, denn die Grundsubstanz ist Basis und übergeordnetes Prinzip in einem.

Neue Denkweise in der Tumor-Therapie

Die Wirksamkeit einer Therapie in Bezug auf die Zelle allein reicht nicht mehr aus, darin sind sich die Wissenschaftler zunehmend einig. Die Funktion der Grundsubstanz in Affinität zur Zelle muß in die Tumor-Therapie Einlaß finden. Denn die Grundsubstanz ist in der Lage, einen Schutzwall gegenüber dem Tumor zu bilden, ihn in seiner Aktivität, sich auszubreiten zu hemmen, beziehungsweise ihn abzuschirmen und somit unschädlich zu machen.

Diese neue Denkweise in der Tumor-Therapie geht davon aus, Krebsgeschehen vom gesunden Gewebe her zu bekämpfen. Eine Stärkung der Grundsubstanz ist daher von zentraler Bedeutung.

Die Ergebnisse der oben erwähnten Studien waren die folgenden: Fast alle Patienten berichteten sowohl nach 20 und 40 Tagen als auch nach Abschluß der Studie von 80 Tagen über gesteigertes Wohlbefinden, Verbesserung der psychischen Grundstimmung, Steigerung des Selbstwertgefühls und eine Minderung des Krankheitsgefühls.

Neben der Verbesserung des Allgemeinzustandes konnten einige der Patienten ihre normalen körperlichen Aktivitäten ohne besondere Pflege aufnehmen und einer regelmäßigen Arbeit nachgehen.

Labortests ergaben eine signifikante Erhöhung der Lymphozyten vom T4-Typ (Helfer- oder Inducerzellen) bei allen Tumorpatienten um 20 Prozent. Die Zahl der T4-Lymphozyten gilt als zentraler Parameter der zellulären Abwehr; längere rezidivfreie Intervalle, eine bessere Vernichtung von Tumorresten und somit eine Verhinderung von Mikrometastasen sind die Folgen. Wesentlich für subjektives Wohlbefinden ist eine positive Beeinflussung der Kachexie; ein verbesserter Anabolismus und eine bessere körperliche Erholung führen zu einer Steigerung des Selbstwertgefühls.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist die Normalisierung der Leukozytenzahl. Dieser Aspekt ist deshalb von Bedeutung, da eine dauerhafte Behandlung mit Zytostatika nur erfolgen kann, wenn die Leukozytenzahl normal ist. Ansonsten müssen längere Behandlungspausen erfolgen, bis die Leukozytenzahl sich wieder der Norm annähern.

Mit dem Präparat kann man nicht die Grundkrankheit heilen, darin sind sich die Mediziner einig, aber die Nebenwirkungen werden günstig beeinflußt beziehungsweise behoben.

Bei gleichzeitiger Behandlung mit Zytostatika kann diese Therapie länger durchgehalten werden, beziehungsweise in kürzeren Abständen wiederholt werden.

Dr. B. Dannenmaier zog das Fazit der Studie: »Die gute Verträglichkeit zusammen mit der Steigerung der körperlichen Abwehrkräfte macht diesen Bio-Aktivator zu einem wertvollen Phytotherapeutikum in der onkologischen Gesamtbehandlung vom Tumorpatienten.«

Dr. B. Schulze geht noch einen Schritt weiter, wenn er sagt: »Für mich ist Regazell Energen das Mittel der Wahl in der Tumornachsorge.« □

Regazell Energen erhalten Sie in jeder Apotheke. Weitere Informationen können Sie direkt vom Hersteller, BIO-NATURKRAFT GmbH, Biologische Präparate, Gruber Straße 64, 8011 Poing, anfordern.

Vertrauliches

USA

Das Komplott zwischen Meese und Peres verdichtet sich

Der dubiose Handel zwischen dem amerikanischen Justizminister Edwin Meese und dem damaligen israelischen Premierminister Shimon Peres zur Garantie der Sicherheit eines privaten Pipeline-Projekts im Wert von mehreren Milliarden Dollar vom Irak über Jordanien zum Roten Meer wird immer eigenartiger.

Peres – zur Zeit israelischer Außenminister – hat zugegeben, Meese im Sommer 1985 eine handgeschriebene Botschaft geschickt zu haben, in der er das Interesse der israelischen Regierung am Plan der internationalen Bechtel Corporation bekundete. Bisher hatte er verneint, eine solche Botschaft geschickt zu haben.

Die Botschaft wurde auf Veranlassung von Bruce Rappaport, einem gerissenen israelisch-schweizerischen Geschäftsmann, geschickt, der von Bechtel in den Plan mit einbezogen worden war. Rappaport, ein langjähriger Freund von Peres und finanzielles Rückgrat der israelischen Labor-Partei, hatte sich zuvor die Hilfe von Meeses Freund und persönlichem Anwalt, E. Bob Wallach – jetzt im Wedtech-Skandal unter Anklage, in dem auch Meese verstrickt ist – versichert, der seinerseits den amerikanischen Justizminister um Unterstützung bei der Durchsetzung des Plans gebeten hatte. Auf Wallachs Veranlassung hin reagierte Meese und sagte, seiner Meinung nach wäre das Pipeline-Projekt »von gegenseitigem Nutzen für die daran beteiligten Länder«.

Peres behauptet, seine Botschaft an Meese sei nicht über diplomatische Kanäle gegangen, »weil mir Leute gesagt haben, der Justizminister werde sich darum kümmern«. Meese gab die Angelegenheit später zur weiteren Verfolgung an den Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert McFarlane weiter.

Der ganze niederträchtige Plan wird derzeit von dem unabhängigen Anwalt James McKay untersucht, der gegen Meese wegen einer Anzahl offizieller Tatbestände von Fehlverhalten ermittelt. Quellen, die mit den Ermittlungen vertraut sind, sagen, die Regierung sei nicht nur besorgt über Meeses Rolle an dem Plan, sondern jetzt auch über die Rolle von Peres, von dem US-Außenminister George Shultz eine Schlüsselrolle in der amerikanischen Initiative zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts erwartet.

Im Zusammenhang mit dem unglücklichen irakischen Pipeline-Plan der Bechtel Corporation heißt es in einem Pressebericht:

»Vielleicht war der damalige Premierminister Shimon Peres manchmal zu eifrig bemüht, andere zufriedenzustellen und zu schnell damit bei der Hand, das zu tun, was die verschiedensten Regierungsvertreter von Israel verlangt haben (ein Hinweis auf seine Beteiligung an dem Geschäft, Waffen gegen Geisel, mit dem Iran). Doch es ist sicherlich eine Beleidigung für ihn und Israel, zu glauben, man könne ihn mit einer einfachen Bestechung kaufen.« □

Sowjetunion

Dicke Sowjetbürger sollen abspecken

Jetzt, wo ihr Mann, Michail Gorbatschow, angefangen hat, Atomraketen in Schirmständer zu verwandeln, besprach Raisa Gorbatschow mit einer Besucherin aus Jerusalem nicht weniger furchterregende Aussichten:

Wie man dicke Sowjetbürger in dünne verwandelt. Bernice Weston, Gründerin der Weight Watchers in Großbritannien, die zeitweise in Jerusalem lebt, soll die Möglichkeit eines Programms zur Gewichtskontrolle in der Sowjetunion prüfen. □

Sowjetunion

Gosplan und Rüstung in einer Hand

Der Kreml hat den Mann zum neuen Leiter des Staatsplanungsausschusses (Gosplan) ernannt, der für die gesamte Rüstungsindustrie in der Sowjetunion verantwortlich gewesen ist.

Yuri Maslyukov, 50 Jahre, wurde zum Nachfolger von Nikolai Talyzin im Gosplan ernannt.

Maslyukov war zunächst von 1982 bis 1985 stellvertretender Vorsitzender von Gosplan. Seit November 1985 war er verantwortlich für die Militärindustrie-Kommission des Ministerrats der UdSSR. Es wird erwartet, daß Maslyukov auch als Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees aufgestellt wird.

Mit seiner Ernennung findet zum zweiten Mal eine Personalveränderung an der Spitze der sowjetischen Rüstungswirtschaft seit November statt, als Lev Zaikov, der neue Boß der Moskauer Partei in einer Sondersitzung des Moskauer Parteizentralkomitees zum Nachfolger von Boris Yeltsin ernannt wurde. In einem Bruch mit der Tradition durfte Zaikov, ein Mitglied des Politbüros, seinen Posten im Sekretariat des Zentralkomitees als Überwacher des Militärindustriekomplexes behalten.

Der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass zufolge wurde Nikolai Talyzin, der Mann, dessen Nachfolger Maslyukov wurde, Vorsitzender des Büros für soziale Entwicklung. Vor einigen Monaten hatte Gorbatschow bei einer Vollversammlung des Zentralkomitees seine Handhabung der Wirtschaft angegriffen.

Von der Nachrichtenagentur Reuter zitierte Experten meinen jedoch, Talyzin könnte sogar die volle Mitgliedschaft im Politbüro erhalten. Talyzins neuer Posten im Büro für soziale Entwicklung füllt eine unbesetzte Stelle, die im Oktober durch die Entfernung Geidar Aliyevs frei wurde, der auch seinen Sitz im Politbüro verlor. Sie weisen darauf hin, daß Talyzin einer der drei ersten stellvertretenden Premiers bleibt. Einer der anderen beiden ist Maslyukov. □

Supermächte

Gegen Atomprogramme in Indien und Pakistan

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion versuchen zu verhindern, daß Indien und Pakistan Atomwaffenmächte werden – so der Kommentator Brahma Chellaney in der indischen Zeitung »The Statesman«.

Die Sowjets, so schrieb er, drängen Indien zum Kauf von zwei der veralteten sowjetischen VVER-440-Atomreaktoren. Das Modell VVER-1000, das in Tschernobyl versagte, wurde eingemottet und die Russen selbst unterstützen jetzt das Modell VVER-1800. Sie bieten 2,5 Prozent Zinsen, die über einen Zeitraum von 20 Jahren zu zahlen sind, um die Inder für das Geschäft zu ködern.

Chellaney fügt hinzu, das Atom-U-Boot Viktor Class 1, das die Inder der UdSSR auf der Basis eines vierjährigen Leasingvertrages abgenommen haben, soll dazu beitragen, die Inder zu zwingen, sich auf veraltetere U-Boote zu stützen, und es der Sowjetunion ermöglichen, in das Atomprogramm der Inder »hineinzukommen« und Indien daran zu hindern, Atomwaffen herzustellen.

Chellaney behauptet, Washington verfolge die gleiche Politik gegenüber Pakistan, das hinsichtlich Waffen und Bargeld stark von den Vereinigten Staaten abhängt und deren Regierende gedrängt werden, das Atomprogramm einzuschränken. □

Ägypten

Wassernot am Nil

Ägypten hat angesichts äußerst niedriger Wasserstände im Nil in Erwartung von Wasser- und Energienot einen nationalen Notstand erklärt. Dies verkün-

dete Energieminister Maher Abaza. Die Erklärung erfolgte nach einem alarmierenden Absinken des Wasserstandes im Nasser-See am Assuan-Staudamm.

Die herannahende Krise zeigte sich schon seit mehreren Monaten. Im Dezember letzten Jahres führte Präsident Mubarak bei einer Notstandssitzung seines Kabinetts den Vorsitz, die über die Wasserkrise am Nil beraten sollte.

Abaza zufolge bedeutet der niedrige Wasserstand im Nil nicht nur Wassernot am Ende des Frühjahrs und im Sommer, sondern auch Einschränkungen in der Stromerzeugung. Der Assuan-Staudamm liefert über 40 Prozent von Ägyptens Energiebedarf.

Offizielle Vertreter nannten die fünf Jahre anhaltende Dürre in Zentralafrika als die Ursache für die niedrigen Wasserstände, die sich auf den Nil ausgewirkt hat.

Doch die Dürre ist nicht allein dafür verantwortlich. In den letzten Jahren wurden Wasserprojekte in der Nilregion unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds und mit Unterstützung Washingtons storniert. Besonders ins Gewicht fiel dabei die Einstellung der Arbeiten am Jonglei-Kanal im Sudan. □

Philippinen

Militär beruft Reservisten ein

Etwa 45 000 Reservisten werden in diesem Jahr auf den Philippinen einberufen werden, um neue Verteidigungsgruppierungen mit dem Namen Citizens Armed Force Geographical Units (CAFGU) zu bilden, die die Civilian Home Defense Forces (CHDF) ersetzen werden.

Dies berichtete die philippinische Tageszeitung »Philippines Daily Globe«.

Aus Quellen in Camp Aguinaldo verlautete, daß noch viel mehr Reservisten mobilisiert werden müssen, denn das Programm sieht die Stationierung von mindestens 600 Mann starken CAFGU-Bataillonen in jeder der 75 Provinzen vor.

Brigadegeneral Honesto Isleta, stellvertretender Stabschef der bewaffneten Streitkräfte für zivil-militärische Operationen, sagte, es seien Vorbereitungen im Gang für die Organisation von ein oder zwei Trupps von je zwölf Mann in jedem Bezirk und zwei Aufgeboten von je 32 Mann oder drei Aufgeboten von Kompaniegröße in jeder Stadt.

Während das Militär versucht mit den kommunistischen Aufständischen fertig zu werden, war das philippinische Repräsentantenhaus im Februar bei einer Abstimmung darüber geteilter Meinung, ob die amerikanischen Militärstützpunkte im Land bleiben sollten oder nicht.

Dem »Manila Bulletin« zufolge führte der Sprecher Ramon V. Mitra die Gruppe der regierungsfeindlichen Kongreßabgeordneten, die sich gegen die Beibehaltung der Stützpunkte aussprachen, während sich der Führer der Minderheit im Parlament, Rudolfo Abano, und viele Parteilose für die Beibehaltung einsetzten. Doch beide Führer betonten, die Philippinen sollten das an Pacht und anderen Formen der Entschädigung bekommen, was ihnen zusteht und was auch andere Länder bekommen, in denen sich amerikanische Stützpunkte befinden. □

Argentinien

Links-rechts Polarisierung wird spürbar

Während sich die wirtschaftliche und politische Krise in Argentinien verschärft, mobilisieren sich radikale Gruppen der Rechten und der Linken, um das Land weiter zu destabilisieren.

Nach einem gescheiterten Coup-Versuch der Militärs im Januar verkündeten drei Armee-Offiziere, sie würden »in den Untergrund« gehen, »um den Marxismus zu bekämpfen«. Einer von ihnen sagte, er erkenne nur Oberst Aldo Rico, den im Gefängnis sitzenden Anführer der Meuterei, als Kopf der Armee an.

Modell für diesen Schritt ist die Secret Army Organization (Geheime Armee-Organisation), OAS, der fünfziger Jahre, die die französischen Greueltaten in Algerien anführte und dann versuchte, den Präsidenten Charles de Gaulle bei zahlreichen Gelegenheiten zu ermorden.

Der Plan ist, zu versuchen so viel argentinisches Militär wie möglich, besonders den nationalistischeren Flügel, in die Themen des andauernden Zusammenbruchs des Prestiges der Armee, der ständigen Kürzungen im Militärhaushalt und anderer Mißstände hineinzuziehen.

Der zweite Teil der Operation besteht darin, eine linksgerichtete Bewegung zu schaffen, die bereits in Form einer Koalition mit dem Namen »Movimientos Todos Por la Patria« (Bewegung alle für das Vaterland), MTP, in Gang gesetzt wurde, wozu Elemente der Montoneros-Guerillas und ökologischer Gruppen der kommunistischen Partei gehören. □

Niederlande

Das gute Geschäft der Sowjets mit INF

Der pensionierte Generalleutnant Gerard Berkhof von der niederländischen Armee äußerte sich in Bonn hinter verschlossenen Türen zu einer halb-offiziellen Zuhörerschaft über die neue strategische Priorität, die die Sowjetunion ihren Operationen der Luftwaffe und denen der Sonderstreitkräfte zugewiesen hat, insbesondere wenn der INF-Vertrag ratifiziert ist.

General Berkhof zitierte Dokumente der Voroshilov-Generalstabsakademie in Moskau, in denen die sowjetische Militärführung ihre Überzeugungskraft zum Ausdruck brachte, daß 15 Prozent der Schlüsselziele der NATO einschließlich der Pershing II und der Cruise-Missiles von den sowjetischen Sonderstreitkräften, genannt Spetsnaz, zuverlässig ausgeschaltet werden könnten. Weitere zehn Prozent könnten durch Luftstreitkräfte lahmgelegt werden und die restlichen 75 Prozent durch SS-20-Raketen.

Mit den Pershing-II-Raketen in Alarmbereitschaft schätzt der sowjetische Kommandostab allerdings, daß nach einer Bombardierung durch SS-20 und einem Luftangriff noch genug Pershing II und Cruise-Missiles verbleiben würden, um einen sowjetischen Angriff gegen Westeuropa lahmzulegen.

Die Sowjetunion hat »mit INF ein gutes Geschäft gemacht«, sagte General Berkhof, weil sie ihr übriges Nuklearpotential behält und weil sie nicht mehr von SS-20 abhängen wollten, um Ziele zu vernichten. Wenn INF ratifiziert wird, werden Spetsnaz-Einheiten angewiesen, weit mehr als 15 Prozent der Schlüsselziele zu zerstören, bevor die offenen Feindseligkeiten beginnen.

Mit der Öffnung des europäischen Felds für die sowjetische Spetsnaz durch den INF-Vertrag, sagte General Berkhof, würden diese Streitkräfte umorganisiert und mit kleinen Nuklear-, biologischen und chemischen Waffen ausgestattet und in absehbarer Zukunft auch mit elektromagnetischen Waffen.

Ein Vertreter der amerikanischen Botschaft in Bonn fragte General Berkhof, warum es in den Vereinigten Staaten mehr Widerstand gegen den Vertrag zu geben scheint als in Europa, wenn das Bild für Europa nach INF so düster aussähe. Berkhof antwortete, er könne diesen Eindruck nur dann gewinnen, wenn er den Politikern Glauben schenke, die nicht stark genug sind zuzugeben, daß die »Zwei-Weg«-Entscheidung der NATO-Verhandlungen über die Aufgabe der Pershing II falsch war.

»Doch wenn Sie einen Augenblick in die Hinterzimmer dieser Regierungsbüros treten, werden Sie die Sorgen und die Schreie der Leute hören, die sich die Haare raufen.« □

Golf-Region

USA drängen auf Sicherheitsbündnis

Die türkische Regierung wurde von Washington offiziell angesprochen und gebeten, einem re-

gionalen Bündnis zur Verteidigung des Golfs von Arabien beizutreten, so verlautete aus Quellen in Ankara. Es hieß, Washington habe die Türken gebeten, einige Militäreinheiten nach Mekka und Medina zu entsenden, die helfen sollten, Saudi-Arabien zu schützen.

Die Anfrage erfolgte vor kurzem, als klar wurde, daß Ägypten nicht die Absicht hat, eine aktive Militärstreitmacht in das Königreich Saudi-Arabien zu entsenden. Derzeit hat Ägypten lediglich Militärberater in Saudi-Arabien stationiert.

Die türkische Regierung hat auf die Bitte nicht formell geantwortet und die türkischen Quellen betonen, das Projekt stehe in Zweifel angesichts der Tatsache, daß die Anwesenheit von türkischen Truppen in Mekka von den Saudis selbst vielleicht nicht willkommen geheißen werden könnte. Saudi-Arabien war einst vom ottomanischen Imperium besetzt. □

Angola

USA träumen vom Rückzug der Kubaner

Der stellvertretende amerikanische Außenminister, Chester Crocker, der kürzlich Angola besuchte, behauptet, daß eine Einigung über den Rückzug von 40 000 jetzt in Angola stationierten kubanischen Soldaten erzielt worden sei. Über Berichte anhaltender heftiger Kämpfe in Angola einschließlich der Belagerung einer Stadt durch Dr. Jonas Savimbis UNITA-Guerillas befragt, sagte Crocker, »ein realistisches Element käme von vielen Seiten herein, einschließlich der Kubaner«.

Crocker sagte auch, es bestände ein »Zusammenhang« zwischen dem Rückzug der Kubaner aus Angola und den Südafrikanern, die ihre Streitkräfte aus Namibia abziehen. Er behauptet, dieser Zusammenhang sei »als eine Realität bestätigt. Es ist kein Rechtsprinzip, sondern eine politische Realität.«

Der südafrikanische Außenminister Pik Botha hat Crockers Mission angegriffen und meinte, »sie diene keinem Zweck«. Er äußerte sich weiter, die Vereinigten Staaten hätten wegen ihrer Haltung zu Südafrika »jeglichen Einfluß verloren« und handelten mit »Unzuverlässigkeit und aus Rachsucht«. □

Sambia

Kaunda verlangt Kreuzzug gegen die Armut

Der Präsident Sambias, Kenneth Kaunda, verlangte in einer Rede in Rom nach verstärkten Bemühungen, die Armut und die Hungersnot zu bekämpfen, und fügte hinzu: »Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß die natürlichen Reserven in den Schwellenländern ausreichen, um die existierende Bevölkerung hundertfach zu ernähren.«

Kaunda verlangte nach Nord-Süd-Joint-ventures auf dem Entwicklungssektor. »Wo diese existieren«, sagte er, »hat sich gezeigt, daß unsere menschlichen Reserven und die Reserven der Natur zum beiderseitigen Nutzen sowohl der Schwellenländer als auch der Industrieländer entwickelt werden können.« □

Großbritannien

Kritik an der Kürzung der US-Rüstungsausgaben

Die britisch-amerikanische Verteidigungskooperation und die amerikanische Position in der NATO werden durch die »hohen Kürzungen« in den amerikanischen Verteidigungsausgaben negativ beeinflußt, die das US-Verteidigungsministerium verkündete, so hieß es in der Londoner »Times«. Der Verlust von Zehntausenden von Soldaten, Seeleuten und Mitgliedern der Luftwaffe hat »Auswirkungen auf die Truppenstärke in Europa und andere Auslandsstützpunkte«, heißt es in der britischen Zeitung. Weiter: »Dutzende von Kampfflugzeugen, Hunderte von Helikoptern, viele Zerstörer und vielleicht zwei strategische U-Boote werden wahrscheinlich geopfert.«

Ein mögliches Opfer der amerikanischen Kürzungen wird ein gemeinsames Projekt zwischen Westinghouse und der britischen Luftfahrtindustrie zum Bau eines neuen Flugzeugs sein. Das Projekt hätte zu Aufträgen in der Größenordnung von mehreren Milliarden Dollar geführt.

Ein weiteres anglo-amerikanisches Projekt, das wahrscheinlich aufgehoben wird, so die »Times«, ist das Hochfrequenz-Schiffsfunkprojekt im Wert von 50 Millionen Dollar, voraussichtlich im nächsten Jahr. □

Kolumbien

Bombenanschlag auf Hammers Firma

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist die Hauptverwaltung von Occidental Petroleum in Bogota, Kolumbien, von einer Autobombe getroffen worden. Die Verantwortung dafür übernahm die ELN, eine Guerillagruppe, die zuvor schon Bombenanschläge auf Occidental und andere Pipelines in Kolumbien ausgeübt hatte. Die Occidental Petroleum gehört zum Imperium des Öl-Milliardärs und Kreml-Freundes Armand Hammer.

In der Zeitung »El Tiempo« hieß es, die ernsthafteste Folge des Bombenanschlags sei, daß er signalisiere, daß ELN seine Aktivitäten nicht länger auf »unwirtliche« Gegenden des Landes beschränkt, sondern daß sie mit ihrem Terrorismus vom Dschungel in die Städte kommen.

Polizeibeamte stellten auch fest, daß die Bombenanschläge einen professionellen Charakter trugen, den es vorher bei der ELN nicht gegeben hat. Der F-2-Bombenabwehreinheit zufolge war man überrascht über die Effektivität des Anschlags.

Die Bombe mit einem Gewicht von zehn Kilo wurde über Fernbedienung aus einer Entfernung von 70 Metern aktiviert. Sie war genau an der richtigen Stelle plaziert, um eine maximale Zerstörung ihres Ziels zu gewährleisten. Durch die Explosion kamen Fenster zu Bruch und mehrere Augenzeugen berichteten, daß es taghell war, als die Bombe des Nachts explodierte. Es wurden allerdings keine Einrichtungen oder Maschinen von Occidental zerstört. □

Mexiko

Gründung einer Kommission für Außenpolitik

Zum ersten Mal wird Mexiko Spitzenbeamte aus den Wirtschaftsministerien, den Banken und führenden Firmen aus dem öffentlichen Sektor in der Formulierung seiner Außenpolitik mit einbeziehen. Die regierende PRI-Partei gab die Gründung einer neuen außenpolitischen Kommission bekannt, die weitaus mehr auf Mexikos Wirtschaftsinteressen ausgerichtet ist als ähnliche Organe in der Vergangenheit. Der Denktank wird von Carlos Salinas de Gortari, dem Architekten für die Durchsetzung der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Mexiko und Präsidentschaftskandidaten der PRI-Partei für das Jahr 1988, gefördert.

Die Kommission wird 70 Mitglieder haben einschließlich der Vorsitzenden der vier großen verstaatlichten Banken, Handels- und Auslandsinvestitions-Experten aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Ebenso gehören dazu Mr. Angel Gurria, Mexikos Top-Schuldenunterhändler, sowie Andrian Lajous Vargas von Pemex, der nationalen Ölgesellschaft.

Die Londoner »Financial Times« kommentierte zu der Ankündigung, dies sei der Beweis dafür, daß Mexikos Fähigkeit, nationale Souveränität auszuüben, von externen Variablen abhänge wie dem Ölpreis, internationalen Zinssätzen und der US-Wirtschaft. □

Argentinien

USA suchen Marine-Stützpunkt

Ein Experte der amerikanischen Marine berichtete von Gerüchten darüber, daß sich ein US-Standortbeurteilungsteam kürzlich in Argentinien aufgehalten hat, um wahrscheinlich nach einem Standort für die Stationierung eines P-3-Orion-Marine-Patrouille-Flugzeugs Ausschau zu halten.

Es wird von größeren Bauaktivitäten auf der argentinischen Marinebasis in Comodoro Rivadavia berichtet, die wahrscheinlich derzeit die am schnellsten wachsende Marinebasis auf der Welt ist.

Der Experte meinte, die Argentinier seien Gerüchten zufolge eifrig darauf bedacht, Amerikas Freunde zu sein und »de facto« Mitglied der NATO zu werden.

Die eigene Beurteilung des Informanten geht dahin, daß die Vereinigten Staaten und Argentinien »ernsthafte Zusammenarbeit untereinander und Kommunikationsverbindungen auf höchst sensitiver taktischer Ebene beabsichtigen«.

Der Informant berichtete auch, »das ganze argentinische Militär sei den USA herzlich zugeneigt«, doch es gäbe »Verstimmungen in der Luftwaffe«, weil durch ein Waffenembargo eine Lieferung von taktischen Kampfflugzeugen im Wert mehrerer Milliarden Dollar aus Israel verzögert wird, die Argentinien bereits bezahlt hat. □

Malaysia

Regierende Partei soll illegal sein

Premierminister Mahathir Mohamad von Malaysia hat Rufe nach seinem Rücktritt zurückgewiesen, nachdem ein Gericht verfügt hatte, daß seine Regierungspartei, die UMNO, eine »illegale Organisation« sei.

Die Entscheidung fiel als Reaktion auf einen Prozeß durch Parteidissidenten, die die parteiinternen Wahlen vom April 1987 für ungültig erklären lassen wollten, die Mahathir mit 43 Stimmen gewann.

Der Premierminister sagte dazu in einer Pressekonferenz, daß er nach Rücksprache mit politischen Vertretern die Regierung weiterhin führen werde, und zwar zunächst ohne eine politische Partei.

Die Gerichtsentscheidung hat unter den 1,4 Millionen Mitglieder der UMNO Verwirrung geschaffen, sagte er, doch was ihn angeht, so sei er immer noch Premierminister und die »Regierung macht weiter wie bisher«.

Richter Harun Hashim von Kuala Lumpur, der die Entscheidung fällte, wies den von den Dissidenten eingebrachten Antrag zurück, doch dadurch, daß er die UMNO für illegal erklärte, gab er ihnen mehr, als sie angestrebt hatten. Mahathir hatte den Richter im vergangenen Jahr beschuldigt, zugunsten der Opposition voreingenommen zu sein.

Unterdessen verkündete Tunku Abdul Rahman, Malaysias erster Premierminister und Elder Statesman (erfahrener Staatsmann), daß er beabsichtige, eine neue Malay-Partei zu gründen, und beschuldigte gleichzeitig Mahathir, die Partei ruiniert zu haben. □

Panama

Hat Noriega Unterlagen über George Bush

»Wir haben von General Noriega Zugang zu Unterlagen erhalten, die politisches Dynamit enthalten; Unterlagen, die Einfluß haben könnten auf die bevorstehenden Wahlen in den USA und für die amerikanische Position zu anderen Ländern«, sagte Raymond Takiff, einer der Anwälte des Chefs der Verteidigungsstreitkräfte Panamas, General Manuel Antonio Noriega.

Noriega wurde vor einem Gericht in Miami, USA, im Zusammenhang mit Drogen angeklagt, doch er behauptet, die Anklage sei Teil einer amerikanischen Verschwörung, die Souveränität Panamas und seiner Armee als einer Institution zu zerstören. Wie zur Bestätigung der Behauptungen Noriegas bot der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Elliott Abrams, in einer Besprechung mit dem Präsidenten von Panama, Eric Delvalle, an, die Anklagen gegen Noriega fallenzulassen, wenn der Präsident ihn und seine Freunde ins Exil schikken würde.

Takiff machte seine Äußerungen bei seiner Ankunft in Miami. Die amerikanische Zeitung »Boston Globe« schrieb dazu, der Anwalt habe »gedroht, die Unterlagen zu verwenden, wenn wir dazu gezwungen werden«. Er lehnte es ab, weitere Auskünfte darüber zu geben, doch in dem »Wall Street Journal« wurde die Geschichte so dargestellt, als ob George Bush Gegenstand der Unterlagen sei.

Bushs Gegner haben schon eine Zeitlang Gerüchte kursieren lassen, daß er befremdliche Verbindungen zu General Noriega habe. Es wurden jedoch keine Beweise geliefert. Im »Wall Street Journal« wird behauptet, Bush habe Noriega dazu benutzt, Fidel Castro vor der amerikanischen Invasion Grenadas im Oktober 1983 zu warnen. Zu einer Zeit, wo Bush CIA-Direktor gewesen ist – die Jahre 1976 und 1977 –, stand angeblich Noriega auf der Gehaltsliste des amerikanischen Geheimdienstes. □

Grüne

Gegen Patenschaft mit den Schlesiern

Am 18. Februar 1988 stellte die Fraktion der Grünen im Niedersächsischen Landtag folgenden Antrag: »Kündigung der Patenschaft mit der Landsmannschaft Schlesien«.

Nach Auffassung der Grünen sei der wesentliche Zweck der Patenschaft mit der Landsmannschaft, nämlich die Stützung der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in das politische und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland, erfüllt und abgeschlossen. Außerdem hätten die politischen Führer der Landsmannschaft in der Öffentlichkeit wiederholt revanchistische Forderungen erhoben, die vom Landtag und von der Landesregierung nicht durch Aufrechterhaltung der Patenschaft unterstützt werden dürften.

In der mündlichen Begründung erklärte der Abgeordnete Kampmann: »Wir sind gegen eine Patenschaft Niedersachsens mit der Landsmannschaft Schlesien, weil diese Landsmannschaft durch ganz brachiales Offenhalten der deutschen Frage eine Gefährdung für den notwendigen Prozeß der Entspannung und der Versöhnung mit den Menschen und Staaten Osteuropas darstellt. Erklärtes Ziel ist nach wie vor die Revision der Grenzen in Europa und die Annexion polnischen Territoriums durch die Bundesrepublik. Es ist daher nötig, daß der Niedersächsische Landtag seinen eindeutigen Willen erklärt, dieser Politik der Landsmannschaft Schlesien jegliche Unterstützung zu entziehen. Wenn hier mit Beharrlichkeit von den deutschen Ostgebieten gesprochen wird, so ist das ein Relikt aus dem kalten Krieg.« Noch wurde der Antrag abgelehnt. □

Umfrage

Was wissen die Amerikaner von Europa?

Immerhin halten mehr als vier von fünf der befragten US-Bürger die Bindungen zwischen ihrem Land und Westeuropa für sehr wichtig. Bei einer vergleichbaren Umfrage im Jahr 1973 hatten nur zwei von drei Amerikanern diese Auffassung vertreten. Fast 70 Prozent sind heute der Ansicht, daß die Stationierung von US-Truppen in Westeuropa notwendig sei. Dieses relativ große Engagement für den »alten Kontinent« erklärt sich zum Teil aus der europäischen Abstammung der Befragten. Bei zwei Drittel kamen die Vorfahren, bei einem Drittel sogar Eltern oder Großeltern aus Westeuropa. □

Briefe

Betr.: Österreich »Der Anschluß – Opfer oder Täter?«, Nr. 4/88

Die Österreichische Historiker-Arbeitsgemeinschaft verlangt die pflichtgemäße Amtsausübung Waldheims als Bundespräsident und den Rücktritt des Generalintendanten des Österreichischen Rundfunk-Fernsehen (ORF). Die Historiker-Arbeitsgemeinschaft fordert angesichts der von einigen wenigen österreichischen Politikern angezettelten und von ausländischen Medien übernommenen Waldheim-Kampagne die Durchführung folgender Maßnahmen:

Erstens, geradliniges Verhalten Waldheims im Amt, zu dem er in demokratischer Wahl von der Mehrheit aller Österreicher gewählt wurde und das er pflichtbewußt auszuüben hat.

Zweitens, Rücktritt des Generalintendanten des ORF Podgorsky wegen fortlaufender Übertretung beziehungsweise Nichtbeachtung des Rundfunkgesetzes (RFG 1974), so vor allem der Paragraphen 8, Absatz 2 Z 1, und 10, Absatz 2 Z 1, betreffend die Programmgestaltung und Programmerstellung (siehe Memorandum an den Vorsitzenden des Kuratoriums des ORF, 1984); permanenter Verdunkelung der österreichischen Geschichte (siehe »Mißachtung des österreichischen Soldatentums durch Massenmedien« – Chronologie eines Ringens der Alt- und Bundesheersoldaten um Gleichheit vor dem Rundfunkgesetz und Schreiben von Eduard Murgg vom 14. Januar 1988 an Generalintendant Podgorsky); wiederholte Verleumdung österreichischer Heerführer wie Generalstabschef Conrad von Hötzendorf und Generaloberst Alexander Löhr sowie von 1,2 Millionen österreichischer Soldaten, die in Ausübung ihrer soldatischen Pflichterfüllung Kriegsdienst leisten mußten.

Drittens, Veröffentlichung des auf Grund der im Abschlußstadium befindlichen Überprüfung als Dokument anerkannten Lachout-Müller-Schriftsatzes von 1948, das Österreich vom Vorwurf der Beteiligung an gigantischen Völkerrechtsvergehen freispricht.

Originalunterlagen können jederzeit eingesehen werden, Kopien werden auf Wunsch übersendet.

Dr. Hans Miksch, Rechtsanwalt und Historiker, Hauptstraße 54, A–8380 Jennersdorf.

Betr.: Gipfeltreffen »Europäer fürchten ein neues Jalta«, Nr. 3/88

Es ist für uns Deutsche Anlaß zur Scham, daß wir nichts zur hoffentlich eintretenden Entspannung zwischen den Weltmächten beigetragen haben, obwohl davon gerade unsere Existenz abhängt. Es gibt in der Bundesrepublik einige, denen ihre Freiheit wichtiger ist als das Leben der Menschen in der DDR. Und es gibt in der DDR einige, denen ihr Sozialismus wichtiger ist als das Leben der Menschen hier.

Wenn, wie das Sprichwort sagt, jede Schuld sich auf Erden rächt, haben wir Deutschen Schlimmes zu erwarten. Wenigstens sollte diesen Menschen hier wie dort zum Bewußtsein kommen, daß sie schwerste Schuld auf sich geladen haben!

Es ist ein Zeichen von gespaltenem Denken, wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller die ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin auffordert, künftig Angehörige von Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR stärker zu unterstützen, obwohl beim gegenwärtigen Trend der CDU hier die Friedensgruppen der Bundesrepublik keine Unterstützung finden sollen.

Wenn der CDU-CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger sich gegen eine dritte Null-Lösung bei den atomaren Kurzstreckenraketen wendet, bedeutet das praktisch ein Sich-Einsetzen für eine kräftige Aufrüstung in diesem Waffenbereich, da die sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich drückend ist. Warum trägt Dr. Dregger mit diesem Vorschlag zur Abtötung des zarten Pflänzchens der atomaren Abrüstung bei, indem er dem Trend zur atomaren Abrüstung zuwiderhandelt, wie er im Verhältnis der Supermächte mit den bisherigen Null-Lösungen hoffentlich sichtbar wird?

Das Sicherheitsstreben rivalisierender, gegeneinander rüstender Mächte verhindert den Krieg nicht, sondern nur das jedem der Rivalen eigene Mißtrauen gegen Dritte, die als Folge eines solchen Kriegs die Position der Rivalen in der Welt einnehmen könnten. Wir sollten dankbar sein, daß solches Mißtrauen gegen Dritte den Krieg zwischen den Supermächten, verhütet hat, und nicht an Einzelheiten des endlich unterzeichneten ersten Abrüstungsabkommens mäkeln.

Das Märchen vom Nato-Doppelbeschluß, der das Dasein sowjetischer Atom-U-Boote im Atlantik widerlegt, deren Raketen imstande wären, New York und Washington aus viel kürzerer Entfernung zu zerstören, als Pershing II und Cruise missiles Moskau treffen könnten. Auch sind die Sowjets im Weltraum überlegen.

Man kann nicht, zwischen Massenvernichtungsmitteln zu militärischen und solchen zu politischen Zwecken unterscheidend, Vernichtungsmittel zu militärischen Zwecken verwerfen und für den politischen Zweck billigen. Solche Vernichtungsmittel sind sinnlos, wenn ihre Inhaber nicht bereit sind, sie gegebenenfalls einzusetzen. Dann aber sind sie verwerflich, selbst wenn man diese Verwerflichkeit mit einer politischen Zweckbestimmung bemäntelt: Es muß die Verwerflichkeit des Einsatzes auch die Bereitschaft hierzu verwerflich machen.

Unsere Zustimmung zum möglichen Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ist verwerflicher als die entsprechender Bereitschaft der Supermächte, weil wir damit nicht irgendwen, sondern unsere Landsleute drüben gefährden.

War nicht im übrigen von vornherein klar, daß die bundesdeutsche Außenpolitik vor allem einen Ausgleich mit dem großen Nachbar im Osten würde finden müssen unabhängig von den Gesichtern, selbst der Weltanschauung der gerade dort Regierenden?

Bereit, im Ernstfall zur eigenen Vernichtung beizutragen, sind die Deutschen hier wie dort keine selbsbestimmte Nation, sondern Beutedeutsche.

Gottfried Jahn, Siegen

Betr.: Bonn »Wahlen 1988«, Nr. 3/88

Jetzt ist die ganze Menschheit versklavt mit der weltumspannenden Kriegswirtschaft und ihren schon im Frieden lebensgefährdenden Folgen, nur weil eine verschwindend kleine Minderheit der Menschen an ihr und den Kriegen Milliarden Gewinne machen kann.

Schon vor fast hundert Jahren konnte Silvio Gesell (1862–1930) unwiderlegbar beweisen, daß die alleinige Ursache für die Kriegswirtschaft und Kriege die beiden Monopole Boden und Geld sind.

Solange diese Monopole bestehen, kann diese kleine Minderheit ihre unmenschliche Macht auch ausüben.

Und mit ihrer Macht konnten sie es durchsetzen, daß die Auswirkungen dieser Monopole von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und der Wissenschaft verschwiegen wurden. Auf diese Weise entstand die Einheitsfront des Schweigens, in die sich auch die heutigen Parteien einschließlich der »Grünen« eingereiht haben.

Anstatt, daß die Masse der Menschheit gemeinsam die rasche Beseitigung der Ursachen betreibt, zersplittert sie sich in sich gegenseitig bekämpfende Gruppen, woran die Inhaber der wirklichen Macht die größte Freude haben und unterstützen diese Gruppe ausgiebig, wobei die Gruppen, welche die Verschleierung der Ursachen am geschicktesten machen, die größte Hilfe bekommen.

Nur weil es so gründlich gelang, die Erkenntnisse zu verschweigen, konnte der Zweite Weltkrieg stattfinden.

Es ist also weltgeschichtlich nicht zulässig, die Menschen in Sieger und Besiegte einzuteilen, weil alle das Verschweigen geübt haben, deswegen auch alle Völker vor Gott als Schuldige stehen, wobei leider festzustellen ist, daß gerade die Sieger das Verschweigen am besten konnten.

Stalin hatte am 10. März 1952 die deutsche Wiedervereinigung angeboten zum Preis der Neutralität des gesamten Deutschland. Ohne die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags zu prüfen, verkaufte uns Adenauer ohne Volksbefragung an den Westen. Seitdem ist die deutsche Politik in der ausweglosen Sackgasse und das kleine Restdeutschland ist auf unabsehbare Zeit aufgeteilt in den Atlantik-Pakt und Warschauer-Pakt, die Feinde sind. Und für diese Schandtat am deutschen Volk wird Adenauer von den westdeutschen Politikern als einmalig großer Politiker gefeiert? Bei jeder Gelegenheit versichern deutsche Politiker, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf. Wie kann aber die Versicherung ernst genommen werden, wenn auf dem Boden der beiden Teilstaaten mehr Waffen und Munition lagern, als im Zweiten Weltkrieg verbraucht wurden? Und wir nach ihrer dauernden Versicherung unbedingt an dem Bündnis mit dem Kapitalismus festhalten müssen?

Auch der katholische Priester, Professor und vierfacher Dr. Johannes Ude (1874–1965) hat nachgewiesen, daß der Kapitalismus der Erzfeind des Friedens ist.

Der Haß auf das »kriegslüsterne« deutsche Volk und die angeblich notwendige Vernichtung Deutschlands wurde schon im vorigen Jahrhundert gepredigt. In zwei Weltkriegen ist es noch nicht ganz gelungen. Wenn aber der Kapitalismus nicht noch in der letzten Minute überwunden wird, ist der dritte Weltkrieg sicher und dann gibt es Deutschland in Europa nicht mehr.

Solange Deutschland geteilt bleibt, wird es ein ständiger Unruheherd für Europa sein. Das sehen schon einige frühere Gegner, aber die Masse sieht in der Teilung ihre Sicherheit.

In der BRD haben wir ja die kleine Freiheit, ausgiebig über die natürliche Wirtschaftsordnung als krisenfreie Friedensordnung zu reden und zu schreiben, aber die Durchführung ist so lange unmöglich, so lange wir ein besetztes Land mit einer Vasallen-Regierung bleiben. Selbst mit dem Petitionsausschuß ist die Verhandlung über die Durchführung unmöglich und der Antrag der FSU, Freigeld zum Patent zu machen, ändert daran nicht das Geringste. Denn auch technische Patente, die dem Zinsertrag gefährlich werden, kommen nicht zur Anwendung.

Walter Michel, Berlin

Betr.: Deutschland »Krieg oder Frieden«, Nr. 3/88

Solange Deutschland geteilt ist und keinen Friedensvertrag hat, besteht der Kriegszustand fort. Es ist einmalig in der Geschichte, daß ein Land von den Siegermächten besetzt und zur Demut gezwungen wird. Die Deutschen wurden getäuscht und betrogen, ausgeraubt und erhielten einen Komplex der Schuld für alles, was der Nationalsozialismus an negativen Erscheinungsformen hatte, eingeimpft. Die zukünftigen Generationen werden es nicht verstehen, wie ein Volk den ihm aufgezwungenen Status der Siegermächte so lange geduldig hatte ertragen können.

Karl-Heinz von Mellenthin, Frankfurt